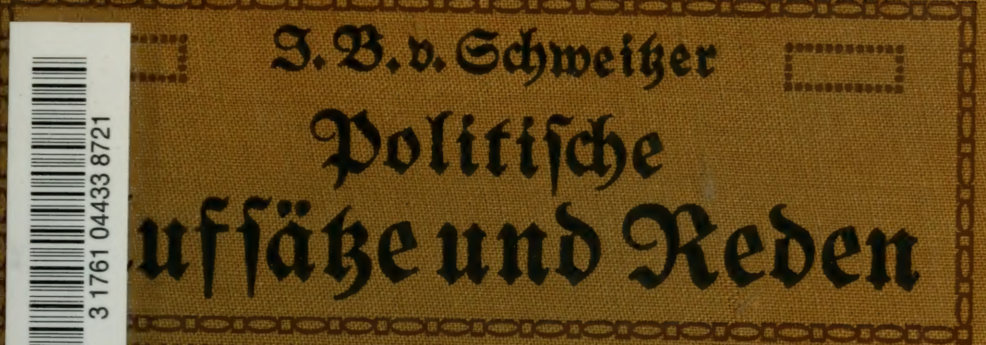
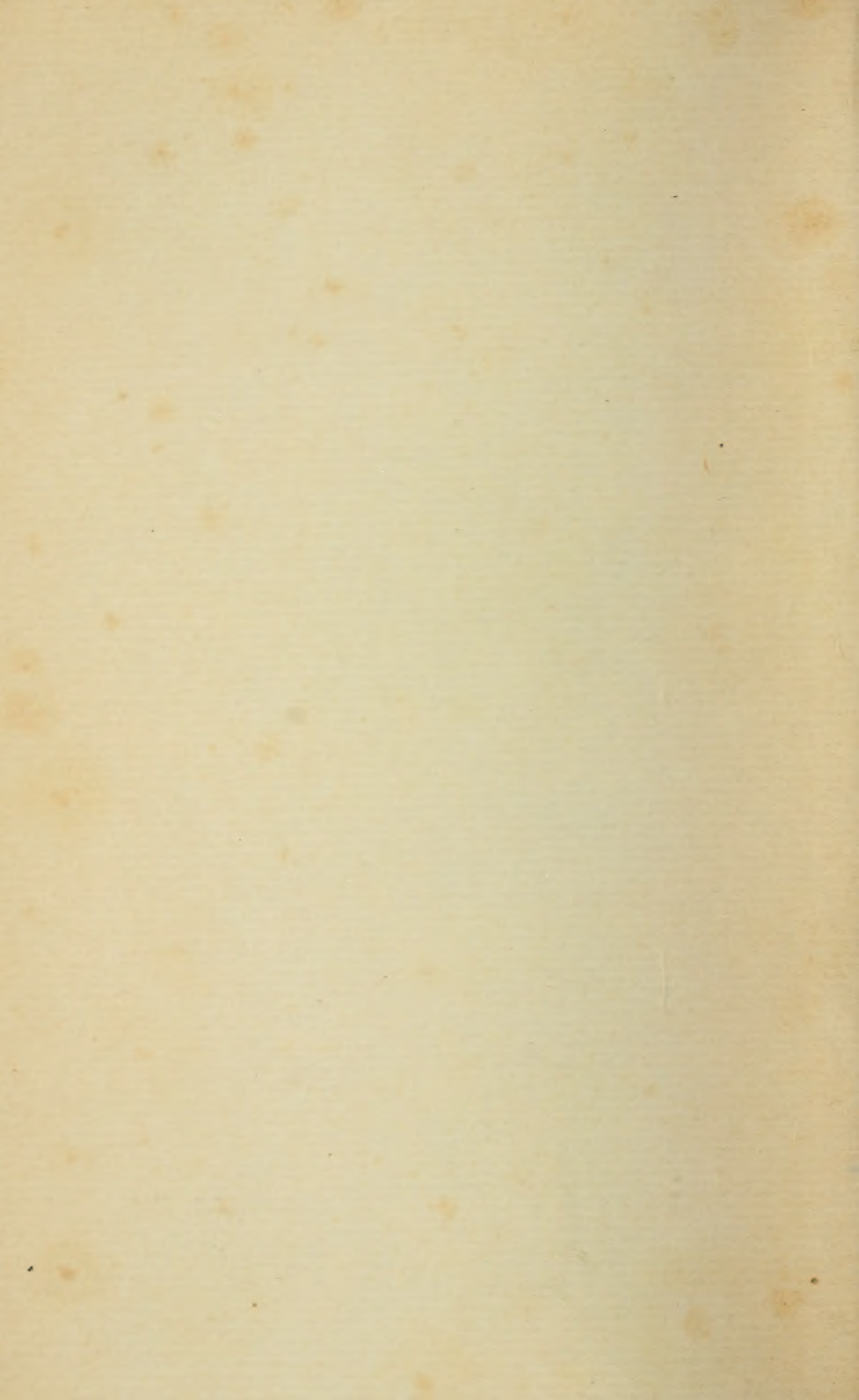

J. B. v. Schweitzer
Politische
Aufsätze und Reden













J. B. v. Schweitzer

Politische Aufsätze und Reden von J. B. von Schweitzer

Mit Einleitung und Anmerkungen
herausgegeben von Fr. Mehring

Berlin 1912
Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68
(Hans Weber, Berlin)

Sozialistische Neudrucke

V

Einleitung.

Als vor einigen Jahren die Sozialistischen Neudrucke zu erscheinen begannen, wurden bereits die Aufsätze und Reden J. B. v. Schweitzers in ihr Programm aufgenommen. Sobald ich jedoch der Aufgabe näher trat, ergab sich bei ihrer Auswahl die Schwierigkeit, daß ihrer, soweit sie einen Neudruck verdienten, allzu viele selbst für einen starken Band waren. Nun ließen sie sich freilich in zwei große Gruppen teilen: in solche, die sich auf die sozialistische Theorie, und solche, die sich auf die sozialistische Praxis bezogen. Da entstand aber wieder die Frage, welchem der beiden Teile der Vortritt zu lassen sei.

Auf der einen Seite war Schweitzer, wenn auch kein bahnbrechender Theoretiker, so doch ein Meister in der eindringlichen, klaren und leicht verständlichen Auseinandersetzung theoretischer Fragen. Darin ist er kaum jemals übertroffen worden und jedenfalls nicht in seiner Zeit. Das Gerede, als ob er die an sich schon anfechtbaren Anschauungen Lassalles nur in sektenmäßiger Verkümmerung nachzuplappern verstanden habe, ist längst verstummt, und die Verdienste Schweitzers auf diesem Gebiete werden auch von seinen entschiedensten Gegnern unumwunden anerkannt.

Auf der andern Seite jedoch ist Schweitzer, weitaus in erster Reihe, eine historische Persönlichkeit geworden als mehrjähriger Führer der deutschen Sozialdemokratie in den schwierigen Jahren ihrer ersten Entwicklung. Seine praktische Tätigkeit beansprucht deshalb ein noch ungleich höheres Interesse, als seine theoretischen Abhandlungen. Aber als politischer Arbeiterführer ist er nicht ebenso anerkannt, wie als ökonomischer Aufklärer. Jahre und Jahrzehnte nach seinem Ausscheiden aus der deutschen Arbeiterbewegung hat er in dem Rufe gestanden,

als Agent Bismarcks die deutschen Arbeiter am Narrenseile geführt zu haben. Eine Wendung zu seinen Gunsten trat erst ein, als ich vor etwa fünfzehn Jahren die erste Auflage meiner Parteigeschichte veröffentlichte, worin ich, ohne die Fehler und Schwächen Schweitzers irgendwie zu beschönigen, ihn doch gegen den Verdacht verteidigte, von der preußischen Regierung bestochen worden zu sein. Ich habe die Genugtuung gehabt, daß alle unbefangenen Forscher, die sich seitdem eingehend und nach wissenschaftlichen Grundsätzen mit den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt haben, bürgerliche wie sozialistische — ich nenne nur die Biographie Schweitzers von G. Mayer und die Hamburgische Parteigeschichte von H. Laufenberg — ebenso entschieden die Behauptung ablehnen, daß Schweitzer ein feiles Subjekt gewesen sei. Sie urteilen zum Teil selbst noch günstiger über Schweitzer als ich, und ich muß in der Tat bekennen, daß ich, als ich meine Parteigeschichte schrieb, mich noch nicht genügend von den alten Vorurteilen gegen Schweitzer freigemacht hatte.

Auch in der Partei selbst hat sich allmählich ein gerechteres Urteil über Schweitzer durchgesetzt, aber allerdings nicht überall. Es werden immer wieder Stimmen laut, die die alten Anklagen gegen ihn erheben, und sie finden auch ihr Echo in einem Teil der Parteipresse. Es will mir nun nicht erfreulich erscheinen, daß eine solche Meinungsverschiedenheit, sei es auch nur über eine reine historische Frage und gleichviel ob dieser oder jener Teil im Recht ist, überhaupt in der Partei besteht, nachdem vier Jahrzehnte verflossen sind, seitdem Schweitzers Parteitätigkeit ihr Ende gefunden hat.

Eben deshalb sagt man nun wohl: Schweitzer ist heute so gut wie verschollen, was lohnt es sich also, viel über ihn zu streiten? Nur der Lebende hat Recht, und wir haben doch wirklich wichtigere Dinge zu tun. Denen, die so sprechen, möchte ich das alte Wort entgegenhalten: Ihr wollt frei sein und versteht nicht einmal gerecht zu sein? Allein wenn man sich auch auf diesen Standpunkt stellen will, so handelt es sich keineswegs nur um einen Mann, sondern auch um eine Sache. Schweitzer hat die erste, geschlossene und schlagfertige Organisation der deutschen Sozialdemokratie geschaffen; an ihrer Spitze hat er nahe an sieben Jahre die Forderungen des klassenbewußten Proletariats so klar und scharf vertreten, wie zu dieser Zeit kein anderer in Deutschland; wenn er dennoch ein

Söldling des Reptilienfonds gewesen sein soll, so würde die kapitalistische Presse allerdings logischer denken, als sonst ihre Art ist, indem sie diesen Fond segnend an der Wiege der Partei stehen läßt.

So schien es mir denn ratsam zu sein, die ökonomischen Aufsätze und Reden Schweitzers vorläufig zurückzustellen und an erster Stelle die urkundlichen Zeugnisse seiner politischen Tätigkeit zu veröffentlichen, um jedem unbefangenen Parteigenossen ein sachliches Urteil darüber zu ermöglichen, ob die deutsche Sozialdemokratie in ihren Anfängen ein halb Dutzend Jahre lang von einem Agenten Bismarcks sich habe betören lassen und dabei doch als ein recht kräftiges Kindlein erwachsen sei. Am liebsten würde ich die politischen Aufsätze und Reden Schweitzers ohne jeden Kommentar veröffentlichen, da sie meines Erachtens für sich selbst sprechen, aber die objektiv-reale Lage der Dinge, deren Produkte sie sind, geht aus ihnen doch nicht so unzweideutig hervor, daß ich ganz auf erläuternde Anmerkungen verzichten könnte. Sonst würde nur neuen Mißverständnissen Tür und Tor geöffnet werden.

Ebenfalls um Mißverständnisse abzuwehren, will ich hier meine allgemeine Auffassung des Problems, wie ich sie in meiner Parteigeschichte ausführlich zu begründen versucht habe, noch einmal kurz zusammenfassen. Die inneren Kämpfe, die das erste Jahrzehnt der deutschen Sozialdemokratie erfüllt haben, entstanden nicht aus der Schuld oder auch nur dem Willen einzelner Personen, sondern aus historischen Gegensätzen, die in heißem Kampfe aus sich heraus geschlichtet werden mußten. In solchen Fällen ist niemals auf einer Seite lauter Licht und Recht, auf der anderen Seite lauter Schatten und Unrecht, und in der Hitze des Gefechts wird hüben wie drüben über die Stränge geschlagen. Als sich die beiden feindlichen Fraktionen vereinigten, hat man das glückliche Wort geprägt, bei diesem Friedensschluß gebe es weder Besiegte noch Sieger, und dies Wort gilt auch für Schweitzer so gut wie für seine Gegner.

Ihn zu idealisieren oder gar aus ihm das Ideal eines Arbeiterführers zu machen, wäre verkehrt. Es muß mit aller Schärfe betont werden, daß seine Wirksamkeit seit seinem „Staatsstreiche“ von 1869 überwiegend schädlich gewesen ist. Aber sein historisches Recht gehört auch zum historischen Rechte der Partei, und wer seine politischen Aufsätze und Reden

ohne jedes Vorurteil studiert, wird sich leicht die Frage beantworten können, ob von den sachlichen Grundsätzen, die Schweitzer vertrat, nicht mindestens ebensoviel in der Partei lebendig geblieben ist, wie von den sachlichen Grundsätzen seiner damaligen Gegner.

* * *

Die historische Tätigkeit Schweitzers beschränkt sich auf die sechs bis sieben Jahre, während deren er für das klassenbewußte Proletariat gearbeitet hat. Um sie jedoch richtig zu verstehen, ist es notwendig, wenigstens einen flüchtigen Blick auf seine Jugendjahre zu werfen. Ich stütze mich dabei vielfach auf die treffliche Biographie Schweitzers, die Gustav Mayer herausgegeben hat.

Jean Baptist v. Schweitzer wurde am 12. Juli 1833 in Frankfurt a. M. geboren als das Kind einer katholischen Patrizierfamilie, deren Vorfahren aus Italien eingewandert waren. Sein Urgroßvater, Franz Maria Suaizer, war ein Handelsmann aus Verona. Er hatte eine Tochter der ebenfalls italienischen, aber schon länger in Frankfurt heimischen Familie Allesina geheiratet, und drei Söhnen dieses Paares hatte der König von Bayern im Jahre 1814 den erblichen Adel verliehen; sie nannten sich fortan Allesina v. Schweitzer. Der mittlere von ihnen heiratete eine Tochter des französischen Residenten Barozzi, und aus dieser Ehe ging Karl Allesina v. Schweitzer hervor, der sich wieder mit Emilie Berly vermählte, deren Vater von französischen Emigranten und deren Mutter von niederländischen Reformierten abstammte. Nur durch die Mutter dieser Mutter kam deutsches Blut in die international versippte Familie, die sich mit wachsendem Reichtum dem Kaufmannsstande entfremdete und sich diplomatischen, höfischen oder militärischen Diensten widmete. International auch hier, jedoch in katholisch-klerikaler Beschränkung; ihre Söhne dienten unter bayerischen, österreichischen, französischen und selbst russischen Fahnen, aber nie in dem Heere des protestantischen Preußens.

Die Ehe Karl Ludwig v. Schweitzers mit Emilie Berly war nicht glücklich, und der Jugend ihres ältesten Sohnes Jean Baptist fehlte der Sonnenschein. Nur bis in seine ersten Schuljahre hatte er bei seiner Großmutter Berly ein Heim, und für sie hat er zeitlebens die dankbare Empfindung gehegt, die er seinen Eltern versagte, und auch wohl versagen

mußte. Der Vater, der Kammerjunker des braunschweigischen Diamantenherzogs bis zu dessen Vertreibung im Jahre 1830 gewesen war, verwüstete in noblen Passionen und verwegenen Spekulationen sein bedeutendes Vermögen; die Mutter lebte von ihm getrennt, führte aber auch ein großes Haus, das sie namentlich zu einem Sammelplatze der klerikal und österreichisch gesinnten Elemente in der damaligen Hauptstadt des Deutschen Bundes machte. Um ihre Kinder kümmerten sich beide Eltern nicht; sie wurden in Pensionen und Stifte abgeschoben, so auch Jean Baptist nach Aschaffenburg in eine katholische Erziehungsanstalt. Wie es scheint, zählte er damals dreizehn Jahre, und die literarisch gebildete Großmutter hatte den frühreifen Knaben schon in die Welt unserer klassischen Dichtung eingeführt. Nun kam er in ein von Jesuiten geleitetes Studienseminar, wo er einige Jahre mit Unlust lebte. Ob dennoch die jesuitische Erziehung, wie sein Biograph meint, nachgewirkt hat in der Art seiner Dialektik, seiner starren Auffassung der Disziplin in geistigen Dingen und in der unbedenklichen Wahl seiner politischen Kampfmittel, mag füglich dahin gestellt bleiben; es ließe sich manches dafür, manches wohl auch dagegen sagen. Jedenfalls wurde der junge Schweitzer die jesuitische Aufsicht mit siebzehn Jahren los und ging in eine private Pension; mit neunzehn Jahren aber bezog er die Universität Berlin, um Jura zu studieren.

Die Wahl der Universität war wieder durch die Großmutter Berly bestimmt worden, deren jüngste Schwester mit dem orthodoxen Hofprediger Krummacher verheiratet war. Durch diese verwandtschaftliche Verbindung kam Schweitzer in die Kreise der Kreuzzeitungspartei, die für ihn mehr bedeuteten, als die jesuitischen Pädagogen in Aschaffenburg. Nicht zwar, als ob sie ihm mehr imponiert hätten als diese! Im Gegenteil: gegenüber „dem Papsttum mit seinem tief angelegten Fundament und seiner unerbittlichen Konsequenz“ waren ihm „protestantische Orthodoxie, Royalismus, Konservatismus jeder Art, kurz alle Autoritätselemente Europas“ nur „verblaßte Abbilder“. Aber eben deshalb: weil ihm dies ganze preußische Wesen mit seinen Junkern und Pfaffen, wie er es just in den wüstesten Tagen der Gegenrevolution kennen lernte, in tiefster Seele zuwider war, bewährte sich an ihm die eigentümlichste Fähigkeit Schweitzers, von der sein Biograph so fein wie treffend sagt: „Er besaß die für einen Politiker nicht immer gefahrlose Gabe, die Dinge

sehr objektiv anzusehen, und den Hang, sie unter vorläufiger Beiseitelassung seiner eigenen individuellen Wünsche anschaulich aus ihrem Innern heraus darzustellen. Dieser eine Grundzug seines Wesens ist für ihn die Quelle von zahllosen Anfeindungen und Verleumdungen geworden, die gutgläubige und gehässige Gegner, die seine Art nicht begreifen konnten, gegen ihn richteten". Durch seinen leidenschaftlichen Haß gegen den preußischen Staat wurde Schweitzer keinen Augenblick beirrt in dem kühl abwägenden Urteil darüber, was dieser Staat nach seinen historischen Existenzbedingungen als reale Macht bedeutete.

Gefördert und gestärkt wurde jene geistige Anlage Schweitzers durch sein eifriges Studium Machiavellis. Mayer sagt darüber: „Schweitzers ganzes Wesen fühlte sich ergriffen, als dem jungen Studenten der bluts- und geistverwandte Machiavelli in die Hände fiel. Das war zum ersten Male ein Geist, in dem er sich selber wiederfand! Bei diesem Italiener begegnete ihm die gleiche Mischung von Erkenntnisstreben und Wirkungsdrang, die seine Seele erfüllte; in diesem Toten glaubte er den Virgil entdeckt zu haben, dessen Führung durch das verschlungene Reich von Geschichte und Politik er sich anvertrauen durfte. Die Betrachtungen über die erste Dekade des Titus Livius, der Prinzipe und die Florentinische Geschichte waren hinfort die Lieblingsbücher des künftigen Politikers." Das ist vollkommen richtig, aber allzu kurz ausgedrückt; war Schweitzer ein machiavellistischer, d. h. nach dem landläufigen Sinn dieses Worts ein habgieriger, treuloser und verräterischer Politiker, so bleibt eben doch der Stab über ihn gebrochen.

Nun ist freilich hier nicht der Ort, eine alte Streitfrage von neuem aufzuwerfen. Für welchen Zweck Machiavelli sein berühmtes und mehr noch berüchtigtes Buch über den Fürsten geschrieben hat, wird sich vielleicht niemals mit völliger Sicherheit feststellen lassen. Um Machiavelli „sittlich" zu retten, ist wohl gesagt worden, er habe eine Satire auf das ruchlose Geschlecht der Fürsten schreiben wollen, die in seinen Tagen, in den Anfängen des 16. Jahrhunderts, in Italien und überall sonst herrschten, wo sich die aufkommende kapitalistische Produktionsweise ihre erste Staatsform in den modernen Monarchien schuf. Aber diese Annahme ist von allen möglichen die weitaus unwahrscheinlichste. Eher ließe sich die von Herder, Macaulay und Ranke vertretene Auffassung hören, wonach Machiavelli durch seine Schrift einen, um mit Fichte

zu sprechen, „Zwingherrn zur Einheit“ erwecken wollte, der sein geliebtes Italien von aller Fremdherrschaft, vor allem der päpstlichen, befreien und zur einigen Nation schmieden sollte, wie es damals Frankreich und Spanien wurden. „Macchiavelli suchte die Heilung Italiens“, sagte Ranke, „aber dessen Zustand schien ihm so verzweifelt, daß er kühn genug war, ihm Gift zu verschreiben.“ Allein so gewiß Macchiavelli ein glühender Patriot war, so inbrünstig er den „Erlöser“ anruft, den „vom Himmel Geliebten“, einen Moses, einen Theseus, einen Cyrus, der das Land von der Fremdherrschaft befreie, die zum Himmel stinke, so tritt diese patriotische Tendenz gerade in seinem Buche vom Fürsten nur erst im Schlußkapitel hervor, während die ersten 25 Kapitel kaum etwas davon verraten. Am nächsten dürfte Villari, der bedeutendste Biograph des florentinischen Staatssekretärs, der Wahrheit kommen, wenn er in Macchiavelli den Mann der historischen Wissenschaft erblickt, der im Sinne seiner Zeit die tatsächliche Wirklichkeit des Staatslebens studierte, worin er lebte. Dabei ließ er die moralische Seite ganz außer acht oder mußte sie vielmehr außer acht lassen. Denn eine moralische Seite hatte dies Staatsleben überhaupt nicht; alle Fürsten und Staatsmänner jener Zeit würden heute als die verabscheuenswürdigsten Verbrecher gelten, ohne jede Ausnahme. Die feudalistische Moral war tot, und eine kapitalistische Moral hatte sich noch nicht gebildet. Die Gewalt und Hinterlist die sich heut im Tugendmantel spreizen, gingen damals noch nackt.

Alle sittliche Entrüstung, die sich seit vier Jahrhunderten über die Schriften Macchiavellis ergossen hat, ist politisch und wissenschaftlich nicht einen Heller wert. Gerade in dem, was diese sittliche Entrüstung entfacht, in ihrer ungeschminkten Wahrhaftigkeit, liegt die unschätzbare Bedeutung, die sie noch heute namentlich auch für jeden angehenden Politiker besitzen. Ein politisch sehr zahmer, aber historisch gebildeter Schriftsteller, wie Karl Hillebrand, sagt darüber: „Macchiavelli sprach aus, was er dachte, denn dies Aussprechen der geheimsten Gedanken war in der, trotz so vieler Treulosigkeiten, Verrätereien und Lügen, im Grunde wahren Zeit Macchiavellis nicht so schlimm, wie in unserem goldenen Zeitalter der Konvention und der Heuchelei. Diese mag immerhin, wie das Sprichwort sagt, als eine Huldigung angesehen werden, die das Laster der Tugend darbringt; Menschen, die zugleich naiv und gescheit sind, wie Macchiavelli und jedes andere Genie, ist sie stets un-

erträglich gewesen. Der Segretario mußte alles heraussagen, was er für wahr befunden, und wäre es im direktesten Widerspruch mit alledem gewesen, was uns durch die allgemeine Konvention zur zweiten Natur geworden; daher seine Worte immer wirkten und noch wirken, wie wenn sie plötzlich einen Schleier durchschnitten, der um die Dinge liegt, und sie uns von Angesicht zu Angesicht schauen ließen." Schon Macchiavellis Enkel klagte, sein Großvater sei sowohl im Tadel hochstehender Personen der Kirche und des Staats, als auch in der Zurückführung aller Dinge auf natürliche oder zufällige Ursachen zu frei gewesen.

Wenn es im höchsten Grade unwahrscheinlich ist, daß Macchiavelli sein Buch vom Fürsten als Satire auf die damaligen Gewalthaber hat schreiben wollen, so ist es gewiß, daß er es nicht als Huldigung für sie geschrieben hat. Hören wir auch darüber Hillebrand: „Wenn Macchiavelli zu sagen wagte, die allermeisten Menschen hätten lieber bekannte Verbrecher zu Vorfahren, als Niemanden, oder sie verschmerzten schneller den Mord ihres Vaters als den Verlust ihres Vermögens, so hatte er unstreitig recht. Aber seine Zeitgenossen und Mitbürger hatten ebenfalls recht, wenn sie dachten, daß ein Mann, der so das innerste Wesen der Menschennatur aussprach, auch das des Staats so ausplaudern könnte, und er versagte sichs in der Tat nicht, wie männiglich bekannt ist. Der Staat aber bedarf wie die Kirche, wie der einzelne Priester und Staatsmann des Scheins; er darf nicht erlauben, daß man der Masse seine innerste Natur offenbare, denn nur vor dem Nichtgekannten hat die Masse Ehrfurcht." Gegen diese eleusinische Weisheit der herrschenden Klassen hat Macchiavelli fort und fort verstoßen; der Sproß eines alten Geschlechts, ist er nach Vertreibung der Medici vierzehn Jahre lang Staatssekretär der florentinischen Republik gewesen; nach der Wiederkehr der Medici war Kerker und Folter sein Los und darnach bittere Armut. Die Medici haben ihm nie über den Weg getraut, obgleich er einem von ihnen sein Buch vom Fürsten gewidmet hat.

Man hat ihm auch daraus einen Strick drehen wollen, aber man muß die Sitten der damaligen Zeit bedenken, wo die humanistischen Schriftsteller — auch die deutschen, wie Erasmus und selbst Hutten — für schimpflich hielten, von ihren Verlegern Honorar, dagegen für ehrenvoll, von Fürsten, denen sie ihre Bücher widmeten, Geldgeschenke anzunehmen. Sicherlich hätte Macchiavelli auch unter den Medici wieder

Dienste angenommen; gewöhnt an große Staatsgeschäfte, litt er schwer an der erzwungenen Untätigkeit; er könne, so schreibt er einst einem Freunde, keine Befriedigung darin finden, Drosseln zu fangen, Ovid zu lesen und mit den Bauern Triktrak zu spielen; „ich beklage mich über die Natur, die mir entweder nicht diese Erkenntnis hätte verleihen oder mir auch die Möglichkeit gewähren sollen, sie zu befriedigen". Es ist durchaus verständlich, und keineswegs unehrenhaft für Macchiavelli, daß ihm die Möglichkeit, an der monarchischen Einigung Italiens mitzuarbeiten, höher stand, als die republikanische Verfassung seiner Vaterstadt, denn die nationale Monarchie war damals der historische Fortschritt.

Aber gerade seine unbarmherzige Wahrhaftigkeit machte ihn untauglich zum Fürstendiener. In manchem kann man ihn einen Vorläufer Lassalles nennen. Verfassungsfragen sind Machtfragen; das gewaltigste Machtmittel ist aussprechen das, was ist; neben dem großen Gegensatz von Föderation und Volkseinheit sinkt sogar der Gegensatz zwischen Monarchie und Republik zu einem relativ unbedeutenden herab; eine historische Untersuchung ist keine ethische Abhandlung — alles das kann man mit anderen Worten bei Macchiavelli lesen. Er hat die gerechten und wohlwollenden Fürsten oft gepriesen gegenüber den böswilligen und ungerechten; er hat in seiner Schrift über die erste Dekade des Livius geschrieben: „Lasse sich auch niemand durch den Ruhm Cäsars täuschen, wenn er ihn von den Schriftstellern vornehmlich verherrlicht sieht; denn die ihn preisen, sind von seinem Glücke bestochen und eingeschüchtert durch die lange Dauer des Kaiserreiches, welches, als unter seinem Namen regiert, nicht gestattete, daß sich die Schriftsteller frei über ihn äußerten. Aber wer erfahren will, was freie Schriftsteller von ihm sagen würden, der lese, was sie von Catilina sagen! Und um so verabscheuungswürdiger ist Cäsar, als der, welcher Böses getan hat, mehr Tadel verdient, als der es hat tun wollen." Aber Macchiavelli wußte sehr gut, daß man mit moralischen Betrachtungen über das, was sein *sollte*, noch nicht ein Steinchen verrückt an dem, was ist, und wieviel mehr der Despotismus die nüchterne Erkenntnis seines Wesens fürchtet, als alle sittlichen Tiraden, die gegen ihn geschleudert werden, zeigt die tragikomische Wut, womit einer der ärgsten und treulosesten Despoten, die die neuere Geschichte kennt, der preußische König Friedrich, in einer eigenen Schrift über

Machiavelli hergefallen ist, um diesen cartouche und scélérat in einer Flut von moralischen Gemeinplätzen zu ersäufen.

Nun mag man sagen, Machiavelli tauge heut schon deshalb nicht zum Lehrer in der Politik, weil die Zeiten sich gründlich gewandelt hätten, seitdem er lebte. Das ist zunächst aber nur in bedingtem Maße richtig, denn die letzte Staatsform der kapitalistischen Produktionsweise, worin wir leben, unterscheidet sich keineswegs grundtief von ihrer ersten Staatsform, die Machiavelli beschrieb. Es bleiben der lehrreichen Analogien genug und selbst allzu viele. Aber wenn dem auch nicht so wäre, so bliebe die Methode Machiavellis, die Dinge immer in ihrer nackten Wirklichkeit zu sehen, äußerst anregend und lehrreich, auch wenn sich das Objekt, an dem sie sich zuerst bewährte, inzwischen gänzlich geändert haben sollte. Hätte die deutsche Bourgeoisie diese Methode in den Revolutionsjahren und in den Tagen des preußischen Konfliktes zu handhaben gewußt, so wäre sie nicht der kindlichen Einbildung verfallen, durch unermeßliche Fluten sittlicher Entrüstung historische Mächte wegzuschwemmen, die in einer Entwickelung von Jahrhunderten wurzelten. Dieser entnervenden Berauschung in Worten warf sich Lassalle entgegen, namentlich in seinen Verfassungsreden, die heute noch die Quintessenz aller Verfassungsweisheit enthalten und in ihrem innersten Kern — natürlich von allem Unterschiede der Zeiten abgesehen — echt macchiavellistisch genannt werden können. Es war deshalb auch keineswegs ein Zufall, daß ein Schüler Machiavellis das Erbe Lassalles am glücklichsten zu liquidieren verstand.

Ebensowenig, wie Schweitzer aus Zufall in Machiavelli seinen politischen Lehrer wählte. Es würde zu sehr ins Weite und auch ins Nebelhafte führen, wenn man auf ihre Blutsverwandtschaft pochen wollte, aber eine Geistesverwandtschaft zwischen ihnen ist unverkennbar. In beiden fand sich nach dem Worte G. Mayers die gleiche Mischung von Erkenntnisstreben und Wirkungsdrang; so sehr ihr Sinn auf praktische Tätigkeit stand, so füllte sie doch nicht ihr Dasein aus. Sie waren nicht nur Politiker, sondern auch Komödiendichter; sie hatten die Dinge zu tief erkannt, um nicht ein wenig an ihre Nichtigkeit zu glauben. Die rückhaltlose Hingebung an ein großes Ziel fehlte ihrem Leben; darin stand Schweitzer ebenso tief unter Liebknecht, wie er diesen an Klarheit und Schärfe des politischen Blicks überragte. Sie besaßen selbst nicht den verzehrenden

Ehrgeiz des Politikers, zu dem nun einmal ein gewisses Maß ehrbarer Würde gehört; sie schütteten das Kind mit dem Bade aus, wenn ihnen die pomphafte Geste, mit der sich so oft doch nur der politische Stumpfsinn drapiert, bis in den Tod zuwider war; sie lebten leichtsinnig in den Tag hinein, hatten ihre Freude an den guten Gaben Gottes, kamen nie aus der Schuldennot heraus, was freilich auch noch anderen Leuten, wie Lessing und Marx, in dieser unvollkommnen Welt passiert ist. In ihrer Art ganze Kerle, lassen sie sich nicht in eine gute und eine schlechte Hälfte zerschneiden; ihre Schattenseiten hängen untrennbar mit ihren Lichtseiten zusammen; was ihrem Ruf am meisten geschadet hat — eine gewisse Vorliebe für historische Gewaltmenschen, bei Macchiavelli für Cäsar Borgia, bei Schweitzer für Bismarck — ist doch nur die Kehrseite des eindringenden Scharfsinns, womit sie erkannten, daß in der Politik nicht Schwatzen, sondern Handeln entscheidet.

Von viel geringerem Einfluß als der Politiker Macchiavelli, ist auf Schweitzers geistige Entwicklung der deutsche Philosoph, gewesen, dessen Werke er selbst einmal „die Lust und die Bewunderung seiner Seele" genannt hat. Im Jahre 1855 hatte Schweitzer in Heidelberg sein juristisches Doktorexamen gemacht; nach einer zweijährigen praktischen Vorbeitungszeit lebte er seit 1857 als Advokat in seiner Vaterstadt, wo ihm sein Beruf zunächst viel freie Zeit übrig ließ. An der Wirtstafel des Englischen Hofes soll er damals den alten Schopenhauer kennen gelernt haben und in näheren Verkehr mit ihm getreten sein: einer Angabe, der ich etwas skeptisch gegenüberstehe, soweit es sich um den näheren Verkehr handelt. Hätte ein solcher bestanden, so würde Schopenhauer in den Briefen an seine Apostel, in denen er jeden neuen, irgend nennenswerten Anhänger mit großem Behagen registriert, wohl einmal von Schweitzer gesprochen haben, was er nie getan hat. Auch hätte der widerborstige Alte, den schon der leiseste Widerspruch wild machte, schwerlich lange mit einem noch ganz jungen Manne gekramt, der mindestens von den praktischen Konsequenzen seiner Philosophie ganz und gar nichts wissen wollte. Indessen sind sie nach dem eigenen Zeugnis Schweitzers persönlich zusammengekommen, und dem noch gänzlich unbekannten Advokaten mag es geschmeichelt haben, mit dem „Demokrit dieses Abderas" zu verkehren; dazu konnte der angehende Schriftsteller nicht leicht eine bessere Schule finden, als bei einem so großen Prosaiker,

wie Schopenhauer war; endlich hatte Schweitzer, wie die Jugend der fünfziger Jahre überhaupt, kein Verständnis mehr für den „resultatlosen Formelkram“ der Hegelschen Philosophie und fand bei Schopenhauer eine ungleich schmackhaftere Geistesnahrung. Trotz alledem aber ist in dem historischen Schweitzer wenig oder nichts von Schopenhauer, der gerade die „Demagogen der Jetztzeit“, deren einer Schweitzer sich eben zu werden anschickte, mit seinen allerkräftigsten Grobianismen zu überschütten pflegte.

* * *

Von den ersten Schriften Schweitzers — ein paar dramatischen Versuchen, einer umfangreichen Abhandlung über den Zeitgeist und das Christentum, die ein so kompetenter Urteiler, wie F. A. Lange, bedeutend nennt, und vier oder fünf Schriften zur nationalen Frage — gibt G. Mayer eine gute Analyse, auf die hier für alle Einzelheiten verwiesen werden muß. Im Ganzen bieten sie das Bild einer stetigen Entwicklung, so kunterbunt namentlich die Schriften zur deutschen Frage auf den ersten Blick auszusehen scheinen. Ihr gemeinsamer Grundton ist ein glühender Patriotismus, dem — und auch hier ergibt sich die Aehnlichkeit mit Macchiavelli — die Einheit und die Macht des Vaterlands über allen politischen Fragen stehen. Aber die Wege zu diesem Ziel maß Schweitzer mit kühl abwägendem Blicke. Zunächst stand er in dem europäischen Konflikt von 1859 ganz auf österreichischer Seite, getreu den alten Ueberlieferungen seiner Familie, in denen er aufgewachsen war. Allein die klägliche Niederlage der habsburgischen Dynastie ernüchterte ihn, und in dem allgemeinen deutschen Katzenjammer, in den sich die Krise von 1859 auflöste, nahm er sofort seine bestimmte Stellung.

Damals entstanden die kleindeutsche und die großdeutsche Richtung, jene vertreten durch den Nationalverein, diese durch den Reformverein, oder genauer: der deutsche Dualismus, an dem das Frankfurter Parlament ehedem gescheitert war, offenbarte sich von neuem als das größte Hindernis der deutschen Einheit. Die Kleindeutschen forderten ein verstümmeltes Deutschland; sie verlangten unter Ausschluß Oesterreichs „die preußische Spitze“, das heißt die preußische Hegemonie über die deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Dagegen die Großdeutschen wollten unter des durchlauchtigsten deutschen Bundes schützenden Privilegien in alle Ewigkeit fortwirtschaften. Ueber diesen Gegen-

saß war Schweitzer nun schon im Jahre 1860 hinaus, wo er eine Schrift über den einzigen „Weg zur Einheit" herausgab und diesen Weg in der „revolutionären Initiative" der Nation sah. Seine Abneigung gegen den Nationalverein, der ihm nur als der Schleppenträger des reaktionären Preußens erschien, war für den Süddeutschen noch nicht einmal so bezeichnend, wie der Scharfblick, womit er auch schon dem Reformverein in Herz und Nieren sah, der in der großdeutsch prunkenden Maske in der Tat nur einen „erbärmlichen Diener von Reaktionären, Junkern und Pfaffen" darstellte und der sich alsbald durch seine „hündische Speichelleckerei gegen Bundestag, Vielstaaterei und kleinstaatliche Souveränität" noch tief unter den Nationalverein stellte.

Die neue Erkenntnis, die Schweitzer gewonnen hatte, führte ihn der populären Agitation zu, die sich damals im Rahmen der Schützen-, Turner- und Arbeiterbildungsvereine entfaltete. In allen dreien war Schweitzer tätig, und zwar mit der immer wachsenden Erkenntnis, daß die revolutionäre Initiative der Nation nimmermehr von den Schwätzern der Bourgeoisie, sondern nur von den Fäusten des Proletariats zu erwarten sei. War sein Kampf gegen den Nationalverein zunächst aus nationalen Gründen entbrannt, so nahm er bald eine soziale Färbung an, denn im Nationalverein konzentrierte sich das Kapital, das eben um seiner kapitalistischen Interessen willen sich unter den Schutz der preußischen Bajonette begeben wollte. Als Vorsitzender des Frankfurter Arbeiterbildungsvereins widersetzte Schweitzer sich dem Bestreben des Nationalvereins, durch kleine Geschenke — wie ein paar hundert Taler, für die einige deutsche Arbeiter auf die Londoner Industrieausstellung geschickt werden sollten — die Arbeiter ins Schlepptau zu nehmen.

Daneben agitierte Schweitzer auch noch in den Schützen- und Turnvereinen. In dem Zentralkomitee für die Vorbereitung des allgemeinen deutschen Schützenfestes, das 1862 in Frankfurt a. M. stattfand, arbeitete er als Schriftführer und korrespondierender Sekretär, gab auch die offizielle Festzeitung heraus und soll mit dem Herzog Ernst von Koburg, dem Ehrenpräsidenten des Festes, sogar Arm in Arm auf dem Festplatze erschienen sein. Dieser Klatsch stimmt jedoch wenig zu dem anderen Klatsch, den der Herzog in seinen großsprecherischen, von dem Professor Lorenz zurechtgeschusterten Denkwürdigkeiten niedergelegt hat. Danach soll von vielen Seiten das

Bedenken erhoben worden sein, als sei Schweitzer im Palais des reaktionären Bundestages ebenso wohlgelitten gewesen, wie unter den Sozialdemokraten. Der literarische Bediente des Herzogs hat dabei nur die Kleinigkeit übersehen, daß es im Juli 1862 noch keine Sozialdemokraten in Deutschland gab.

Von ähnlichem Kaliber ist der Klatsch, den der Justizrat Sterzing in Gotha kolportiert hat. Der Biedermann war 1862 Präsident des deutschen Schützenbundes und behauptete sieben Jahre später, nämlich als Schweitzer ein sehr unbequemer Gegner der Fortschrittspartei geworden war, dieser habe 2000 Gulden bei dem Frankfurter Schützenfeste unterschlagen. Wäre dem so gewesen, so hätte der würdige Justizbediente sich selbst der ärgsten Pflichtvergessenheit schuldig gemacht, indem er den Uebeltäter nicht dem strafenden Arme der Gerechtigkeit übergab. Seine Behauptung, für die er nie auch nur den Schatten eines Beweises erbracht hat, ist denn auch so glaubhaft, wie jene Denunziationen wegen angeblicher Majestätsbeleidigungen, die lange nach geschehener Tat von rachsüchtigen Individuen ans Tageslicht gezogen werden, um frühere Freunde ins Unglück zu stürzen.

Tatsache ist dagegen, daß Schweitzer, wenige Wochen nach dem Schützenfeste, am 7. August 1862 im Schloßgarten von Mannheim unter dem Verdacht eines Vergehens gegen die Sittlichkeit verhaftet und am 5. September vom Mannheimer Hofgericht wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch öffentliche Verübung einer unzüchtigen Handlung zu vierzehn Tagen bürgerlicher Gefängnisstrafe verurteilt wurde, die er sogleich im Bruchsaler Zellengefängnis verbüßte. Schweitzer selbst hat später behauptet, daß er unschuldig verurteilt worden sei. In einer Zuschrift vom 13. Juni 1867 an das Braunschweiger Tageblatt führte er aus, das Mannheimer Urteil habe nicht als feststehend erachtet, daß eine unsittliche Handlung mit irgend jemand oder auch nur der Versuch dazu vorgefallen wäre. Das Urteil habe nichts anderes als feststehend angenommen, als die angebliche Vornahme einer unzüchtigen Handlung. Aber selbst dieser angeblichen unzüchtigen Handlung könne er sich nicht schuldig bekennen. Er habe von Anfang an das ganze Urteil, so wenig es auch enthielte, im Vergleich zu dem, was man daraus machen wolle, für unbegründet erklärt, und dabei beharre er. Alle, die ihn kannten, seien von der Wahrheit seiner Aussage überzeugt. Das einzige Wahre sei,

daß trotz der ungeheuersten Anstrengungen der Behörden, in einer verhältnismäßig kleinen Stadt, der Knabe, an dem er sich versündigt haben sollte, nicht habe ermittelt werden können, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil er nie existiert habe. Ob diese Reklamation Schweitzers berechtigt gewesen ist, läßt sich nicht mehr feststellen, da die Akten des Prozesses vernichtet worden sind. In jedem Falle hat es sich nur, wie G. Mayer treffend sagt, um „die Verirrung einer traurigen Stunde“ gehandelt; anormale sexuelle Neigungen hat Schweitzer sonst niemals in seinem Leben bekundet, bis an dessen Ende ihn die aufopfernde Liebe einer Jugendgespielin begleitet hat.

Seiner politischen Tätigkeit aber machte das Mannheimer Urteil ein jähes Ende. Er wurde „wie die Pest“ gemieden, nicht nur von der Bourgeoisie, die den Verstoß gegen die guten Sitten leichter verziehen haben würde, wenn er ihr nicht einen willkommenen Vorwand geboten hätte, den schon recht unbequem gewordenen Arbeiteragitator loszuwerden, sondern auch von den Arbeitern, die sich aus ehrenhafteren Beweggründen nicht über die Verurteilung Schweitzers hinwegsetzen konnten. Er siedelte nun nach Wiesbaden über, wo er in dem bayerischen Offizier v. Hofstetten einen neuen Freund gewann. Ihm ist die letzte Schrift Schweitzers zur deutschen Frage gewidmet, die für „die österreichische Spitze“ eintrat. Nicht als ob Schweitzer durch sie seiner Ueberzeugung untreu geworden wäre, wonach nur die revolutionäre Initiative der Arbeiter die deutsche Einheit schaffen könne. Aber er sah mit seinem klaren und kühlen Blick, daß die deutsche Bourgeoisie längst keine nationale Revolution mehr machen *wolle*, die deutsche Arbeiterklasse aber noch lange keine nationale Revolution machen *könne*. Tatsächlich war für absehbare Zeit nur die österreichische oder die preußische Spitze als Lösung der deutschen Frage zu erwägen. Von dem preußischen Staate entwarf Schweitzer ein überaus treffendes Bild als eines durch und durch reaktionären Gemeinwesens, dem der Nationalverein mit Unrecht eine deutsche Mission zuschreibe. Preußen habe nur eine preußische Mission; nicht der Göttin Germania werde in Preußen geopfert, sondern Germania sei als das Opferlamm ausersehen für ihre Tochter Borussia.

Um mit G. Mayer zu sprechen, der die Schrift eingehend prüft, wurde Schweitzer durch seine Abneigung gegen Preußen, durch seine großdeutsche Gesinnung und die geringen Aussichten

einer republikanisch-revolutionären Lösung, vermischt mit noch nicht verwischten Jugendeinflüssen und Familienüberlieferungen, zu einer freilich immer noch recht verklausulierten Wahl für die Hegemonie eines deutsch und zentralistisch regierten Oesterreichs getrieben. Wohl erklärte er feierlich, daß die republikanisch-radikale Partei weder großdeutsch noch kleindeutsch, weder preußisch noch österreichisch sei, sondern „eindeutsch" und „gesamtdeutsch". Wohl gab er zu, daß die Sünden der Reaktion in Oesterreich womöglich noch schlimmer wären, als in Preußen. Wohl verwahrte er sich gegen jede auch nur indirekte Vermischung dynastischer Interessen mit völkerschaftlichen Fragen. Aber vom nationalen Gesichtspunkte, der ihm noch immer als der erste und wichtigste aller Gesichtspunkte galt, fand er es annehmbarer, erforderlichenfalls das Vaterland durch fremde Elemente zu vergrößern, als es durch die Ausscheidung deutscher Landesteile zu verstümmeln. Er hätte es als eine Befleckung der nationalen Ehre angesehen, wenn dem künftigen Reiche, gleichviel ob Republik oder Kaisertum, auch nur ein einziges Dorf des bisherigen deutschen Bundesgebiets gefehlt hätte. Wolle man in Deutschland sich politischen Träumen überlassen, so solle man, statt mit solcher Hartnäckigkeit dem ärmlichen Traum von der preußischen Spitze nachzuhängen, lieber den weit stolzeren Traum einer Einigung Gesamtdeutschlands unter österreichischer Spitze träumen. Wenn dieses Reich zustande käme, so wäre es wirklich der Herzschlag des Weltalls, die mächtigste und entscheidendste Großmacht Europas. Gibt Schweitzer auch die Hoffnung nicht endgültig auf, daß die Gunst der Weltlage noch schließlich dem Volke selbst die Entscheidung über sein Geschick in die Hand geben werde, so möchte er doch keine Zweifel daran bestehen lassen, welcher von den beiden für die Einigung Deutschlands wichtigen Parteien nach seiner Ansicht die bedingte Unterstützung der Demokratie zufallen müsse.

In den Kreisen des Nationalvereins wurde diese Schrift Schweitzers mit Hohn und Spott begrüßt, und ihr Verfasser nach der lieblichen Manier der Bourgeoispresse als ein Helfershelfer des Ultramontanismus begrüßt. Tatsächlich lag sie durchaus in dem geistigen Entwicklungsgange Schweitzers. Und wer will bestreiten, daß wenn die Wahl zwischen österreichischer und preußischer Spitze stand, der „Traum" von jener ungleich großartiger war, als der „Traum" von dieser! Aber nur wenige

Monate gingen ins Land, als Schweitzer erkannte, daß die österreichische Spitze nur ein Traum war, die preußische aber harte Wirklichkeit. Als die österreichische Regierung im Sommer 1863 den Fürstentag nach Frankfurt berief und ihm einen kläglichen Bundesreformplan vorlegte, worauf Bismarck mit dem Plan eines deutschen Parlaments auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts arbeitete, sah Schweitzer wiederum klar und kühl den Gang der Dinge voraus. Nicht als ob er zu der jämmerlichen Politik des Nationalvereins abgefallen wäre, aber er wußte, daß der siegreiche Vormarsch der preußischen Spitze nicht mehr aufzuhalten sei.

* *
*

Inzwischen hatte die Agitation Lassalles begonnen, und nichts ist begreiflicher, als daß Schweitzer sich ihr voller Begeisterung anschloß. Die Legende, als habe er es als ein Abenteurer getan, der sonst keinen Ausweg mehr gesehen habe, wieder in die Höhe zu kommen, ist durch G. Mayers sorgfältige Untersuchungen bis auf den Grund zerstört worden. Vielmehr tat Schweitzer mit seinem Anschluß an Lassalle nur einen konsequenten Schritt weiter auf dem Wege, den er bisher gegangen war. Hatte er längst erkannt, daß die Arbeiterklasse die einzige reale Macht sei, um die deutsche Einheit herzustellen, so bot ihm jetzt Lassalles Arbeiterprogramm die reale Handhabe, diese Macht zu organisieren. Das nationale Problem verschmolz sich für ihn nun mit dem sozialen Problem, das ihm bis dahin ferner gestanden hatte, und mit rastlosem Eifer stürzte er sich in das Studium ökonomischer Fragen. Es zeugt für seine hohe Begabung, daß er sie sich in der kurzen Frist von anderthalb Jahren gründlich genug anzueignen wußte, um auf lange hinaus der am klarsten und schärfsten blickende Sozialist auf deutschem Boden zu werden.

Zunächst jedoch nahm er den Kampf für Lassalle auf ästhetisch-literarischem Gebiete auf. Bereits Mitte Juni 1863 hatte er sich an Lassalle mit der Bitte gewandt, die Widmung eines sozialen Romans anzunehmen. Lassalle begrüßte den neuen Anhänger freundlich, immerhin jedoch mit einer gewissen Zurückhaltung. „Der soziale Roman ist ein gewaltiges Propagandamittel", schrieb er an Bernhard Becker, „Eugen Sue hat den gewaltigsten Nutzen in Frankreich gehabt. — Päderastie zu treiben ist freilich äußerst geschmacklos, hat aber doch gar nichts

mit Schweitzers Tätigkeit als Romanschriftsteller zu tun." Der Hauptgesichtspunkt für Lassalle war, daß Schweitzer ja gar nichts verlange, sondern nur etwas für die Sache tun wolle, indem er seinen Roman schreibe. Das sei ihm ohnehin nicht zu verwehren, und es würde daher unklug und ungerecht sein, ihm unhöflich oder abschreckend zu antworten. So schrieb Lassalle höflich an Schweitzer und ermunterte ihn in seinem Vorhaben.

Der Roman selbst: Lucinde oder Kapital und Arbeit, ein schnell hingeschriebenes, ästhetisch wertloses Machwerk, fand gleichwohl den lebhaften Beifall Lassalles, hauptsächlich wohl wegen der derben, manchmal übertriebenen, aber im Wesen der Sache doch treffenden Satire auf das halt- und sinnlose Treiben der nationalvereinlichen Schwätzer. Sehr ärgerlich aber wurde die Sache für Lassalle, als die Frankfurter Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich weigerte, Schweitzer als Mitglied aufzunehmen oder ihn auch nur in ihren öffentlichen Versammlungen sprechen zu lassen; der Frankfurter Bevollmächtigte drohte sogar mit der Niederlegung seines Amtes, wenn Lassalle nicht an Schweitzer schreibe, dieser möge die Frankfurter Mitglieder ungeschoren lassen.

Lassalle mußte sich dem Ansinnen fügen, drückte aber zugleich dem Frankfurter Bevollmächtigten sein „tiefes Mißfallen" aus und schrieb: „Auf einer wie unnatürlichen Verirrung auch das dem Dr. v. Schweitzer imputierte Vergehen beruht, so gehört es doch offenbar zu jenen, die mit dem Charakter, worunter ich eben die sittliche Ueberzeugungstreue und Redlichkeit eines Menschen verstehe, die noch dazu, — worauf es hier allein ankommt — mit seinem **politischen** Charakter nicht das Geringste zu tun haben. Um sich hiervon zu durchdringen, brauche ich ja nur an das eine zu erinnern, daß bei den Griechen — so wenig auch wir diese widernatürliche Geschmacksverirrung begreifen — die Knabenliebe allgemein herrschender Gebrauch war, kein Staatsmann, kein Denker, dem sie nicht zur Last fiel. Das griechische Altertum nahm nicht den geringsten Anstoß daran, und — was Sittlichkeit sei, denke ich, wußten die großen griechischen Denker, wußte das griechische Volk doch auch! — Und auf Grund einer derartigen Sexualverirrung soll man einem Menschen entgegentreten und ihn von sich stoßen, der solche Verdienste bereits um unsere Sache sich erworben hat, wie Schweitzer?

Einen Mann, der solche Beweise von Charakter gegeben hat, wie Schweitzer durch sein offenes Entgegentreten gegen die Bourgeoisie in seinem sozialen Roman? Einen Mann, von dem bei seiner Intelligenz, Tüchtigkeit und seinem Aufopferungsmut man noch solche Verdienste zu erwarten hat? Es ist dies ein schlagender und verdienstlicher Beweis, wie tief der Deutsche noch in der Philisternachtmütze steckt und wie wenig er noch das Politische vom Privaten zu unterscheiden weiß." Diese „Philisternachtmütze" hat ihre Zipfel immer wieder gegen Schweitzer geschüttelt, und ihr Schatten fällt heute noch auf sein Andenken.

Mit Schweitzer selbst fand sich Lassalle in taktvoller und würdiger Weise ab. „Bei alledem sehen Sie ein, daß vorläufig und für den Augenblick nichts zu tun ist, als jedem Konflikt und einer möglichen Spaltung aus dem Wege zu gehen. Wir sind noch zu schwach, um eine Spaltung zu wagen, und im Augenblick kann ich nicht von hier aus brieflich so viele Köpfe dort umstimmen." Die Versicherung „freundschaftlicher Hochachtung", womit Lassalle den Brief schloß, war mehr als eine höfliche Redefloskel. Er hielt fortan große Stücke auf Schweitzer und verschaffte ihm in der Leipziger Gemeinde die Mitgliedschaft des Vereins. Es war denn auch ganz in seinem Sinn, als Schweitzer nach Beendigung seines Romans im Sommer 1864 den Plan faßte, gemeinsam mit seinem Freunde Hofstetten, der durch seine Frau einiges Vermögen besaß, ein Organ zu gründen, das die Grundsätze und Ziele des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vertreten sollte. Auf einer mehrtägigen Vergnügungsreise durch die Pfalz, im Juli, wurde der Plan eingehend erwogen; anfang August begab sich Schweitzer nach Berlin, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen, während Lassalle nach der Schweiz reiste, wo er Ende dieses Monats seinen Tod fand.

Noch bei Lassalles Lebzeiten, und schwerlich ohne dessen Zustimmung, knüpfte Schweitzer mit Liebknecht an, der sich als Mitglied in die Liste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hatte eintragen lassen, aber voller Mißtrauen gegen Lassalle war; namentlich nachdem dieser im Herbste 1863 seiner Agitation jene taktische Wendung gegeben hatte, die darauf hinauslief, der jungen Arbeiterbewegung breiteren Raum zu schaffen, indem sie Aristokratie und Bourgeoisie gegeneinander ausspielte. In seinen spätesten Lebensjahren hat Liebknecht einmal be-

hauptet, Lassalle habe in dem von ihm erzwungenen Zweikampf einen „indirekten Selbstmord" begangen, aus Furcht vor einer bevorstehenden Konferenz mit Marx und Engels, die ihn vor die Wahl gestellt haben würde, entweder seine taktische Wendung aufzugeben oder aber einen Krieg auf Leben und Tod mit seinen alten Freunden zu riskieren. Von dieser geplanten Konferenz ist in den gleichzeitigen Urkunden jedoch nicht die geringste Spur zu entdecken; auch waren weder Marx und Engels die Leute, ein solches Ketzergericht zu veranstalten, noch Lassalle der Mann, sich ihm zu unterwerfen oder gar vor ihm in den Tod zu flüchten; endlich hat Liebknecht selbst, als die Dinge noch frisch in seinem Gedächtnis waren, eine ganz andere und in sich durchaus glaubwürdige Darstellung des Hergangs gegeben.

Danach hat er bei der ersten Annäherung Schweitzers seine Bedenken gegen Lassalles Taktik in keiner Weise verhehlt, und er glaubte zu bemerken, daß diese Bedenken ihren Eindruck auf Schweitzer nicht verfehlt hätten. Von einer Mitwirkung an dem neuen Organ sei nur ganz allgemein gesprochen worden. Nach dem Tode Lassalles sei Schweitzer dann mit dem Vorschlage gekommen, Marx solle die Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins übernehmen. Dieser Plan sei jedoch zunächst daran gescheitert, daß Marx Bedenken getragen habe, sich mit einer Bewegung zu identifizieren, deren Taktik er für grundverkehrt hielt, dann aber auch, weil er keine Lust gehabt habe, unter den herrschenden politischen Zuständen nach Deutschland überzusiedeln. Außerdem habe sich bald nachher herausgestellt, daß Lassalle in seinem Testament Bernhard Becker zu seinem Nachfolger empfohlen habe. Danach sei Schweitzer mit förmlichen Anträgen um Mitarbeit an seinem neuen Organ gekommen; er habe sich verpflichtet, die Taktik Lassalles preiszugeben und nur unter dieser Bedingung habe Liebknecht seine Mitarbeit zugesagt, und nach ihm auch Marx und Engels, beide jedoch nur mit dem größten Widerstreben und nur auf Liebknechts Versicherung hin, daß dieser an die Loyalität Schweitzers glaube.

Das wird im wesentlichen richtig sein, wenn auch nur mit der Einschränkung, daß Schweitzer schwerlich ein positives Versprechen gegeben hat, auf die Taktik Lassalles ganz und gar zu verzichten. Er selbst hat behauptet, Liebknecht habe Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Leitung des Allgemeinen

Deutschen Arbeitervereins in die Hände der Marxisten zu bringen, und auf Liebknechts Veranlassung sei „in möglichst schmeichelhafter Form“ die Aufforderung um Mitarbeit an Marx und Engels ergangen. Dabei wird nun auch ein Stück Uebertreibung mit untergelaufen sein. Offenbar haben beide Teile zunächst den guten Willen gehabt, miteinander auszukommen, und so erscheint ihr Verhältnis auch in den Briefen, die Schweitzer damals an Marx richtete. Sie haben sich glücklicherweise in Marxens Nachlaß erhalten, und seine Tochter, Frau Laura Lafargue, hat sie mir vor ihrem beklagenswerten Tode zur Veröffentlichung anvertraut: in ihrer großherzigen Weise, denn der unverkürzte Wortlaut stellt Schweitzers damaliges Verhalten in ein ungleich günstigeres Licht, als aus den Bruchstücken hervorleuchtete, die Marx selbst aus diesen Briefen veröffentlicht hat.

Der erste ist vom 11. November 1864 datiert und lautet wörtlich:

Sehr geehrter Herr!

In meines Freundes V. v. Hofstetten und meinem eigenen Namen erlaube ich mir, mich mit einer Bitte an Sie zu wenden.

Schon mit Lassalle hatten Herr v. Hofstetten (bisher und auch noch in diesem Augenblick bayrischer Offizier) und ich selbst vereinbart, daß unter unserer Redaktion eine Zeitung als Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hier in Berlin herausgegeben werden solle. Der derzeitige Präsident des Vereins, Herr Bernhard Becker, hat sich in derselben Weise mit uns verständigt, und es wird daher demnächst das Blatt unter dem Titel: „Der Sozialdemokrat (oder so ähnlich) Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ dahier erscheinen, und zwar im Monat Dezember l. J. einmal wöchentlich, vom 1. Januar 1865 an entweder täglich oder dreimal wöchentlich, in ziemlich großem Format. Ich glaube, weiteres nicht bemerken zu müssen, da Liebknecht mir sagte, er habe Sie bereits des näheren in Kenntnis gesetzt.

Wir haben uns an etwa sechs bis acht Mitglieder der Partei oder derselben wenigstens nahestehende Männer gewandt, um sie für die Mitarbeiterschaft zu gewinnen, und es steht ziemlich außer Zweifel, daß diese Herren zusagen werden. Allein für ungleich wichtiger halten wir es, daß Sie als Begründer der Deutschen Arbeiterpartei und ihr erster Verfechter uns ihre Mitwirkung angedeihen lassen. Wir hegen die Hoffnung, daß Sie einem Verein, der, wenn auch nur indirekt, auf Ihre eigene Wirksamkeit zurückzuführen ist, nach dem

großen Verluste, der ihn betroffen, in seinem schweren Kampfe zur Seite stehen werden.

Mit der Bitte, uns **sobald als möglich** mitteilen zu wollen, ob wir hier und da einen Artikel von Ihnen erwarten dürfen, und ob es uns zugleich erlaubt ist, dies unseren Lesern anzukündigen, und mit der weiteren Bitte um gefällige Besorgung des beiliegenden Briefes zeichne ich in Hofstettens und im eigenen Namen

In vorzüglicher Hochachtung

J. B. v. Schweitzer

Berlin, Dresdener Straße Nr. 85.

Die Briefe von Marx an Schweitzer haben sich leider nicht erhalten, bis auf einen, allerdings sehr wichtigen, von dem späterhin zu reden sein wird. Doch hat Marx den Inhalt seiner Antworten kurz skizziert in einer Erklärung, die er am 19. März 1865 in der Berliner Reform veröffentlichte, derselben Erklärung, worin er einzelne Bruchstücke aus Schweitzers an ihn gerichteten Briefen veröffentlichte. Danach hat er, ebenso wie Engels, seine Zusage erteilt, auf den Prospekt hin, den Schweitzer seinem Briefe beigelegt hatte: „Solidarität aller Völkerinteressen, das ganze gewaltige Deutschland Ein freier Volksstaat, Abschaffung der Kapitalherrschaft", und unter der Bedingung, vorher zu erfahren, welche Mitarbeiter neben ihm namhaft gemacht werden sollten.

Hierauf antwortete Schweitzer am 19. November 1864:

Sehr geehrter Herr!

Zunächst meinen herzlichsten und freudigsten Dank für Ihre Zusage!

Sie knüpfen diese Zusage an die Bedingung, daß Sie vorher erfahren, welche anderen Mitarbeiter namhaft gemacht werden sollen.

Ich beeile mich, diese Bedingung zu erfüllen. Es sollen noch genannt werden die Herren: Bernhard Becker, Johann Philipp Becker, Heß, Professor Wuttke in Leipzig, Herwegh, Rüstow, Liebknecht.

Wenn Sie an einem oder dem andern dieser Herren Anstoß nehmen, so wird sich das hoffentlich durch die Erwägung erledigen, daß ja zwischen den Mitarbeitern eines Blattes keine gar strenge Solidarität besteht.

Mit Herrn Eccarius bitte ich Sie in unserem Namen zu kontrahieren. Wir wünschen von ihm alle acht Tage einen Bericht über die Londoner Arbeiterangelegenheiten; das Politische aus London besorgt Liebknecht. Was Honorar anbetrifft,

so versteht es sich von selbst, daß größere oder regelmäßig wiederkehrende Arbeiten honoriert werden; allein wir können vorerst noch nicht sechsspännig fahren. Ich ersuche Sie, Herrn Eccarius hierauf aufmerksam zu machen und mit ihm in unserem Namen einig zu werden. Halten Sie anderthalb Taler für die Korrespondenz, die er liefert, für genug? Das Maximum wäre zwei Taler, wenn Sie glauben, daß die fraglichen Korrespondenzen für uns geeignet sind. Daß man sich auf die Genauigkeit der Berichte verlassen könnte, bezweifle ich nach Ihrer Empfehlung nicht.

Wir rechnen sehr darauf, daß wenn schwierige und komplizierte nationalökonomische Fragen auftauchen, Sie dieselben in unserem Blatte behandeln. Sie werden sicher soviel Zeit finden, dies tun zu können. Jedenfalls möchte ich Sie bitten, uns für die ersten Tage des Januar irgendeine Arbeit zuzustellen. Würden Sie vielleicht auch die Kritik größerer nationalökonomischer Werke, die erscheinen, übernehmen?

Die übersandte Adresse (nämlich die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation) werde ich noch heute bei Liebknecht zu Gesichte bekommen; jedenfalls wird dieselbe veröffentlicht.

Schließlich bitte ich Sie, Ihre Briefe, als Zeitungssachen betreffend, nicht mehr frankieren oder, wenn dies einen Preisunterschied macht, uns mit dem Porto belasten zu wollen.

Mit wiederholtem Dank

Achtungsvoll

J. B. v. Schweitzer.

P. S. Sollten Sie in betreff der Ausgabe des Prospekts noch etwas zu bemerken haben, so müßte dies umgehend geschehen.

In einer Ecke des Briefes hat Liebknecht hinzugefügt:

Lieber Mohr! Stoße Dich nicht an Moses Heß. Wenn Du die Geschichte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bedenkst, wirst Du finden, daß der Bursche für den Moment unvermeidlich ist. Viele Grüße an Alle! Dein Library, den Du durch Deine Antwort fabelhaft fidel gemacht hast.

Am 28. November schrieb Schweitzer dann noch einmal an Marx:

Sehr geehrter Herr!

Nachträglich fällt mir ein, daß vielleicht auch Freiligrath, der meines Wissens in London lebt, für das Blatt zu gewinnen wäre. Wollen Sie die Güte haben, falls Sie es sachgemäß finden, meine Bitte zu übermitteln und mir dann schleunigst Nachricht zu geben. Ich sage schleunigst: denn obwohl einiger Aufenthalt unvermutet eingetreten ist, hoffen wir noch immer,

am 7. erscheinen zu können. Da die Sache sehr geheim gehalten worden, wird sie allgemein überraschen.

Ihr äußerst inhaltreiches Manuskript ist bereits zur Druckerei gegeben; vielleicht wünschen Sie einige Separatabzüge? Es ist, beiläufig gesagt, zu lang, um in einer Nummer ganz gebracht werden zu können, muß also in Fortsetzungen erscheinen. (Zweimal.)

Ihre und Engels Zusage hat in der Partei, soweit dieselbe überhaupt eingeweiht ist, die freudigste Sensation hervorgerufen. Von den Herren, deren Namen ich Ihnen nannte, haben alle zugesagt bis auf Herwegh, dessen Antwort noch nicht eingetroffen ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J. B. v. Schweitzer.

Nicht schon am 7., aber am 15., 22. und 30. Dezember erschienen die Probenummern des „Sozialdemokrat", der dann vom 1. Januar regelmäßig ausgegeben wurde, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend jeder Woche.

* * *

Schließlich noch die im Grunde selbstverständliche Bemerkung, daß die hier gesammelten Aufsätze und Reden Schweitzers ein irgend erschöpfendes Bild seiner Tätigkeit im Dienste der sozialistischen Arbeiterbewegung weder geben sollen, noch auch nur geben können, selbst wenn man davon absieht, daß seine ökonomische Aufklärungsarbeit überhaupt nicht berücksichtigt worden ist. Gleich die beiden glänzenden Aktionen seines ersten Jahres, die Kämpfe um die Eroberung des Koalitions- und den Schutz des Vereinsrechts kommen in dem, was hier gesammelt ist, nur zu sehr unvollständigem Ausdruck. Sie zersplitterten eben in einer Unzahl kleiner und kleinster Artikel, deren wörtliche Wiedergabe sich schon aus räumlichen Rücksichten verbot, zumal da sie ohne weitläufigen Kommentar nicht verständlich gemacht werden können.

Aber auch unter den größeren Kundgebungen, in denen Schweitzer die leitenden Gesichtspunkte seiner politischen Tätigkeit entwickelte, mußte noch eine Auswahl getroffen werden. Zwar band sich der Sozialdemokrat so wenig, wie ehedem die Rheinische und die Neue Rheinische Zeitung, an den täglichen Leiter; manchmal ist er wochenlang ohne solchen erschienen. Aber bei alledem ist der Zwang, sich wiederholen zu müssen, der Fluch aller tagespublizistischen Tätigkeit, und so mußte es die Aufgabe des Herausgebers sein, nur diejenigen

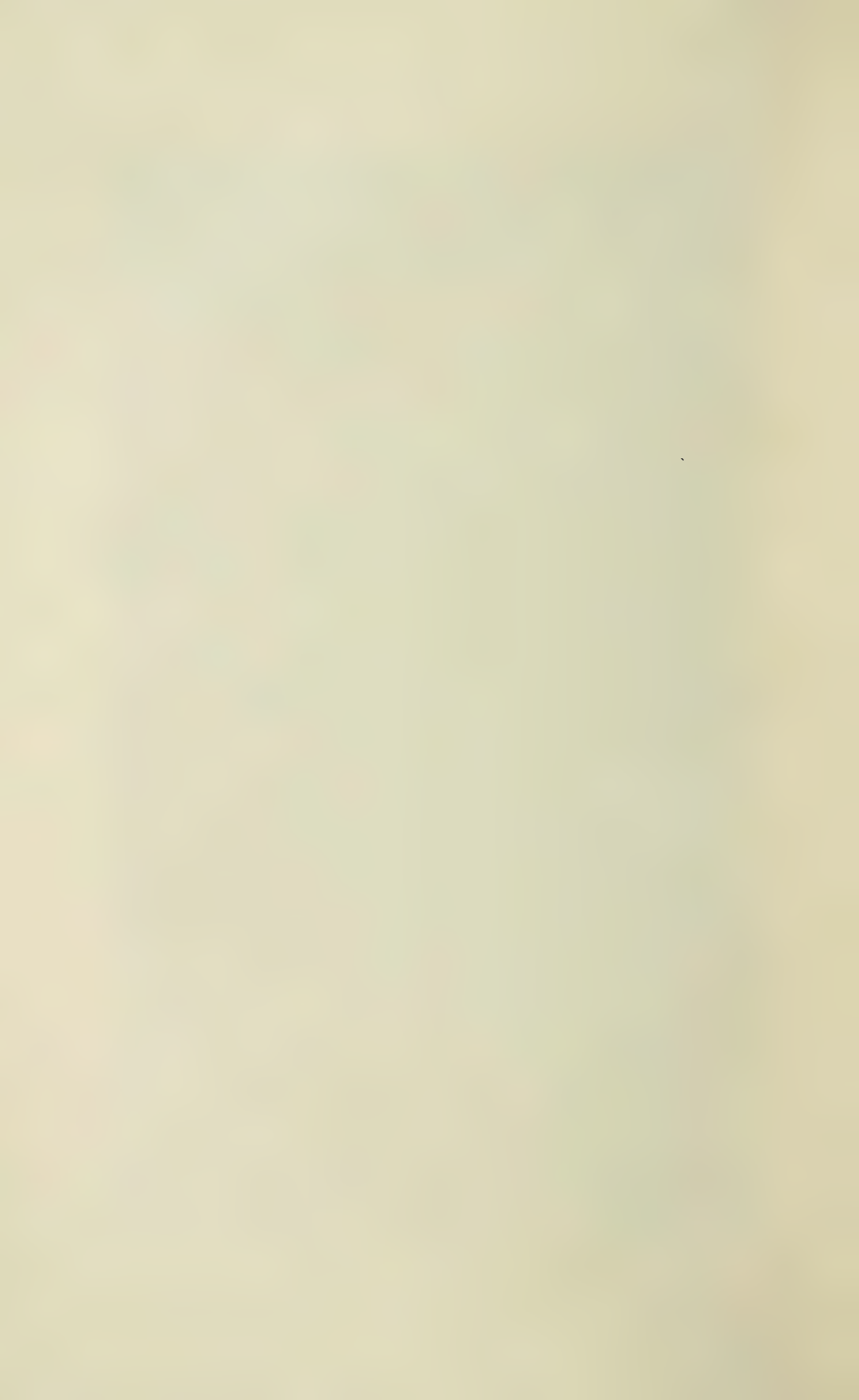
Aufsätze und Reden zu sammeln, die den politischen Gedankengang Schweitzers am klarsten, kräftigsten und vielseitigsten beleuchten. Neben diesem obersten Gesichtspunkt mußte dann noch ein anderer berücksichtigt werden, insofern, als es sich um Artikel handelte, die an sich wenig von Schweitzers eigentlicher Art zeigen, aber der Gegenstand von Polemiken gewesen sind, die in der Geschichte der Partei eine gewisse Rolle spielen. So hätte gleich der erste Artikel, die Apotheose Lassalles, fortbleiben können, jedoch da er den ersten Anstoß zum Zwiste zwischen Marx und Schweitzer gegeben hat, so kann er nicht wohl übergangen werden. Doch sind der Artikel, die aus solchen Rücksichten aufgenommen wurden, nur ganz wenige.

Endlich schließt die Sammlung im wesentlichen mit dem Sommer 1869, was insofern mißdeutet werden könnte, als von diesem Zeitpunkt ab der endgültige Niedergang Schweitzers begann. Allein seit dieser Zeit wurde der Sozialdemokrat hauptsächlich von Hasselmann redigiert, und es liegen kaum eigentümliche politische Kundgebungen Schweitzers vor; namentlich aber besteht kein Streit über die schweren Fehler, die Schweitzer begangen hat, als er durch eigene und fremde Schuld auf die abschüssige Bahn geriet. Der einfache Hinweis auf die entsprechenden Abschnitte meiner Parteigeschichte schützt mich vor dem Verdacht, als ob ich irgendetwas von dem, was Schweitzer wirklich gesündigt hat, zu vertuschen beabsichtige, wenn ich mich auf die Mitteilung der Urkunden beschränke, die sich auf den umstrittenen Teil seiner politischen Wirksamkeit beziehen.

Außer auf meine Parteigeschichte will ich dann noch nachdrücklich auf die Arbeiten H. Laufenbergs und G. Mayers verweisen, von denen jene die tieferen Wurzeln der Wirksamkeit Schweitzers in der deutschen Arbeiterbewegung vortrefflich schildert, diese aber der schönen Pflicht genügt, dem persönlichen Wesen des vielverkannten Mannes gerecht zu werden.

Steglitz-Berlin, im Mai 1912.

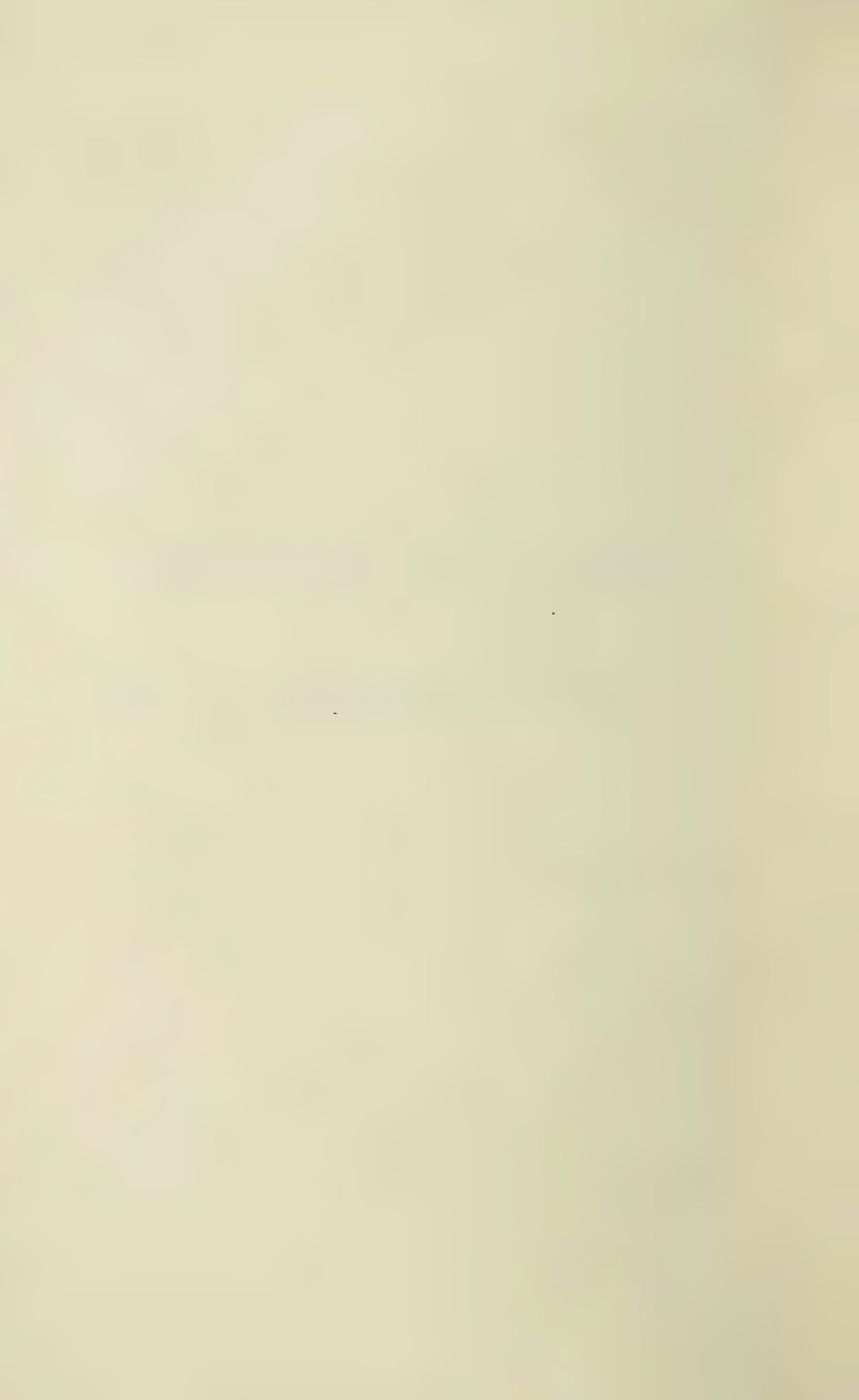
F. Mehring.



Politische Aufsätze und Reden

Von

J. B. v. Schweitzer



Erstes Kapitel.

Die Anfänge.

I.

Ferdinand Lassalle.

Er starb jung — im Triumphe — als Achilles.*)
Karl Marx.

15. Dezember 1864.

Ist es begreiflich? Ist es möglich? — Das waren die Rufe, die lauter und lauter durch unsere Reihen tönten, als jene schreckenvolle Botschaft von Mund zu Mund flog.

Hatten wir ihn doch alle gesehen inmitten seines Wirkens und Schaffens, strotzend von jener Titanenkraft, die berufen schien, eine Welt aus ihren Angeln zu heben!

Und diese Eiche sollte gebrochen, diese Säule sollte zertrümmert sein? — Es war zu viel für jedes bessere Gemüt — wir konnten, konnten es nicht glauben.

Aber tückisch waltet das unerbittliche Geschick und manchen schon hat es hinweggerafft — jung — im Triumphe — wie Achilles.

Unheimlich fesselnd und beengend lag über unserem Volke das dichte Netz, womit eine beispiellose Cliquenzunft das Vaterland umsponnen hielt. Konnte doch der Verzweiflung nahe kommen, wer ein Herz für die Leiden des Volkes und für die Sache Deutschlands hat und täglich — viele, viele Jahre lang täglich von neuem! — sehen mußte, wie prahlerische Koterien kraftloser Schwätzer sich als die Vertreter des Volkes und als die Bannerträger der neuen Zeit gebärdeten.

Da — als die Bachanalien der politischen Unfähigkeit auf ihrem Gipfel waren, als kaum mehr Hoffnung schien, daß

*) In einem Briefe an die Frau Gräfin von Hatzfeldt.

das Volk den Betrug erkennen und, sich ermannend, seine falschen Vertreter zurückschleudern werde in das alte Nichts, aus dem sie künstlich einander emporgesprochen — da, zur guten Stunde und im richtigen Augenblicke, kam Ferdinand Lassalle. Er kam allein, „Ein Mann gegen alle, nichts hinter sich, weder die Regierung einerseits, noch Cliquen, noch Koterien, noch Zeitungsorgane anderseits, auf nichts gestützt als auf die Prinzipien und auf sein Vertrauen zu der Kraft und dem gesunden Sinn des Volkes".

Und von da an, mit immer steigendem Erfolge, höher und höher getragen von dem Beifall des erwachenden Volkes, die geknechteten Männer der Arbeit zu glühender Leidenschaft entflammend und um sein Banner scharend, zog er weiter und weiter auf seiner Triumphatorbahn.

Doch dies Erwachen des Volkes, all die Erfolge, die dem Bannerträger der Enterbten und Besitzlosen wurden, wie hätten sie nicht zu maßloser Erbitterung jene treiben sollen, die die Herrschaft des Besitzes und die Knechtung der Arbeit vertreten? Rastlos aus der reichen Rüstkammer der Lüge und der Verleumdung schleppten die falschen Volksfreunde ihre Waffen herbei und geifernd kroch das Zwerggeschlecht um den Riesen, der da fest und groß auf dem Felsengrunde der Wahrheit stand, des eigenen Wertes und der Zukunft seiner Sache sich bewußt.

Da kam die Nachricht seines Todes — und wie der rollende Donner den hundertfachen Lärm gemeinen Tagwerks übertönt, so erhob sich voller und voller die Stimme der Verehrung und des Preises, Gerechtigkeit für den Dahingegangenen verlangend.

Und so mächtig, so unwiderstehlich scholl nach wenigen Tagen schon diese Stimme, daß alle die Blätter und Blättchen, die nicht genug des Schmutzes für den Lebenden gehabt, jetzt in die Anerkennung des Toten mit einzustimmen sich beeilten.

Aber nicht ihm zur Ehre, nur sich selbst zur Schande hat die Feigheit eingestimmt in diesen Ruf; denn nicht der Anerkennung ephemerer Zeitungsschreiber bedurfte Ferdinand Lassalle; so lange es deutsche Wissenschaft gibt, wird sein Name in jenem Tempel leuchten, wo still die Denker ihre Bahnen gehen.

Aber für die Sache, die er im politischen Leben der Nation vertrat, für diese war es gut, daß die boshafte Heuchelei sich selbst entlarvte.

Werden die Feinde der Arbeitersache, nachdem sie so offenkundig sich selber Lügen gestraft, werden sie es noch einmal wagen können, die Männer, welche für das Volk und seine Rechte kämpfen, als Werkzeuge der Reaktion zu verdächtigen?

Und doch — sie werden es, ob auch freilich erfolglos, auch fürder tun. Denn diese „Volksvertreter" fürchten ja auf Erden nichts mehr als das Volk und es ist ja ihr bleibender Fluch, daß sie jene verdächtigen müssen, die dem betrogenen Volke die Augen öffnen wollen. Ihr aber, Arbeiter, die ihr unter Kummer und Not, unter Sorge und Krankheit durch das Leben geht, ihr, geknechtete Männer der Arbeit, für deren unverjährbare Rechte der Dahingegangene den weithin tönenden Ruf erhoben und um derenwillen er Lüge und Verleumdung, Haß und Verfolgung tragen mußte, ihr, Männer der Arbeit, werdet nie vergessen, was Ferdinand Lassalle euch war. Aber nicht die tatenlose Ohnmacht darf es sein, die an seinem Grabe trauert; tief, tief in eure Seele senke sich jener glühende Ingrimm, der Rache heischt für erlittene Unbill, und das Emblem, das über dieses Grab gehört, ist die geballte Faust. —

Doch genug für heute von dem Denker und dem Volksmann — zwei Worte noch dem Menschen Ferdinand Lassalle.

Wie so ganz anders war doch jener Mann, als platte Zeitungsleser sich ihn vorgestellt!

Wer je in seiner Nähe geweilt, wer je so glücklich war, im täglichen Umgang mit ihm zusammen zu sein, der mußte es lernen, bewundernd hinaufzusehen zu seiner Größe!

Wenn je ein glücklicher Zusammenklang unter den mächtigen Elementen einer reichen Seele war, so war es bei ihm. Denn ihm hatten nicht vergebens die Weisen Griechenlands und seine Dichter, nicht vergebens die großen Männer aller Zeiten gedacht und gesungen; er war ein Mensch im Sinne der Alten, — ein Mensch, wie der olympische Perikles es war.

Und so, im Einklang der Elemente, liebenswürdig im Scherz und in der heiteren Laune, im großen Ernst des Lebens sicher, fest — so haben wir ihn gekannt und so ihn gesehen, den Mann mit dem flammenden Jugendfeuer, mit der stolzen, sicheren Manneskraft und mit jenem freundlichen Auge, aus dem die Reinheit und die Güte seines Herzens sprachen.

Aber allerdings — so haben die guten Zeitungsleser sich ihn nicht gedacht!

Denn daß die Seele voll hoher Entwürfe und voll eiserner Strenge sein und doch das Herz die kindlich frohe Reinheit sich bewahren könne, das freilich haben stets nur wenige begriffen und am wenigsten begreift es dies Geschlecht von heute, dem breit und dick den Stempel der Gewöhnlichkeit die Geldgier aufs Gesicht gedrückt.

Wir aber haben ihn gekannt, und daß wir ihn verloren, hat einen düsteren, nie zu bannenden Schatten über unser Leben geworfen!

Ihr alle, die ihr aus seinen Werken und seinem Wirken ihn erkanntet — ihr fühlet mit uns den schmerzensvollen Trost und auch die Mahnung, die da liegt in dem verhängnisvollen Worte: Jung — im Triumphe — als Achilles. . . .

II.

Schleswig-Holstein.

21. Dezember 1864.

Die schleswig-holsteinische Angelegenheit hat uns von jeher wenig Sorge gemacht; denn es ging immer und geht auch heute noch die radikale Partei von der Anschauung aus, daß in politischer Beziehung der Blick unverwandt auf die direkte Lösung der deutschen Frage gerichtet bleiben muß, da mit der Lösung dieser einen Frage alle andern Fragen selbstverständlich mitgelöst sind.

Nichtsdestoweniger hat jene Angelegenheit, nachdem sie vor etwa Jahresfrist aus einem Stadium herausgetreten ist, dessen Langweiligkeit lediglich durch die der kurhessischen Frage überboten wurde, einigen Anspruch auf unsere Beachtung.

Es ist das traurige Merkmal unserer politischen Zustände, daß, einerlei welche Frage auftaucht, die Lösung derselben, wie sie auch immer ausfallen möge, niemals der Nation zur Ehre und Befriedigung gereichen kann, indem jedesmal sämtliche, innerhalb des Rahmens der bestehenden Verhältnisse überhaupt möglichen Lösungen irgend einen der vorhandenen Schäden notwendig befestigen müssen.

So auch diesmal!

Wohl dürfen wir uns freuen, daß durch die vereinte Tapferkeit der preußischen und österreichischen Truppen ein

deutsches Land der Fremdherrschaft entrissen worden. Aber sofort vergällt unsere Freude die Erwägung, was nunmehr aus dem gewonnenen Lande werden soll.

Zwei Fälle sind möglich:

Entweder einer der Hauptstaaten behält das eroberte Land — und dies heißt den Krebsschaden Deutschlands, den Dualismus verstärken — oder aber dasselbe wird einem neu einzusetzenden Fürsten erteilt — und dies heißt die kleinstaatliche Misere aufs neue sanktionieren.

Wie es also auch kommen möge, die Lösung ist vom Standpunkte der Nation notwendig eine traurige, und nicht wünschen oder hoffen können wir diese oder jene Entscheidung — nur als wahrscheinlich oder unwahrscheinlich dieses oder jenes zu bezeichnen vermögen wir.

Fassen wir die Tatsachen ins Auge!

Ein „herrenloses Land", faktisch besetzt von Preußen, ist vorhanden, und um dieses „herrenlose Land" zankt sich eine Anzahl fürstlicher Prätendenten.

Wer von diesen Herren „im Rechte" ist und ob überhaupt einer derselben auf das Ganze „ein Recht" hat — dies wagen wir nicht zu entscheiden, gestehen vielmehr offen vor aller Welt unsere gänzliche Ignoranz in dieser Frage ein.

Denn wir würden uns schämen bis ins innerste Herz, wenn wir auch nur eine Sekunde kostbarer Zeit verschwendet hätten, um die elenden Pergamente und die vermoderten Familientraktate zu prüfen, die man aus dem Schutte einer Gott sei Dank längst dahingesunkenen Zeit hervorgeholt!

So viel aber glauben wir der Sache doch abgemerkt zu haben, daß diese Fragen nicht so gar einfach sind und daß es wohl eine geraume Zeit dauern dürfte, bis jene Pergamente und Familientraktate mit deutscher Gründlichkeit geprüft sind.

Preußen unterdessen wird genügend Zeit finden, sich behaglich in dem Lande einzunisten, um welches die Herren Prätendenten sich zanken, und wir glauben fast, bis der Zank beendet ist, heißt es: Zu spät!

Und wenn es so kommt — wenn Preußen wirklich unter der einen oder andern Form das Land behält — was wir, beiläufig gesagt, vom spezifisch preußischen Standpunkte aus sehr erklärlich finden würden, wer dürfte sich darüber wundern? Die Tat allein entscheidet in der Politik, und Oesterreich und Preußen allein haben gehandelt, während die Regierungen der

Mittel- und Kleinstaaten keifende Noten schrieben, nicht aber den Mut hatten, mit dem Schwerte in der Hand der Nation voranzugehen.

Und wenn es nun also wirklich so käme, wenn wirklich Preußen das Land annektierte — einen Trost hätten wir doch wenigstens bei all dem Elend: daß nämlich durch solchen Vorgang den gesamten Mittel- und Kleinstaaten, die bei dieser ganzen schleswig-holsteinischen Angelegenheit eine so entwürdigende Rolle gespielt, und vor allem dem Bundestag, dem einzigen Organ der Gesamtnation, der letzte Lebensnerv getötet würde, und somit der bestehenden Verfassung Deutschlands selbst für das blödeste Auge der Stempel der Unhaltbarkeit aufgedrückt bliebe.

Dies aber muß uns dem Ziele näher bringen, denn so groß auch die Geduld der deutschen Nation ist, unter solchen Umständen müßten die Verhältnisse bald zu entscheidender Umwälzung drängen und die Nation — so hoffen wir — sich endlich ermannen.

Wollte dann bei dieser Gelegenheit Herr von Beust die Krone seines königlichen Herrn freiwillig mit „dreinwerfen", so fände diese löbliche Handlung vielleicht allseitige Nachahmung und es würde ja alsdann die deutsche Frage auf äußerst gemütliche Weise ihrem Abschlusse näher gebracht! — — —

Anmerkungen.

Diese beiden Artikel sind die Leiter der beiden ersten Nummern. Während der erste, wie es sich nach Lage der Dinge wohl schickte, den Manen Lassalles eine Huldigung darbrachte, die bei Schweitzers geringer Begabung für den pathetischen Stil nicht eben viel besagen wollte, begann der zweite bereits das Erbe des großen Agitators zu liquidieren, und zwar an dem für den Augenblick brenzlichsten Punkte.

Lassalle hatte den Krieg, den die preußische und die österreichische Regierung 1864 gegen Dänemark führten, begreiflicherweise mit großer Spannung verfolgt und in ihm schon den Anfang der auswärtigen Verwicklung erkannt, in deren Verlaufe Bismarck zum allgemeinen Stimmrecht gedrängt werden mußte. Gleichwohl ist es im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß Lassalle vor seinem Tode den Plan erwogen habe, von seinen Hamburger Anhängern eine Resolution fassen zu lassen, durch die Bismarck aufgefordert werden sollte, Schleswig-Holstein auch gegen den Willen des

österreichischen Mitbesitzers zu annektieren. Für diese angebliche Absicht Lassalles liegt nur das Zeugnis der Gräfin Hatzfeldt vor, das nach den sonst kontrollierbaren Mitteilungen, die sie nach Lassalles Tode über dessen politische Pläne gemacht hat, vollkommen wertlos ist. Wenn die flüchtigen Andeutungen, die Lassalle in Briefen an die Gräfin von einem Plane macht, den er an einem Tage als „tatsächlich wichtig", aber am nächsten Tage schon als eine Sache betrachtet, von der er sich nicht viel verspreche, sich wirklich auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit bezogen haben sollten, so ist höchstens die Vermutung statthaft, daß Lassalle dem preußischen Königtum eine ähnliche schleswig-holsteinische Politik unter ähnlichen Vorbehalten und in ähnlich kompromittierlicher Absicht habe anraten wollen, wie schon in seiner Schrift über den italienischen Krieg von 1859.

Aber die Gräfin, die sich als die berufenste Erbin Lassalles geberdete, bestand hartnäckig darauf, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sich für die borussische Annexionspolitik entscheiden solle, und so war es Schweitzers erste Sorge, das Feuer zu dämpfen, ehe es hell emporflackerte. Dieser zweite Artikel zeigt ihn schon weit mehr, als der erste, in seinem eigentlichen Element: in der klaren und nüchternen Entwirrung einer verwickelten Frage. Schleswig-Holstein als preußische Provinz oder als souveräner Mittelstaat: eine andere Lösung ist, wohlgemerkt unter den bestehenden Verhältnissen, nicht möglich, und jede dieser Lösungen widerspricht dem nationalen Interesse. Nur den einen Vorzug hat die preußische Annexion, daß sie „der bestehenden Verfassung Deutschlands" eher den Kehraus tanzt als die Stärkung der mittel- und kleinstaatlichen Herrlichkeit ihn tanzen könnte, für die ihr lächerlichster Vorkämpfer, der sächsische Minister v. Beust, die Krone seines königlichen Herrn eben „dreinzuwerfen" verheißen hatte.

Marx war jedoch mit beiden Artikeln unzufrieden. In der Erklärung, die in der Einleitung erwähnt worden ist, sagt er: „Die beiden ersten Probenummern enthielten schon mancherlei Bedenkliches. Ich remonstrierte. Und unter anderem sprach ich meine Entrüstung darüber aus, daß aus einem Privatbriefe, den ich auf die Nachricht von Lassalles Tode der Gräfin Hatzfeldt schrieb, ein paar Trostworte herausgerissen, mit meiner Namensunterschrift veröffentlicht und schamlos dazu mißbraucht worden seien, eine servile Lobhudelei Lassalles ein- und auszuläuten". Schweitzer hat an seinem Teile bestritten, daß Marx wegen der angeblichen „servilen Lobhudelei" Lassalles seine „Entrüstung" bekundet habe, und in der Tat spricht der einlenkende Ton seiner Antwort dafür, daß Marx mehr seine Unzufriedenheit mit dem schleswig-holsteinischen Artikel bekundet hat.

Diese Antwort ist vom 30. Dezember 1864 datiert und lautete: „Sehr geehrter Herr! Haben Sie Geduld mit uns — die Sache wird schon nach und nach besser gehen — unsere Position ist sehr schwierig. Gut Ding will Weile haben und so hoffe ich, daß Sie sich beruhigen und eine Zeitlang zusehen. Können wir bald wieder auf einen Beitrag rechnen? Mit vorzüglicher Hochachtung in Eile J. B. v. Schweitzer." Die Schlußbemerkung bezieht sich darauf, daß die bekanntlich von Marx verfaßte Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation in der zweiten und dritten Probenummer des Sozialdemokraten abgedruckt worden war.

Zweites Kapitel.

Der Bruch mit Marx und Engels.

Das Ministerium Bismarck.

1.

27. Januar 1865.

Sollte es, wenn wir unter diesem Titel die preußischen Staatsverhältnisse einer Besprechung unterziehen — sollte es vonnöten sein, die Berechtigung des Titels erst noch besonders nachzuweisen?

Wir glauben kaum!

Denn dieses Wispern und Zischeln, dieses Schimpfen und Lästern, dieses Toben und Schreien, dieses Kommen und Gehen — es war ja allezeit und ist auch heute noch das Zeichen, daß dem allgemeinen Gefühle nach eine besondere, dem Gleise des Hergebrachten sich enthebende, eine außergewöhnliche Erscheinung vor die Welt getreten ist.

Ein konservatives, ein hochkonservatives Ministerium und doch aus zwanzig Kabinetten der Ruf: Das Bundesrecht ist bedroht, die Legitimität wird verletzt, die Gewalt wird proklamiert!

Ein reaktionäres, ein „die Volksrechte zertretendes“ Ministerium und doch allgemeines Geschrei über radikales Renegatentum, über Pflegung „destruktiver Elemente“!

Ein konservatives, ein streng royalistisches Ministerium und doch die offiziellen Notenschreiber der Kabinette in gleicher Aufregung und Entrüstung wie die liberalen Leitartikelschreiber der Zeitungen!

„Parlamentarismus oder Cäsarismus?“ schreit man liberalerseits in die Welt hinein, ohne zu bedenken, wie wenig schmeichelhaft für die Schreienden die Stichworte gewählt sind. Denn „Parlamentarismus“ heißt Regiment der Mittelmäßigkeit, heißt machtloses Gerede, während „Cäsarismus“ doch

wenigstens kühne Initiative, doch wenigstens bewältigende Tat heißt.

„Schmach den Renegaten, die jetzt der Reaktion dienen!"

Ganz gut! Nur zu!

Sonderbar aber doch, daß diese radikalen Renegaten nicht bei Pfordten und Beust, nicht bei Schmerling und Mensdorf, daß diese radikalen Renegaten gerade bei Bismarck sind!

Die Verfassung wird zertreten! klagen die preußischen Liberalen.

Das Bundesrecht wird verhöhnt! jammern die nichtpreußischen Konservativen.

Und so geht es fort!

Doch genug der Kontraste!

Sehen wir vielmehr, ob wir einen Gesichtspunkt gewinnen, von dem aus diese divergierenden Erscheinungen ihre einheitliche Erklärung finden!

Wir wissen wohl, daß der Gegenstand, den wir zu behandeln gedenken, ein tiefernster, ein für das gesamte Vaterland hochwichtiger ist.

An der Hand der Wahrheit und mit strengster Unparteilichkeit werden wir prüfen und entwickeln, unbekümmert um konservatives oder liberales Mißfallen tadelnd, wo zu tadeln, lobend, wo zu loben ist. —

Doch vorher noch ein Wort der Verständigung!

Preußen hat sich in den tatsächlichen Besitz von Schleswig-Holstein gesetzt.

Man hat von liberaler Seite die Sache so dargestellt, als ob das Ministerium Bismarck zu dieser günstigen Position gekommen sei, ohne selbst recht zu wissen wie; als sei dasselbe von den Ereignissen zu einer Stellung gedrängt worden, von der es zu Anfang seiner Operationen nichts habe wissen wollen.

Für diese Anschauung hat man keinen anderen Beweis beigebracht, als daß nicht zu Beginn der Operationen der Ministerpräsident namens des Gesamtministeriums vor Europa getreten ist, um zu erklären: „Geehrte Herrschaften! Wir beabsichtigen, uns nach und nach und unvermerkt in den tatsächlichen Besitz von Schleswig-Holstein zu setzen, zu dem Zwecke, das Geschick dieser Länder in der Hand zu haben."

Wir glaubten bisher, die Staatskunst habe zu allen Zeiten darin bestanden, daß man bei wichtigen Staatsaktionen, zur Vermeidung der Alarmierung feindseliger Mächte, seinen Maß-

nahmen so lange ein harmloses Aussehen zu geben und zu bewahren verstände, bis man sich ganz oder wenigstens nahezu zum Herrn der Situation gemacht habe.

Demgemäß würden wir den Herrn Ministerpräsidenten vollkommen verstehen, wenn er vor dem Herrenhause sagt: „Wollte die Regierung den eingeschlagenen Weg nicht gehen, so blieb ihr nur der Bundeskrieg. Dann aber hätte Oesterreich als Präsidialmacht mitgewirkt, nicht als einfacher Bundesgenosse, und die Majorität des Bundestages hätte nicht bloß bei der Kriegführung, sondern auch bei der schließlichen Regelung eine entscheidende Stimme gehabt. Eine wohlwollende Berücksichtigung der preußischen Interessen wäre aber von solchen Bundesgenossen wohl nicht zu erwarten gewesen."

Und allerdings: wenn Preußen für Preußen — und wer durfte anderes erwarten? — hohe Politik agieren wollte, so konnte nur dieser eine Weg zum Ziele führen.

Wir sehen also nicht ein, warum durchaus der „Gang der Ereignisse" und nicht planmäßige Aktion der Staatslenker die jetzige Lage herbeigeführt haben soll.

Dies aber ausdrücklich zu konstatieren war für unsere weiteren Ausführungen nötig.

2.

5. Februar 1865.

Um die von Tag zu Tag mehr Aufsehen erregende Politik und Stellung Preußens erschöpfend würdigen zu können, muß man genau und mit vollständiger Objektivität zu Werke gehen.

Die Sache will zunächst vom Standpunkte des preußischen Staates und sodann von dem der deutschen Nation betrachtet werden, wonach sich, aus einer Kombination der beiden Gesichtspunkte, ein sicheres und deutliches Ergebnis entwickeln wird.

Indem wir mit der ersterwähnten Seite der Sache beginnen, ist es zunächst erforderlich, in kurzen Zügen die Geschichte und hiernach das Wesen und die Bedeutung des preußischen Staates zu charakterisieren.

Aus unbedeutenden Anfängen, kaum beachtet, entstanden, ist das Besitztum der Hohenzollern in dem abgelegenen Nordosten Deutschlands, unter fortwährendem Mühen und Ringen, durch vielerlei Kampf, unter tüchtigen Regenten allmählich zu

einem bedeutenden Kurfürstentum erwachsen; von dieser Grundlage aus hat sich sodann der vergleichungsweise junge Staat, vorzugsweise durch das mächtige Genie eines großen Königs und gewaltigen Kriegshelden, eines in jeder Beziehung bewunderungswürdigen Mannes, zu einem ausgedehnten und mächtigen Königreich erweitert. Auf solchem Wege innerhalb des deutschen Reichsverbandes groß geworden, hat Preußen in demselben eine erhöhte Sonderstellung und, unter dem Deckmantel eines Verteidigers der Verfassung, überhaupt durch seine gesamte Haltung, eine oppositionelle Stellung gegen Kaiser und Reich eingenommen, sich zu selbständiger Bedeutung aufgeschwungen. Als Deutschland nach einer langen und schweren Periode des Elends und der Schmach sich gegen die Herrschaft eines gewaltigen Eroberers erhob, ist das preußische Volk im entscheidenden Augenblicke dem gesamten Deutschland vorangegangen und hat die ersten Lorbeeren in dem Kampfe deutscher Unabhängigkeit errungen. Allein dieses ruhmvolle, zwar der Form nach nicht, wohl aber dem Wesen nach selbständige Eingreifen des preußischen Volkes in die Geschichte seines Staates und des deutschen Gesamtvaterlandes qualifiziert sich — so glänzend es auch sein mag — als eine, allerdings höchst erhebliche, Ausnahme von der Regel preußischer Geschichte; der Hauptsache nach und alles in allem genommen ist Preußen das, was es ist, durch die an seiner Spitze stehende Dynastie geworden.

Aus dem bezeichneten, wesentlich auf der Haltung und Tätigkeit der Regenten beruhenden, selbständigen und oppositionellen Entwicklungsgange des preußischen Staates inmitten des deutschen Reichskörpers ergaben sich und mußten sich ergeben dreierlei Resultate:

Da nämlich — und dies ist das erste — der preußische Staat (soweit dies überhaupt möglich) eine von der deutschen Geschichte im allgemeinen abgesonderte, ja in gewißem Sinne der Reichsgeschichte entgegenstehende, vielfach ruhmvolle eigene Geschichte hat; da ferner die Entwicklung desselben durch Jahrhunderte hindurch selbständig und eigentümlich vor sich ging und zuletzt zur Existenz eines großen und konsolidierten Staates, eines historisch erwachsenen Gemeinwesens mit bestimmt ausgeprägten Staatstraditionen und fest begründetem Staatsgeist geführt hat; — kurz, da das Ganze in besonderer Weise zu einem der Hauptsache nach selbständigen Organismus mit eigenem

inneren Leben erwachsen ist: so mußte sich in diesem deutschen Lande der Gesamtheit gegenüber ein besonders hartnäckiger, weil besonders berechtigter und vernünftig begründeter, partikularistischer Geist in der Bevölkerung, wenigstens in derjenigen der alten, den Charakter des Ganzen vorzugsweise bestimmenden Provinzen ausbilden.

Es mußte aber ferner — und dies ist das zweite — der oben bezeichnete geschichtliche Entwicklungsgang bewirken, daß die Bevölkerung in Preußen eine vorwiegend royalistische wurde. Und auch dieser preußische Royalismus ist nicht mit der anderwärts vorfindlichen „Treue gegen das angestammte Herrscherhaus" zu vergleichen. Denn während ein solcher Geist in den einen deutschen Staaten zwar nicht ohne alle Begründung sein mag, jedenfalls aber alles politischen Ernstes und der tieferen Würde entbehrt, in den anderen Staaten aber geradezu als Karikatur dessen erscheint, was man Royalismus nennt, ist der königliche Geist in Preußen eine wohlbegründete politische Anschauungsweise und Richtung. Denn die Dynastie und in ihr der jedesmalige Regent können mit innerer Berechtigung als der Kulminationspunkt der aufsteigenden Skala der herkömmlichen Elemente, als der Schwerpunkt der in hergebrachten Bahnen rotierenden Kräfte, als Herz und Gehirn des Organismus innerhalb eines Staatsganzen betrachtet werden, welches nur so und unter solcher Voraussetzung seine eigentümliche Wesenheit und seine dermalige Stellung erlangte und erlangen konnte.

Die Entwicklung des historischen Preußens endlich — um auf das dritte zu kommen — hat dahin geführt, daß es zu einem bedeutenden Staate inmitten Gesamtdeutschlands erwachsen ist, unter Zusammenfassung eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung und — ein unbedeutendes Anhängsel abgerechnet — nur solcher. Dies nun vollzog sich dadurch, daß immer mehr Teile des deutschen Landes, also Teile ein und desselben Volkes, einer im wesentlichen gleichartigen und zusammengehörigen Bevölkerung zu dem jedesmaligen Bestand der immer wachsenden Monarchie zugezogen wurden. Dadurch nun, daß dieser Staat inmitten des vielfach geteilten Gesamtlandes nunmehr in ansehnlicher Größe dasteht und, ohne auf anderen Elementen zu beruhen, von der Gesamtbevölkerung dieses Landes einen Teil befaßt, welcher viel zu groß ist, um als unselbständig gelten zu können und viel zu klein, um die Gesamtheit faktisch und

eo ipso durch den natürlichen Druck entschiedener realer Uebermacht beherrschen zu können: so stellte sich ein Zustand heraus, der sowohl an und für sich, als auch insbesondere bei nur einiger Berücksichtigung der Art und Weise seines Entstehens das offenbare Gepräge des Unfertigen, einer noch nicht abgeschlossenen geschichtlichen Entwicklung auf sich trägt. Es macht nämlich der Staat den Eindruck, als sei er zufällig in einem der Einzelstadien, welche er nach den Gesetzen der Konsequenz und des politisch vorgezeichneten Fortganges seiner Entwicklung sukzessive zu durchlaufen hatte, plötzlich stehen geblieben. Demgemäß ist es — um so mehr, als der Staat keine abgerundete, sondern eine verzweifelt durchbrochene Territorialgestalt hat — in der Natur der Sache begründet, daß derselbe die Tendenz in sich trägt, in konsequenter Fortsetzung seiner seitherigen Geschichte und der seiner Bedeutung und seinem Wesen zugrunde liegenden Entwicklung sich weiter in demselben Lande und durch dieselbe Bevölkerungsart zu vergrößern, aus denen er — in einer Art revolutionärer Weise aus einem unbedeutenden Winkel hervortretend und um sich greifend — sich bis zu seiner jetzigen Wesenheit genährt und erweitert hat.

Man verstehe dies ja nicht falsch! Wenn gesagt wird: „Preußen hat eine Mission in Deutschland", so ist dies — den Ausdruck wörtlich genommen — vollkommen wahr. Ja! Preußen hat eine Mission in Deutschland; allein diese Mission in Deutschland ist nicht, wie man uns glauben machen wollte, eine d e u t s c h e, sondern eine p r e u ß i s c h e.

So steht die Sache in diesem Augenblicke; so stand sie schon im vorigen Jahrhundert. Wenn wir nun finden, daß die gedachten naturgemäßen Vergrößerungstendenzen zwar jetzt und überhaupt mehr oder minder seit 1848 deutlich hervortreten, auch im vorigen Jahrhundert, nur in anderer, den damaligen Verhältnissen angemessener Weise wirksam waren, dahingegen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts (nach dem Wiener Kongreß) sich wenig oder gar nicht bemerkbar machten: so müssen wir den Grund dieser Erscheinung in einem merkwürdigen Umstande, einer außerordentlichen europäischen Konstellation, finden. Durch das gigantische und und welterschütternde Auftreten der französischen Revolution mit ihren radikalen Ideen und Schöpfungen des Neuen waren nämlich sowohl die europäischen Monarchen, als auch überhaupt sämtliche, bei historisch erwachsenen Gemeinwesen in bevorzugter Weise beteiligten Ele-

mente in Besorgnis und Schrecken versetzt, als welche sämtlich fühlten, daß für die, die Grundlage aller bestehenden Ordnung bildende, geschichtliche Auffassungs- und Denkungsweise, somit auch für die auf derselben beruhenden Einrichtungen eine große Gefahr eingetreten sei. Da nun diese Gefahr den Bestand der durch die geschichtliche Entwicklung zu Bevorzugung oder zu irgend welcher günstigen Stellung gelangten Elemente in allen historischen Staaten prinzipiell gleichmäßig bedrohte, so wurde schnell die hierdurch gegebene Solidarität der konservativen Interessen erkannt und dieselbe, angesichts einer durch so imposante Schreckgestalten imminent erscheinenden Gefahr, auch zu äußerer und tatsächlicher Verwirklichung gebracht. Dieser Gang der Sache führte in seinem weiteren Verlaufe dazu, daß, nachdem der Riesensohn der Revolution bewältigt war, die historisch erwachsenen monarchischen Staaten unter Hintansetzung ihrer speziellen und eigentümlichen, vielfach divergierenden, Interessen zu einer allgemeinen und bleibenden Kooperation gegen das Fortschreiten des neuen Geistes sich vereinigten. Nachdem nun aber das Jahr 1848 einen scharfen Riß in den Zusammenhang der konservativen Elemente gewaltsam hineingebracht, zugleich jedoch auch das Auftreten der zweiten französischen Republik, welche im Gegensatz zur ersten wegen des inzwischen erstarkten und nicht ausgeglichenen Gegensatzes zwischen dem Bürgertume und dem Proletariat eine bloße Philisterrepublik blieb, den herkömmlichen Respekt vor der Revolution abgeschwächt hatte; dabei auch wohl die Regierungen die Bedeutung ihrer über die Revolution erfochtenen Siege sehr hoch schätzten: so getraute man sich wieder freier und selbständiger zu operieren und begannen die Staaten wieder in die alten Bahnen ihrer natürlich hergebrachten Sondertendenzen einzulenken. Dies zeigte sich zuerst bei der Unionspolitik Preußens und dann wieder bei der Haltung Oesterreichs während des orientalischen Krieges und der durch dieselbe bewirkten Sprengung der heiligen Allianz.

Wir haben also bisher festgestellt, daß Preußen die bleibende, nur vermöge einer besonderen europäischen Konstellation zeitweise zurückgedrängte Tendenz einer Vergrößerung in Deutschland naturgemäß in sich tragen muß. Da nun aber Preußen ein großer historisch erwachsener Staat ist, in welchem die Entwicklung der Dinge zwar schon durch heftige Erschütterungen, noch nicht aber durch radikale Aktionen unterbrochen

wurde, so finden wir auch in demselben die solchen Staaten überhaupt eigenen Erscheinungen. Wir finden zunächst die mit der historischen Entwicklung des preußischen Staatsganzen sowohl, als der besonders maßgebenden Elemente innerhalb desselben, zusammenhängenden speziellen und besonders gefärbten Begriffe und Ideen der Bevölkerung. Diese Begriffe und Ideen, deren Totalität man als den spezifisch preußischen Geist zu bezeichnen pflegt, sind in besonderer Lebendigkeit und Höhe in den vorzugsweise maßgebenden Elementen traditionell, als in welchen diese Begriffe und Ideen durch das Bewußtsein verstärkt sind, daß sie (die fraglichen Elemente) als besondere Träger und Wahrer derselben dastehen; das Ganze aber kulminiert in dem Mittelpunkt der Dynastie, welche nicht nur als die oberste Repräsentantin der früher besprochenen Tendenzen nach außen erscheint, sondern auch — und zwar in erster Linie — als der natürliche, historisch und politisch gegebene, Zusammenfassungspunkt des Wirkens und Strebens derjenigen Elemente, welche Hand in Hand mit der allmähligen Erweiterung des Staates nach außen, im Innern zu befestigter Organisation gelangten und, die Krone stützend und von ihr hinwiederum gestützt, als besondere Fundamente des historisch hergebrachten Staatswesens erscheinen. Da nun diesen bevorzugten Elementen, diesen gewichtigen, innig miteinander zusammenhängenden Kreisen (mit inbegriffen die Dynastie) die Wahrung ihrer Stellung im Innern, als bei welcher es sich um gegenwärtige und schon vorhandene Vorteile handelt, nach allen Gesetzen der menschlichen Natur weit wichtiger sein muß, als die von der politischen Konsequenz vorgezeichnete, von nur zukünftigen und indirekten Interessen gebotene Vergrößerung des Staates nach außen; so ergibt sich hieraus, in Gemäßheit der gegenseitigen Abwägung zweier wesentlichen Gesichtspunkte, die den preußischen Staatsmännern vorgezeichnete, von doppelter Linie eingeschlossene Politik: nämlich allerdings zwar jene äußere Vergrößerung vorzubereiten und auf deren Verwirklichung hinzuarbeiten, zugleich aber auf Grundlage des Vorhandenen derartig zu operieren, daß durch das Hinzuziehen neuer, von außen kommender Elemente der bisherige Charakter des Ganzen und die in demselben wurzelnde Stellung der begünstigten Kreise im weitesten Sinne niemals allzuheftig erschüttert oder überflutet, nicht beschädigt oder gefährdet werden können, demnach der alles einzelne mehr oder weniger durch-

dringende, althistorische, spezifisch preußische, wesentlich hohenzollernsche Charakter des Staates erhalten bleibe.

Mit anderen Worten:

Ein wahrhaft preußisches Ministerium, d. h. ein solches, welches die aus der Geschichte des preußischen Staates hervorgegangene Wesenheit desselben zu befestigen und weiter zu entwickeln strebt, kann weder in Gemäßheit bloßen Schablonenkonservatismus lediglich die stupide Aufrechthaltung des gerade Vorhandenen beabsichtigen, wie dies konservative Ministerien in Preußen lange getan, noch auch kann es die dem Staate von seiner Geschichte indizierte äußere Politik unter Aufgebung des inneren Charakters des Staates anstreben, wie dies die liberale Partei unter Verlegung des Machtschwerpunktes von der Krone hinweg in das Abgeordnetenhaus beabsichtigte.

Da wir nun zu dem Ergebnisse gelangt sind, daß eine wahrhaft preußische Regierung dem übrigen Deutschland mit bedeutungsvoller Initiative auf festgegründeter Unterlage in bestimmter Weise gegenübersteht, so wirft sich die Frage auf:

Einmal, ob die vorhandene Unterlage nach den heutigen Verhältnissen für sich allein zur Verwirklichung des äußeren Staatszweckes hinreiche und ferner: wie das übrige Deutschland, die Gesamtnation, der preußischen Politik gegenüberstehe.

3.

17. Februar 1865.

Wir haben die Geschichte und das Wesen des preußischen Staates untersucht und sind dabei zu einem gewichtigen Ergebnisse gekommen.

„Ein wahrhaft preußisches Ministerium" — so sagten wir — „ein solches, welches die aus der Geschichte des preußischen Staates hervorgegangene Wesenheit desselben zu befestigen und weiter zu entwickeln strebt, kann weder in Gemäßheit bloßen Schablonenkonservatismus lediglich die stupide Aufrechthaltung des gerade Vorhandenen beabsichtigen, wie dies konservative Ministerien in Preußen lange getan; noch auch kann es die dem Staate von seiner Geschichte indizierte äußere Politik unter Aufgebung des inneren Charakters des Staates anstreben, wie dies die liberale Partei unter Verlegung des Machtschwerpunktes von der Krone hinweg in das Abgeordnetenhaus beabsichtigte."

Mit diesem Ergebnisse und der Untersuchung, die zu demselben führte, sind wir mehrfach mißverstanden worden.

Allein solches Mißverständnis beweist weiter nichts, als daß die Zeitungsleser von heute so sehr an die seichte Manier gedankenlos hingeworfener Journalartikel mit fabrikmäßiger Parteifärbung gewöhnt sind, daß sie eine eingehend prüfende, auf historischer Grundlage fußende, der realen Wahrheit fest ins Angesicht schauende Untersuchung kaum mehr zu verstehen vermögen.

Denn wir haben nicht — wie manche gewünscht zu haben scheinen — von irgend einem Phantasieding in „Wolkenkuckucksheim", von einem in den Nebeln gothaischer Köpfe schwebenden Preußen, sondern von einem wirklich vorhandenen Ding, von dem historisch erwachsenen, dem tatsächlich bestehenden Preußen gesprochen — von diesem Preußen mit seinen Landräten und Polizeidienern, von diesem Preußen aber auch, dessen Geschichte man „ohnegleichen" genannt, dessen Armee bei Roßbach und Leuthen, bei Waterloo und jetzt bei Düppel gekämpft, von dem Preußen mit einem Wort, dessen König der Hohenzoller Wilhelm ist.

Wenn wir nun festhalten, daß dieses wirkliche Preußen, wie es einmal tatsächlich besteht, mit seiner eigenen Geschichte und seinem eigenen Staatsgeist, die Tendenz der Vergrößerung in Deutschland in sich trägt und in sich tragen muß, ja daß diese Tendenz gerade auf den ruhmvollsten Momenten seiner Entwickelung fußt; und wenn wir zugleich uns ins Gedächtnis zurückrufen, daß das Ministerium Bismarck unzweideutig Miene macht, dieser Tendenz gerecht zu werden, so gelangen wir an den Kernpunkt unserer Untersuchung.

Wir haben im Eingange unseres zweiten Artikels eine Beleuchtung der dermaligen preußischen Politik vom preußischen Standpunkte einerseits, vom deutschen andererseits in Aussicht gestellt. Wir haben das Erstere bereits getan und werden auch mit dem Zweiten nicht zurückbleiben; allein der Gedankengang, den wir unsern Lesern vorzuführen haben, nötigt uns, dieses Zweite bis zum Schlusse der Gesamterörterung zurückzustellen, um vorerst — aus Gründen, die später ersichtlich sein werden — bei den bestehenden Gewalten zu verbleiben.

Bei den bestehenden Gewalten — sagen wir. Denn die deutsche Nation, von deren Boden aus die Sache zu betrachten die Hauptaufgabe ist, hat zwar eine Existenz im Reiche des

Geistes und der Literatur, sowie auch in dem der politischen Ideale, nicht aber auf dem Gebiete der realen Politik und ihrer aktuellen Faktoren — sie ist, um uns eines philosophischen Ausdruckes zu bedienen, in der Politik potentia, aber nicht actu vorhanden.

Als das Ministerium Bismarck die schleswig-holsteinische Angelegenheit in einer Weise dirigierte, welche — wenn die preußische Regierung sich nicht vor ganz Europa lächerlich machen will — zur Annexion der Herzogtümer führen muß, da setzte es, die glorreichsten Traditionen preußischer Geschichte aus langem Schlummer weckend, an den innersten Kern des preußischen Staatsgeistes seine Hebel an.

Es ist eine bedeutende Politik, die jetzt in Preußen gemacht wird!

Zum Zeugnis dessen, daß wir mit diesem Urteile nicht allein stehen, erinnern wir an die hervorragenden Preßorgane, aus welchen wir vor kurzem unsern Lesern sehr markierte Aeußerungen vorbereitend wiedergegeben haben.

Eine bedeutende, aber auch eine verhängnisvolle Politik!

Denn wer Annexion anfängt, muß sie durchführen.

Mehr noch!

Eine preußische Regierung, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutsches Land zu annektieren beginnt, eine preußische Regierung, die angesichts der offenkundigen, von Kaiser, Königen und Fürsten feierlich proklamierten Unhaltbarkeit der politischen Verfassung Deutschlands die „friderizianische Politik" (wie ein großdeutsches Blatt sich ausdrückte) wieder aufnimmt, kann nicht stille stehen nach kleinem Sieg — weiter muß sie auf der betretenen Bahn — vorwärts, wenn nötig, „mit Blut und Eisen!"

Denn anknüpfen an die stolzesten Traditionen eines historisch erwachsenen Staates und dann feige zurückbeben vor entscheidender Tat hieße den innersten Lebensnerv eines solchen Staates ertöten.

Man kann solche Traditionen ruhen lassen — aber man kann sie nicht aufnehmen, um sie zu ruinieren.

Ein preußischer Minister, der solche Politik für Preußen machte — er verfiele unrettbar den zürnenden Manen des großen Friedrich und dem Gelächter seiner Zeitgenossen.

4.

19. Februar 1865.

Was nun angesichts des Umstandes, daß eine nicht liberale preußische Regierung die dem preußischen Staate innewohnende Tendenz nach außen jetzt zu verwirklichen Miene macht, die Fortschrittspartei zu so maßloser Wut veranlaßt (einer Wut, die zugleich possierlich ist, weil die Partei den wahren Grund derselben nicht angeben darf), ist dies: daß es ihr als unzweifelhaftes Dogma galt, eine preußische Regierung könne jener Tendenz nur durch ihre, der Fortschrittspartei, Mitwirkung, nur auf Grund ihrer Prinzipien gerecht werden. Nun sie aber sieht, daß — nachdem sie jahrelang vergeblich die „preußische Spitze" für Deutschland gepredigt, ja die „moralischen Eroberungen" eines liberalen Ministeriums zum allgemeinen Gelächter geworden, — nunmehr ein antiliberales Ministerium einen glücklichen Anfang zur Verwirklichung jener Tendenz gemacht hat: nun freilich fühlt sie sich in ihrem Innersten verletzt.

Zu gleicher Zeit aber liegt auch in solchem Sachverhalt teilweise der Grund, warum die Fortschrittspartei im Innern so machtlos ist. Denn ihre auf Verwirklichung der preußischen Spitze gerichtete Politik war niemals eine deutsche, war immer eine spezifisch-preußische. Aber diese spezifisch-preußische Politik war vergriffen in der Grundlage und mußte daher notwendig von denen überflügelt werden, welche solche spezifisch-preußische Politik auf wahrhaft preußischer Grundlage betreiben.

Welche nun der „bestehenden Gewalten" in Deutschland sollte in der Lage sein, den preußischen Agressivtendenzen mit Nachdruck entgegenzutreten?

Der Bundestag?

Wer kann im Ernste vom Bundestag reden?

Der Bundestag ist nicht eine politische Macht, sondern eine politische Form.

Er ist nicht eine Institution, in welcher völkerschaftliche Kräfte zusammengefaßt sind, sondern eine Versammlung, in welcher zwei Starke dreißig Schwachen Befehle erteilen.

Unterstehen sich diese Schwachen ausnahmsweise, den Starken zu widersprechen, so gehen diese, wie die Tatsachen gezeigt, ihren Weg ohne oder gegen den Bundestag.

Der Bundestag, mit einem Wort, ist eine Null.

Oesterreich?

Tatsache ist — und die deutschen Fürsten haben es feierlich anerkannt, daß die politische Verfassung Deutschlands unhaltbar ist, daß jedem, der sich auf sie stützen will, der „Boden unter den Füßen wankt."

Es trat also an Oesterreich die Frage heran, ob es, große Politik machend, in einer Weise vorgehen wollte, welche ihm die alte Stellung, die es im Reich deutscher Nation gehabt, wieder erobern konnte, oder ob es sich allmählich durch die Logik der Tatsachen „nach Ofen" drängen lassen werde.

Man hat, die alten Traditionen des Kaiserhauses hervorholend, einen schüchternen Versuch gemacht, wieder an die Spitze Deutschlands zu gelangen.

Aber schüchterne Versuche in großen Dingen bringen nicht Erfolg, sondern Lächerlichkeit.

Sie machen die Lage schlimmer, als sie zuvor gewesen.

Die Anfangsgründe der Politik schon hätten dem Kaiser Oesterreichs und den deutschen Fürsten raten sollen, in geräuschvoller Weise angesichts von Europa zur Lösung der deutschen Frage nur dann zusammenzutreten, wenn sie ihres Erfolges gewiß waren.

Man hätte glauben sollen, die Souveräne würden die feierliche persönliche Implizierung ihrer Person sich auf den äußersten Fall aufbewahren.

Dem war nicht so.

Die deutschen Fürsten haben sich unter der Aegide des österreichischen Kaisers versammelt, um ihre und Oesterreichs Ohnmacht in Sachen der deutschen Frage feierlich zu konstatieren.

Von dieser Schlappe werden sie — und was wichtiger — wird Oesterreich so schnell sich nicht erholen.

Oesterreichs deutsche Politik war auf lange hinaus gescheitert, schon bevor es Preußen gelungen war, die österreichische Politik an das Schlepptau der preußischen zu ketten.

Noch nicht genug!

Oesterreich krankt an einem bleibenden Uebel.

Seine Großmachtstellung beruht darauf, daß die Kräfte der so verschiedenartigen Elemente des weiten Kaiserreichs, die an und für sich, völkerschaftlich, durchaus nicht zusammengehörig sind, in dem gemeinsamen Mittelpunkt der Dynastie zusammengefaßt werden, als wodurch vermittels einheitlicher Direktion ein Zusammenwirken derselben in bestimmter Richtung ermöglicht wird.

Die Dynastie Habsburg ist Oesterreich.

Aber die Dynastie Habsburg ist Oesterreich nicht im guten, sondern im schlimmen Sinn.

Die absolutistische Stellung eines Selbstherrschers oder einer Dynastie kann bei der freiheitlichen Richtung des 19. Jahrhunderts gut tun, wenn wenigstens der Staat seinen Bevölkerungselementen nach in sich eine so einheitliche, daher mächtige Richtung hat, daß auch die absoluteste Regierung an dieselbe gebunden bleibt, wenn, kurz gesagt, ein Volk vorhanden ist; aber als eine schwere Staatskalamität muß es im 19. Jahrhundert betrachtet werden, wenn die verschiedenartigsten Elemente, mit den auseinandergehendsten Willensrichtungen, vorhanden sind. Hier gestaltet sich Zentralisation schlechthin als Unterdrückung — Freiheit als Divergierung aller Kräfte, und dadurch — bei Oesterreich — als Aufhebung der Großmachtstellung des Staates.

Es dürfte daher kaum fraglich sein, daß Oesterreich seinem ganzen Wesen nach auf die Defensive beschränkt, zu großer und bedeutender Initiative aber im modernen Europa nur unter ganz besonders günstigen Verhältnissen befähigt sein dürfte.

Mit anderen Worten: Oesterreich ist in Deutschland weniger ein treibender, als vielmehr ein hemmender Faktor; weniger die Initiative als vielmehr die Defensive ist bei Oesterreich.

Das Geheimnis aller Politik aber ist, daß nur die Initiative entscheidend wirkt; wer Initiative hat, ist schon darum mächtig, weil er gefürchtet ist.

Oesterreich, mit einem Wort, welches durch den bleibenden Charakter seiner Staatsverhältnisse auf die Negative angewiesen ist, steht in starkem Nachteil gegen Preußen, welchem Geschichte und Staatscharakter ein positives Vorgehen vorzeichnen.

Blieben also noch die Mittel- und Kleinstaaten!

Aber nur dann — dies wird wohl niemand leugnen wollen — nur dann könnten diese von Gewicht sein, wenn ihre Gesamtkräfte einheitlich zusammengefaßt wären. Diese Zusammenfassung aber ist eine politische Unmöglichkeit, da sie voraussetzt, daß etwa dreißig, durch ihre politische Lage zu Kleinlichkeit und Angst verurteilte Regierungen zu einer großen, entschiedenen Tat sich vereinigten.

Die Mittel- und Kleinstaaten können Gewicht als Anhängsel einer Großmacht haben; eine selbständige Bedeutung aber ist unmöglich für sie.

Bundestag — Oesterreich — Mittel- und Kleinstaaten — das ist die Liste der „bestehenden Gewalten".

Sie alle sind nicht in der Lage, der Initiative eines kräftigen Staates, dem diese von seiner Geschichte vorgezeichnet ist, dann, wenn dieselbe zugleich mit Geschick und Kühnheit geleitet wird, mit Nachdruck zu widerstehen.

So wären wir also zu Ende?

Noch nicht! Wir haben noch die Nation.

5.

1. März 1865.

Als wir feststellten und aus der Geschichte und dem Wesen des preußischen Staates nachwiesen, daß und warum derselbe die Tendenz einer Vergrößerung in Deutschland in sich trage und in welcher Weise preußische Staatskunst dieselbe zu verwirklichen bestrebt sein müsse: da wiesen wir darauf hin, daß jene Tendenz sowohl vom preußischen, als vom deutschen Gesichtspunkt aus betrachtet werden müsse, wonach sich ein erschöpfendes Resultat ergeben und zugleich für die mit dem Ministerium Bismarck verbundenen, anscheinend einander widersprechenden Erscheinungen eine einheitliche Erklärung finden werden. Wir haben jene Tendenz mit der der Sache angemessenen Gründlichkeit und Objektivität vom preußischen Standpunkt aus bereits beleuchtet, und haben auch die Grundlage zur Beurteilung der Sache vom Standpunkte der Gesamtnation bereits gegeben.

Diese Grundlage war enthalten in dem Satz:

„Wenn behauptet wird, Preußen habe eine Mission in Deutschland, so ist dies buchstäblich wahr; allein diese Mission ist nicht, wie man uns glauben machen wollte, eine deutsche, sondern eine preußische.

Der Grund dieses Sachverhalts ist mit wenigen Worten klarzustellen:

Als wir fanden, daß und warum es zu den bleibenden nur zeitweilig durch eine europäische Konstellation zurückgedrängten Traditionen der preußischen Staatskreise gehöre, auf eine Vergrößerung Preußens in Deutschland hinzuarbeiten, da hoben wir zugleich — im Gegensatz zu den gothaischen Träumereien — hervor, daß dies den Lebensbedingungen des preußischen Staates gemäß nur in solcher Weise beabsichtigt

werden könne, daß durch die Zuziehung neuer Elemente der Schwerpunkt des Ganzen nicht verschoben, der historische Charakter des inneren Staatswesens nicht erheblich verändert werde.

Von diesem Streben nun ist fundamental unterschieden dasjenige, worauf die Gesamtnation hinarbeitet: einen deutschen, wesentlich auf modernen Ideen beruhenden, einheitlichen Volksstaat herzustellen.

Aeußerlich haben beide Bestrebungen das Gemeinsame: daß bisher getrennte Teile der Nation zusammengefaßt werden sollen; innerlich unterscheiden sie sich dadurch: daß in dem einen Falle die Vereinigung bloßes Mittel im Dienste dynastisch-partikularistischer Interessen, im andern Falle höchster nationaler Selbstzweck sein würde.

Dasselbe ergibt sich denn auch aus einer Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung:

Das Deutsche Reich war die Vereinigung aller auf deutschem Territorium vorfindlichen Elemente. Diese Vereinigung war repräsentiert in Kaiser und Reich, d. h. in dem Oberhaupt und der Verfassung des Ganzen als solchen; in Kaiser und Reich stand die deutsche Nation als Gesamtheit in und vor Europa da. Dem gegenüber entwickelte sich im Innern die Fürstenmacht, d. h. die Repräsentation des partikularistischen, dem Nationalsinn sowohl wie der Volksfreiheit feindlichen Elements. Wo selbständiger und freier Bürgergeist war, da waren Treue und Anhänglichkeit an Kaiser und Reich; je mehr die Fürstenmacht zunahm, desto weniger wogen die Ehre und die Interessen der Gesamtheit. Daß in der Reichsverfassung dem Kaiser nur eine ungenügende Volksvertretung, nicht eine Volkskammer in moderner Art gegen die Fürstenmacht stützend zur Seite stand, daß überhaupt die Verfassung des Reiches die eigentlichen Volksinteressen nur zu sehr untergeordneter Vertretung kommen ließ, lag in dem damaligen Zeitgeist und dem überall vorfindlichen feudalen Staatscharakter, kurz, in den Gesamtverhältnissen des Zeitalters. Auch darf man an dem oben entwickelten Sachverhalt nicht dadurch irre werden, daß in einzelnen Fällen die kaiserliche Macht etwas unpopuläres oder antinationales, ein übermächtig gewordener Reichsfürst etwas populäres oder nationales erstrebte; denn hier entscheidet in erster Linie die bleibende Struktur des politischen Gebäudes, die innere Natur der festgewurzelten Form.

Hieraus aber ergibt sich die Folgerung: daß die Geschichte Brandenburg-Preußens, als die des mächtigsten Reichsfürstenstaates, die der Nationalgeschichte am meisten entgegenstehende, die der gesamtnationalen Entwickelungsgeschichte am meisten schädliche Spezialgeschichte werden mußte.

Aus diesen selben Gründen aber, aus welchen somit preußische Geschichte und preußisches Wesen als der nationalen Geschichte und der nationalen Entwickelung gegenüber schädlich zu betrachten sind, aus diesem selben Grunde erscheint auch der preußische Staat als beständige Drohung gegen die jetzigen „bestehenden Gewalten" Deutschlands.

Denn die Geschichte der Nation ist unterbrochen, sie selbst staatlich-politisch nicht vorhanden — alle „bestehenden Gewalten" erscheinen somit als gleichfalls antinational, als Erzeugnisse von Bruchteilen der Nation im Gegensatz zu deren Gesamtgeist — jedoch so, daß (wie bereits nachgewiesen) das in ihnen liegende antinationale Element nicht wie bei Preußen auf eine glorreiche Vergangenheit und eine kräftige Gegenwart gestützt, daher lediglich zum stupiden Aufrechterhalten des Bestehenden, nicht aber zu weiterer Entwickelung, zu bedeutender Tat befähigt ist.

Wir können auf Grund dieser Ergebnisse nunmehr rasch zum Schlußresultat eilen:

Kein ehrlicher Mann in Deutschland wagt mehr zu leugnen, daß die politische Verfassung Deutschlands ein Skandal ist.

Wäre noch ein Zweifel möglich gewesen — der Kaiser von Oesterreich zusamt den Fürsten der Mittel- und Kleinstaaten haben die Nichtswürdigkeit der Bundesverfassung feierlich proklamiert.

Außer Zweifel und keines Beweises bedürftig steht von vornherein fest für jeden Demokraten der Satz: daß nur die Nation selbst sich helfen kann.

Die Lösung der deutschen Frage im deutschen Sinn ist nur möglich durch die deutsche Revolution.

Allein eine andere Frage drängt sich uns auf:

Wir sehen eine große Nation von 40 Millionen Menschen, deren politische Verfassung durch und durch morsch ist.

Dieser Zustand kann nicht gut tun.

Wer — fragt es sich also —, wer — abgesehen von der Nation selbst — kann hier überhaupt eine Veränderung bewirken, wer kann hier — gleichgültig in welcher Richtung — überhaupt agieren, überhaupt eingreifen in die Geschicke?

Daß die deutsche Frage nur von der deutschen Nation gelöst werden kann, steht, wie gesagt, außer Zweifel — aber es fragt sich außerdem: Wer kann überhaupt Hand anlegen an die Lösung dieser Frage, wer kann in Deutschland überhaupt irgend eine durchgreifende Aenderung hervorbringen?

Von den „bestehenden Gewalten" — dies glauben wir nachgewiesen zu haben — lediglich Preußen, weil Preußen allein durch seine Geschichte und seine Wesenheit zur entsprechenden Initiative befähigt ist.

Dies also ist unser wichtigstes Resultat:

Der Bundestag, Oesterreich, die Mittel- und die Kleinstaaten sind schlechthin ohnmächtig der deutschen Frage gegenüber — im guten wie im schlimmen.

Aktionsfähig in Deutschland sind nur noch zwei Faktoren: Preußen und die Nation.

Preußische Bajonette oder deutsche Proletarierfäuste — wir sehen kein Drittes.

Alle außerordentlichen Erscheinungen, welche mit dem Ministerium Bismarck verknüpft sind, die ganze eigentümliche Lage der deutschen Verhältnisse in diesem Augenblick zusamt dem Stand der schleswig-holsteinischen Frage — wir werden sie begreifen, wenn wir festhalten:

Das Preußentum ist der Feind des Deutschtums; aber es ist auch der Feind der „bestehenden Gewalten" Deutschlands.

Die Nation steht fest auf ewigem Fundament — die Fürstenstühle Deutschlands aber müssen wanken, wenn Preußen sich erinnert, daß Friedrich der Große sein König war.

Anmerkungen.

Diese fünf Artikel sind die vielberufenen Bismarckartikel, auf die hin Schweitzer wieder und wieder angeklagt worden ist, die Arbeitersache an Bismarck verraten zu haben. Wer sie aufmerksam liest, wird gewiß erkennen, wie leicht dieser Schein durch Herausreißen einzelner Sätze erzeugt werden kann, aber er wird ebenso gewiß erkennen, wie leicht Schweitzer diesen Schein zerreißen konnte mit den Worten Lassalles: „Die Artikel haben nicht zum Gegenstand zu entwickeln, was sein *sollte*, sondern was *wirklich ist*; sie sind nicht eine ethische Abhandlung, sondern eine historische Untersuchung." Und zwar eine historische Untersuchung von einer meisterhaften Schärfe des Urteils; selbst Marx übersah

noch ein volles Jahr später, unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges von 1866, die Lage der deutschen Dinge so wenig, daß er an seinen Freund Kugelmann schrieb, falls keine Revolution ausbräche, stände ein dreißigjähriger Krieg bevor; Benedek sei ein anderer General als Prinz Friedrich Karl; Oesterreich könne wohl Preußen, aber nicht Preußen Oesterreich zum Frieden zwingen.

Gewiß haben diese Artikel anfechtbare Seiten; so verrät gleich zu Anfang die Einschätzung des Zäsarismus allzu sehr den Schüler Machiavellis. Auch in der Schilderung des preußischen Staats überwiegt viel zu sehr das monarchische Element, was freilich mit durch den damaligen Stand der historischen Wissenschaft verschuldet ist; Lassalle hatte den König Friedrich sogar als Befreier neben Lessing gestellt. Aber an diesen und an anderen Stellen sieht Schweitzer bei dem Bündnis zwischen König- und Junkertum im Königtum die treibende Kraft, während wir heute wissen, daß sie im Junkertum wurzelt. Bei aller unrichtigen Schattierung im einzelnen hatte Schweitzer jedoch das charakteristische Wesen des preußischen Staats richtig erkannt, und es ist ein merkwürdiges Zeugnis für seinen objektiven Blick, daß er, worauf sein Biograph zuerst hingewiesen hat, den zweiten seiner Bismarckartikel nahezu wörtlich seiner Schrift über die österreichische Spitze entnehmen konnte. In dieser Schrift hatte er die preußische Spitze bekämpft, eben weil der preußische Staat ein so ganz besonderes Wesen war, aber seitdem hatte der Frankfurter Fürstentag von 1863 die völlige Nichtigkeit der österreichischen wie der mittelstaatlichen Politik offenbart, und nun erkennt Schweitzer mit kühler Gelassenheit, ohne sein Urteil über den preußischen Staat irgendwie zu ändern, daß die preußische Spitze unabwendbar sei, es sei denn durch eine nationale Revolution.

Darüber, daß diese Revolution für Schweitzer die einzige wirkliche Lösung der deutschen Frage war, ließ er in den Bismarckartikeln keinen Zweifel, wenngleich er natürlich nicht mit Pauken und Trompeten zum Bau von Barrikaden auffordern konnte. Er setzte sich deshalb auch nicht in irgend einen Widerspruch mit sich selbst, sondern sprach nur seine eigene Meinung aus, als er einige Monate später in einer Besprechung der österreichischen Staatsverhältnisse schrieb: „Die deutsche Volkspartei ist, wie in allem, so auch in der deutschen Einheitssache radikal, d. h. sie will die ganze und ausnahmslose Verwirklichung der als gut und richtig erkannten Idee. Die deutsche Volkspartei also will das ganze Deutschland zum freien Volksstaat vereinen! Das ganze Deutschland! sagen wir. Nicht ein Dorf, nicht ein Meierhof, nicht die kleinste Hütte im fernsten Winkel darf uns fehlen! Der kleindeutsche Gedanke eines ‚einigen‘ Deutschlands ohne die österreichischen Provinzen ist ein Hochverrat an der Nation und

ihrer Zukunft. Wo deutsche Zunge klingt, da sind wir zu Hause, da ist unsere Heimat! Und wir sollten vergessen können jene große Stadt im Süden, vergessen das gute herrliche Wien und Oesterreichs kräftigen Volksstamm? Nicht von deutscher Einheit sollte zu sprechen wagen, wer sich im Auslande fühlt im Prater zu Wien oder auf den Bergen Tirols. Die Vierzig-Millionen-Nation wird keine Perle aus ihrem Diadem sich rauben lassen. Ein einiges Deutschland — bedingungslos, ausnahmslos!" Schweitzer war großdeutscher Revolutionär im Sinne von Marx, Engels und Lassalle, aber er übersah nie — was in einem Sinne ebenso ein Mangel sein mag, wie es in anderem Sinne ein Vorzug ist — die realen Hindernisse, die seinen Hoffnungen und Wünschen den Weg verrammelten.

Jedoch mit Recht sagt G. Mayer, es sei keine ganz gefahrlose Gabe für den Politiker, die Dinge sehr objektiv zu sehen. Noch vor Beendigung der Bismarckartikel kam es zum Bruche Schweitzers mit Marx und Engels. Seit seinem begütigenden Schreiben am 30. Dezember hatte es schon vorher nicht an allerhand Häkeleien gefehlt. Zunächst zwar hatte Marx, als gleich die vierte Nummer des „Sozialdemokrat" in polizeilichen Beschlag genommen wurde, seinen Glückwunsch dazu an Schweitzer gesandt und ihn aufgefordert, offen mit dem Ministerium zu brechen. Aber am 13. Januar erschien in dem Blatte eine Pariser Korrespondenz von Moses Heß, worin gesagt war, die Internationale Arbeiterassoziation habe sich bei den Pariser Arbeitern geschadet, durch die Verbindung des Generalrats mit Tolain, der mit dem Palais Royal, d. h. dem Prinzen Napoleon verkehre. Darüber muß Marx zornig an Schweitzer geschrieben haben, wie aus dem Briefe hervorgeht, worin Schweitzer am 18. Januar 1865 antwortete: „Sehr geehrter Herr! Sie sehen, ich beeile mich, Ihre Zuschrift vom 16. Januar, die mir allerdings etwas unerwartet kam, zu beantworten. — Wie Sie auf die Idee einer ‚Kriegserklärung' kommen können, verstehe ich nicht, da ich durch mein Ersuchen an Sie, mit Ihrem Namen und Ihrer Mitwirkung für das Blatt einzutreten, an den Tag gelegt habe, daß ich das Gegenteil von ‚Krieg' will; und da ich Ihnen keinen Anlaß zu der Annahme gegeben habe, daß ich alle vierzehn Tage meine Ansicht ändere, so kam mir Ihre Anfrage allerdings überraschend. — Der Sachverhalt ist einfach dieser: ich habe an der H.-Korrespondenz nichts feindliches gegen Sie gefunden, denn es wird der Assoziation nichts vorgeworfen, als ein Irrtum, der jedem passieren kann, der in einer Stadt wie Paris sich nicht an Ort und Stelle von den Verhältnissen überzeugen kann. Trotzdem habe ich — und dies bitte ich sehr zu beachten — Liebknecht ausdrücklich in die Druckerei rufen lassen und ihm die Frage gestellt, ob er die Veröffentlichung für zulässig halte. Erst als

er dies bejaht hatte, ließ ich den Artikel passieren. Da ich unmöglich raten kann, inwieweit Sie und Ihre Freunde eine Kritik Ihres Wirkens zulassen wollen oder nicht, so bin ich genötigt, in zweifelhaften Fällen Liebknecht zu befragen und bitte ich daher, diesem die geeigneten Instruktionen zugehen zu lassen. Ich war auch in dem beregten Falle berechtigt anzunehmen, Liebknecht werde Ihre Intentionen beurteilen können. — Beiläufig gesagt, habe ich Becker zugesprochen, den Beitritt des Vereins zur Assoziation zu bewerkstelligen, und es kann wohl sein, daß er es tut. Er ist zur Zeit nicht hier. — Ich kenne Ihre Verdienste um die Sache, werde auch Ihre Stellung in gebührender Weise immer anerkennen, möchte aber allerdings bitten, daß Sie nicht bösen Willen suchen, wo keiner ist. In der Hoffnung, daß Sie sich bei diesen Erklärungen nicht nur formell beruhigen, sondern sich auch überzeugt halten, daß wir von den besten Absichten in betreff Ihrer, Ihrer Freunde und Ihres Wirkens beseelt sind, zeichne mit besonderer Hochachtung J. B. v. Schweitzer".

Dieser Brief scheint zunächst wieder eine besänftigende Wirkung ausgeübt zu haben; als Proudhon am 19. Januar gestorben war, erfüllte Marx die Bitte Schweitzers um einen Nekrolog, der, vom 24. Januar datiert, in den Nummern des Sozialdemokrat vom 1., 3. und 5. Februar erschien. Ganz ohne Spitzen war dieser Nekrolog freilich nicht; Marx kennzeichnete „selbst jeden Scheinkompromiß mit der bestehenden Gewalt" als Verletzung „des einfachen sittlichen Takts" und Proudhons Kokettieren mit Louis Bonaparte nach dessen Staatsstreich als „Gemeinheit". Gleichzeitig sandte Engels die Uebersetzung eines altdänischen Bauernliedes ein, um in einer Randglosse die Notwendigkeit des Kampfes wider das Krautjunkertum den Lesern des Sozialdemokraten ans Herz zu legen.

In der Nummer vom 1. Februar kam nun aber auch Moses Heß auf die Bedenken der Pariser Arbeiter gegen die Internationale zurück, jedoch um sie als hinfällig zu bezeichnen. Er fügte hinzu: „Es ist in der Tat nicht abzusehen, was es verschlägt, wenn sich auch einige Freunde des Palais Royal in der Londoner Gesellschaft befänden, da sie ja eine öffentliche ist und der Anschluß der minder entschiedenen sozialdemokratischen Elemente sicher von keiner Bedeutung sein kann in einer Gesellschaft, die sonst nur aus den bewährtesten und einflußreichsten Arbeiterfreunden besteht." Hierüber war Marx jedoch wieder aufgebracht und sandte an Liebknecht eine Erklärung, worin es — nach seiner eigenen Angabe — von ihm und Engels u. a. hieß, sie freuten sich, ihre Ansicht bestätigt zu finden, daß das Pariser Proletariat dem Bonapartismus in beiderlei Gestalt — der Gestalt der Tuilerien und derjenigen des Palais Royal — nach

wie vor unversöhnlich gegenüberstände und keinen Augenblick daran gedacht habe, sein historisches Erstgeburtsrecht als Vorkämpfer der Revolution um ein Gericht Linsen zu verschachern; sie empfehlen den deutschen Arbeitern dies Muster.

Darauf antwortete Schweitzer am 4. Februar: „Sehr geehrter Herr! Ihr Schreiben an Liebknecht hat mich in Erstaunen gesetzt. Die bekannte H-Korrespondenz ist ja ein offenbares pater peccavi. Wir freuten uns herzlich über den alten Heß, daß er seinen Fehler gut zu machen suchte, und nun sind Sie noch ungehaltener wie zuvor. Ich begreife wirklich nicht, daß irgend jemand die Korrespondenz anders auffassen kann, als wir getan: nämlich als beabsichtigte Freundlichkeit. Um Ihnen übrigens meinen guten Willen zu zeigen, so will ich, obschon ich Ihnen nicht verhehle, daß ich Sie für Heß gegenüber im Unrecht halte (was die letzte Korrespondenz betrifft), ein für allemal bestimmen, daß die Internationale Assoziation betreffend nichts ins Blatt soll, was nicht ausdrücklich von Liebknecht schriftlich genehmigt ist. An ihn bitte ich also, sich zu halten. — Unsere Taktik betreffend, bitte ich Sie zu bedenken, wie schwierig unsere Stellung ist. Wir müssen durchaus erst zu erstarken suchen und dürfen es daher mit der Regierung noch nicht verderben. Unsere Arbeiter verstehen uns — dafür ist gesorgt. Jedoch wäre es mir lieb, Ihr kompetentes Urteil darüber genauer zu hören. Sie selbst haben ja einmal bemerkt, wir würden zum Teufel gejagt, wenn wir über die Stränge hieben (ich glaube in einem Brief an Liebknecht). In äußerster Eile Ihr J. B. v. Schweitzer. P. S. Ihren Artikel (über Proudhon) war ich leider ins Feuilleton zu stellen genötigt, da Sie durchaus die Briefform beizubehalten wünschten. Nehmen Sie übrigens meinen wärmsten Dank für die schnelle Erfüllung meiner Bitte." Von der Erklärung, die Marx und Engels eingesandt hatten, spricht Schweitzer in diesem Briefe nicht; die Sache fand ihren Ausgleich dadurch, daß Heß in der Nummer vom 12. Februar der Internationalen im allgemeinen und ihrem Mitgliede Tolain im besonderen eine förmliche Ehrenerklärung machte.

Was nun weiter kam, schildert Marx wie folgt: „Wir nahmen daher Herrn v. Schweitzers Druckverweigerung hin. Zugleich aber schrieb ich ihm, wir würden anderswo unsere Ansicht über das Verhältnis der Arbeiter zur preußischen Regierung aussprechen. Endlich machte ich einen letzten Versuch, ihm an einem praktischen Beispiel der Koalitionsfrage die Erbärmlichkeit seiner ‚Taktik', wo sie anders ehrlich gemeint, klarzumachen. Er erwiderte am 15. Februar: ‚Wenn Sie mir, wie im letzten Schreiben, über theoretische (!) Fragen Aufklärung geben wollen, so werde ich solche Belehrung von Ihrer Seite immer dankbar entgegennehmen. Was aber die praktischen Fragen momentaner Taktik

betrifft, so bitte ich Sie, zu bedenken, daß, um diese Dinge zu beurteilen, man im Mittelpunkt der Bewegung stehen muß. Sie tun uns daher Unrecht, wenn Sie irgendwo und irgendwie Ihre Unzufriedenheit mit unserer Taktik aussprechen. Dies dürften Sie nur dann tun, wenn Sie die Verhältnisse genau kennten. Auch vergessen Sie nicht, daß der Allgemeine Arbeiterverein ein konsolidierter Körper ist und bis zu einem gewissen Grade an seine Traditionen gebunden bleibt. Die Dinge in concreto schleppen eben immer irgend ein Fußgewicht mit sich herum'. Auf dieses Schweitzersche Ultimatum antwortete Engels' und meine Austrittserklärung." In dieser Erklärung, die aus London und Manchester vom 23. Februar datiert war, sagten Marx und Engels, sie hätten keinen Augenblick die schwierige Stellung des Sozialdemokraten verkannt und keine für den Meridian Berlin unpassenden Ansprüche erhoben, sie hätten aber wiederholt gefordert, daß dem Ministerium und der feudal-absolutistischen Partei gegenüber eine wenigstens ebenso kühne Sprache geführt werde, wie gegenüber den Fortschrittlern. Die von dem Sozialdemokraten befolgte Taktik schlösse ihre weitere Beteiligung aus.

Nun hatte Schweitzer aber keineswegs ein „Ultimatum" gestellt. In seinem unverkürzten Wortlaut nimmt sich sein Brief vom 15. Februar doch ein wenig anders aus, als in dem Bruchstück, das Marx veröffentlichte. Er lautete: „Sehr geehrter Herr! Ich freue mich aufrichtig und höchlichst, daß die Krise (mit Heß) sich beigelegt hat. Im übrigen bitte ich, sich in Zukunft ganz allein an Liebknecht zu halten; er hat unbedingtes Veto, ist also verantwortlich oder noch besser gesagt: alles die Assoziation Betreffende geht direkt an ihn und unterliegt seiner alleinigen Disposition — Wenn Sie mir, wie im letzten Schreiben, über theoretische Fragen Aufklärung geben wollen, so werde ich solche Belehrung von Ihrer Seite immer dankbar entgegennehmen. Was aber die praktischen Fragen momentaner Taktik betrifft, so bitte ich Sie, zu bedenken, daß, um diese Dinge zu beurteilen, man im Mittelpunkte der Bewegung stehen muß. Sie tun uns daher Unrecht, wenn Sie irgendwo und irgendwie Ihre Unzufriedenheit mit unserer Taktik aussprechen. Dies dürften Sie nur dann tun, wenn Sie die Verhältnisse genau kennten. Auch vergessen Sie nicht, daß der Allgemeine Arbeiterverein ein konsolidierter Körper ist, der bis zu einem gewissen Grade an seine Traditionen gebunden bleibt. Die Dinge in concreto schleppen eben immer ein Fußgewicht mit sich herum. — Die Internationale Assoziation betreffend, beabsichtige ich, da die Bundesgesetze Anschluß unmöglich machen, Becker folgende Resolution für den Verein vorzuschlagen: 1. der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein erklärt sein volles Einverständnis mit den Grundsätzen und dem Streben der Internationalen Arbeiterassoziation; 2. wenn er sich derselben nicht an-

schließt, so geschieht dies lediglich darum, weil die Bundesgesetze den Anschluß untersagen; 3. der Verein wird den Kongreß beschicken. Vorbehaltlich Stilisierung. Dadurch glaube ich, dem beiderseitigen Interesse gerecht zu werden. Ist es Ihnen so recht? Wollen Sie gefälligst Eccarius sagen, er könne schreiben, wann es ihm beliebe. Dadurch haben wir den Vorteil, daß er sogleich berichten kann bei Wichtigerem. Mit bestem Gruße hochachtend Ihr ergebener J. B. v. Schweitzer." In seinem ganzen Zusammenhange enthält dieser Brief gewiß kein Ultimatum. Er klingt eher wie eine Schamade, als wie eine Fanfare. Schweitzer ist heilfroh, daß er mit Marx wieder auf einem guten Fuße steht und verspricht ihm alles und jedes Entgegenkommen.

Ueberhaupt ist der Eindruck der Briefe, die Schweitzer dazumal an Marx gerichtet hat, durchaus günstig für ihren Verfasser. Ohne zu schmeicheln, bezeugt Schweitzer den Verdiensten von Marx die schuldige Verehrung, und er gibt nach, soweit er nur immer nachgeben kann, ohne sich selbst etwas zu vergeben. Er hat den Bruch nicht verschuldet. Dessen wirkliche Ursache war die Voreingenommenheit, die Marx und Engels nun einmal gegen Lassalle und alles Lassallesche hegten, und dann auch die Tatsache, daß sie durch ihr langjähriges Exil die enge Fühlung mit den deutschen Verhältnissen verloren hatten. Bezeichnend dafür ist der Bericht, den Engels am 10. März 1865 an Weydemeyer über den Konflikt erstattete. Er sagt darin: „In Berlin hatte sich der Frankfurter Advokat v. Schweitzer mit einem Blättchen etabliert und uns zur Mitarbeiterschaft aufgefordert. Da Liebknecht, der in Berlin ist, in die Redaktion kommen sollte, akzeptierten wir. Nun aber entstand in dem Blättchen ein unerträglicher Lassalle-Kultus, während wir inzwischen positiv erfuhren (die alte Hatzfeldt erzählte es dem Liebknecht und forderte ihn auf, in diesem Sinne zu wirken), daß Lassalle mit Bismarck viel tiefer darin war, als wir je gewußt hatten. Es existierte eine förmliche Allianz zwischen beiden, die soweit gekommen war, daß Lassalle nach Schleswig-Holstein gehen und da für die Annexion der Herzogtümer an Preußen eintreten sollte, während Bismarck weniger bestimmte Zusagen wegen Einführung einer Art allgemeinen Stimmrechts und bestimmtere wegen Koalitionsrecht und sozialer Konzessionen, Staatsunterstützung für Arbeiterassoziationen usw. gemacht hatte. Gedeckt war der dumme Lassalle dem Bismarck gegenüber durch gar nichts, au contraire, er wäre sans façon ins Loch geworfen worden, sobald er unbequem wurde. Die Herren vom Sozialdemokraten wußten das und fuhren trotz alledem mit dem Kultus Lassalles heftiger und heftiger fort. Dazu aber kam, daß die Kerle sich durch Drohungen von seiten Wageners (von der Kreuzzeitung) einschüchtern ließen, Bismarck die Cour zu schneiden, mit ihm zu kokettieren usw. usw. Wir

ließen eine Erklärung drucken und traten ab, wobei auch Liebknecht abtrat.“ Wenn Marx und Engels so über die angebliche „Dummheit“ Lassalles dachten, so konnte ihr Verhältnis mit Schweitzer freilich nicht von Dauer sein.

Der Brief Schweitzers vom 15. Februar ist in seinem vollen Wortlaut auch deshalb von Interesse, weil er zeigt, daß Schweitzer niemals die feindselige Stellung zur Internationalen angenommen hat, die ihm oft, und namentlich von Liebknecht selbst, vorgeworfen worden ist. Schweitzer wollte nur nicht die nationale Organisation der internationalen opfern. Das war keine Hemmung, sondern eine Förderung der Internationalen, deren Voraussetzung gerade nationale Arbeiterorganisationen waren. Wenn Liebknecht später einmal gesagt hat, er sei mit Schweitzer in Streit geraten, weil er die Internationale als Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung an die Stelle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins habe setzen wollen, so war nicht Schweitzer im Unrecht, sondern Liebknecht selbst. Denn die Internationale war die Organisation nicht einer, sondern aller nationalen Arbeiterparteien; sie bot den Rahmen, innerhalb dessen deutsche Lassalleaner, französische Proudhonisten, englische Trade Unionisten sich, unbeschadet ihrer nationalen Unterschiede, in gemeinsamer Arbeit bewegen konnten. Als Liebknecht später selbst an der Spitze einer deutschen Arbeiterorganisation stand und nun an seinem Teil dieselben Vorwürfe wegen Lauheit gegen die Internationale zu erdulden hatte, die von ihm so oft gegen Schweitzer erhoben worden waren, schrieb er an Engels kurz und bündig: „Es fällt mir nicht ein, wegen dieser Frage die Existenz unserer Organisation aufs Spiel zu setzen.“ Schlagender konnte die Stellung Schweitzers zur Internationalen nicht gerechtfertigt werden.

Ueberhaupt war es das Schicksal Schweitzers, die heftigsten Anklagen, die gegen ihn erhoben wurden, früher oder später von ihren Urhebern widerlegt zu sehen. Hatte er in seinem „Ultimatum“ erklärt, daß die Dinge in concreto eben immer irgendein Fußgewicht mit sich herumschleppen, so schrieb ihm Marx ein paar Jahre später, er vergesse nie, daß jeder von uns mehr von den Umständen, als von seinem Willen abhänge, und wenn Schweitzer in demselben „Ultimatum“ sagte, um die Taktik einer Arbeiterpartei richtig zu bestimmen, müsse man im Mittelpunkt der Bewegung stehen und alle Verhältnisse genau kennen, so schrieb Liebknecht im Jahre 1890 gegen Engels: „Vom Ausland aus läßt sich eine Massenbewegung nicht leiten. Die deutsche Sozialdemokratie konnte und kann zu keiner Zeit dulden, daß ihre Leitung ins Ausland verlegt werde.“

Ein paar Wochen nach der Absage von Marx und Engels, der sich fast alle angekündigten Mitarbeiter des „Sozialdemokrat“

anschlossen, sandte Tölcke aus Iserlohn zum Geburtstage des Königs Wilhelm ein Glückwunschtelegramm nach Berlin. Die näheren Umstände des Ulks sind in meiner Parteigeschichte angegeben; hier wird er nur erwähnt, weil er immer wieder gegen Schweitzer ins Feld geführt wird. Schweitzer war aber vollkommen unschuldig daran, und er handelte entschieden am klügsten, wenn er den ärgerlichen Scherz weder billigte, noch tadelte, noch totschwieg, sondern einfach laufen ließ. Nichts wäre törichter gewesen, als wenn er um dieses Quarks willen die Verwirrung im Verein, die ohnehin groß genug war, noch gesteigert hätte.

Drittes Kapitel.

Taktische Probleme.

I.

Das Organ des preußischen Ministeriums über die soziale Frage.

13. Januar 1865.

Das Organ des preußischen Ministeriums, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, bespricht in zwei Leitartikeln „die Studien zur Fortbildung der preußischen Verfassung" von Const. Rößler. Den zweiten dieser Leitartikel geben wir wegen seiner Bedeutsamkeit in betreff der sozialen Frage unsern Lesern nachstehend wieder. Er lautet:

„Der Punkt, auf welchen wir gestern bei Besprechung des Rößlerschen Werkes als den wichtigsten zurückzukommen versprachen, in welchem sich jeder ernste Beobachter des Staaten- und Völkerlebens von der konstitutionellen Doktrin scheidet, ist die Auffassung der sozialen Frage.

Für den konstitutionellen Doktrinär ist die soziale Frage eine Fabel, eine Chimäre. Jeder Staatsbürger, jeder Mensch überhaupt ist dem konstitutionellen Idealismus zufolge ein tugendhaftes Wesen, welches nur die Realisierung der konstitutionellen Staatsform abwartet, um diese Tugenden leuchten zu lassen. Eigennutz, Selbstsucht und das Streben nach materiellem Gewinn existieren in dem konstitutionellen Staate nicht. Jeder, auch der ärmste Staatsbürger, ist ein Washington mit einem Unterfutter von Schultze-Delitzsch. Alle begnügen sich mit dem, was sie haben, und diejenigen, welche gar nichts haben, sind doch in der glücklichen Lage, wenn sie etwas hätten, Sparvereine bilden zu können, was man soziale Selbsthilfe nennt.

So wundert es uns denn weiter auch nicht, wenn wir in dem gedachten Werke die soziale Frage in dieser gemütlichen Weise behandelt finden. Der Herr Verfasser sagt aber noch im zweiten Teil pag. 113:

> Das Gespenst der sozialen Frage, welches die Gesellschaft in den vierziger Jahren ängstigte, ist verschwunden, infolge fortgeschrittener wissenschaftlicher Erkenntnis (!), aber auch infolge der entdeckten Goldlager (!!), der ungeheuren Wirkungen, welche die Entwickelung des Eisenbahnbaues und überhaupt der technischen Erfindungen (!!!) erst seidem zu entfalten begonnen hat.

Ob der Kopf, der seiner Feder diese Worte diktierte, wohl jemals über den Organismus des Staatslebens nachgedacht hat?

Wir glauben nicht.

Er nennt die soziale Frage ein Gespenst, welches die Gesellschaft in den vierziger Jahren ängstigte. Daß die soziale Frage so alt ist, wie die Geschichte des Menschengeschlechts, ist ihm fremd.

Die „wissenschaftliche Erkenntnis" hat dies Gespenst verscheucht, sagt dieser wunderliche Staatskünstler. Die Granaten und Kartätschen, mit denen General Cavaignac im Juni 1848 die Faubourgs von Paris beschoß, nennt er eine „wissenschaftliche Erkenntnis". Denn ohne den Sieg des Generals würden die Arbeiter wahrscheinlich Paris und Frankreich in einen Zustand versetzt haben, der von dem Vorhandensein der sozialen Frage deutlichere Spuren zurückgelassen hätte, als dies sonst den Gespenstern gewöhnlich eigen ist.

„Auch infolge der entdeckten Goldlager ist die soziale Frage verschwunden," sagt der Autor weiter.

Wie kann man zwei Bände über preußische Verfassung schreiben wollen und sich so an der Wissenschaft und an der gesunden Vernunft versündigen!

Der Verfasser hat offenbar auch nicht einmal die Anfangsgründe der Nationalökonomie studiert, um die ungeheuerliche Behauptung aufstellen zu können, daß die vermehrte Ausbeute an edlen Metallen auf die soziale Frage einen Einfluß ausübe; und der Eisenbahnbau und die technischen Erfindungen überhaupt haben keinen anderen Einfluß auf die soziale Frage geübt, als dieselbe noch intensiver und allgemeiner zu machen.

In der Tat, wenn wir in der Tagespresse derlei Zeug lesen, wenn Leute aus Parteihaß oder Unwissenheit Lassalle als einen Mann hinstellen, welcher das soziale Gespenst im Dienste der Reaktion zu verwerten suchte, so ist uns dies erklärlich, denn die Tagespresse ist bei uns mehr von dem Streben, die Geister zu verwirren, als sie aufzuklären erfüllt; wenn aber in wissenschaftlichen Werken derlei Torheiten verbreitet werden, so ist das keine Artigkeit, die man der politischen Entwickelung des preußischen Volkes selbst in denjenigen Kreisen sagt, die ein Recht darauf hätten, diese Entwickelung für sich in Anspruch zu nehmen.

Sehr hübsch ist aber, wie, nachdem der Autor auf pag. 112 das soziale Gespenst für tot und abgefunden erklärt hat, er wenige Seiten nachher in demselben Werke von den „sozialen Leiden" spricht, die durch das allgemeine Stimmrecht nicht beseitigt werden können. — Wir haben nie anders gewußt, als daß das, was der Verfasser „das Gespenst der sozialen Frage" nennt, seinen Ursprung in den sozialen Leiden findet."

So weit das ministerielle Blatt!

Mit Freuden haben wir von obigem Artikel Kenntnis genommen und ihn unsern Lesern hier mitgeteilt.

Denn das ministerielle Organ erkennt nicht nur die hohe Bedeutung der sozialen Frage, sondern auch ihre aus den unleugbar vorhandenen sozialen Leiden hervorgehende Berechtigung unzweifelhaft an und ermöglicht uns somit die Erwartung, daß die seinerzeit der Deputation der schlesischen Weber ausdrücklich versprochene „gesetzliche Regelung" der einschlägigen Fragen baldigst in entsprechender Weise ihre Anbahnung finden werde.

II.

Die deutsche Sozialdemokratie.

8. Februar 1865.

Die deutsche Sozialdemokratie, die in der Presse zu vertreten uns der ehrenvolle Beruf geworden, erscheint in dem Leben der Nation als selbständige Partei neben den beiden anderen großen Parteien: der monarchisch-absolutistischen (die man ungenau häufig die „feudale" nennt) und der bürgerlich-liberalen (die gerne für die Volkspartei gelten möchte).

Beiden Parteien steht im großen und ganzen die Sozialdemokratie feindlich gegenüber, da sie die Sache des Volkes verficht, während jene beiden die Interessen einzelner Klassen vertreten — die eine die Interessen derjenigen, welche mehr oder minder im Genuß der Staatsgewalt sind, die andere die Interessen derer, welche das Kapital besitzen.

Historisch genommen ist die liberale Bürgerpartei ein Fortschritt im Vergleich zur monarchisch-absolutistischen. Denn sie hat den mittelalterlichen Druck der Priester- und Adelsherrschaft, die mit eiserner Wucht auf dem Volke lastete, für immer gebrochen. Mit Recht daher standen dem mündig gewordenen Bürgertum in seinem Kampfe gegen das Kirchentum und den Feudalismus die Fäuste des Proletariats zu Gebote.

Die weitere Entwicklung der Dinge aber kam dem Volke nicht zugute. Denn die Bourgeoisie suchte naturgemäß auf Kosten desselben an die Stelle des Priester- und Adelsstandes zu treten, wobei sie jedoch in Deutschland versäumte, zu guter Zeit und als sie die Macht dazu hatte, auch den Absolutismus zu brechen, und ihre eigene Herrschaft vollständig zu sichern.

Aus solchem Hergang und solcher Sachlage erklärt sich die jetzige Parteistellung:

Priesterschaft und Adel haben eine selbständige Macht nicht mehr; was sie sind, sind sie nur noch durch ihre Anlehnung an die Throne, welche sie stützen, um von ihnen hinwiederum gestützt zu werden. In Gemeinsamkeit mit den Dynastien bilden sie jetzt den Kern der monarchisch-absolutistischen Partei.

Gegen diese befindet sich die liberale Bourgeoisiepartei, die zu den sozialen Vorteilen und Annehmlichkeiten des Kapitals auch noch den Genuß der Staatsgewalt erobern möchte, in einem Kampf, den sie am liebsten dahin ausmünden ließe, ihre Klassenherrschaft als Parlamentarismus unter dem althergebrachten Nimbus des Königtums zu etablieren.

Gegen beide Parteien aber steht im Felde die sozialdemokratische Partei, welche im großen und ganzen die Bestrebungen der einen wie der anderen verurteilt, indem sie alles für das Volk und durch das Volk will.

Dies die großen Grundzüge der Sache.

Allein ein anderes bleibt uns noch zu erwähnen übrig.

Wenn nämlich auch die Volkspartei den beiden anderen großen Parteien im ganzen feindlich gegenübersteht, so ist doch dadurch nicht ausgeschlossen, daß sie in Zeiten friedlicher

Entwickelung zum Zwecke des Volkswohls mit der einen sowohl wie mit der andern jener beiden Parteien in einzelnen Fragen zusammengehe.

Wir sagen: mit der einen sowohl wie mit der andern; denn wenn auch die liberale Bourgeoisiepartei im Gegensatz zu der monarchistisch-absolutistischen Partei als ein Fortschritt in der historischen Entwickelung erscheint, so steht sie doch in der Gegenwart, wie die Dinge jetzt, nach Verlauf jener Entwicklung, liegen, der Volkspartei nicht freundlicher, vielleicht feindlicher gegenüber als jene.

Mit welcher Partei nun zu einzelnen Zwecken in bestimmten konkreten Fragen die Volkspartei zusammenwirken soll, dies ist eine Frage, die sich nicht im allgemeinen entscheiden läßt, sondern je nach den gerade obwaltenden Verhältnissen ihre jedesmalige Beantwortung finden muß. Die selbständige prinzipielle Stellung der Volkspartei aber darf durch ein derartiges Kooperieren zu einzelnen Zwecken niemals auch nur im geringsten berührt werden.

Zugleich ergibt sich, wenn man festhält, daß die sozialdemokratische Partei eine durchaus selbständige ist, die Folgerung, daß es eine Unzulässigkeit ist, wenn Leute von der liberalen Bourgeoisiepartei sich über „Zusammenhang mit der Reaktion“ beschweren.

Wir sprechen nicht davon, daß dieses ganze nichtsnutzige Gerede, dieses abgedroschene Geschrei über „Bündnis mit der Reaktion“ überhaupt nicht ernst gemeint ist, indem diese zahmen Professoren und aufgedunsenen Geldsäcke zusamt ihren Lohnschreibern sehr gut wissen, was wir sind und was sie sind; wir reden nicht hiervon, sondern wir weisen, einerlei ob die Behauptung richtig ist oder nicht, prinzipiell die Berechtigung der liberalen Partei zurück, uns irgendwelche Vorschriften über unsere Parteitaktik zu machen.

Ein solches Unterfangen von liberaler Seite ist entweder Unverstand oder Unverschämtheit.

Unverstand bei denen, welche von der falschen Annahme ausgehen, die Sozialdemokratie sei nicht eine selbständige Partei, sondern nur ein Anhängsel der „großen liberalen Partei“.

Unverschämtheit von seiten derer, die den wahren Sachverhalt erkannt haben, trotzdem sich aber unterstehen, in die

Taktik einer Partei, zu der sie nicht gehören, sich einmischen zu wollen.

Die deutsche Sozialdemokratie — mögen die Herren von der liberalen Partei sich dies hinter die Ohren schreiben — ist ihre eigene Partei, und ihre Grundsätze werden Fleisch und Blut im Leben der Nation sein, wenn der eherne Gang der Weltgeschichte längst in den Staub getreten, was jetzt sich aufbläht.

III.

Mißtrauen, nicht Vertrauen.

14. April 1865.

Mißtrauen, nicht Vertrauen soll in der großen deutschen Arbeiterpartei lebendig sein.

Ein schwerer Irrtum ist es, wenn einzelne unsrer Freunde, allzusehr beherrscht von ihrer gerechten Entrüstung über die Versuche, die deutsche Arbeiterpartei vom Boden des Gesetzes auf die Bahn wahnsinniger Ueberstürzung fortzureißen, in den entgegengesetzten Fehler verfallen und zur vermeintlichen Stärkung der Volkssache eine Allianz mit diesem oder jenem volksfeindlichen Elemente wünschen.

Auf der geraden Linie — keinen Schritt zur Rechten und keinen zur Linken weichend — muß die deutsche Arbeiterpartei ruhigen und festen Schrittes ihre eigene Bahn verfolgen.

Trägt ein anderes, ein ihr fremdes Element ihr eine Konzession entgegen — es wäre kindisch, das Gebotene nicht mit Freuden entgegennehmen zu wollen. Ist solches doch immer nur die Wirkung stattgehabter Agitation und eine Gewähr für weitere Erfolge!

So viel — nicht mehr ist das Rechte.

Denn selbständig, eine eigene Partei ist die deutsche Sozialdemokratie und niemals, niemals kann sie mit einem anderen Elemente sich alliieren. Jede Allianz beruht ja auf gegenseitigen Zugeständnissen, und Zugeständnisse hat die Volkspartei niemals gekannt. Sie will das ganze und volle Volksrecht — ausnahmslos, bedingungslos!

Dies ihr Streben und ihr Ziel!

Und sie muß wissen, daß keines der bevorzugten Gesellschaftselemente jemals solchem Streben aufrichtig wohlwollen kann.

Vertrauen! Wie sollten wir dazu kommen?

Könnte jemals die deutsche Arbeiterpartei in den erbärmlichen Vertrauenstaumel verfallen, der so oft schon der liberalen Bourgeoisiepartei die wohlverdienten Fußtritte von oben gebracht?

Nimmermehr!

Wir wiederholen es — Mißtrauen sollen und müssen die Arbeiter haben nach allen Seiten hin, weil keine es redlich mit ihnen meinen kann:

Mißtrauen zunächst gegen die gleißnerischen Ultramontanen und Pietisten, die Gott und Menschenliebe im Munde, Habsucht und Fanatismus im Herzen führen.

Mißtrauen gegen die verrottete Junker- und Feudalpartei, die das geisteskechtende, das volksaussaugende Mittelalter zurücksehnt, den freien Gedanken aber und das gleiche Menschenrecht fürchtet und haßt.

Mißtrauen gegen die „liberale" Kapitalistenpartei, die mit beispielloser Heuchelei den Deckmantel der Aufklärung und der Volksfreundschaft um sich legend, die Herrschaft des Kapitals und die Knechtung der Arbeit zu vollenden strebt.

Vertrauen, aber festes und unverbrüchliches Vertrauen sollen die Arbeiter haben auf sich selbst: ihre Zahl und ihre Tatkraft. —

IV.

Die Arbeitseinstellungen und das Koalitionsrecht.

19. April 1865.

Die Arbeitseinstellungen und das Koalitionsrecht sind Gegenstände, welche im Augenblick die Aufmerksamkeit der gesamten deutschen Arbeiterschaft, ja des deutschen Publikums überhaupt, auf sich ziehen.

Das Koalitionsrecht besteht in der Befugnis für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, ihre auf das Lohnverhältnis bezüglichen Angelegenheiten durch systematische Kooperation, durch

ein nach gewissen leitenden Gesichtspunkten stattfindendes Zusammenwirken zu regeln.

Hier nun müssen wir vor allem andern eines feststellen: daß nämlich die Zulässigkeit solchen Zusammenwirkens innerhalb des modernen bürgerlichen Staates von beiden Teilen unbedingt als Recht gefordert werden kann; für welche Forderung es zunächst einerlei ist, ob die Gewährung des Rechtes der einen oder andern Seite zum Nachteil gereichen könnte; denn es ist einleuchtend, daß wenn einer sein Recht fordert, ihm Nützlichkeitserwägungen höchstens in der Form guten Rats, nicht aber als Verweigerungsgründe entgegengehalten werden dürfen. Jene Rechtsforderung aber haben die deutschen Arbeiter unzweideutig aufgestellt: ja sie haben, ohne die Gewährung abzuwarten, in verschiedenen Teilen Deutschlands und in den verschiedensten Fächern ihr Recht, so weit es nur irgend möglich war, tatsächlich verwirklicht und dadurch die Regierungen in die Notwendigkeit gedrängt, entweder baldigst alle für die Koalitionen hinderlichen Bestimmungen vollständig aufzuheben oder sich mit der gesamten Arbeiterschaft offen in Konflikt zu setzen.

Daß das Koalitionsrecht als selbstverständliches Recht gefordert werden kann und gefordert wird, steht, wie gesagt, fest. Allein wir haben uns weiter zu fragen, worin die praktische Bedeutung des Koalitionsrechtes besteht. Und zwar prüfen wir diese Frage von der Seite der Arbeiter aus, andern anderes überlassend.

Das Wichtigste im Inhalte des Koalitionsrechts ist unbedingt dies: daß die Arbeitseinstellungen, die ohne dasselbe auf mancherlei Umwegen, unter künstlichen Schwierigkeiten ins Leben treten müssen, mit demselben offen, geregelt, sicher, in großartigem Maß ins Werk gesetzt werden können.

Wir haben uns daher zu fragen: Kann vermittels der Arbeitseinstellungen (Streiks) die arbeitende Klasse ihre Lage überhaupt wesentlich verbessern?

Antwort: Nein!

Denn darin hat die liberale Bourgeoisie-Oekonomie ganz Recht, daß unter der Herrschaft des Gesetzes von Angebot und Nachfrage die Bestimmung der Lohnhöhe sich nach zwingenden Naturgesetzen vollzieht, somit von keiner Seite her und durch keinerlei Mittel auf jene Lohnbestimmung ein erheblicher, nachhaltiger Einfluß ausgeübt werden kann.

Die Sache ist nur die, daß während die Bourgeoisie-Oekonomie diesen Sachverhalt mit teilweise stupider, teilweise böswilliger Bewunderung als Ideal aller ökonomischen Zustände anpreist, wir vielmehr daraus die Folgerung ziehen, daß die Produktionsweise in ihrer Grundlage geändert werden muß.

Darin aber, wie gesagt, sind wir einig, daß innerhalb des Systems der Lohnarbeit nach immanenten (den Verhältnissen wesentlich und innerlich einwohnenden) Gesetzen die Höhe desjenigen sich bestimmt, was der Arbeiter durch seine Tätigkeit erlangt.

Ein großer und verhängnisvoller Irrtum also wäre es, wenn die deutschen Arbeiter glauben wollten, sie könnten durch Verabredungen, Arbeitseinstellungen und derartige kleine, innerhalb des jetzigen Systems sich bewegende Mittel ihre Lage nennenswert und auf die Dauer verbessern. Vielmehr möge ein jeder sich klar machen, daß dies nach ökonomischen Gesetzen eine Unmöglichkeit ist, damit er nicht bitterer Enttäuschung verfalle. Die liberale Bourgeoisiepartei selbst würde schon jetzt aufs Entschiedenste die Gewährung des Koalitionsrechtes verfechten, wenn ihr nicht die Sache in den deutschen Polizeistaaten zu neu und darum besorgniserregend wäre; allein es wird nicht lange dauern, so wird sie in Versammlungen und Preßorganen entschieden für jenes Recht einstehen, ja es ist vielfach schon geschehen. Die liberale Bourgeoisiepartei wird sich von ihren Führern belehren lassen, daß das Koalitionsrecht an der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit nichts zu ändern vermag, und daß sie daher keinen Grund hat, sich der Gewährung desselben entgegenzustemmen, ja daß sie, ihren Prinzipien nach, dieselbe sogar befürworten muß.

War für die Richtigkeit jenes schon aus inneren Gründen einleuchtenden Satzes, daß im großen und ganzen lediglich das Gesetz von Angebot und Nachfrage die Höhe des Arbeitslohnes bestimmt, noch ein praktischer, äußerer Beweis nötig — England hat ihn erbracht, wo seit einem Menschenalter die Arbeitseinstellungen in so systematischer und großartiger Weise betrieben werden, daß man in Deutschland kaum eine Vorstellung davon hat, und trotzdem die Arbeitslöhne noch heute auf das zur Fristung des Lebens notdürftig erforderliche Maß beschränkt sind.

Allein wenn auch das Koalitionsrecht eine durchgreifende Aenderung der Lage der arbeitenden Klassen nicht zu bewirken vermag, so kann es doch allerdings da und dort von zeitweiligem, beschränkten Nutzen sein.

Wir sind keine Prinzipienreiter: wenn auch unsere Agitation auf die Herstellung einer allgemeinen und durchgreifenden Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse gerichtet ist, so weisen wir doch nicht von uns, was da und dort oder im kleinen nützen kann. Wir haben z. B. niemals von den Schulzeschen Kredit- und Konsumvereinen abgeraten, sondern anerkannt, daß in einzelnen Kreisen, in kleinem Maßstab dadurch manches genützt werden kann; wir haben die Agitation für Erkämpfung des Koalitionsrechts und die Arbeitseinstellungen kräftigst unterstützt und tun es diesen Augenblick noch.

Aber wir sind es zugleich der großen Sache, die wir vertreten, schuldig, den Arbeitern zuzurufen: Erwartet von solchen Dingen nicht Ergebnisse, die sie niemals zu erfüllen vermögen!

Das Koalitionsrecht mit der Möglichkeit ausgedehnter, systematisch zusammenhängender Arbeitseinstellungen hat übrigens noch einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Nutzen: den nämlich, daß es die Selbständigkeit des Mannes erhöht. Jene Aengstlichkeit des öffentlichen Bewußtseins in Deutschland, das Spießbürgerlich-Philiströse, das Gewöhntsein an Bevormundung von oben muß allmählich schwinden und einem dem englischen Staatsgeiste sich nähernden Sinne weichen, wenn es den Staatsangehörigen aller Klassen ermöglicht ist, in selbständiger, gemeinsamer Tat, ohne behördliche Einmischung, für ihre Interessen einzutreten. Mit einem Wort: der deutsche Polizeistaat wird gründlich durchbrochen werden.

Dies — nicht mehr, nicht weniger — sind die sozialen und politischen Vorzüge der Koalitionen und der Streiks. Die deutsche Arbeiterbewegung ist, auch soweit sie auf dieses vergleichungsweise beschränkte Feld sich richtet, als Zeichen des erwachten Klassenbewußtseins und als Ausgangspunkt für weiteres mit Freuden zu begrüßen; nur muß die Arbeiterklasse genau wissen, was sie tut, und nicht in Illusionen verfallen. —

V.

Die soziale Frage.

(Schlußartikel).

16. Juni 1865.

Zwei Einwendungen sind es, welche sich aus den gegen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht geltend gemachten Erwägungen vorzugsweise hervorheben:

Zunächst sagt man, dieses Stimmrecht könne, selbst in richtiger und ehrlicher Handhabung, bei dem tatsächlich vorhandenen Bildungsgrad des Volkes, besonders der Landbevölkerung, zu einer Stärkung der reaktionären statt der vorwärts strebenden Elemente führen.

Hierauf ist zweierlei zu erwidern:

Einmal, daß es in dieser Beziehung auf die Probe ankäme, daß aber jedenfalls, wenn jene Behauptung richtig sein sollte, das Volk nicht mehr solchen, die es niederhalten, sondern nur sich selbst bei schlechten Wahlen einen Vorwurf zu machen hätte;

zweitens aber und hauptsächlich: daß es vorerst weniger darauf ankommt, Majoritäten in die Kammern zu schicken, als vielmehr, überhaupt nur irgendeine wirklich volkstümliche Vertretung in denselben herstellen zu können. Unter den jetzigen Verhältnissen nämlich ist es in Deutschland nahezu unmöglich, daß ein Mann, der auf dem Boden des ganzen und vollen Volksrechts steht, in die Kammern gelange; unmöglich daher für die Volksstimme, innerhalb anerkannter und mit formeller Autorität ausgestatteten Staatskörperschaften überhaupt zu Worte zu kommen. Wir haben viel, sehr viel gewonnen, wenn in den Kammern auch nur eine kleine Schar Auserlesener, eine der Zahl nach nicht bedeutende Opposition im Sinne der wahren Volkssache vorhanden ist. Denn hinter einer solchen Opposition ständen nicht nur die Massen, soweit sie sich überhaupt um ihre Angelegenheiten kümmern, sondern auch die moralische Wucht einer in den Verhältnissen begründeten guten Sache. Mit einem Wort: Eine Vertretung der Arbeiterpartei in den Kammern, ob auch an Zahl vorerst nur schwach, würde an politischer Bedeutung von großem Gewichte sein.

Der zweite Einwand, den man hauptsächlich gegen das allgemeine, gleiche und direkte Stimmrecht erhebt, besteht in der Hinweisung auf naheliegende Mißbräuche, insbesondere in der Aeußerung der Befürchtung, dieses Stimmrecht werde,

wenn abgerissen und ohne die entsprechenden sonstigen Staatseinrichtungen erteilt, statt ein Hebel für die Volkssache zu sein, durch perfide Handhabung vielmehr gerade ein bequemes Mittel in der Hand der Machthaber zur Unterdrückung aller Volksfreiheit und aller Fortentwicklung werden.

Dieser Einwand, dessen Inhalt vollständig richtig, ist in Wirklichkeit gar kein Einwand.

Denn die Arbeiterpartei hat niemals gefordert und kann niemals fordern das allgemeine Stimmrecht in dem Sinne, welcher bei obigem Einwande unterstellt ist; das allgemeine Stimmrecht hat seinen wirklichen Wert nur dann, wenn es der konsequente Ausbau der sämtlichen, im Begriff eines freien Staates liegenden Rechte ist; ein allgemeines Stimmrecht ohne volles Vereinsrecht, volle Preßfreiheit usw. wäre nur das elende Danaergeschenk einer unter volkstümlichem Deckmantel verborgenen volksfeindlichen Despoten- und Willkürherrschaft.

Allerdings würde hierbei die Frage entstehen, ob nicht, wenn das allgemeine Stimmrecht nur unter solchen Umständen, d. h. ohne die entsprechenden sonstigen Einrichtungen, zu haben wäre, die Einführung desselben doch nicht immer noch angesichts der bestehenden Wahlgesetze als ein vergleichungsweiser Fortschritt, als ein geringeres Uebel zu begrüßen wäre?

Für das Ja wie für das Nein auf diese Frage lassen sich Gründe geltend machen; für das Ja vorzugsweise: daß in solchem Stimmrecht doch immer bei besonderer Beharrlichkeit der Massen eine wichtige Handhabe gewonnen wäre; für das Nein besonders: daß es für die Entwicklung der Volkssache schlimmer sein kann, wenn die Massen in Besitz eines Rechtes zu sein glauben, von dem größtenteils nur der Schein vorhanden, als wenn das Volk klar und deutlich sieht, daß ihm ein wichtiges Recht geradezu vorenthalten ist.

Wir glauben auch wirklich, daß innerhalb unserer Partei die Meinungen über dieses Ja oder Nein geteilt sind. Darin aber — und dies ist hier die Hauptsache — sind wir jedenfalls alle einig: daß, wenn irgendwo das allgemeine Stimmrecht von einer Regierung gegeben würde, ohne daß zugleich die entsprechenden sonstigen Volksrechte sichergestellt wären, der erste, ja alleinige Gebrauch jenes Stimmrechts zunächst auf Erringung und Sicherstellung jener anderen Rechte gerichtet werden müßte.

Denn die Freiheit — die Freiheit brauchen wir vor allem.

Anmerkungen.

Unter den Gründen, die Liebknecht für seinen Rücktritt aus der Redaktion des Sozialdemokrat geltend machte, war auch der, daß Schweitzer häufig Artikel aus der offiziösen und reaktionären Presse ohne Kommentar und Kritik aufgenommen habe. Häufig ist das nun zwar nicht geschehen, aber gelegentlich, und in welchem Sinne es geschah, zeigt der Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die soziale Frage. Deshalb wird er hier wiedergegeben. Aber er hat auch sonst ein zeitgeschichtliches Interesse. Er zeigt, mit wie raffinierter Demagogie damals der talentvolle Renegat Braß in Diensten Bismarcks die Arbeiterfrage auszubeuten suchte, und er hat den pikanten Beigeschmack, daß derselbe Konstantin Rößler, den Braß wegen gänzlicher Unwissenheit in sozialen Fragen niederstreckte, zum Leiter des preußischen Preßbureaus avanzierte, als die Bourgeoisie ihren Frieden mit Bismarck gemacht hatte.

In den beiden nächsten Artikeln spricht sich Schweitzer ganz offen über seine Taktik aus. Nachdem Lassalles Hoffnung, die Arbeiterklasse in einem mächtigen Anlauf aufzurütteln, sich als trügerisch erwiesen hatte, konnte die junge Bewegung nur vorwärtsschreiten, indem sie sich zwischen den beiden mächtigen Gegnern durchwand, deren jeder für sich stark genug war, sie zu erdrücken, und einen gegen den andern ausspielte. So wie die Dinge damals lagen, hatte sie von dem stumpfsinnigen Haß der Bourgeoisie gar nichts, von der verschlagenen Diplomatie Bismarcks aber wenigstens soviel zu erwarten, daß er seine borussische Politik nicht ohne gewisse Zugeständnisse an die Volksmassen durchführen konnte. Weder über den Wert noch über den Zweck dieser Zugeständnisse hat sich Schweitzer je einer Einbildung hingegeben, aber zu einer Zeit, wo der Arbeiterklasse die gesetzlichen Vorbedingungen ihrer Organisation so gut wie ganz fehlten, wo sie ein wirksames Wahlrecht überhaupt nicht besaß und Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit der polizeilichen Willkür preisgegeben waren, konnte er sie nicht einfach in den Rauchfang schreiben. Ist doch die deutsche Arbeiterklasse auf diesem Wege zu dem allgemeinen Stimmrecht gekommen, das — gleichviel aus welchen Beweggründen Bismarck es gegeben haben mochte — zum mächtigsten Hebel ihres Aufschwunges werden sollte.

Unerläßliche Vorbedingung einer solchen Lavierungspolitik war nun freilich, daß die völlige Unabhängigkeit der jungen Arbeiterpartei nach allen Seiten gewahrt und das Bewußtsein dieser Unabhängigkeit in den Arbeitermassen aufrechterhalten wurde. Wie Schweitzer dieser Bedingung gerecht wurde, zeigen die Artikel: Die deutsche Sozialdemokratie und Mißtrauen, nicht Vertrauen. Daß es gleichwohl nicht ohne „gewagte Experimente" abging, hat

Schweitzer später selbst in einem Briefe an Marx geschrieben, jedoch in seiner besonderen Art war er ungleich geschickter, der „Forderung des Tages“ gerecht zu werden, als Lassalle mit seinem stürmischen Temperament vermocht hätte.

Der vierte Artikel beschäftigt sich mit der Frage der Arbeitseinstellungen und des Koalitionsrechts. Er war veranlaßt durch die Bewegung, die namentlich unter den Berliner Arbeitern für die Verleihung des Koalitionsrechts in spontaner Weise entstand und die ersten Streiks, die damals in Burg und Leipzig ausbrachen. Schweitzer benutzte beides in äußerst geschickter Weise, um festen Fuß unter den Arbeitermassen zu fassen, doch kann hier, wo es sich nur um die leitenden Gesichtspunkte von Schweitzers Politik handelt, nicht näher darauf eingegangen werden. Schweitzer vertritt in diesem Artikel noch ganz den Standpunkt, wie ihn gegenüber der gewerkschaftlichen Bewegung Lassalle und in den vierziger Jahren auch Engels in seiner Schrift über die Lage der englischen Arbeiter vertreten hatte. Es sei hier gleich bemerkt, daß die Artikel Schweitzers über alles, was mit der gewerkschaftlichen Bewegung zusammenhängt, in der vorliegenden Sammlung besonders berücksichtigt worden sind, nicht weil sie die Licht-, sondern gerade umgekehrt, weil sie die verhängnisvolle Schattenseite seiner Politik darstellen.

Der fünfte Artikel ist das Schlußglied einer längeren Abhandlung über das soziale Programm Lassalles. Er polemisiert, ohne es auszusprechen, gegen die ablehnenden Bemerkungen, die Engels in seiner gleichzeitigen Schrift zur Militärfrage über eine etwaige Verleihung des allgemeinen Stimmrechts durch Bismarck gemacht hatte. Wie hinlänglich bekannt ist, standen Marx und Engels damals allzusehr unter dem Eindruck der Erfahrungen, die im bonapartistischen Kaiserreich mit dem allgemeinen Stimmrecht gemacht worden waren; was Schweitzer dagegen einwendet, ist durch die historische Erfahrung als richtig bestätigt worden. Im übrigen zeigt auch dieser Artikel, wie sehr er darauf bedacht war, die Arbeiter vor allen gefährlichen Illusionen zu bewahren.

Viertes Kapitel.

Der Kampf um das Vereinsrecht.

Der große Bürger Classen-Kappelmann.

4. August 1865.

Mit einer Selbstüberwindung, die wir an uns bewunderten, mit einer Geduld, deren wir uns niemals für fähig gehalten hätten, haben wir in diesem Kampf wegen des Vereinsrechtes, den wir gemeinsam mit der Bourgeoisie zu führen hatten, dieser letzteren gegenüber an uns gehalten und uns bezwungen.

Als wir mit raschem Entschluß und rascher Tat dem Bürgertum in seinem Kampfe für die bürgerliche Freiheit zu Hilfe eilten, da rief man: Es sind agents provocateurs! Nehmt euch vor ihnen in Acht! — und wir haben geschwiegen.

Von 250 Abgeordneten erschienen 80 — und wir haben geschwiegen.

Die Herren Präsidenten des Abgeordnetenhauses, die ein freies Wort so gut zu sprechen verstehen, wo die gesetzliche Redefreiheit des Abgeordnetenhauses sie vor Verfolgung schützt, sie waren, als es dazusein galt, „abwesend unbekannt wo“ — und wir schwiegen.

Liberale Bürger zu Köln rissen die Plakate der Arbeiter ab, die zu einer Versammlung zum Zwecke der Unterstützung des Bürgertums im schwebenden Kampf einluden — liberale Bürger rissen diese Plakate von den Straßenecken — und wir schwiegen.

Als nun aber der Tag der Entscheidung kam und aller Augen auf den großen Bürger gerichtet waren, in dessen Person, wie die Magdeburger Presse schreibt, „augenblicklich die Ehre und das Recht des preußischen Bürgerstandes konzentriert sind“ — als dieser große Bürger am Tage der Entscheidung spurlos verschwunden war — da freilich wollte es

uns mit unbesieglichem Unmut erfassen — aber wir bezwangen uns noch einmal — wir schwiegen.

Da — es ist, um an den Wänden hinaufzulaufen — lesen wir in der Kölnischen Zeitung — die Augen flimmerten uns, als wir lasen — folgenden Artikel:

> Als Herr Classen-Kappelmann, welcher zu der vom Gemeinderat der Stadt Köln zur Arndtfeier nach Bonn entsandten Deputation gehörte, gestern morgen mit dem Bahnzuge in Bonn anlangte, in der Absicht, später zum Besuche eines Söhnchens nach Oberkassel weiterzufahren, wurde derselbe am Bonner Bahnhof mit lautem Hoch empfangen und in die Poppelsdorfer Allee geleitet, um sich dem Festzuge anzuschließen; zugleich wurde eine, schon Tags zuvor von Mitgliedern des Festkomitees mittels eines expressen Botens an ihn ergangene Einladung zu einem im Lokale der Lesegesellschaft arrangierten Diner wiederholt. Da der Oberbürgermeister von Bonn jedoch erklärte, er habe Ordre, das Fest aufzuheben, sobald Herr Classen-Kappelmann an der Tafel teilnehmen solle (!!!), so zog der Letztere es vor, um den Verlauf des Festes nicht zu stören (!!!!!), sich an dem Mahle nicht zu beteiligen (!!!) und fuhr, seiner ursprünglichen Absicht gemäß, nach Oberkassel. Nachmittags von dort zurückgekommen, empfing er in Bonn noch mehrere ähnliche Ovationen wie am Bahnhof.

Wir lasen weiter:

> Eine Anzahl Münchener Damen hat Herrn Classen-Kappelmann zum Zeichen der Anerkennung und Bewunderung einen Strauß von Alpenrosen überreicht.

Das alles, alles lasen wir — und — Gott verzeih' es uns! — wir schwiegen noch einmal.

Aber länger, länger — nein! nein! — certi sunt denique fines! — hole der Teufel unsere Geduld!

Dies alles, alles sollten wir mitansehen und kein Wort des Protestes, kein Wort des Tadels und des vernichtenden Hohnes haben?

Nein! Nein! Diese Geduld könnten wir nicht vor unserer Partei, könnten wir vor den Manen Lassalles nicht verantworten!

Ist es möglich? Ist es glaublich? Ist es jemals erhört worden?

War der Kampf in Köln ein Kampf um Eure elende Fresserei im Gürzenich oder war es ein Kampf um unser Vereinsrecht?

Darum also, damit Eure Champagnerschlemmerei in den bequemen Sesseln des Bonner Festsaals nicht gestört werde — darum also zieht sich der Mann zurück, „in dem augenblicklich die Ehre und das Recht des preußischeu Bürgerstandes konzentriert sind?"

„Damit das Mahl nicht gestört werde!"

Sind darum die Arbeiter durch ganz Deutschland unters Gewehr getreten? Haben wir darum Versammlungen abgehalten, soweit die deutsche Zunge klingt? Haben wir darum mit zwanzig Polizeipräsidenten uns herumgebalgt?

Wie? Euer erster Bürger zieht sich winselnd zurück, wo es gilt, für das gemeinsame Vereinsrecht einzustehen?

Wie? Der große Bürger Classen-Kappelmann läßt sich ruhig verbieten, im Bonner Festsaal zu Mittag zu essen?

Und diese Jammergestalt, die nicht den Mut hat, sich auf den Boden des Gesetzes zu stellen, diese Jammergestalt ist der Gegenstand von „Ovationen", dieser Jammergestalt schicken Damen Blumensträuße?

Und die Elenden, die dort aßen und tranken — sie aßen und tranken ruhig fort, als man ihnen verbot, mit Herrn Classen-Kappelmann an einem Tische zu sitzen — sie blieben ruhig beisammen ohne das leiseste Gefühl der Scham?

Das also ist die Art, wie Ihr für das Vereinsrecht einsteht?

Verlangen wir von Euch, daß ihr Euch den Säbeln der Polizei und den Bajonetten der Polizei entgegenwerft?

Von Euch — dessen seid versichert — werden wir dies nie verlangen.

Aber was wir verlangen und verlangen müssen, das ist: daß Ihr fest auf dem Boden des Rechtes steht, daß Ihr den Mut des Gesetzes habt.

Den friedlichen, aber festen Mut des Gesetzes — unbeugsam — ohne zu wanken und zu weichen.

Und nicht einmal diesen Mut habt Ihr — nicht einmal diesen friedlichen Mut des Gesetzes — Ihr, die Ihr so gern von „Mannesmut" und „Bürgerstolz" sprecht? Sieht Herr Classen-Kappelmann wirklich nicht ein, daß es nicht darauf ankommt, ob etliche Schwätzer ungestört Champagner trinken oder nicht — sondern darauf, ob in Preußen das Gesetz gilt oder das Belieben der Polizei?

Sieht er wirklich nicht ein, daß er es darauf ankommen lassen mußte, ob die Polizei ein Festmahl bloß darum „auflöste“, weil — er, der Herr Kappelmann, mit zu Tische saß? Sieht er das wirklich nicht ein, oder war er zu feige selbst zu solcher Tat?

Aber nicht nur dem großen Bürger Classen-Kappelmann gilt dieser Zuruf — Euch allen, der ganzen liberalen Bourgeoisie mit ihrer gesamten Presse, gilt, was wir gesagt, wenn Ihr nicht den Mut habt, Euren angebeteten Abgott mit unbarmherzigem Fußtritt von seinem Postament herabzuschmettern.

Ist es möglich! Ist es erhört!

Wohl klingt die Kunde herüber aus ferner, eherner Zeit, daß bei Turnier und Ritterspiel der Sieger im Streit, der kampfermüdete Ritter vor der Dame seines Herzens niederkniete, aus ihren Händen den Preis des Sieges zu empfangen.

Das aber haben wir nie gehört aus jener Zeit, daß eine Dame den Preis ihrer Minne dem, der im Turnier gefehlt, entsandte.

Wie tief gesunken, wie innerlich entnervt muß eine Klasse sein, deren Männer einen Waschlappen zum Helden stempeln und deren Damen einem Eunuchen Kränze winden.

Anmerkungen.

Getreu ihrer schon von Lassalle verspotteten Gewohnheit, bei Braten und Wein Siegeshymnen anzustimmen über Siege, die sie nicht erfochten hatte, wollte die fortschrittliche Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses am 22. und 23. Juli 1865 ein Fest in Köln feiern. Die Einladungen dazu ergingen von einem Festkomitee, an dessen Spitze der Kölner Stadtverordnete Classen-Kappelmann stand. Jedoch am 11. Juli verbot der Polizeipräsident von Köln die Abhaltung des Festes ohne gesetzliche Befugnis oder auch nur Scheinbefugnis. Es war eine brutale Verletzung selbst des geringen Maßes von Vereins- und Versammlungsfreiheit, das die preußische Verfassung verbürgte.

Die Fortschrittspartei tat nun so, als ob sie endlich einmal den Kampf für ein bürgerliches Recht aufnehmen wolle. Eine ganze Reihe von Abgeordneten — 160 von 250, die eingeladen waren — sagte in pomphaften Briefen ihr Erscheinen in Köln zu, trotz des polizeilichen Verbots. Schweitzer unterstützte sofort diese Bewegung unter der Begründung, daß die Fortschrittspartei, sobald sie wirklich für die bürgerliche Freiheit kämpfe,

auf die Unterstützung der Arbeiter rechnen dürfe. Der Sozialdemokrat schlug die kräftigsten Töne an und der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins berief Massenversammlungen ein, um für die bedrohte Versammlungsfreiheit einzutreten. Die Versammlungen wurden auch zahlreich abgehalten; in Berlin fanden sich bei diesem Anlaß zum ersten Male fortschrittliche und sozialdemokratische Arbeiter zusammen.

Jedoch den braven Fortschrittlern fiel das Herz, als es eben zu pochen beginnen wollte, sofort wieder in die Hosen. Statt der 160 Helden, die nach Köln kommen wollten, erschienen nur 80; Herr Grabow, der Präsident des Abgeordnetenhauses, sandte als Stellvertreter seine 45 Pfund schwere Büste. In Köln wurde die Schmauserei polizeilich gehindert, und die Festteilnehmer dampften nach Oberlahnstein, wo sie ungestört tafeln konnten, da die nassauische Kriegsmacht zu spät anrückte. Aber es langte nicht einmal zu einem papierenen Proteste gegen den Gewaltstreich der Regierung, sondern nur zu einem Dankschreiben an Classen-Kappelmann, der an seinem Teile schon vor dem Feste nach Verviers über die belgische Grenze ausgerissen war, aus Furcht vor seiner Verhaftung. Und dies Dankschreiben wagten auch nur 46 der erschienenen Abgeordneten zu unterzeichnen. Die einzige „Tat“, zu der sich die fortschrittlichen Helden aufrafften, bestand in Verdächtigungen der Arbeiter, die ihnen zu Hilfe geeilt waren.

Die Geschichte verlief so kläglich, daß sie selbst im Auslande das peinlichste Aufsehen erregte. Schweitzers Artikel über den „großen Bürger Classen-Kappelmann“ mag in der Form nicht immer die Grenze des guten Geschmacks innehalten, aber in der Sache war er vollkommen zutreffend. Eine Reihe ernsterer Artikel unter dem Titel: Köln, die Bourgeoisie und wir, brach Schweitzer ab, da gleich der erste, der das ebenfalls jammervolle Verhalten der feudalen Partei gegenüber dem Kölner Fest kennzeichnete, sofort polizeilich konfisziert wurde, und Schweitzer die liberale Partei nicht kritisieren wollte, wenn er gehindert werde, die konservative zu kritisieren. Der Sozialdemokrat lebte jetzt in einem förmlichen Belagerungszustande, und ein wahrer Hagel von Anklagen, Auflösungen, Ausweisungen brach über den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und seine Wortführer herein. Namentlich die polizeiliche Konfiskation seines Organs dauerte noch monatelang über das Kölner Abgeordnetenfest fort. Und während Schweitzer diesen Kampf mit einem Maß von Energie, Geschick und Opferfähigkeit führte, das die gesamte Presse der Fortschrittspartei in der ganzen Konfliktszeit nicht entfernt erreicht hat, nahm die Fortschrittspartei an ihm eine ihrer würdige Rache, indem sie ihn wie Hofstetten beschuldigte, von der Regierung bestochen worden zu sein.

Zum ersten Male wurde dieser Ton allerdings schon vor dem Kölner Abgeordnetenfeste angeschlagen, Ende Juni 1865, in der Rheinischen Zeitung in Düsseldorf, die Lassalle bereits als die unwürdige Namensschwester zweier Organe gebrandmarkt hatte, die dem Rheinlande einstmals zur Zierde gereicht hätten. Schweitzer und Hofstetten drohten darauf mit einer Klage, ohne sie jedoch anzustrengen. Es ist vermutlich aus demselben Grunde unterblieben, aus dem Bebel ein paar Jahre später, gemäß dem Rate seines Rechtsbeistandes, auf die Klage verzichtete, die er bereits angekündigt hatte, weil Tölcke ihn beschuldigte, jährlich sechshundert Taler von dem entthronten Welfenkönige zu beziehen. Einmal war die Beschuldigung der Rheinischen Zeitung so vorsichtig verklausuliert, daß es überhaupt zweifelhaft erschien, ob das Gericht darin eine Beleidigung finden würde, und zweitens war es ganz ungewiß, ob der „leitende Staatsmann", von dem Schweitzer und Hofstetten bestochen sein sollten, nicht sein Zeugnis verweigern würde.

Im September jedoch, zur Zeit, wo der Sozialdemokrat fast täglich konfisziert wurde, wußte ein Berliner Korrespondent der Elberfelder Zeitung zu erzählen, von konservativer Seite werde eine Kollekte „für zwei als ultraradikale Demokraten angesehene Leute" veranstaltet. Schweitzer und Hofstetten erklärten darauf sowohl den Redakteur wie den Korrespondenten des Elberfelder Blattes für „feige und hinterlistige Hunde", worauf sowohl der Redakteur wie der Korrespondent einen in der Tat feigen Rückzug antraten. Zwei Wochen darauf hatten die Wiener Presse und die Kölnische Zeitung zu klatschen, einem Berliner Redaktionsbureau habe eine Subskriptionsliste jener Kollekte vorgelegen. Schweitzer und Hofstetten forderten wieder den „anonymen Verleumder" auf, sich zu melden, wenn er sich nicht einer „beispiellosen Feigheit" schuldig machen wolle, jedoch er zog es vor, im sicheren Versteck zu bleiben. Guido Weiß, wie immer ein Gentleman, sprach in der Berliner Reform offen seinen Abscheu vor dieser nichtswürdigen Kampfesweise aus, Eugen Richter jedoch, der übrigens zu den Berliner Korrespondenten der Elberfelder Zeitung gehörte, brachte den Tratsch noch einmal vor in einem schmutzigen Pamphlet, das er als angebliche „Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Deutschland" am Ende des Jahres 1865 veröffentlichte.

Der heftige Krieg des Sozialdemokraten mit der Polizei fand erst sein Ende, als Schweitzer unter einer Last von Anklagen, die er sich in diesem Kriege zugezogen hatte, Ende November zu einem Jahre Gefängnis und einjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wurde; bald darauf erhielt er noch eine Zusatzstrafe von vier Monaten. Man hat gesagt, die Gefängnis-

strafen Schweitzers, die er auch noch später mehrfach erhielt, bewiesen nichts gegen sein Spitzeltum, das gerade dadurch habe verdeckt werden sollen. Für diesen Zweck waren aber gar nicht sechzehn Monate Gefängnis notwendig, sondern sechzehn Tage hätten auch genügt, die nach der damaligen Praxis schon eine verhältnismäßig hohe Strafe bedeuteten; gewöhnlich wurden Preßsünden mit einer Geldstrafe abgetan. Die außergewöhnlich hohen Gefängnisstrafen Schweitzers waren eine Anerkennung seines Wirkens, die er in den sechziger Jahren nur noch mit Lassalle teilte.

Hiermit hängt es auch zusammen, daß Schweitzer im Gefängnis milder behandelt wurde, als es heute mit sozialdemokratischen Preßsündern üblich ist. So hat er während dieser ersten Gefängnisstrafe seine berühmten Artikel: Der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle, geschrieben, die auch noch während seiner Haft im Sozialdemokraten veröffentlicht wurden. Die urkundliche Quelle über das Wonneleben, das er im Gefängnis geführt haben soll, ist eine Notiz von „zuverlässiger Seite", die im Demokratischen Wochenblatt vom 21. August 1869 erschien. Sie lautete: „Wer bisher noch daran zweifelte, daß Schweitzers Beziehungen zur preußischen Regierung ganz intimer Art sind, der braucht nur die Annehmlichkeiten zu sehen, mit welchen ihm seine Haft in der Filialanstalt zu Rummelsburg zur angenehmen Sommerfrische umgestaltet wird. Ein eigenes Zimmer, Lektüre nach Belieben, Spaziergänge im schattigen Park und Fahrten auf dem nahen See, Umgang mit den Beamten und deren Damen, soweit sie seine Unterhaltung nicht fade finden, was allerdings bei den meisten der Fall sein soll, täglich ein Zentner Eis, um das viele Bier kaltzustellen, eigene Table d'hote — das ungefähr sind die Attribute des zukünftigen Märtyrers für die Sache der Arbeiter. Wer sich überzeugen will, der braucht nur von Stralau aus eine Fahrt auf dem Rummelsburger See an der Anstalt vorüber zu machen." Eine Regierung, die ihre Gefängnisse zu so lustigen Sommerfrischen für ihre Spitzel herrichten läßt, hat entschieden ihre humane Seite.

Man ist versucht, anzunehmen, daß ein Spaßvogel diese behagliche Schilderung eingesandt hat; jedenfalls wäre es unbillig, sie als ernsthaftes Blatt der Zeitgeschichte anzusprechen.

Fünftes Kapitel.

Die nationale Frage.

I.

Die deutsche Fortschrittspartei.

23. Juni 1865.

Die „deutsche Fortschrittspartei“ in Preußen ist weder eine deutsche noch eine preußische Partei.

„Ihr könnt nicht mehr denken!“ rief vor kurzem ein preußischer Abgeordneter seinen liberalen Kollegen zu. Wir aber sagen: Der Gothaismus hat niemals denken können.

Nur eine einzige politische Frage haben wir in unserem Vaterlande: Die deutsche Einheitsfrage; denn alle anderen politischen Angelegenheiten zusammengenommen, können uns nicht vorwärts bringen, während mit der Lösung jener einen Frage sie alle mitgelöst sind.

Was aber heißt deutsche Einheit?

Die Antwort ist so einfach!

Deutsche Einheit heißt, daß diese Vierzig-Millionen-Nation unter Gleichberechtigung aller ihrer Stämme und Glieder zu einem freien Volksstaate vereinigt werden soll.

Was aber hat mit einem freien Volksstaate die preußische Spitze zu schaffen?

Und doch ist es gerade diese preußische Spitze, die bei der liberalen Partei in Preußen aus jedem Worte heraustönt.

Das Ministerium Bismarck hat durch seine bis jetzt glückliche äußere Politik die „deutsche Fortschrittspartei“ so in die Enge getrieben, daß sie bei Gelegenheit der schleswig-holsteinischen und Marine-Frage aufs unzweideutigste die Haltlosigkeit ihrer Zwitterposition an den Tag legen mußte.

Machen wir eines uns klar!

Aus den Mitteln des spezifischen Preußentums heraus ein Großpreußen in Deutschland herzustellen, ist ohne Zweifel ein schwieriges Problem, und wir hoffen, daß es niemals gelingen werde. Aber so schwierig solch Streben auch sein mag — an einem inneren Widerspruche leidet es nicht.

An einem inneren Widerspruche aber leidet das Streben, auf liberalem Wege eine preußische Spitze für Deutschland herstellen zu wollen. Denn gerade diejenigen Elemente des bürgerlichen Liberalismus, welche allein einige Kraft besitzen — die reine Demokratie des Bürgertums, insbesondere die republikanische Partei, müßten sich selbst untreu werden, wenn sie nicht durch das ganze Vaterland wie ein Mann sich erhöben gegen den Versuch, die Herrschaft eines Teiles der Nation an Stelle der Einigung der gleichberechtigten Gesamtheit zu setzen.

Ein innerer Widerspruch ist es, auf liberalem Wege eine Sache durchführen zu wollen, gegen welche gerade die Kernelemente des Liberalismus sich erheben müßten.

Ein deutscher Demokrat, mag er in Berlin oder in Wien wohnen, in München oder in Greiz — ein deutscher Demokrat weiß nichts von preußischen und österreichischen, von bayerischen und reuß-greizischen Ansprüchen, er weiß nur von dem Willen der Nation.

Kein Oesterreich, kein Preußen — ein einziges Deutschland! sprach vor Jahrzehnten ein österreichischer Erzherzog, und es war das einzig Vernünftige, was er je im Leben über seine Lippen gebracht.

Der Gothaismus — wir wiederholen es — hat niemals denken können.

Gothaismus aber, elender Gothaismus ist es, was aus all den endlosen Reden dieses preußischen Abgeordnetenhauses heraustönt.

Vergegenwärtigen wir uns die Sachlage!

Es ist dem Ministerium Bismarck geglückt, ein deutsches Territorium von höchster maritimer Wichtigkeit derartig in den tatsächlichen Besitz Preußens zu bringen, daß bei fortdauernder geschickter Politik des Ministeriums, insbesondere wenn dieselbe von einer kräftigen Unterstützung seitens des Abgeordnetenhauses unterstützt wäre, die vollständige Erwerbung jenes Territoriums für Preußen und dadurch der erste Schritt zu einem Großpreußen nicht ausbleiben könnten.

Wir haben wiederholt auseinandergesetzt, warum die radikale, die wahrhaft nationale Partei keinen Grund hat, sich in diese Angelegenheit einzumischen. Wir, die wir die ganze dermalige politische Verfassung Deutschlands von Anfang bis zu Ende verurteilen, wir können uns bei der niederträchtigen Alternative: ob Annexion oder Augustenburgerei, unmöglich für die eine oder andere Seite erwärmen; wir können weder durch die Annexion den Dualismus stärken, noch auch durch die Kleinstaaterei der Erbprinzerei und der Bundeswirtschaft Vorschub leisten wollen. Daß aber überhaupt unter den gegebenen Verhältnissen jene Alternative das einzig Mögliche befaßt, dies beweist mit erschreckender Deutlichkeit die tiefe Erbärmlichkeit unseres politischen Zustandes.

Das preußische Abgeordnetenhaus nun war vermöge seiner Stellung berufen, in der schleswig-holsteinischen Frage ein Votum abzugeben.

Stand das preußische Abgeordnetenhaus auf dem nationalen Standpunkte des deutschen Volkes, so hatte es zu sagen: Wir bewilligen für die Annexion so wenig etwas, wie wir für den Augustenburger einen Pfennig bewilligen würden. Ohne das deutsche Volk haben die Regierungen die Sache begonnen — ohne das deutsche Volk mögen sie sehen, wie sie fertig werden. Deutschland — dafür bürgt der Wille der Nation — Deutschland wird unter keinen Umständen die Herzogtümer wieder verlieren.

Nicht aber war die Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses berechtigt, in demselben Augenblick, wo sie die Gelder für die Politik des Ministeriums verweigerte, von preußischen Ansprüchen auf die Herzogtümer zu fabeln. Diese „Ansprüche“ bestehen in der Phantasie spezifischer Preußen — — nicht aber bestehen solche Flausen vor dem Forum der Nation.

Ansprüche? Woher sollten diese kommen?

Daher etwa, daß Preußen der größte rein deutsche Staat ist?

Dieser Umstand, das Steckenpferd des Gothaismus, beweist ja gerade im Gegenteil, daß Preußen das der Nationaleinheit gefährlichste partikularistische Element ist. Vom Standpunkte der Nation hat Preußen so wenig wie Oesterreich oder Bayern ein Recht auf engern oder weitern Anschluß, auf irgendwelche Beeinflussung irgendwelchen Bundeslandes.

Oder sollen die Ansprüche daher kommen, daß vorzugsweise die preußische Armee die Herzogtümer den Dänen entrissen?

Nicht die Nation hat die preußische Armee nach Schleswig-Holstein gerufen — man hat sie gegen den Willen der Nation dorthin geschickt — sie hat ihre Sache gut gemacht, aber — Vermessenheit wäre es, zu glauben, die Armeen des übrigen Deutschlands wären nicht gleichfalls mit Dänemark fertig geworden.

Vom deutschen Standpunkte aus hat Preußen nichts, gar nichts von den Herzogtümern zu fordern.

Die Fortschrittspartei aber hat durch die gegenteilige Anschauungsweise, die sie, unterstützt von ihrer gesamten Presse, bei Gelegenheit der Marinefrage zutage gefördert, unwiderleglich bewiesen, daß sie eine deutsche Partei nicht ist.

Noch ein anderer Standpunkt nun in dieser Sache ist möglich: der preußische. Dieser Standpunkt kann niemals der unsere sein, aber wir lieben, daß jeder, was er ist, ganz ist.

Will die Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses preußisch sein, so hat sie durch ihre Geldverweigerung einen Hochverrat an der Zukunft des preußischen Staates begangen. Denn für dieses tatsächlich vorhandene historisch gewordene Preußen ist die Frage, ob Schleswig-Holstein dem Staate erworben werde oder nicht, von so dauernder und tiefgehender Wichtigkeit, dabei aber in ihrer Lösung unwiderruflich so sehr vom raschen Ergreifen des richtigen Augenblicks abhängig, daß Unterstützung zu versagen oder gar Hindernisse in den Weg zu legen mit dem Begriff einer preußischen Partei nicht verträglich ist. Die Majorität des Abgeordnetenhauses hat durch ihr Votum, in welchem sie, unter dem lauten Beifall des schwarz-gelben Lagers, diesem wichtigsten und drängendsten preußischen Staatsinteresse andere Erwägungen voransetzte, unwiderleglich bewiesen, daß sie eine preußische Partei nicht ist.

Elender und jämmerlicher aber gibt es nichts auf der weiten Welt, als wenn eine politische Partei zwischen zwei Elementen, die schlechterdings einander ausschließen, zu vermitteln sucht und sich nicht zu dem Entschlusse ermannen kann, den einen Weg zu wandeln oder den andern.

Bismarck und die Seinen stehen fest auf dem Boden preußischer Vergangenheit — wir und die Unsern fußen auf dem Boden deutscher Zukunft — die „deutsche Fortschrittspartei" in Preußen aber, ohne Vergangenheit und ohne Zukunft, steht auf gar keinem Boden.

II.

Der bevorstehende Abgeordnetentag.

17. September 1865.

Der bevorstehende Abgeordnetentag in Frankfurt a. M. wird in kläglichem Schauspiel vor Deutschland und Europa die Wahrheit bloßlegen, daß die deutsche Bourgeoisie zur Lösung der großen nationalen Frage schlechterdings unfähig ist. Machen wir uns in kurzen Zügen klar, worauf diese Unfähigkeit beruht.

Die deutsche Einheit würde ein neues, nur auf den Trümmern des alten mögliches Werk sein.

Wer also ernstlich die deutsche Einheit will, dem muß vor allem klar sein, wo die Grundsäulen der jetzigen Verfassung Deutschlands, wo die Hauptstützen der Erhaltung seiner Zerrissenheit und seiner Ohnmacht zu suchen sind.

Welches sind diese Grundsäulen und diese Hauptstützen?

Doch wohl nicht Bückeburg und Hessen-Homburg, auch nicht Bayern und Sachsen, sondern das Habsburgische Oesterreich und das Hohenzollernsche Preußen.

Gegen diese beiden Mächte in erster Linie also müßte der Kampf sich richten.

Was aber haben statt dem die Wortführer der Bourgeoisie getan? In Oesterreich wollten sie Oesterreich, in Preußen Preußen an die Spitze Deutschlands bringen.

Statt also auf das Aufhören des Gegensatzes von Habsburg-Oesterreich und Hohenzollern-Preußen hinzuarbeiten, haben jene Elenden den auf dynastischen Interessen beruhenden Hauptgegensatz geschärft ins Volk hinabgetragen.

Und warum dies?

Weil diese Halbmenschen nie und auf keinem Gebiete einen Gedanken ganz und voll erfassen können; weil sie, gleichwie sie selbst kraft- und saftlos sind, auch auf die Volkskraft kein Vertrauen haben, daher immer nach einer äußeren Stütze suchen und für unmöglich halten, daß der Geist der Nation im entscheidenden Augenblicke selbst die stärksten Gewalten unter sich beugen könne; weil sie, mit einem Wort, trotz allen Redegeklingels kaiserlich königlich österreichische und königlich preußische Philister mit liberalem Anstrich, nicht aber deutsche Männer sind.

Dies wird sich in kläglichster Weise bei Gelegenheit des bevorstehenden Abgeordnetentages zeigen.

Die Oesterreicher und vielleicht auch die Preußen werden nicht kommen.

Die ersteren freilich haben Anspruch auf mildere Beurteilung; denn sie waren bescheiden, sie haben — in der nationalen Frage — niemals den Mund vollgenommen.

Die preußischen Abgeordneten aber haben das Urteil des Volkes in unerhörter Weise herausgefordert — mit höchster Anmaßung haben sie sich gegenseitig als Vaterlandsretter und Begründer der deutschen Einheit beräuchert. Ja, sie haben die unglaubliche Kühnheit gehabt, förmlich im Namen der deutschen Nation zu sprechen.

Sie werden jetzt, bei Gelegenheit des Abgeordnetentages, sich als jämmerliche preußische Philister erweisen.

Entweder sie werden ausbleiben, oder sie werden sich zu Verfechtern der ganzen oder teilweisen Ansprüche des preußischen Partikularismus machen, somit zur Stärkung des dynastischen Dualismus, des Krebsschadens in Deutschland beitragen.

Mit einem Worte: sonnenklar wird zutage treten, daß die deutsche Bourgeoisie nicht die innere Kraft hat, aus den Banden des Bestehenden sich herauszuringen zu neuer, kräftiger Idee. Es wird sich zeigen, daß es in der maßgebenden Bourgeoisie liberale Oesterreicher, Preußen, Bayern, Sachsen usw., nicht aber deutsche Demokraten gibt.

Daher hat die Bourgeoisie es auch nie dahin gebracht, daß eine ihrer Parteien zugleich in Wien und in Berlin, diesen Hauptmachtschwerpunkten und einzig wirklich großen und entscheidenden Städten Deutschlands, Wurzel fassen konnte.

Dies aber ist offenbare Vorbedingung für einen entscheidenden Erfolg in der deutschen Einheitssache — ohne Wien und Berlin keine nationale Partei in Deutschland!

Uns, der Volkspartei, wird es vorbehalten sein, zu zeigen, daß, wenn es der Bourgeoisie nicht gelang, irgendeine ihrer Parteien zugleich in Wien und Berlin Wurzel fassen zu machen, dies nicht an innerer Unmöglichkeit lag, sondern eine Folge des Umstandes war, daß man es nicht vermochte, von der Begeisterung für das große Vaterland getragen über engherzige dynastische Interessen hinaus zu gelangen.

Es wird eine Zeit kommen, wo die jetzt noch junge deutsche Arbeiterpartei gleichmäßig in Wien und in Berlin ihr stolzes Haupt erheben wird.

Denn nächst dem Ruhme, daß wir an der Spitze der sozialen Bewegung marschieren, ist ja dies unser köstliches Kleinod: daß wir kein Oesterreich und kein Preußen, kein Bayern und kein Hessen-Homburg, daß wir nur ein Deutschland kennen, ein deutsches Volk und eine deutsche Sache. —

III.

Das preußenfeindliche Geschrei der mittel- und kleinstaatlichen Regierungen.

26. September 1865.

Das preußenfeindliche Geschrei der mittel- und kleinstaatlichen Regierungen mit den Aeußerungen des nationalen Strebens in Deutschland zu verwechseln, insbesondere von einem „energischen Vorgehen" dieser Regierungen, einem „engen Aneinanderschluß" derselben und wie die neu erfundenen Hohlheiten alle heißen mögen, etwas für die nationale Sache Deutschlands zu erwarten, ist ein ebenso stupides wie verhängnisvolles Mißverständnis. Es ist dringend nötig, daß auch in dieser Beziehung jeder klar sehe. Wir haben vor kurzem ausgeführt, daß die Hauptfeinde der nationalen Sache nicht in den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten zu suchen sind, als welche sämtlich zu schwach sein würden, einen Ausbruch des nationalen Dranges zu verhindern, sondern daß wir als die entscheidende Stütze unseres nationalen Unglücks und unserer nationalen Ohnmacht das Bestehen der beiden Großmächte, den dynastischen Dualismus zu betrachten haben.

Gegen den preußischen und den österreichischen Partikularismus also — dies steht außer Zweifel — muß der Hauptkampf sich richten.

Wie in aller Welt aber wollte man hieraus folgern, daß dem mittel- oder kleinstaatlichen Partikularismus irgendwelcher Vorschub zu leisten sei?

Nichts macht uns ja lächerlicher vor Europa, nichts fördert ja mehr die Kleinlichkeit und Philiströsität der politischen Anschauung, als dieser künstlich genährte und großgezogene bayrische, württembergische, bückeburgische usw. Patriotismus.

Wenn ein deutscher Mann österreichischen oder preußischen Partikularismus an den Tag legt, so ist dies eine traurige

Versündigung am deutschen Volke und an der Zukunft unseres Vaterlandes.

Wenn aber einer bayrischen, württembergischen, kurhessischen oder bückeburgischen „Patriotismus" an den Tag legt, so ist dies nicht nur eine traurige, sondern überdies noch eine namenlos lächerliche Versündigung an der Nation, eine Karikatur, eine Affenschande.

Möge jeder diesen Sachverhalt sich klärlichst zum Bewußtsein bringen: Der österreichische und der preußische Partikularismus sind die der nationalen Sache gefährlichste, daher unstreitig traurigste Erscheinung in Deutschland; lächerlich aber wird kein billig Denkender solchen Partikularismus nennen.

Der mittel- und kleinstaatliche Partikularismus aber, obzwar weit minder gefährlich, ist eine gänzlich würdelose, eine, man kann sagen politisch kretinenhafte Erscheinung.

Wer sind nun die Träger dieser kretinenhaften, die Nation dem Spott und Gelächter des Auslandes preisgebenden Erscheinung? Wer zieht sie groß und nährt sie geflissentlich in den Kinderschulen, in der Abrichtung der Soldaten und Beamten, in Büchern und Monumenten, in jeglicher Art und um jeden Preis?

Die Regierungen sind es, die Fürsten und ihr nächster Anhang.

Und warum auch nicht? Danken diese ja doch alles, was sie sind, dem elenden Sondergeiste, der unsere große und edle Nation in dreißig Teile spaltet, damit da und dort ein Potentätchen sich aufblähen könne.

Daß diese Potentätchen Zeter und Mordio schreien, wenn ein Großstaat Miene macht, sie zu verschlucken — das freilich ist sehr natürlich. Was aber hat dieses Geschrei des widerlichsten und lächerlichsten Partikularismus mit der großartigen und umfassenden Idee des nationalen Strebens gemein?

Freilich — da kommen die großen „Praktiker", d. h. diejenigen, die auf alles Vertrauen haben, nur nicht auf die Nation und die revolutionäre Kraft des Zeitalters —, da kommen sie und jammern uns vor, daß man sich um reale Gewalten gruppieren müsse, um praktisch etwas wirken zu können.

Ei! Ei! Betrachtet Euch doch die Herren etwas näher, mit denen vereint Ihr die deutsche Sache, das einige und freie Deutschland der Zukunft fördern wollt!

Wer sind die Hauptlärmmacher, die Erz-Hin- und Herreiser, die Haupt-Bundestags-Antragsteller, die Erz-Turner-Gastrollen-Geber?

Es sind Minister aus der Zeit der krassesten und blutigsten Reaktion, Fürstenknechte durch und durch.

Aber wenn es auch nicht so wäre, wenn man auch die liberale Komödie noch weiter triebe — es ist ja alles so gleichgültig, so durchaus einerlei!

Wolle man doch immer und immer wieder sich vor Augen stellen die eine große Wahrheit, die aller Schwindelei, die durch Vermischung der nationalen Sache mit der Sache der vielstaatigen Regierungen getrieben wird, unbarmherzig ein Ende macht — die eine große Wahrheit, daß, wenn es Ernst würde, und irgendwelche Fürsten z. B. endgültig und unwiderruflich zu entscheiden hätten, ob sie zugunsten ihres Volkes oder zugunsten eines großen Fürstenhauses auf ihre volle Souveränität verzichten wollten, diese Fürsten sich lieber winselnd ihrem Kollegen zu Füßen würfen, als unter dem Jubel des Volks durch die Straßen der Hauptstadt zögen.

Soll denn ewig und ewig in Deutschland das unsinnige Vertrauen auf volksfeindliche (hier zudem noch aktionsunfähige) Elemente, niemals aber das Vertrauen auf die selbsteigene Kraft und die unwiderstehliche Gewalt des Zeitgeistes genährt und gefördert werden?

In Fällen, wo hundertfach sich durchkreuzende Interessen, wo eine ganze Reihe realer Gewalten zugunsten einer neuen Idee gebrochen werden müssen, ist nur eines, was zum Ziele führen kann: der bedingungslose Radikalismus.

Den fördere, wer die Volkssache fördern will — und er fördere ihn überall und nach allen Richtungen hin!

IV.
Der gesetzliche Boden.

6. Oktober 1865.

Der „gesetzliche Boden" wird von der liberalen Bourgeoisie als ein Heiligtum behandelt und angepriesen, welches von seiten des Volkes zu verletzen eine schwere Sünde, ein großes Unrecht sei.

Mit nichten!

Was sind Recht und Gesetz?

Recht und Gesetz sind zunächst in einem gegebenen Staate der Inbegriff derjenigen Bestimmungen, welche zur Regelung der Verhältnisse der Einzelnen untereinander sowie der Einzelnen zur Gesamtheit von der Staatsgewalt aufgestellt sind und aufrechterhalten werden.

Das Recht ist also, in seiner tatsächlichen Erscheinung, ein Erzeugnis der Gewalt, wer Gewalt hat, macht das Recht.

Wie wäre es also möglich, daß ein bestehendes Recht, ein irgendwo vorhandener „gesetzlicher Boden" als solche, an und für sich schon, abgesehen von ihrem Inhalt, etwas Verehrungswürdiges wären?

Im Gegenteil! Ein vorhandener „Rechtsboden" kann von der Art sein, daß es die heiligste Pflicht jedes Vaterlandsfreundes ist, im Interesse des Volkes und der Wohlfahrt des Vaterlandes diesen Rechtsboden bei erster Gelegenheit von Grund aus zu zertrümmern. Und dieser Fall liegt immer vor, wo die Gesetze zugunsten einer despotischen Fürstenherrschaft, eines Adelsstandes, irgend einer einzelnen Klasse der Bevölkerung, nicht aber zugunsten des Volkes, zugunsten der Gesamtheit gemacht sind und friedliche Abhilfe unmöglich ist.

Ein „gesetzlicher Boden" kann daher als unverletzliches Heiligtum vernünftigerweise nur dann betrachtet werden, wenn das tatsächlich vorhandene, von der Staatsgewalt aufrecht erhaltene Recht der Hauptsache nach mit dem Rechte im philosophischen Sinne übereinstimmt, d. h. mit demjenigen Rechte, welches die natürlichen Befugnisse jedes einzelnen und die Wohlfahrt der Gesamtheit gleichmäßig zu verwirklichen angelegt ist.

Demgemäß werden wir zu den Unsern niemals mit ehrfurchtsvoller Hochachtung von einem Heilighalten des gesetzlichen Bodens, von der Erhabenheit des gesetzlichen Vorgehens und von dergleichen mehr reden, sondern im Gegenteil darauf aufmerksam machen, daß das bestehende Recht zunächst weiter nichts ist, als der in Form von Gesetzen verkündigte Wille der jeweiligen Machthaber.

Trotzdem fordern wir die Unsern entschieden und nachdrücklichst auf, den gesetzlichen Boden bei der Agitation nicht verlassen zu wollen. Wir halten dies jedoch nicht aus inneren Rechtsgründen, sondern aus Gründen äußerer Zweckmäßigkeit für geboten.

Es gibt, wie schon erwähnt, Zeiten, wo die Volkssache nur dadurch gefördert werden kann, daß man den Rechtsboden verläßt. Allein wir haben es vorerst nicht mit diesen Möglichkeiten, sondern mit der Gegenwart zu tun, und in diesem Betreff läßt sich angesichts der europäischen Gesamtlage mit Sicherheit sagen, daß ein Verlassen des gesetzlichen Bodens derzeit der Volkssache schaden würde.

Darum fordern wir noch einmal dringend und mit äußerstem Nachdrucke die Unsern durch ganz Deutschland auf, in den Versammlungen mit Mäßigung und Ruhe aufzutreten, alle gesetzlichen Vorschriften streng einzuhalten, kurz in keiner Beziehung den Boden des Gesetzes verlassen zu wollen.

Greifen trotzdem die Machthaber zu Gewaltmaßregeln gegen die Sache des Volkes und insbesondere gegen die Sache der unterdrückten, um ihre Rechte kämpfenden Arbeit, so wird dies unserer Bewegung von entschiedenstem Nutzen sein.

Denn das Unerhörte, das grenzenlos Scham- und Gewissenlose eines solchen Vorgehens seitens der Regierungen bestände darin:

Daß sie sogar das bestehende Recht, welches sie selbst geschaffen — daß sie selbst dieses ihr eigenes, von ihnen selbst gemachtes Recht durch reine Gewalttat mit Füßen treten würden. —

V.

Armes Preußen!

12. Oktober 1865.

Du warst groß in der Geschichte Europas, du durftest kühne Pläne haben, als das Schwert des Heldenkönigs deine Schlachten focht, als der Philosoph von Sanssouci auf deinem Throne saß!

Damals, Preußen, brauchtest du Frankreichs Heere nicht zu fürchten — Roßbach weiß davon.

Und noch einmal, Preußen, warst du groß in der Geschichte Europas. Es war damals, als begeistert deine Freiheitskämpfer hinauszogen.

Auch damals, Preußen, brauchtest du Frankreichs Heere nicht zu fürchten — Waterloo weiß davon.

Ach, das war damals, damals.

Und nun kommt auf einmal die böse Welt und will behaupten, du habest wiederum große Pläne und wollest wiederum europäische Geschichte machen!

Wirklich? Und was glaubt sie weiter, diese böse Welt?

Glaubt sie, du wollest es darauf wagen, ob ein Roßbach und Waterloo oder ob ein Jena komme?

Jena! Jena! War es nicht dort, wo das stolze Frankreich deine übermutigen Junker spielend in den Staub trat?

Ja! Ja! Dort war es — und jetzt käme die böse Welt und glaubte, du wollest ein neues Jena wagen?

Ach nein! Das glaubt sie nicht! Das wäre ja so boshaft nicht!

Diese böse, garstige Welt meint, du nähmest dein Jena im voraus für gewiß und eiltest, deiner großen Pläne voll, fürsichtiglich gen Paris, dir um den Kaufpreis deutschen Landes die Gunst von Frankreichs Herrscher zu erkaufen!

Armes Preußen!

VI.

Realpolitik.

1. November 1865.

Realpolitik! — Dieses verhängnisvolle Wort ist wieder gefallen — zu Frankfurt a. M. — auf der Generalversammlung des Nationalvereins — im Kreise der Erzoberrealpolitiker!

Merkwürdige Sache, diese „Realpolitik“! Was will sie? Worauf läuft sie hinaus?

Diese „Realpolitiker“, welche man nur in den Kreisen der schwachköpfigen und mattherzigen Bourgeoisie findet, sind der Ansicht, daß ein großes, revolutionäres Werk, eine in alle bestehenden Verhältnisse so tief einschneidende Neubildung wie die Herstellung der deutschen Einheit, nur durch Zuhilfenahme einer schon bestehenden Macht möglich sei.

Warum sind diese „Realpolitiker“ solcher Ansicht?

Weil sie, ihre innere Halt-, Kraft- und Saftlosigkeit deutlich fühlend, von sich aufs Volk schließen, dieses für ebenso impotent halten, wie sie selbst es sind, und daher um jeden Preis an irgend etwas, die einen an Preußen, die anderen an die Mittelstaaten, die dritten an den Bundestag, ja zuweilen ab-

wechselnd an dies oder jenes, an alles nur Vorhandene, sich „anlehnen" müssen.

Wie sieht es aber mit solchen Anlehnungen von Bestrebungen, welche etwas neues herstellen wollen, an bestehende reale Gewalten in Wirklichkeit aus?

Reale Gewalten haben — weil und insofern sie ebensolche sind — materielle Hilfsmittel, sowie auch, da sie äußere Vorteile bieten können, geistige Kapazitäten und endlich einen ganzen Inbegriff einheitlich geleiteter Kräfte zur Verfügung. Wenn sich nun öffentliche Bestrebungen, welche dieser Vorteile entweder gänzlich entbehren oder sie in weit geringerem Maße besitzen, an eine solche reale Macht anlehnen, so wird diese letztere, da sie jedenfalls auch ihrerseits irgendwelche öffentlichen Zwecke verfolgt, und wären es auch nur die der Selbsterhaltung, das von der anderen Seite beabsichtigte Verhältnis umzukehren suchen, d. h. sie wird dahin wirken, statt ihre Kräfte und Mittel jener fremden Bestrebung dienstbar werden zu lassen, vielmehr die Kräfte und Mittel dieser letzteren in ihr Interesse zu ziehen. Und da sie eben vermöge ihres konsolidierten Besitzstandes das Uebergewicht in der Wagschale der Kräfte hat, da sie das Ausgebildete und Feste im Gegensatz zu einem sich Bildenden und noch Beweglichen darstellt, so wird sie auch in der Regel und aller menschlichen Voraussicht nach wirklich zu diesem Ziele gelangen. Demnach werden alsdann die Elemente, aus denen die fragliche, sich anlehnende öffentliche Bestrebung besteht, zuletzt tatsächlich, der inneren dynamischen Wirkung, wenn auch nicht der Form und dem äußeren Anschein nach, als unterstützender Anhang der betreffenden realen Macht tätig sein.

Sagen wir es kurz:

Die vermeintlichen „Realpolitiker" in ihrer Weisheit halten sich selbst für Schlauköpfe, die Leiter der bestehenden Gewalten für Esel.

Hintennach aber stellt sich jedesmal heraus, daß die Leiter der bestehenden Gewalten die Schlauköpfe waren, die vermeintlichen Realpolitiker hingegen die Esel.

Da aber jene „Realpolitik" dem Mangel an durchschlagendem Mut, dem Gefühl der Ohnmacht, dem Gebundensein an kleine Interessen und kleine Rücksichten entstammt, kurz, als naturgemäßer Ausfluß der politischen Mut- und Kraftlosigkeit erscheint, welche den Bourgeois wesentlich ist, so kommt diese

Realpolitik allen Enttäuschungen zum Trotz unverwüstlich immer wieder zum Vorschein.

Den Ereignissen machtlos gegenüberstehen, vor jeder vollendeten Tatsache sich beugen, ohne innere Widerstandskraft sich dem Gange der Dinge fügen, dabei fortwährend viel von Staatsweisheit und Berücksichtigung der realen Verhältnisse reden — das ist die beliebte „Realpolitik" der impotenten Bourgeoisie.

In Sachen der deutschen Einheit hat diese „Realpolitik" unter anderem auch zu einem tiefgehenden Zwiespalt zwischen Nord und Süd geführt. Die „Einigkeit" in Frankfurt war offenbar nur Schein; denn der Süden war vorher schon überwiegend aus dem Verein ausgetreten, und unter den Uebriggebliebenen besteht die Einheit nur noch in einer künstlich gewundenen Phrase, zu deren Vereinbarung man noch dazu eine ganze Nacht gebraucht zu haben scheint. Tut aber alles nichts — die „Realpolitik" wird fortgesetzt! Die „preußische Spitze" bleibt und der Graf von Bismarck kann hinfüro den an „Preußen" sich „anlehnenden" Nationalverein zu seinen Hilfsmitteln zählen.

Dies das Ergebnis von Frankfurt! —

Anmerkungen.

Wie Lassalle und Schweitzer vorausgesehen hatten und wie für Leute mit offenen Augen unschwer vorauszusehen war, trieb die schleswig-holsteinische Frage zu einem Konflikt zwischen Oesterreich und Preußen, die sich im gemeinsamen Besitze der Elbherzogtümer befanden. Die preußische Regierung arbeitete immer unverhüllter auf die Annexion hin, während die österreichische Regierung, unterstützt durch die Mittel- und Kleinstaaten, den Erbprinzen von Augustenburg auf irgendwelche vermoderten Pergamente hin als souveränen Herzog von Schleswig-Holstein einsetzen wollte.

Gegenüber dieser Lage der Dinge wußte das preußische Abgeordnetenhaus keine feste Position zu gewinnen. In seiner Session von 1865, die vom Januar bis Juni währte, brachte Bismarck eine Marinevorlage ein, die die Kosten für die Befestigung des Kieler Hafens und für den Bau einiger Kriegsschiffe forderte. Das Abgeordnetenhaus versagte diese Kosten, wagte aber nicht gleichzeitig der Annexionspolitik Bismarcks die Forderung einer nationalen Politik entgegenzusetzen. Es schaltete

sich selbst aus der Entwickelung der Dinge aus. Während Bismarck seine Karten immer offener aufdeckte, erhob ein fortschrittlicher Redner die schmerzliche Klage, der reaktionäre Minister rede zuviel, ziele zu lange, handle zu wenig und schieße zu spät. Ein Pfeil, der mit unwiderstehlicher Gewalt auf die Brust des Schützen zurückprallte.

Mit Recht geißelte Schweitzer die fortschrittliche Politik als weder deutsch noch preußisch. Er klagte sie, als das Abgeordnetenhaus im Juni nach Hause geschickt wurde, des Gothaismus an. Das heißt: jenes elenden Verrats, den einst die Kaiserpartei des Frankfurter Parlaments begangen hatte, indem sie, als kaum ihr Schwur auf die von ihr beschlossene Reichsverfassung in die Lüfte verhallt war, auf einer Versammlung in Gotha eben diese Verfassung den preußischen Bajonetten opferte. An seinem Teile vertrat Schweitzer den großdeutsch-revolutionären Standpunkt, der die „niederträchtige Alternative": Annexion oder Augustenburgerei gleichmäßig verwarf. Konnte sich die Fortschrittspartei dazu nicht aufschwingen, so hätte sie von ihrem Standpunkt aus immer noch klüger getan, die großpreußisch-reaktionäre Politik Bismarcks zu unterstützen, statt überhaupt nichts zu wollen. Bismarck hatte deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er zu manchen Zugeständnissen an die bürgerliche Opposition bereit sein würde, wenn sie seine Annexionspolitik unterstütze.

Die drohende Kriegsgefahr wurde dann noch einmal beschworen durch den Vertrag von Gastein, der im Juli die schleswig-holsteinische Frage so regelte, daß Preußen die Verwaltung Schleswigs und Oesterreich die Verwaltung Holsteins übernahm. Jedermann wußte, daß es sich nur um ein Provisorium handle, aber die bürgerliche Opposition wußte die Galgenfrist nicht auszunutzen, die ihr gewährt wurde. Statt sich zu sammeln, wurde sie immer zerfahrener. Der Abgeordnetentag, der am 1. Oktober in Frankfurt zusammentrat, nahm genau den kläglichen Verlauf, den Schweitzer am 17. September vorausgesagt hatte. Unter den 272 Mitgliedern war nur ein österreichischer und waren nur acht preußische Abgeordnete. Uebertroffen wurde Schweitzers Vorhersage nur insofern, als sich sein Entweder — Oder in ein Sowohl — als auch entpuppte. Die preußischen Abgeordneten blieben nicht nur aus, sondern eines dieser erleuchteten Häupter erklärte in seinem Absageschreiben, es zöge jede Alternative einer Niederlage der preußischen Politik vor.

Mit der „Triäselei", die nun auf dem Frankfurter Abgeordnetentage das große Wort führte, mit den Triasidee, die auf die Mittel- und Kleinstaaten als dritte deutsche Macht gegenüber Oesterreich und Preußen rechnete, hatte Schweitzer ebenfalls schon im voraus abgerechnet, indem er nachwies, daß

hinter dem preußenfeindlichen Geschrei der mittel- und kleinstaatlichen Regierungen nichts stecke, als das komödiantenhafte Gebaren feiler Fürstenknechte. Deshalb glossierte er nicht minder scharf, in einem auch durch großen Druck ausgezeichneten Artikel, die Fahrt Bismarcks an den Hof Bonapartes, um dessen gnädigste Zustimmung zur preußischen Annexionspolitik einzuholen, und die famose „Realpolitik", die den Nationalverein eben wieder zu einer Kundgebung für die preußische Spitze veranlaßt hatte.

In aller Zerfahrenheit der bürgerlichen Parteien tauchten dann gelegentlich Vorschläge auf, die ans Tollhaus erinnerten. So verlangte eine schwäbische Volksversammlung, der Frankfurter Abgeordnetentag solle sich als revolutionäres Vorparlament konstituieren. Demgegenüber wies Schweitzer darauf hin, daß der „gesetzliche Boden" zwar nur eine Phrase sei, ersonnen, um die Interessen der herrschenden Klassen zu schützen, aber daß ein Verlassen dieses Bodens zurzeit, angesichts der europäischen Gesamtlage, der Arbeiterklasse schaden würde.

Sechstes Kapitel.

Bürgerliche und soziale Demokratie.

Die sozialdemokratische Partei und die „deutsche Volkspartei“.

1.

25. März 1866.

Die Selbständigkeit der deutschen sozialdemokratischen oder Arbeiterpartei ist ein zum endlichen Sieg der Arbeitersache so unumgängliches Erfordernis, daß man dasselbe nicht oft genug betonen, nicht oft genug den Arbeitern die Warnung ins Gedächtnis rufen kann, sich durch keinerlei Lockung und Fallstrick — sei es von dieser oder jener Partei — von dem ihnen klar und deutlich vorgezeichneten Pfade ab auf falsche Bahnen treiben zu lassen.

Angesichts der in jüngster Zeit hier und dort wieder mehrfach zutage getretenen Bestrebungen, die Arbeiter „hinter sich“ zu bekommen, mag solche Warnung wohl am Platze sein.

Damit wir aber nicht in den Verdacht der Gespensterseherei kommen, müssen wir vor allem anderen die Erscheinungen bezeichnen, deren wir soeben Erwähnung getan.

Man wird sich erinnern, daß im Herbste des verflossenen Jahres ein Teil der bürgerlichen Demokratie in Süd- und Mitteldeutschland sich unter dem Namen einer „deutschen Volkspartei“ rekonstruiert hat, um dem unter allen möglichen und unmöglichen Masken versteckten Gothaertum wieder als selbständige demokratische Partei gegenüberzustehen.

Ebenso wird man sich erinnern, daß einzelne Mitglieder dieser Partei den Versuch gemacht haben, den sehr unbestimmten Satz: „Verbesserung der Lage der arbeitenden und

armen Klassen durch soziale Reformen" in das Parteiprogramm aufzunehmen, sowie daß diese Versuche nur sehr unvollkommen gelangen, wovon später noch die Rede sein soll.

Auch kann als bekannt angenommen werden, daß ein Teil der Männer dieser Partei bis auf den heutigen Tag seine Bemühungen fortgesetzt hat, die Arbeiter an sich heranzuziehen, eine Vereinigung derselben mit der „deutschen Volkspartei" zustande zu bringen.

Daß das — wie wir nicht anders annehmen wollen — durchaus ehrlich gemeinte Bestreben dieser Männer schon vom Entstehen der Partei dahin ging, ein Aufgehen der sozialdemokratischen in dieser neuen „Volkspartei" herbeizuführen, ersehen wir aus ihrem erklärten Parteiorgane, dem Mannheimer Deutschen Wochenblatt, welches zu Ende September des verflossenen Jahres in einem Bericht über die erste Darmstädter Demokraten-Versammlung schrieb:

> Mit einer Stimme Mehrheit wurde ein Programm beschlossen, und damit zwar eine sehr belehrende Debatte, welche zu gegenseitiger Verständigung wesentlich beitragen wird, hervorgerufen, aber auch Betonung der Punkte, in denen die Meinungen abweichen. Der eine betraf den von Büchner und Eckardt beantragten Satz: „Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klassen durch soziale Reformen". Wir wollen durch die Aufnahme dieses Zieles der Partei eine Verschmelzung mit der sozialen Demokratie des deutschen Nordens anbahnen und derselben die Gewähr bieten, daß sie nicht zu einseitig politischen Bestrebungen aufgerufen werde.

Das ist doch klar und deutlich gesprochen, wenn auch nicht ganz richtig, da kein Grund vorliegt, von einer „sozialen Demokratie des deutschen Nordens" und von einer „Gewähr" gegen den „Aufruf zu einseitigen politischen Bestrebungen" zu reden, wir vielmehr jede erforderliche Gewähr in uns selbst tragen.

Ganz besonders aber ist in neuester Zeit und hauptsächlich in Sachsen die Agitation zu dem genannten Zwecke tätig gewesen, wo man — und dies mit vollem Rechte — in bestimmten politischen Fragen Hand in Hand ging und in Volks- und Vereinsversammlungen sich darüber aussprach.

Auch in der Tagespresse war, selbstverständlich mit den herkömmlichen Entstellungen und Verdrehungen, vielfach davon die Rede, sowie wir nun auch in einer Flugschrift derselben Idee zu begegnen glauben, in der vorgestern von uns

empfohlenen und mit Recht zu empfehlenden Broschüre von Otto Walster nämlich: Ein Ostergruß an die deutschen Arbeiter.

Wir finden da folgende Stelle:

> Die Gründung von Genossenschaften mit Hilfe des Staatskredits ist Eure Lebensfrage, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht der nächste dazu führende politische Weg, und seht, schon ist, von anderem Standpunkte ausgehend, die deutsche Volkspartei die einzige mit der Ihr gehen könnt und sollt, zu demselben Resultate gekommen und hat das allgemeine Wahlrecht auf ihre Banner geschrieben.

Wenn wir nun heute Veranlassung zu haben glauben, uns über die Frage auszusprechen ob ein Hand in Hand gehen mit der deutschen Volkspartei in der Art ratsam wäre, daß es den Anschein gewinnen könnte, als sei eine Verschmelzung der beiden Parteien wünschenswert, beabsichtigt oder überhaupt möglich, so geschieht dies nicht, weil wir etwa Ursache hätten, zu vermuten, unsere Parteigenossen seien über ihre jener Tendenz gegenüber einzunehmende Stellung im unklaren, es geschieht vielmehr nur um beizeiten Mißverständnissen vorzubeugen, welche der Schein der Situation bei anderen Parteien hervorrufen möchte, und um auf die Tragweite aufmerksam zu machen, welche derartige Mißverständnisse zur Folge haben könnten.

Betrachten wir zu diesem Zwecke zunächst die der Arbeiterpartei naturgemäß vorgeschriebene Parteistellung.

Lassalle, dem wir außer seinen wissenschaftlichen Leistungen auch die Wiederbelebung und Neugründung der deutschen Arbeiterpartei verdanken, spricht sich darüber an verschiedenen Stellen seiner Agitationsschriften unmißverständlich klar aus. So in seinem „Antwortschreiben“, wo er sagt:

> Der Arbeiterstand muß sich als selbständige, politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands — dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hierfür mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein.
>
> Es erhellt von selbst, wie diese Arbeiterpartei sich zu der deutschen Fortschrittspartei zu verhalten hat.

Sich überall als eine selbständige und durchaus von ihr getrennte Partei zu fühlen und zu konstituieren, gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist, ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, so oft sie sich von demselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt ist, — das muß die einfache Taktik der deutschen Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei sein.

Daß Lassalle, wenn er hier von einer „Fortschrittspartei" schlechtweg spricht (und er bezeichnet am Eingange des Satzes ausdrücklich die „deutsche Fortschrittspartei"), darunter jedwede liberale, mehr oder minder demokratische bürgerliche Partei versteht, bedarf keiner weiteren Beweisführung.

Wir zitieren jedoch zu allem Ueberfluß noch seine eigenen Worte, enthalten in einer seiner Reden, wo er die Gründe für sein sozial-politisches Auftreten aufzählt und die Haltlosigkeit des ihm gemachten Vorwurfs widerlegt, durch dasselbe indirekt die Reaktion zu unterstützen. Er sagt nämlich:

Weil es also vor allem nottut, erst eine demokratische Partei zu bilden, dies aber heut — und das ist die Bedeutung der geschichtlichen Fortentwicklung seit 1848 — bloß auf Grund der sozialen Idee gebildet werden kann. Die Arbeiterklasse — das ist die Bedeutung der heutigen Lage — die Arbeiterklasse soll die hohe geschichtliche Ehre haben, daß sich unter ihrer Fahne die neue Demokratie bildet. Eine andere Demokratie ist geschichtlich nicht mehr möglich.

Das heißt doch: eine sozialdemokratische Partei mit einem scharf formulierten politischen und sozialen Programm, nicht aber eine Partei, welche die verschiedensten Elemente der Bourgeoisie umfaßt, über ihr soziales Programm einen geheimnisvollen Schleier breitet, und, um nur nicht die liebe Partei auseinanderzusprengen, gezwungen ist, diesen Teil des Parteiprogramms wie eine Privatliebhaberei einzelner Mitglieder zu behandeln und vor den anderen damit möglichst hinter den Berg zu halten.

So — Lassalle.

Aber sehen wir uns noch nach anderen Sozialdemokraten um, deren Namen guten Klang haben bei denen, die mit der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung vertraut sind.

Karl Marx in seinem „Manifest der kommunistischen Partei“ führt aus, daß die Arbeiterpartei mit der Bourgeoisie zwar gemeinsam gegen alle feudalen und reaktionären Elemente zu kämpfen habe, aber — so fährt er fort:

> sie unterläßt keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als eben so viele Waffen gegen die Bourgeosie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeosie selbst beginnt.

Daß dieses aber nur einer völlig selbständig organisierten Arbeiterpartei möglich ist, wird auch dem Einfältigsten nicht zweifelhaft sein.

Sehr unzweideutig spricht sich über die Notwendigkeit einer völlig selbständigen Stellung und Organisation der Arbeiterpartei Friedrich Engels in seiner Broschüre über „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ aus, wo er nach gegebener Klarstellung der Aufgabe der Arbeiterpartei, die Bourgeoisie in ihrem wirklichen Kampfe gegen reaktionäre Elemente zu unterstützen, fortfährt:

> Es versteht sich von selbst, daß in allen diesen Fällen die Arbeiterpartei nicht als der bloße Schwanz der Bourgeoisie, sondern als eine durchaus von ihr unterschiedene, selbständige Partei auftreten wird. Sie wird der Bourgeoisie bei jeder Gelegenheit ins Gedächtnis rufen, daß die Klasseninteressen der Arbeiter denen der Kapitalisten direkt entgegengesetzt, und daß die Arbeiter sich dessen bewußt sind. Sie wird ihre eigene Organisation gegenüber der Parteiorganisation der Bourgeoisie festhalten und fortbilden, und mit der letzteren nur unterhandeln wie eine Macht mit der anderen. Nur auf diese Weise wird sie sich eine achtunggebietende Stellung sichern, die einzelnen Arbeiter über ihre Klasseninteressen aufklären, und bei dem nächsten revolutionären Sturm — und diese Stürme sind ja jetzt von so regelmäßiger Wiederkehr, wie die Handelskrisen und Aequinoctial-Stürme — zum Handeln bereit sein.

Endlich gestatte man uns noch, hier zu wiederholen, wie wir uns über diesen Punkt in unserer Nummer 19 des 1. Jahrganges geäußert haben. (Hier folgt ein Abdruck des Artikels:

die deutsche Sozialdemokratie, der bereits im dritten Kapitel mitgeteilt worden ist.)

Es ist dies die von Lassalle der deutschen Arbeiterpartei vorgezeichnete Taktik, und es ist kein Grund vorhanden, von dieser Selbständigkeit nur um eines Haares Breite abzulassen.

Und nunmehr kommen wir erst zur eigentlichen Untersuchung: wie wir uns demgemäß der „deutschen Volkspartei" gegenüber zu verhalten haben.

2.

1. April 1866.

Wir haben, im vorhergehenden Artikel, die zurzeit hervorragendsten deutschen Vertreter der sozialdemokratischen Richtung, bezüglich ihrer Ansichten über die Stellung der Arbeiterpartei zu den übrigen Parteien, darin übereinstimmend gefunden, daß sie der sozialdemokratischen Partei eine vollkommen selbständige Haltung und Parteiorganisation anweisen und als deren Aufgabe betrachten, daß sie die Bourgeosie, die bürgerliche Demokratie, in ihrem Kampfe gegen alle reaktionären Elemente kräftig überall da unterstütze, wo die Interessen gemeinsame sind, daneben aber „keinen Augenblick unterlasse, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten", und mit der bürgerlichen Demokratie „nur zu unterhandeln wie eine Macht mit der anderen".

Daraus ergibt sich die zweifellos logische Folgerung, daß die Arbeiterpartei mit einer ihr im Grunde feindlich gegenüberstehenden Partei, behufs Erreichung eines zunächst anzustrebenden Zieles, zwar ein Bündnis schließen, nie und nimmer aber eine wenn auch nur zeitweise vollständige Vereinigung mit irgendeiner Partei eingehen könne, welche Elemente in sich begreift die, vom Klasseninteresse beherrscht, naturgemäß danach streben müßten und zu streben vermöchten, der Arbeiterpartei die Erreichung ihres Endzieles in gefahrdrohender Weise zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Soweit, glauben wir, herrscht unter den Vertretern der Sozialdemokratie nur einerlei Meinung.

Dagegen gehen die Ansichten in dem Punkte auseinander, wo es sich um die Frage handelt, ob das Endziel der sozialdemokratischen Partei sicherer oder überhaupt nur erreicht werden

könne dadurch: daß man der Bourgeoisie selbst zur Herrschaft verhelfe und die sozialen Jammerzustände, wie sie heute sind, sich in ihre äußersten Konsequenzen entwickeln lasse, oder ob eine Umgestaltung der sozialen Verhältnisse in unserem Sinne vielmehr nur gesichert oder möglich sei dadurch: daß man die Herrschaft jener Klasse zu verhindern und eine allmähliche Aenderung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft herbeizuführen suche.

Lassalle hat bekanntlich die zuletzt genannte Richtung verfolgt und der deutschen Arbeiterwelt empfohlen, die ihr auch, soweit in Deutschland von sozialdemokratischen Arbeitern gesprochen werden kann, bis zum heutigen Tage gefolgt ist und — voraussichtlich — auch ferner folgen wird.

Wie fast alles in der Welt, haben beide Richtungen ihr Für und Wider.

Dies näher zu beleuchten, kann jedoch für heute nicht unsere Aufgabe sein.

Nur soviel möchten wir hier bemerken, daß es schwer sein dürfte, zu beweisen, daß nur der eine oder der andere dieser beiden Wege zum Ziele führen könne, oder welcher derselben der sicherere oder kürzere sei.

An uns ist es gegenwärtig, mit Ernst und Ausdauer auf der einmal betretenen Bahn mutig fortzuschreiten und wenigstens den Versuch zu machen, ob eine Anbahnung der Lösung des sozialen Problems auf friedlichem Wege möglich ist.

Von dem Gange der politischen Ereignisse aber und von der Haltung der übrigen Parteien und der Staatsgewalten wird es abhängen, ob sich dieser Weg auf die Dauer empfiehlt und in welcher der beiden genannten Richtungen die deutsche sozialdemokratische Partei fernerhin ihr Streben wird betätigen müssen.

Und nunmehr zur Sache, die uns heute beschäftigen soll, zur Prüfung der Frage nämlich, ob die genannte „deutsche Volkspartei“ in Wahrheit eine solche ist, welche eine Verschmelzung der Arbeiterpartei mit derselben möglich und wünschenswert macht?

Offenbar würde, nach der übereinstimmenden Meinung aller Vertreter der Sozialdemokratie, eine solche Verschmelzung nur dann wünschenswert und möglich für die Arbeiterpartei sein, wenn jene Partei genau dieselben Ziele verfolgte, wie sie selbst, wenn sie also eine sozialdemokratische wäre.

Wir haben es daher mit der Frage zu tun, ob die sog. „deutsche Volkspartei" eine sozialdemokratische Partei ist?

Nach allem, was seit ihrem Entstehen bis auf den heutigen Tag von ihr bekannt worden ist, müssen wir diese Frage entschieden verneinen.

Die „deutsche Volkspartei" ist vielmehr eine bürgerlich-demokratische Partei, die einige mehr oder minder zweifelhafte und unentschiedene Sozialdemokraten zu ihren Mitgliedern zählt.

Völlig abgesehen von ihrem politischen Programm, welches ist die Geschichte ihres sozialen Programms?

Soweit wenigstens als es uns möglich war, uns in diesen Mysterien zu orientieren, ist sie in Kürze folgende:

Gründungstag der Partei zu Darmstadt: Es bleibt unentschieden, ob und inwieweit Büchners und Eckardts Antrag: „Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klassen durch soziale Reformen" ins Programm aufzunehmen, dem Parteiprogramm einverleibt ist. (September 1865.)

L. Eckardt entwirft abermals ein Parteiprogramm, dessen Artikel 6 lautet wie folgt: „Wir begrüßen das Entstehen von Produktiv-Assoziationen als den Weg der Selbstbefreiung des Arbeiters und anerkennen es als eine Pflicht des Staates, für die verwahrloste Jugend, wie für die Invaliden der Arbeit einzutreten". (S. Deutsches Wochenblatt 1865, Nr. 52).

Nächster Parteitag zu Bamberg. Man einigt sich über folgendes Programm: 1. Wir anerkennen das Recht der Selbstbestimmung. 2. Wir fordern die Selbstregierung des Volkes. 3. Wir wollen nur eine, auf dem Wege der Freiheit errungene nationale Einheit. (Januar 1866.)

Vergebens sucht man darin nach einer Spur von dem „Weg der Selbstbefreiung des Arbeiters" und von der „Pflicht des Staates, für die Invaliden der Arbeit usw. zu sorgen", vergebens —

Halb zog sie ihn, halb sank er hin,
Und ward nicht mehr gesehn! —

und so ist es nicht mehr und nicht weniger als eine traurige Wahrheit, was im Februar d. J. ein Arbeiter vom Mittelrhein dem Genfer Arbeiterorgan „Der Vorbote" schrieb, daß man es nämlich „den Schlauköpfen gleich anmerkt, daß sie mit der Arbeiterklasse nur insoweit liebäugeln wollen, als sie es mit der Demokratie par excellence nicht verderben".

So beschaffen ist die „deutsche Volkspartei", eine, gegenüber der „deutschen Fortschrittspartei" und der „großen liberalen Partei" vergleichsweise freilich in hohem Grade erfreuliche Erscheinung, und von uns als diejenige Partei zu betrachten, welche uns am nächsten steht, mit der wir die meisten Berührungspunkte haben, und die wir daher auch in gemeinsamen politischen Fragen am kräftigsten unterstützen müssen.

Aber nicht minder schroff als andere Parteien steht sie uns in der Hauptsache gegenüber und wir dürfen uns von der besseren Einsicht und dem guten Willen einzelner nicht verblenden lassen, die, wenn es ihnen, woran wir nicht zweifeln, ernst ist mit ihrer Ueberzeugung, gar nicht in die Reihen jener „Patent-Demokraten" gehören und es auch sicherlich dort nicht lange aushalten werden.

Mögen sie bald diese Einsicht gewinnen und sich entschließen, für die Arbeitersache da zu kämpfen, wo allein ein ganzes und volles Wirken möglich ist, in unserer Mitte, unter dem vollentfalteten Banner der Sozialdemokratie.

Wir werden sie freudig willkommen heißen.

In gewissen Dingen gibt es keine Kompromisse; zwischen Feuer und Wasser ist keine Vereinigung möglich.

Die Arbeiterpartei darf keinen Augenblick ihre volle Selbständigkeit aufgeben; sie darf dies um so weniger, als es gerade ihre Aufgabe ist, denjenigen Elementen ihrer Brüder, die noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt sind, wie eine flammende Heersäule voranzuschreiten und ihnen ein Leuchtturm zu sein im Sturm der politischen Kämpfe und im Intrigenspiel der selbstsüchtigen Parteien.

Dann aber kann sie der Erfüllung unserer Versicherung gewiß sein: daß ihre Grundsätze Fleisch und Blut sein werden im Leben der Nation, wenn der eherne Gang der Weltgeschichte längst in den Staub getreten, was jetzt sich aufbläht.

Anmerkungen.

In dem jammervollen Verfall der bürgerlichen Parteien hatte sich auch ein Versuch geltend gemacht, eine bürgerliche Demokratie zu reorganisieren. Der Versuch ging von einigen ehrlichen Demokraten aus, wurde aber von vornherein dadurch verpfuscht, daß sich ihnen Frankfurter Winkelrepublikaner, augustenburgische und

welfische Partikularisten und allerlei sonstige verdächtige Elemente zugesellten. Schon auf ihrer konstituierenden Zusammenkunft, die im September 1865 in Darmstadt stattfand, zeigte sich, daß sich die neue Partei über die beiden brennenden Fragen des Tages, das nationale und das soziale Problem, nicht einigen konnte. Sie entschloß sich schließlich für eine „Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten", als Keim der deutschen Einheit und Freiheit, nicht im Sinne der „Triasidee", die sie zu verabscheuen behauptete, sondern als ein letztes Angebot des Volkes an seine Fürsten.

Diese unklare, um nicht zu sagen unsinnige Idee erklärt sich daraus, daß die „Deutsche Volkspartei" sich tatsächlich aus der bürgerlichen Demokratie der Mittel- und Kleinstaaten rekrutierte. Sie war ein richtiges Produkt des Kantönligeistes, wie er sich namentlich in den süddeutschen Mittelstaaten entwickelt hatte. Die Republik mit dem Großherzog auf nationalem Gebiete, und auf sozialem Gebiete ein gemütliches Wohlwollen für die armen Teufel, die nichts zu brechen und zu beißen hatten. Erklärt sich dieses Programm aus der sozialen Struktur der süddeutschen Mittelstaaten, wo der kleinbürgerliche Schoppenstecher das große Wort führte, so nahm die „Deutsche Volkspartei" allerdings ein ganz anderes Gesicht an im Königreich Sachsen, dem norddeutschen Mittelstaat, der sich bereits auf einer hohen Stufe der industriellen Entwickelung befand. Hier bestand die neue Partei wesentlich aus Arbeitern, denen die kapitalistische Ausbeutung längst jede gemütliche Auffassung der politischen und sozialen Klassengegensätze abgewöhnt hatte.

Dieser sächsische Zweig der neuen Partei veranlaßte Schweitzer, wie er selbst andeutete, in erster Reihe, seine Stellung zu ihr zu nehmen. Die beiden Artikel enthielten den Keim langwieriger Kämpfe, doch hat Schweitzer stets an der Auffassung festgehalten, die er in ihnen niedergelegt hatte, und es läßt sich nicht bestreiten, daß er sich dabei in vollem Einklang befand sowohl mit Marx, Engels und Lassalle, als mit der heutigen Taktik der deutschen Sozialdemokratie. Ein Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie für gemeinsame Ziele hat er nie bekämpft oder auch nur verschmäht, aber er hat stets mit äußerster Energie darüber gewacht, den Klassenkampfcharakter der Partei rein und ungetrübt zu erhalten

---

Siebentes Kapitel.

Vor dem Kriege.

I.

Die deutschen Arbeiter und das neueste Großpreußentum.

6. Mai 1866.

Die deutschen Arbeiter und das neueste Großpreußentum bilden den Gegenstand eines, „Die Arbeiter" überschriebenen Leitartikels des halboffiziösen Berliner Publicist.

Der Artikel, ein seltsames Gemisch von wahren und unwahren Behauptungen, von richtiger und verkehrter Auffassung, von Tatsachen und Erfindungen, veranlaßt uns, in Kürze unsere Ansichten über die Stellung auszusprechen, welche die Arbeiterpartei gegenüber der neupreußischen Großmachtspolitik einzunehmen hat und unserer Ansicht zufolge wirklich einnimmt.

Wir lassen zu diesem Behufe erst den Artikel des Publicist hier folgen, welcher schreibt:

> Die Arbeiter haben zu der Wahlrechtsfrage und zu der deutschen Frage bekanntlich bereits eine andere Position genommen, als die Führer der Fortschrittspartei, teils stehen sie im Begriff, es noch zu tun.
>
> Die Lassalleaner, die Staatshilfe wollen, und die Schulzeaner, die ihre Sache auf Selbsthilfe stellen, stimmen darin überein, daß sie nicht bloß das allgemeine, gleiche Wahlrecht, sondern auch direkte Wahl fordern, weil, wie sie gleichmäßig erklären, beides die erste Bedingung sei, um die Interessen der Arbeiter und den Willen der Arbeiter staatlich zur Geltung zu bringen.
>
> Die Führerschaft der Fortschrittspartei kann sich zwar natürlich gegen die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts nicht sperren; desto weniger behagt ihr bis jetzt die

direkte Wahl. Augenscheinlich ist sie mißtrauisch gegen die Handhabung und die Resultate dieses Wahlmodus. Das ist auch durchaus erklärlich, nachdem sich das in Preußen bestehende Wahlgesetz in seiner Anwendung und seinen Erfolgen so günstig für die Partei gezeigt hat.

In der deutschen Frage findet unter den Arbeitern, wie man aus dem Diskussionsgange in ihren Versammlungen entnehmen kann, ein Schwanken statt. Ueber den Prinzipalsatz, daß die Einheit Deutschlands zu erstreben ist, herrscht allerdings kein Schwanken, desto mehr aber über die Frage, wie sie zu erstreben und zu erreichen ist.

Die Kleinstaaterei und die auf ihre Erhaltung, ja Förderung gerichtete deutsche Politik findet in dem an sich gesundem Sinn und in dem urwüchsigen Urteile der Arbeiter keine Vertretung, daher denn auch nicht die Augustenburgische Färbung der schleswig-holsteinischen Frage. In dieser Beziehung weicht die Arbeiterpolitik von der Politik der Führer der Fortschrittspartei merklich ab.

Was dagegen an Stelle der Kleinstaaterei und der partikularistischen Zerissenheit treten soll, darüber fehlt ebenso Klarheit als Einigkeit. Man möchte wohl Preußen den Beruf übertragen sehen, das Einheitswerk zu vollziehen; aber das Ministerium in Berlin ist ja ein „freiheitsfeindliches", das die von den Abgeordneten des Volkes aus der Verfassung beanspruchten Rechte nicht gewähren zu können erklärt hat. Ergo: es muß erst ein „freiheitsfreundliches" Ministerium kommen, d. h. ein Ministerium, das die Forderungen der Majorität des Abgeordnetenhauses strikte erfüllt; dann „wollen wir weiter darüber nachdenken".

Eine zweite Ansicht, die sich in den Arbeiterversammlungen ausspricht, drückt ein enges Anschließen an die Politik aus, die in der äußersten Linken des preußischen Abgeordnetenhauses und überhaupt in der Führerschaft der deutschen Fortschrittspartei ihre Vertretung hat: nicht Preußen, als Staat, sondern allein das Volk habe den Beruf, Deutschland frei und durch die Freiheit einig zu machen. Daher, als Resultat der Volksanstrengung und des Volkswillens: erst ein deutsches Parlament und „dann wollen wir weiterreden".

Nun ist aber das eine genau so verkehrt, als das andere. Mit dem spätern Nachdenken und dem spätern Reden, wenn erst dies oder das erreicht sein wird, ist es in politischen Dingen sehr faul. Damit lockt man keinen Hund aus dem Backofen, und damit haben gerade wir Deutschen immer noch die beste Zeit versäumt. Das Eisen will geschmiedet sein, wenn es heiß ist; heiß ist es aber gerade jetzt, und darum muß man

zum Hammer greifen, ehe unter dem Stickstoff der Wenn und Aber das Feuer wieder verlischt.

In der Vorgeschobenheit der Situation ist gerade nur das jetzige „freiheitsfeindliche" Ministerium in Preußen imstande, das mit Ernst und Tatkraft Unternommene auch wirklich zu vollbringen; kein nachfolgendes, etwa gar mit dem schwächlichen Programm der „moralischen Eroberungen", würde auf dem betretenen und wohl nicht mehr zu verlassenden Wege das Vollbringen ermöglichen. Kommt Deutschland jetzt und auf diesem Wege nicht zur Einigung, dann legen wir die ganze Geschichte wieder auf lange ad acta. Denn das Volk ist nur etwas, wenn es an der Hand einer starken Regierung marschiert; ohne dies erreicht es nichts oder es bleibt ihm nur die Revolution.

Interessant und lehrreich für das, was wir soeben sagten, ist der gestern berichtete Verlauf einer in Dresden stattgehabten großen Arbeiterversammlung. Die Richtung der Dresdener Arbeiter ist ausgeprägt lassalleanisch. Dieser Richtung nach haben also gerade die Dresdener Arbeiter keine sonderliche Ursache, auf Preußen und das „freiheitsfeindliche" Ministerium gut zu sprechen zu sein. Denn in Preußen wurde Lassalle verurteilt; in Berlin und Magdeburg wurde der Allgemeine deutsche Arbeiterverein geschlossen. Nichtsdestoweniger hat die Dresdener Versammlung es über sich vermocht, alles spezifisch Kleinliche über den großen Zweck zu vergessen; sie hat des Eisens Schmiedezeit erkannt und männlich zum Hammer gegriffen, wie er von Preußen geboten ist.

Und wer die Tat will, die entschlossene Tat, ohne Wenn und ohne Aber, der kann nur hingehen und ein Gleiches tun.

Das in betreff des Verhältnisses der Parteien zum Wahlrecht Gesagte ist vollkommen richtig und können wir von A bis Z unterschreiben.

Nicht so ganz ist dieses hinsichtlich der Stellung der Arbeiterpartei zur deutschen Frage der Fall.

Wir müssen nämlich entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß es über das, was an die Stelle der jetzigen partikularistischen Zerrissenheit und Kleinstaaterei treten solle, unter den Arbeitern an „Klarheit" und „Einigkeit" fehle.

Von „Preußens Beruf", an die Stelle der Kleinstaaterei zu treten, weiß man gerade in den Arbeiterkreisen erst recht nichts. Dies hat sogar die jüngste Berliner Arbeiterversammlung in erfreulicher Weise an den Tag gelegt.

Dagegen leuchtet es den Arbeitern vollkommen ein, daß man — schon weil es unmöglich ist — keinen vernünftigen

Grund haben kann, Preußen an der Zertrümmerung der Kleinstaatenwirtschaft, d. h. an einem Kriege mit Oesterreich — falls es den Mut dazu hat — verhindern zu wollen.

„Was dann weiter daraus wird" — so sagen sich die Arbeiter — „werden die Umstände lehren: was uns betrifft, so wissen wir, daß wir weder ein Großpreußen, noch ein Großösterreich wollen, sondern ein freies und einheitliches Deutschland, frei und einig durch den Willen der Nation.

„Will Preußen dies verwirklichen helfen, gut, so mag es den Versuch machen, das gerade Gegenteil von dem zu werden, was es bis heute war."

„In diesem Sinne, wenn es seine Sache zu der unsrigen gemacht hat, wollen wir bis auf weiteres zusammengehen, aber in keinem andern."

„Entweder Bundesgenossen oder unversöhnliche Feinde bis zum letzten Atemzuge! Etwas anderes ist zwischen uns nicht möglich."

„Mag man es darauf hin versuchen!"

„Wir werden nicht vertrauensvoll, sondern mißtrauisch auf unserem Wachtposten verharren, bis es an der Zeit ist, auf den Kampfplatz zu eilen und die Geschicke Deutschlands, den Wunsch der Nation zu erfüllen."

So, nicht mehr und nicht weniger günstig für das Großpreußentum, scheint uns die Stimmung der Arbeiter beschaffen zu sein, dies die Stellung zu bezeichnen, die ihnen der preußischen Regierung und ihren Machtgelüsten gegenüber geziemt.

Alles Uebrige gehört in das Gebiet offiziöser Wünsche und Illusionen.

II.

Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Demokratie.

Motto: „Für Eure Gesellschaft sind wir nicht geschaffen, Eure Sitten und Gesetze, Eure Gedanken und Wünsche stimmen nicht zu den unsrigen; Ihr betet den Ochsen an, welchen wir den Göttern opfern; Euch ist der Aal ein großer Gott, doch uns ein Leckerbissen; Ihr verschmähet Schweinefleisch, wir tun uns gütlich daran; Ihr verehrt den Hund, wir prügeln ihn, wenn er uns einen Bissen wegschnappt; Ihr seid bestürzt, wenn Euch eine Katze erkrankt, wir freuen uns und ziehen ihr das Fell ab; Ihr seid Freunde der Spitzmaus, wir nicht im geringsten."

Altgriechisches Komödien-Fragment.

1.

25. April 1866.

Hie Habsburg! Hie Hohenzollern! — schreien die dynastischen Partikularisten von heute in Nord und Süd. Weder Habsburg noch Hohenzollern, sondern das ganze, eine und unteilbare Deutschland! — lautet die Losung der deutschen Demokratie, muß das Losungswort der Nation sein, wenn sie jemals zur Einheit gelangen und eine verderbliche Spaltung Deutschlands in einen Hohenzollernschen Nord- und Habsburgischen Südstaat verhindern will, eine Spaltung, die nur einen neuen Bruderkrieg „bis aufs Messer" herbeiführen und Deutschland als sichere Beute dem Auslande überliefern, dem Schicksal Polens überantworten müßte.

Abermals sehen wir im gegenwärtigen Augenblicke Habsburg und Hohenzollern — das österreichische und preußische Kabinett — in kampfgerüsteter Stellung einander gegenüberstehen und sich bedrohen mit dem „Kampf bis aufs Messer".

Wir erblicken darin nichts weiter als den jedesmal dann mit innerer Naturnotwendigkeit zum unverschleierten Ausdruck gelangenden Dualismus der Machtinteressen beider Staatsorganismen, wenn durch eine konkrete Frage — gegenwärtig durch die schleswig-holsteinische — dieses Machtinteresse berührt wird.

Ob es diesmal zum Kriege kommen wird oder nicht, ist von verhältnismäßig nur untergeordneter Bedeutung, kann an dem natürlichen Gegensatze der habsburgischen und hohenzollernschen Machtinteressen nichts ändern.

Früher oder später wird und muß das politische Drama — das gegenwärtig durch die neuestens gemeldeten „Abrüstungs-vereinbarungen" höchstens eine Unterbrechung erleiden kann — zu Ende gespielt werden.

Durchaus notwendig aber ist es für die deutsche demokratische Nationalpartei, sich darüber endlich völlig klar zu werden, wie sie sich zu diesem Drama zu stellen hat.

Im Jahre 1859, als Italien mit Frankreichs Hülfe die habsburgischen und bourbonischen Fesseln zu sprengen und seine nationale Einheit zu erkämpfen im Begriffe war, ließ auch Lassalle „eine Stimme aus der Demokratie" laut werden in seiner Broschüre: Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. Was er damals über die Hindernisse der deutschen Einheit schrieb, es gilt auch noch heute und wird voraussichtlich gelten, so lange die Zerklüftung der deutschen Nation nicht beseitigt ist, so lange der habsburg-hohenzollernsche Dualismus der Einigung Deutschlands im Wege steht.

Lassalles Worte muten uns an, als ob sie heute geschrieben wären, heute, wo abermals von „deutscher Bundesreform" und von einem „National-Parlamente" die Rede ist.

Hören wir ihn.

Er schrieb damals:

„Wenn es irgend eine feststehende Tatsache gibt, so ist es die, daß die deutsche Einheit bisher durch nichts anderes verhindert wurde, als durch den Dualismus von Preußen und Oesterreich. Der deutsche Bund war eine streng logische Schöpfung. Er war nicht eine Herstellung der deutschen Einheit; er war nur die organisierte Form der deutschen Uneinigkeit. Er sollte und konnte gar nichts anderes sein. Oesterreich trat mit 12 Millionen in den deutschen Bund. Preußen, damit es in Parität mit Oesterreich dastehe, durfte auch nur mit 12 Millionen eintreten, und ließ zu diesem Zweck Ost- und Westpreußen außerhalb des Bundes, obgleich die Deutschheit dieser Provinzen im Bewußtsein der Nation eine anerkannte Tatsache ist. Oesterreich wog durch seine 26 Millionen nichtdeutscher Bevölkerung den ganzen deutschen Bund allein auf. Preußen durch seine Gesamtbevölkerung von 16 Millionen, seine deutschere Stellung, seine liberaleren Traditionen, seinen überwiegenden Einfluß auf die Bevölkerung von Norddeutschland, also halb durch materielle, halb durch moralische Mittel wog seinerseits wieder Oesterreich auf. Wie sollte es da zu

einer deutschen Einheit kommen? Sie war unmöglich durch die sich gegenseitig die Wage haltende reale Machtstellung der beiden Staaten. —

Kam die Revolution von 1848 und hob den Bund auf, gegen welchen man überhaupt in Deutschland als gegen die vermeintliche wahre Ursache unseres Mangels an Einheit von der höchsten Erbitterung war, d. h. die Revolution hob die äußere Folge und Wirkung unseres Einheitsmangels auf, aber die innere Ursache derselben, die reale Machtstellung der beiden Staaten, das Gleichgewicht derselben, hob sie nicht auf! Diese wahre, fortwirkende, reale Ursache der Nichteinheit, die Ursache, aus welcher diese Nichteinheit immer aufs neue wieder hervorquellen mußte, hatte jene Revolution nicht die Kraft aufzuheben, hatte sie in den meisten Köpfen nicht einmal die Intelligenz zu begreifen. Die Pläne der Gothaer, der klein-deutschen Partei, waren nur die eingestandene Unfähigkeit, die deutsche Einheit nicht herstellen, die reale Machtstellung jener beiden Staaten nicht aufheben zu können. Die deutsche Einheit blieb als Wunsch und Theorie in den Köpfen stecken, die Uneinheit blieb auf dem Boden der realen Verhältnisse, die Einheit blieb somit — Schwindel. Hieran, daß sie die gleiche reale Machtstellung jener beiden Staaten nicht aufzuheben die Kraft und den Mut hatte, ging die deutsche Revolution zugrunde. Die Revolution hatte also an der deutschen Einheit nichts geändert. Wir waren während derselben eben so gut zweigeteilt und dualistisch auseinandergerissen als vorher. Der Kopf Blums, des vom Reichsparlament nach Wien geschickten Reichskommissärs, den Oesterreich dem Reichsparlamente zuwarf, bewies das zur Genüge.

Kam die Konterrevolution. Auf nichts war man mehr begierig, als darauf, was die Fürsten jetzt an Stelle des Bundestages setzen würden. Sie hatten ihn so feierlich abgeschworen! Preußen besonders schien so verpflichtet, schien so interessiert bei der Aufrechterhaltung dieses Versprechens. Nichts destoweniger erfolgte — die Restauration des alten Bundes. Und trotz allen Zerrens und Sperrens, alles Zauderns und Sträubens, trotz Fürstenkollegium und Union, engerem und weiterem Bund, und wie alle jene mühselig gequälten Versuche hießen, — half alles nichts, auch Preußen trat wieder in denselben ein. Die Entrüstung des Volkes war eine namenlose! Soweit hatte man nicht geglaubt, daß die Reaktion gehen würde!

Aber diese Erbitterung war eine höchst unverständige. Die Nichteinheit war in den tatsächlichen Verhältnissen, war in der Gleichheit der realen Machtstellung von Preußen und Oesterreich geblieben — kraft der Notwendigkeit mußte jener tatsächliche Dualismus die Wiederherstellung seines logischen Ausdrucks, die Wiedereinsetzung des alten Bundestages, wieder nach sich ziehen. Politische Formen können nicht beliebig wie Etiquetten auf eine Weinflasche aufgeklebt werden. Politische Formen sind nichts, als der notwendige und eigentümliche Ausdruck, den sich reale, tatsächliche Lagen geben. Jede reale Sachlage formiert sich selbst, zieht die ihr eigentümliche und allein entsprechende Form mit der Kraft der Logik und Notwendigkeit nach sich.

Jene Entrüstung des deutschen Volkes war also nur ein gänzlicher Mangel an Kritik über sein eigenes Verhalten. Es hatte während der Revolution die reale Machtstellung jener beiden Staaten ungeändert beim alten gelassen — verlangte es jetzt vielleicht, daß seine Fürsten für es die Arbeit vollbringen sollten, die es selbst nicht vollbracht hatte, das Gleichgewicht der realen Machtstellung jener beiden Staaten aufzuheben? Ja, beinahe hätten sie es im November 1850 versucht, obwohl nicht im Sinne des deutschen Volkes und der deutschen Einheit!

Und wie die österreichische Wiedereinsetzung des Bundestages nur die notwendige Folge war von der Unfähigkeit und Ungründlichkeit der Revolution von 1848, so waren der Fürstentag von Bregenz, waren Olmütz, Bronzell, die österreichische Exekution in Hessen und Holstein, die Ueberlieferung der von den Dänen unbesiegten deutschen Herzogtümer durch ein einrückendes österreichisches Heer, gleichfalls nur die notwendige und logische Folge derselben tatsächlichen Verhältnisse, dieses unbesieglichen, weil in dem Boden der realen Sachlage gegründeten Dualismus.

Brennende, aber lehrreiche Erinnerungen!

Solange also das Gleichgewicht der realen Machtstellung zwischen Preußen und dem Sonderstaat Oesterreich existiert, solange ist die Nichteinheit in den realen Verhältnissen gelegen und kann durch keine Form forteskamotiert werden. Oder meint man denn, daß hierin etwas geändert sein würde dadurch, daß man unter solchen Umständen noch einmal ein Nationalparlament nach Frankfurt schickte? Hält man denn wirklich eine Kammer von Volksabgeordneten für eine Art von Magiern,

die das „Widrige zusammengießen“, das Widerstrebende einen, das Unmögliche möglich machen können? Hält man wirklich das Wort „Volksparlament“ für eine Zauberformel, durch welche man beliebig Schwarz in Weiß verwandeln kann? Ob in Frankfurt Fürstenabgeordnete oder Volksabgeordnete sitzen, solange Oesterreich ein Sonderstaat von 26 Millionen außerdeutscher Einwohner und den Sondertendenzen ist, zu denen es diese seine Weltstellung notwendig zwingt, solange es durch seine reale Machtstellung Preußen und den Bund nötigenfalls aufwiegt, — so lange wird auch ein Volksparlament nur zum zweiten Male das unerfreuliche Schauspiel von der Ohnmacht der Abgeordneten über die konkrete Natur ihrer Staaten und Regierungen gewähren können, oder aber diese Abgeordneten selbst werden, von der konkreten Natur ihrer Staaten hingerissen, gar noch das viel schlimmere Schauspiel gewähren, die Schande der Uneinigkeit von den Kabinetten auf die Volksstämme selbst zu übertragen.

Wie ist denn also endlich in das gelobte Land der deutschen Einheit zu gelangen, und wird unser Weg durch die Wüste niemals zu Ende sein?

Wie dahin zu gelangen ist? Wir wollen es sagen. Und auf sehr konservative Autoritäten wollen wir uns diesmal berufen.

Ein König und ein Erzherzog haben uns beim Glase Wein das Geheimnis der deutschen Einheit verraten: Kein Oesterreich und kein Preußen — lautete der Trinkspruch, auf welchen damals, lange vor 1848, ein König von Preußen und ein Erzherzog von Oesterreich in Köln die klingenden Gläser anstießen. Jawohl! Kein Oesterreich und kein Preußen!

Aber dieser Trinkspruch war nur erst der illusionäre, der idealistische Ausdruck des Geheimnisses. Die reale Lage der Dinge, die Basis der Uneinigkeit, sollte bleiben, wie sie war. Aber die Einheit sollte in dem „guten Willen“, in dem freiwilligen Aufgeben der divergierenden Tendenzen ihre Existenz haben. — Es ist merkwürdig zu sehen, wie widersprechendes Aussehen die Dinge haben, wenn sie aus ihrer illusionären und utopistischen Form in die herbe, harte Wirklichkeit übersetzt werden. Es ging mit der auf den „guten Willen“ basierten illusionären Einheit ganz so wie mit der auf die „Tugend“ basierten Gleichheit von Maximilian Robespierre.

Wie Maximilian Robespierre die Gleichheit, die er in den realen Verhältnissen nicht zu erzeugen vermochte, auf die „Tugend" — auf die freiwillige Abstraktion der Einzelnen von ihrer im Besitz usw. vorhandenen Ungleichheit — also gleichfalls auf den „guten Willen" basieren wollte, aber die durch keine utopistischen Wünsche wegzubringende Natur der realen Verhältnisse eben deshalb zu dem letzten Inhalt dieser Brüderlichkeit und Tugend die Guillotinierung der Reichen hatte, — nous battons de la monnaie sur la place de Grêve (wir werden uns auf dem Grêveplatz um den Geldbeutel schlagen), sagte Barere, — so ermangelte das „kein Oesterreich, kein Preußen" der beiden Fürsten gleichfalls nicht, sein wahres Gesicht zu entfalten.

Und dies wahre Gesicht hieß — Olmütz, hieß Bronzell, hieß der Landesverrat von Rendsburg! Die Schmach der Intervention des russischen Zaren, von Oesterreich in deutschen Angelegenheiten angerufen, die beispielloseste Demütigung Preußens, ein bayrisches Heer dem preußischen gegenüber gehetzt, die Intervention einer österreichischen Armee in Holstein zugunsten der Dänen, ja, der Dänen! die Ueberlieferung der Festungswerke von Rendsburg an Dänemark durch ein preußisches Ministerium, ja, ein preußisches Ministerium! — das waren die realen Gesichtszüge, welche die utopistische Einheit mit der Zeit annehmen mußte und immer wieder wird annehmen müssen, so lange nicht die utopistische Einheit aufgehoben und — in die wirkliche umgewandelt ist.

Um die deutsche Einheit zu erlangen, brauchen wir nur den königlichen Toast in die Wirklichkeit zu übersetzen. Freilich! In der illusionären utopistischen Form sieht sich alles schön, rosenrot, poetisch an! In seiner wirklichen Vollziehung — düster, hart, tränenvoll, blutig. Wie herzerhebend und schön begeistert klang nicht jener Toast beim Schalle der Gläser! In die Wirklichkeit übersetzt, heißt jenes Kein Oesterreich, kein Preußen nichts anderes als: Oesterreich muß zerfetzt, zerstückt, vernichtet, zermalmt — wir sprechen natürlich hier immer nur von dem Staatsbegriffe Oesterreichs — seine Asche muß in alle vier Winde zerstreut werden! Wir sprechen hier durchaus nicht in einem spezifisch-preußischen, wir sprechen in dem rein deutschesten Bewußtsein von der Welt. Wir würden ebenso sprechen, wenn wir Oesterreicher wären; wir würden Preußen dasselbe wünschen, wenn die Verhältnisse

umgekehrt und dieses zu Deutschland in der Lage von Oesterreich wäre.

Dies ist die reale Ausführung von jenem Kein Oesterreich, kein Preußen, und der einzige Weg zur deutschen Einheit. Die selbständige Weltstellung, welche Oesterreich, gestützt auf seine außerdeutschen Besitzungen, einnimmt, — das ist die notwendige, die durch kein Palliativmittel zu beseitigende Ursache des deutschen Dualismus und der Unmöglichkeit der deutschen Einheit. Mit der Zerstückelung von Oesterreich fällt das besondere Preußen von selbst, wie der Satz mit seinem Gegensatz verschwindet. Oesterreich vernichtet — und Preußen und Deutschland decken sich! An dem Tage, wo Oesterreich seine außerdeutschen Provinzen, Italien wie Ungarn entrissen werden, an dem Tage, wo Oesterreich auf seine zum Bund gehörigen 12 000 000 Einwohner (und hierin ist schon Böhmen inbegriffen) reduziert, und hierdurch in eine Stellung hinuntergedrückt wird, in der es mit Preußen weder durch Bevölkerung, Intelligenz, Ansehen usw. konkurrieren kann, an dem Tage, wo Oesterreich einfach in eine deutsche Provinz verwandelt wird, — an diesem Tage sind nicht nur 12 000 000 Einwohner, die sich dann erst als Deutsche fühlen können, Deutschland wiedergegeben, an diesem Tage ist der Dualismus aufgehoben, und die deutsche Einheit erst durch die reale Machtstellung der Staaten realiter möglich gemacht und damit unvermeidlich geworden.

An dem Tage, wo der Sonderstaat Oesterreich vernichtet ist, erblassen zugleich die Farben auf den Schlagbäumen Bayerns, Württembergs usw. An diesem Tage — ist Deutschland konstituiert. Alles weitere folgt dann von selbst, wie nach dem Gesetze der Schwerkraft. Denn die Einheit liegt dann bereits in den realen tatsächlichen Verhältnissen, und diese werden den ihnen angemessenen formellen Ausdruck ebenso unzweifelhaft und von selbst nach sich ziehen, wie der Dualismus die Form des Bundestags.

Die Aufhebung jener realen Machtstellung, die Vernichtung Oesterreichs, d. h. die Abtrennung seiner außerdeutschen Provinzen, ist also die alles weitere von selbst nach sich ziehende Vorarbeit, welche, sei es während, sei es vor der Bewegung, welche die deutsche Einheit zu gestalten hat, vollbracht werden muß, um zu dieser zu gelangen.

Diese Vorarbeit muß daher von allen denen gewollt werden, welche diese Einheit ernsthaft wünschen. Wie man auch über die Form dieser Einheit denke, ob man sich sie denke als deutsche Republik, als deutsches Kaisertum, oder endlich selbst als eine straffe Föderation unabhängiger Staaten — alle diese Fragen können zurzeit offene bleiben. Alle diese Parteien müssen jedenfalls, wenn sie die Intelligenz des Selbstverständnisses haben, zusammenwirken zu der für jeden dieser Fälle unerläßlichen Vorbedingung, zu der Vernichtung Oesterreichs."

So weit Lassalle.

2.

18. Mai 1866.

Der preußische Absolutismus und die österreichische Konkordatswirtschaft — sie beide sind es, die in diesem Augenblick um die Beherrschung Deutschlands zu kämpfen im Begriffe stehen. Jeder andere Ausdruck, um den Sachverhalt zu beschönigen, wäre Phrase; volle Wahrheit schulden wir unsern Parteigenossen in dieser ernsten Zeit.

Wer wollte sich wundern über diesen Streit zwischen Habsburg und Hohenzollern? Inmitten eines losen Bundes ohnmächtiger Staaten stehen zwei große Mächte einander gegenüber — wer wollte staunen, daß sie kämpfen müssen um die Beherrschung dieses Bundes, wie dereinst Sparta und Athen um die Beherrschung Griechenlands gekämpft?

Bringen wir uns, bevor wir entscheiden, welches unsere Haltung in diesem Konflikte sein muß, die bereits bezeichnete Sachlage noch deutlicher zum Bewußtsein! Denn noch immer gibt es Schwachköpfe, welche glauben, daß für das Volk etwas Ersprießliches erwachsen könne aus dem, was auf der einen oder der andern streitenden Seite die Machthaber wollen.

Preußen — dieses Preußen, wie es wirklich besteht, nicht wie es in den Köpfen der Gothaer aussieht — ist das Besitztum einer Herrscherfamilie, ein dem inneren Wesen nach absolutistischer Staat. Dieser Staat kann zu verschiedenen Zeiten größer oder kleiner, mächtiger oder schwächer sein — aber ob er groß oder klein, mächtig oder schwach sei, immer ist es derselbe Staatsgeist, der dieses Preußen durchdringt. Erwarten, daß dies je sich ändern könne, heißt etwas innerlich

Unmögliches erwarten; mit demselben Rechte könnte man hoffen, daß jemals die Muftis und Ulemas der Türkei den christlichen Glauben predigen oder daß die päpstliche Propaganda für die Hochkirche Englands sich begeistern werde.

Es ist ein großes, ein nicht genug zu preisendes Glück, daß die preußischen Ansprüche auf die Beherrschung oder Beeinflussung Deutschlands unter Umständen hervortreten, welche auch den mindest Scharfsinnigen erkennen lassen, worum es sich handelt. Jahre-, ja jahrzehntelang hat der Gothaismus durch ganz Deutschland gepredigt, daß die Sache der nationalen Einheit und Freiheit — eine Einheit ohne Freiheit wollen wir nicht! — vom Hohenzollernschen Preußen verwirklicht werden müsse; von einem liberalen Preußen freilich sagten sie; aber dies heißt in Wahrheit: von einem Preußen, welches nicht existiert und nicht existieren kann. Nur ein zeitweiliger Scheinliberalismus ist möglich in Preußen und dies grade ist das Glück, daß nicht unter der Aegide eines solchen Scheinliaeralismus das Werk begonnen wurde; das innere Wesen der Sache wäre dasselbe geblieben, aber der trügerische Außenschein würde, dank den Agitationen des Gothaismus, Unzählige in das Lager des preußischen Absolutismus gelockt haben.

Aber in Wahrheit kommt es ja den preußischen Liberalen so wenig wie den preußischen Konservativen auf die deutsche Einheit und Freiheit an — jene nicht minder wie diese haben die Vergrößerung Preußens, die Erhöhung seiner Machtstellung in Deutschland um jeden Preis im Auge. Die namenlose Wut der preußischen Fortschrittspartei gegen das Beginnen des Ministeriums Bismarck geht nicht hervor etwa aus Entrüstung darüber, daß um unberechtigter Ansprüche willen der Bürgerkrieg in unserm Vaterlande entzündet werden soll, sie geht hervor aus dem ohnmächtigen blassen Neide, daß ein Bismarck und ein Roon tun, was so gerne, so unendlich gerne ein Schulze und ein Twesten getan hätten. Darum hat das Ministerium Bismarck recht, daß es sich um das Geheul der Fortschrittspartei den Teufel schert. Soll Deutschland zu einem großen Preußen werden, so ist es gleichgültig vor dem Forum der gesunden Vernunft, ob der unverhüllte oder der verhüllte Absolutismus das Werk beginnen. Welcher Unterschied soll sein, ob der Graf von Bismarck oder Herr Schulze aus Delitzsch dem deutschen Vaterlande die preußische Pickelhaube überstülpt?

Aber wenn es ein verhängnisvoller Irrtum ist, die preußische Regierung in ihrem Beginnen zu unterstützen — ein nicht minder verhängnisvoller Irrtum ist es, der österreichischen oder den mittel- und kleinstaatlichen Regierungen zuzujubeln.

Oesterreich ist Habsburg. Was aber ist Habsburg?

Seit jenen Tagen, wo Karl V. im Bunde mit den Männern der Bannflüche und der Scheiterhaufen sich der Freiheit des Geistes entgegenwarf, ist das Haus Habsburg verflucht, der unerbittliche Feind jeder Regung zum Besseren in Europa zu sein. Unwiderruflich ist es an alle Feinde des Denkens und ihre finstere Macht geknüpft; und wollte je ein Prinz dieses Hauses, wie Joseph II., einem lichteren Geiste folgen, er müßte unter der Wucht der Verhältnisse zusammenbrechen wie jener. Die Verfinsterung, die Verdummung der Völker ist Habsburgs Streben und muß es sein, so weit seine Macht reicht; die Kutte des Jesuiten ist das bleibende Emblem seines Staates.

Habsburg nennen sich diese hereingeheirateten Lothringer und sie haben recht; denn mit dem Namen Habsburg sagen sie der Welt, was sie sind.

Der Kampf gegen die Geistesfreiheit und dadurch gegen die europäische Zivilisation, das war das Vermächtnis der Habsburger an die Lothringer, und die Erben haben sich der Erblasser würdig gezeigt. Vom Hause Lothringen kam die Knechtung Deutschlands unter Metternich durch eine unerhörte Polizei- und Spionierwirtschaft, durch gewissenlose Gewalt und feige Ränke; vom Hause Lothringen kam die erste Niederwerfung der deutschen Einheits- und Freiheitssache im Jahre 1848, damals, als es seine halbbarbarischen Völker im deutschen Wien rauben und morden, damals, als es Robert Blum erschießen ließ; von ihm kam die Knechtung Italiens, von ihm wurden die Kerker dieses Landes mit den edelsten Patrioten gefüllt; das Haus Lothringen war es, das im 19. Jahrhundert dem Papst die Füße küßte; das Haus Lothringen vor allem war die Stütze und der Hort der deutschen Vielstaaterei und des Bundestages, d. h. des deutschen Elends, der ganzen Erbärmlichkeit unseres Zustandes.

Das Haus Habsburg will sich nicht ändern, wird sich nicht ändern, kann sich nicht ändern. Solange es einen habsburgischen Staat in Europa gibt, kann Europa nicht frei sein.

Und darum, weil vor allem Oesterreich der Hort der deutschen Zerrissenheit, darum, aus keinem anderen Grunde, sehen wir die reaktionären Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten auf seiten Oesterreichs stehen. Lasse niemand sich täuschen und zu falscher Begeisterung für die Sache Oesterreichs und des Bundestags verlocken! Nicht darum stehen die deutschen Regierungen gegen Preußen, weil dieses eine Machtvergrößerung beansprucht, sondern darum, weil sie unter allen Umständen, in jedem nur erdenklichen Fall, die jetzige Ohnmacht und Zerrissenheit Deutschlands, diesen schand- und schmachvollen Zustand unseres Vaterlandes, erhalten wollen. Sie würden ebenso, ja sie würden noch heftiger Front machen, wenn Aussicht wäre, daß die deutsche Frage im deutschen Sinne gelöst werden sollte. Die dreißig Fürsten der deutschen Mittel- und Kleinstaaten und ihre Knechte sind die Verkörperung nicht nur des Traurigen, sondern auch des Lächerlichen unseres Zustandes. Niemals, niemals können die Sache der Nation und die Sache der Freiheit in dem Lager sein, in welchem die Karikaturgestalten mittel- und kleinstaatlicher Fürsten und Minister stehen.

Weder Hohenzollern noch Habsburg! — — — kein anderer Ruf ist möglich für einen deutschen Demokraten, wo Hohenzollern auf der einen und Habsburg mit seinen Vasallen auf der anderen Seite streitend stehen.

Aber sind wir verurteilt zu tatenlosem Zusehen, wo Deutschlands Schicksal auf dem Spiele steht? Gibt es kein positives Handeln für uns?

Prüfen wir!

3.

20. Mai 1866.

Aber — so könnte man uns dazwischen werfen — wenn die Existenz eines habsburgischen Staates ein Unglück und die Zertrümmerung desselben ein Glück ist, warum jubelt ihr nicht denen zu, durch deren Vorgehen auf diese Zertrümmerung Aussicht ist?

Wir sehen wenig Vorteil, wenn Hohenzollern gewinnt, was Habsburg verliert — und überdies, was die Zertrümmerung Oesterreichs betrifft, gemach, Ihr Herren!

„Nur durch Ajax konnte Ajax fallen“ — nur durch Oesterreich kann Oesterreich untergehen.

Was der große Kriegsmeister des Jahrunderts, der Imperator Neu-Frankreichs, nicht vermochte, wahrhaftig, preußische und italienische Heere werden es nimmermehr vollbringen. Mehr wie einmal hat der Kaiserstaat gegen halb Europa gekämpft und gestanden — er wird kämpfen und stehen auch diesmal.

Man müßte blind sein, um nicht zu sehen, daß der Krieg durch ganz Oesterreich (abgesehen von Venetien nebst Anhang) in hohem Grade populär ist. Man hat für diese Erscheinung, welche überraschend kam, nach Gründen gesucht; aber was man angegeben, ist künstlich und geschraubt; eines nur erklärt jene kriegerische Begeisterung:

Ich will Euch sagen, wie das zugeht. — Ja,
Der Oesterreicher hat ein Vaterland.

Ja, sie fühlen sich eins in diesem Augenblicke, die Völker des weiten Oesterreichs; und so lange dieser Geist in ihnen lebt und geweckt werden kann, so lange ist keine Hoffnung für die deutsche Einheitssache. Nur von innen her, nur durch den revolutionären Geist des Zeitalters, nicht durch fremde Armeen, und wären es die Armeen von halb Europa, kann die Zertrümmerung Oesterreichs erfolgen. Uns ist nicht zu helfen, so lange der Oesterreicher ein Vaterland hat.

So wäre also keinerlei Hoffnung, daß die Sache des Volkes bei diesem Konflikt gewönne.

Wenig Hoffnung in der Tat, aber Hoffnung dennoch! Und wäre diese Hoffnung auch noch so gering, nimmermehr dürften wir uns zu tatenlosem Zusehen verurteilen. Die soziale Demokratie Deutschlands — eine andere ist nicht möglich! —, die soziale Demokratie, die einzige echte Volkspartei Deutschlands, würde sich selbst ihr Todesurteil sprechen, wenn sie in tief bewegter, in entscheidender Zeit sich verzweifelnd vom Schauplatz zurückziehen wollte.

Wenn Gutes auch nimmermehr kommen kann durch das, was die Machthaber wollen, so kann Gutes doch kommen durch das, was sie nicht wollen. Wie viele Wechselfälle, wie viele Komplikationen sind möglich in diesem Konflikt — und wenn wir schlagfertig auf der Lauer stehen, sollte sich niemals für uns ein Vorteil erringen lassen?

Dies muß unsere Politik sein: daß wir dastehen, kampfgerüstet und tatbereit, jedem mißtrauend, uns selbst aber vertrauend.

Schon finden wir uns vor einer praktischen Frage.

Der Staatsmann, der in diesem Augenblick Preußens Geschicke lenkt, hat den Kaiserstaat, den er zu bekämpfen im Begriffe steht, nicht unterschätzt; er hat gewußt, daß es gilt, nicht nur mit den preußischen Armeen, sondern auch mit den Ideen der Zeit gegen Oesterreich zu kämpfen. Nicht aus freiem Willen, nein, gezwungen durch die Lage der Dinge, hat er ein deutsches Parlament, hervorgegangen aus dem allgemeinen Wahlrecht, beantragt.

Dies ist ein entschiedener und großer Schritt im Vergleich zu jenem armseligen Reformprojekt Habsburgs, dem zu Ehren der boeuf historique geschlachtet ward; aber es ist trotzdem ein halber Schritt nur im Vergleich zu dem, was die Nation will. Ein halber Schritt: denn die Beantragung des Parlaments geschah mit Rückhalt und in einer Weise, welche der Verzögerung und Verschleppung offene Tür ließ.

Aber wenn der preußische Premier die Welt mit einer halben und unkräftigen Parlamentsberufung überraschte — warum soll er morgen nicht zu einer vollen und kräftigen Verwirklichung dieser Idee schreiten?

Dies ist die erste praktische Frage, die an uns herantritt: Wie haben wir uns in betreff dieses Parlaments zu halten, haben wir zu demselben zu wählen oder nicht?

Daß, wenn ein preußisches Ministerium, ob reaktionär oder liberal, ein deutsches Parlament beruft, dies nur zugunsten Hohenzollerns beabsichtigt wird, nicht zugunsten der nationalen Sache Deutschlands, das wissen wir, das gehört zum Abc politischer Erkenntnis.

Aber was beweist das? Wenn der Fortgang zum Bessern in der Weltgeschichte immer auf den guten Willen der Machthaber hätte warten sollen, er wäre nie — wenn er stets auf die selbständige Kraft des Volkes hätte warten sollen, er wäre selten weiter gediehen. Es gibt ein Drittes, das ist die klug benutzte Verlegenheit der Machthaber.

Es führt nicht immer zum Ziel, wenn man die Verlegenheit der Machthaber zugunsten der Volksmassen benutzen will; aber es kann vorwärts führen, und dies ist genug, daß man das Seinige tue. Und nur dafür hat man vor allem, unter Anspannung höchster Kraft, zu sorgen, daß man nicht, während man die Volkssache zu fördern meint, in Wahrheit den Machthabern in die Hände arbeitet.

Man gibt uns eine Waffe in die Hand. Sollen wir — aus Mißtrauen in die eigene Kraft — scheu zurückweichen vor dieser Waffe? Oder sollen wir, im Vollbewußtsein unserer Kraft, mit Freuden die gebotene Waffe nehmen, um sie zu gebrauchen, nicht wie jene wollen, sondern wie wir wollen?

Wenn ein deutsches Parlament nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht, mit voller Befähigung aller zu wählen und gewählt zu werden — wenn ein solches Parlament berufen wird, was sollte uns abhalten, zu diesem Parlament unsere Abgeordneten zu wählen?

Etwa Rücksicht auf das bestehende Recht in Deutschland? Dieses bestehende Recht, welches im Bundestage gipfelt, ist für uns nichts weiter als der in Rechtsformen gebrachte Verrat an der Nation, die dauernde Verurteilung derselben zur Ohnmacht um ihrer Fürsten willen. Wer ist der erste, der es wagt, aus diesem Grunde nein zu sagen?

Aber freilich, jenes andere bleibt zu bedenken — und nicht genug des Nachdrucks können wir darauf legen:

Wenn wir uns an irgendeiner Veranstaltung beteiligen, die von den Machthabern ausgeht, so laufen wir Gefahr, uns zugunsten volksfeindlicher Pläne mißbrauchen zu lassen.

Dem muß vorgebeugt werden um jeden Preis; denn es wäre das Erbärmlichste von allem.

Wenn das deutsche Parlament zusammengetreten ist, so haben unsere Abgeordneten, allem anderen vorgängig, ehe auch nur eine einzige Vorlage behandelt werden kann, die Machthaber zu fragen, welche Garantien dem Parlament zur Seite stehen. Und wenn hierauf keine genügende Antwort ertönt, so haben sie vor der ganzen Nation zu erklären: „Hier wird eine Komödie gespielt: wir spielen nicht mit.“ Und dieser Schritt muß geschehen, fest und bestimmt, so daß das ganze Volk erkennt, woran es ist — er muß geschehen voll und eklatant, unter Entwicklung urkräftiger Grobheit.

Es ist geradezu unerläßlich, daß die soziale Demokratie sich bei den Parlamentswahlen beteilige; denn die Herren vom Fortschritt würden in diesem Parlament dieselbe Rolle spielen, wie in den Kammern der Einzelstaaten; sie würden sich treten und schinden lassen, ohne ein einziges entscheidendes Wort zu wagen; sie würden winseln und heulen, wie in der preußischen Kammer und dabei zu nichts anderem gut sein, als einen

Scheinzustand aufrecht zu erhalten. Wir müssen unsere Abgeordneten in diesem Parlamente haben, weil nur wir und die Unsern dafür sorgen können, daß entweder aus diesem Parlament eine Waffe für die Volkssache werde, oder, falls dies unmöglich, die Aufführung einer unwürdigen und doch gefährlichen Komödie verhindert werde.

Darum muß unsere Parole sein: Wir wählen!

Wir wählen nicht, weil Bismarck dieses Parlament berufen hat; wir wählen aber auch ebensowenig, obschon er es berufen hat. Sondern wir wählen darum, weil wir die ohnmächtige Politik des tatenlosen Zusehens verwerfen; weil wir uns beteiligen wollen an allem, was in öffentlichen Angelegenheiten geschieht und weil nur wir, die Arbeiterpartei, es zu hindern vermögen, daß der feile Bourgeois-Liberalismus neuerdings die Sache des Volkes an die Machthaber verrate.

Also noch einmal: Wir wählen.

Aber ist dies alles?

Das wäre blutwenig! Wir müssen mehr, weit mehr tun.

4.

25. Mai 1866.

Wir beanspruchen, eine selbständige politische Partei zu sein — ebenso selbständig wie die reaktionäre, ebenso selbständig wie die liberale Bourgeoisiepartei. Zu diesen beiden Parteien soll als dritte die Arbeiterpartei, die wahre Volkspartei, hinzukommen.

Aber dies ist erst zum Teil erreicht — wichtiges bleibt noch zu vollbringen.

Was bisher geleistet worden, läßt sich wie folgt bezeichnen: Lassalle, zu guter Zeit hervortretend, hat der deutschen Arbeiterklasse in großen Grundzügen vorgezeichnet, welches ihr Ziel sein müsse und auf welchem Wege sie dieses Ziel zu verfolgen habe. Die also festgestellten Grundsätze sind vom Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein unter den Arbeitern verbreitet worden und haben immer tiefere Wurzeln geschlagen. Als die hauptsächlichsten Ergebnisse unserer Agitation haben wir mit Befriedigung zu bezeichnen, daß, durch uns genötigt, zu ihrem tiefen Herzeleid die liberale Bourgeoisiepartei genötigt wurde, das von ihr früher so entschieden bekämpfte allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auch ihrerseits auf das Banner

zu schreiben; sowie, daß durch unsere Agitation die Bevormundung der Arbeiterklasse durch die liberale Bourgeoisie größtenteils aufgehört hat, jedenfalls überall in ihren Grundfesten erschüttert ist.

Aber so sehr wir auch mit diesen Ergebnissen zufrieden sein können — in der Hauptsache sind wir noch nicht genügend vorwärts gekommen.

Die liberale Bourgeoisiepartei, welche in den Kammern der deutschen Einzelstaaten vertreten ist, hat hierdurch die Möglichkeit, in geordneter Weise, durch regelmäßige Organe, auf den Gang der Staatsangelegenheiten einzuwirken. Es ist klar, daß wir, die wir eine durchgreifende Verbesserung der Gesellschaft nur durch den Staat für möglich halten, vor allem bedacht sein müssen, uns eine Einwirkung auf den Staat zu sichern.

Jedes regelmäßige Organ, welches anerkanntermaßen zur Teilnahme an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten berufen ist, hat einen hohen Wert. Daß die Bourgeoisie solche Organe so schlecht zu benutzen weiß, ja daß sie gerade durch dieselben erst ihre Ohnmacht dokumentiert, liegt lediglich an ihrer Feigheit.

Wir haben einen Fall durchlebt, in dem sich — freilich vorerst nur in kleinen Verhältnissen — deutlich zeigte, was jene und was wir vermögen. Wir meinen die Kölner Festangelegenheit.

Jahrelang hatten diese Elenden geschrien, wir dienten der Reaktion und ließen uns gegen die Freiheit mißbrauchen.

Und als es zum erstenmal galt, mit persönlichem Opfermut und mit Entschiedenheit für die bedrohte Sache der Freiheit, speziell der Vereinsfreiheit einzutreten — was geschah? In armseligster Weise wichen sie vor der Polizeigewalt zurück und wir waren es, unsere Partei, unsere Arbeiterversammlungen, die den Kampf mit der Polizeigewalt aufnahmen; von allen den zahllosen liberalen Blättern war nicht eines, welches diesen Kampf mit der Entschiedenheit und dem Nachdruck führte, wie das sozialdemokratische Organ. Wir, die deutsche Arbeiterpartei, allein standen fest und unerschrocken, verlassen von der liberalen Bourgeoisie, in dem Kampfe, in dem diese Bourgeoisie uns hätte vorangehen müssen.

Hieran sollen unsere Arbeiter mit einer doppelten Empfindung zurückdenken — mit Stolz auf ihre eigene Haltung — mit Verachtung gegen die Haltung der liberalen Bourgeoisie.

Aber es war in betreff der Fortschrittspartei nicht nur so in der Kölner Festangelegenheit — es war so in allem, was sie bisher begonnen. Ueberall und ewig ist sie dieselbe — ohnmächtig und feig im sogenannten National-Verein, ohnmächtig und feig im preußischen Abgeordnetenhaus, ohnmächtig und feig überall, wo sie auf der Arena des öffentlichen Lebens steht!

Dürfen wir fürder dulden, daß eine solche Partei als die Vertretung des Volkes sich gebärde? — Müssen wir nicht suchen, bei erster Gelegenheit ihren volkskraftlähmenden Einfluß nachhaltig zu brechen? Und ist Aussicht, daß eine solche Gelegenheit sich biete?

III.

Darlehnskassen und Darlehnskassenscheine.

1.

6. Juni 1866.

Die neuen preußischen Darlehnskassenscheine sind fortwährend in der Presse, in Versammlungen und öffentlichen Körperschaften Gegenstand der Besprechung und des Streits, und wir glauben daher, durch eine unparteiische Beurteilung des fraglichen Gegenstandes den Wünschen unserer Leser entgegenzukommen.

Die Frage zerfällt in zwei Hauptteile, von denen der eine die Kassen selbst, der andere die Scheine dieser Kassen in ihrer Eigenschaft als Papiergeld betrifft. Wir beginnen mit diesem letzteren.

Soll man die Darlehnskassenscheine nehmen oder nicht? — so wird gewöhnlich die Frage gestellt. Aber diese Fragestellung selbst ist eine ungenaue; denn sie stellt die Sache so dar, als ob Beschlüsse, Beteuerungen, Demonstrationen u. dgl., hier irgend etwas zum Guten oder Schlimmen zu ändern, einen nachhaltigen Einfluß irgendwelcher Art auf den Wert jener Papiere zu äußern vermöchten. Allein dem ist nicht so: Auch die Gesetze der Wertbestimmung und des Geldumlaufs sind „eherne" Gesetze, und unbarmherzig gehen diese ehernen Gesetze über die Operationen nicht nur einzelner, nicht nur ganzer Körperschaften, sondern selbst der mächtigsten Staatsregierungen hinweg. —

Wird man diese Scheine auf die Länge nehmen oder nicht? so sollte man die Frage stellen.

Diese Frage hat eine ökonomische und eine politische Seite.

Was zunächst die ökonomische betrifft, so ist vorerst zu untersuchen, ob das neue „Wertzeichen" ökonomisch solid ist, d. h. ob es unter Bedingungen ausgegeben wird, welche erfahrungsmäßig bewirken, daß jedermann das Wertzeichen an Geldesstelle annimmt.

Wir finden in dem betreffenden Erlaß (vom 18. Mai) zweierlei Garantie in dieser Beziehung.

Die erste wird in § 4 wie folgt bezeichnet:

> Die Sicherheit kann bestehen: 1. in Verpfändung im Inlande lagernder, dem Verderben nicht ausgesetzter Waren, Boden- und Bergwerkserzeugnisse und Fabrikate in der Regel bis zur Hälfte, ausnahmsweise bis zu zwei Dritteilen ihres Schätzungswertes nach Verschiedenheit der Gegenstände und ihrer Verkäuflichkeit; 2. in Verpfändung inländischer Staats- oder unter Genehmigung des Staats von Korporationen oder Gesellschaften ausgegebener Papiere mit einem Abschlag vom Kurse oder marktgängigen Preise. Papiere, welche nicht auf den Inhaber lauten, müssen der Darlehnskasse zediert werden.

Diese Bestimmung ist nicht genügend, dem neuen Wertzeichen den entsprechenden Geldwert zu sichern. Denn hierin liegt gerade der Charakter aller ökonomischen Krisen, einerlei, ob sie aus der ökonomischen Bewegung selbst herausgewachsen sind oder zunächst einer politischen Komplikation ihren Ursprung verdanken: daß sich in solchen Zeiten, der Theorie der Bourgeoisökonomen entgegen, unzweideutig zeigt, daß „Geld" durchaus nicht eine „Ware wie jede andere" ist, indem Geld allein gefragt, alle anderen Waren angeboten sind. Ebendeshalb kann eine Deckung in Waren niemals, am wenigsten aber in kritischen Zeiten, Papier mit Sicherheit zu Geld machen.

Allein wir finden in jenem Erlaß auch folgendes (§ 2):

> Es vertreten diese Scheine in Zahlungen die Stelle des baren Geldes; sie werden bei allen öffentlichen Kassen nach ihrem vollen Barwerte angenommen.

Diese Bestimmung ist für die Frage nach der Geldeigenschaft der Scheine wesentlicher als die andere; denn eines folgt hieraus unzweifelhaft: daß nämlich das neue Papiergeld — die Darlehnskassenscheine — das Schicksal der bereits vorhandenen — der „Kassenanweisungen" — teilen muß. Es ist ökonomisch unmöglich, daß die einen anders im Kurse stehen sollten, als die

anderen, solange man jene wie diese gleichmäßig bei allen preußischen Staatskassen anbringen kann.

Es steht ferner fest, daß, wenn ein Staat von festem Bestand in nicht allzugroßer Menge Papierscheine ausgibt mit der Verpflichtung, sie jeden Augenblick wieder an Zahlungsstatt anzunehmen, dieser Tatumstand genügt, solche Scheine als Geld kursieren zu machen.

Man könnte — nicht sehr scharfsinnigerweise freilich — hier entgegnen: der Unterschied liege darin, daß das eine Papier verfassungsmäßig, das andere unverfassungsmäßig ausgegeben sei; beziehungsweise, daß unter allen Umständen, auch wenn man der Regierung das Recht zu dieser vorläufigen Maßregel zuerkennen wolle, die Bestätigung seitens des Abgeordnetenhauses werde versagt werden. Allein man bedenke, daß der Geldverkehr um theoretische Streitigkeiten sich niemals kümmert. Dank der Feigheit der Fortschrittspartei ist der Verfassungskonflikt in Preußen längst zu einem theoretischen Gezänk, zu einem Konflikt auf dem Papier geworden. Wie sollte der Geldverkehr, der mehr als irgendein anderes Element in der menschlichen Gesellschaft nur die reale Sachlage, nicht theoretische Distinktionen ins Auge faßt, wie sollte der Geldverkehr dazu kommen, sich an ein theoretisches Gezänke zu stoßen? Nur reale Tatsachen entscheiden über die Wertbestimmung eines Geldzeichens und was speziell in unserem Falle entscheidend ist, ist lediglich die Frage, ob die neuen Scheine unter allen Umständen bei den Staatskassen angenommen werden und demgemäß jeder die Ueberzeugung hat, daß er sein Papier zum vollen Werte losbringen kann; während es hingegen gleichgültig ist, ob man sich inzwischen theoretisch über die Rechtsbeständigkeit dieser realen Tatsache (Annahme bei den öffentlichen Kassen) herumzankt. Wer dies nicht zugeben will, hat entweder keine Vorstellung von den ökonomischen Verhältnissen oder schlägt der Wahrheit absichtlich ins Gesicht. Mit vollster Sicherheit kann man voraussagen: daß, solange die neuen Scheine bei den öffentlichen Kassen angenommen werden, sie gerade ebensoviel wert sein werden, wie die früheren Scheine, die der preußische Staat mit gleicher Bestimmung ausgegeben.

Sind nun diese Scheine überhaupt — die alten wie die neuen — sicher? Kann einer, der solche Papiere nimmt, gewiß sein, daß er daran nichts verliert?

Oekonomisch wäre zu antworten, daß kein Grund vorliegt, diese Scheine für unsicher zu halten. Die Gesamtsumme der also ausgegebenen und auszugebenden Scheine würde etwas über 40 Millionen (alte 16, neue 25 Millionen) betragen; das ist für einen Staat wie Preußen, insbesondere in einer Zeit, wo Zahlungsmittel gesucht sind, offenbar nicht zuviel.*)

Aber in der Tat ist die Frage weniger eine ökonomische als eine politische. Wenn die Dinge gut gehen für Preußen, so dürfte niemand durch jene Scheine Schaden zu befürchten haben; allein wenn die Dinge schlecht gehen, so ist keinerlei Garantie vorhanden. In Zeiten der Not machen die Staatsregierungen kurzen Prozeß und entschlagen sich, auf die eine oder andere Weise, der von ihnen eingegangenen oder verkündeten Verpflichtungen, wenn diese ihnen unbequem sind — wer kann dann die Regierungen verklagen und zum Rechte zwingen?

Ein Fetzen Papier ist niemals Geld, sondern kann nur die Stelle des Geldes vertreten. Ebendaher kann sein Wert jeden Augenblick dadurch aufhören, daß die Bedingungen aufhören, durch welche er zu jener Stellvertretung befähigt wird. Geld bleibt immer Geld, und kann zwar Wertschwankungen unterliegen, nicht aber entwertet werden; bei einem Fetzen Papier aber ist die Entwertung wie durch ökonomische so auch durch politische Vorgänge immer möglich. Aber dies trifft jedes Papiergeld und ist nicht etwa eine besondere Eigenschaft des neuerlich in Preußen kreierten Papiergeldes.

So viel von den neuen Darlehnskassenscheinen in ihrer Eigenschaft als Papiergeld. Es verbleibt uns, die Errichtung der Darlehnskassen selbst einer Beleuchtung zu unterziehen.

2.

8. Juni 1866.

Die Errichtung der Darlehnskassen in Preußen hat weder das große Lob, noch den herben Tadel verdient, die laut geworden sind. Es ist einfach eine Maßregel, wie sie in Zeiten besonderer Krisen in ähnlicher Form öfters von den Regierungen getroffen werden; eine Maßregel, welche zwar selbstverständlich an dem von uns in Grund und Boden hinein verurteilten ökonomischen Zustande im großen und ganzen weder

*) Die gegen Silber einzulösenden Noten der Bank gehören nicht hierher, indem sie anderen Gesetzen unterliegen. Hier korrigiert sich die Zuvielausgabe sehr schnell.

etwas ändern soll noch etwas ändern kann, die aber im einzelnen, innerhalb dieses einmal vorhandenen Zustandes, inmitten einer Krisis, immerhin einiges Gute stiften kann.

Es ist nämlich eine merkwürdige, aber völlig festgestellte Erscheinung, daß in Zeiten ökonomischer Krisen (einerlei, wodurch dieselben ihren Anstoß bekommen), der Kredit in weit größerem Maße sich zurückzieht, als durch die Verhältnisse selbst gerechtfertigt ist, daß gewissermaßen, wie in manchen Perioden das übermäßige Kreditgeben, so in anderen Perioden das übermäßige Kreditverweigern eine allgemeine ökonomische Modesache ist. Insoweit derzeit ein solches in den Verhältnissen nicht begründetes allzugroßes Kreditverweigern eingetreten ist, kann durch eine außerordentliche Veranstaltung, welche den Kredit fördert, und durch Vermehrung der Zahlungsmittel dem Uebelstande abgeholfen werden. Allein jene Bestimmung bezeichnet auch die Grenze des Leistbaren: die Krisis kann in einem einzelnen Punkte erleichtert, nicht aber in ihrer Gesamtheit weggeschafft werden. Eine Krisis selbst könnte wegfallen nur durch Wegfall der ihr zugrunde liegenden Ursachen; die jetzige Krisis also, die aus politischen Komplikationen ihren Ursprung genommen, könnte nur wegfallen mit diesen Komplikationen selbst, d. h. mit der sicheren Aussicht auf dauernden Frieden. Die jetzige Krisis haben diejenigen zu verantworten, welche um dynastischer Zwecke willen die Kriegsgefahr heraufbeschworen haben und am Vorhandensein dieser Krisis ist der Hauptsache nach mit künstlichen Mitteln nichts zu ändern. Wenn aber innerhalb des großen Uebels, welches vorliegt, einige geringe Linderung möglich ist, so ist es allerdings auf dem von der preußischen Regierung betretenen Wege oder einem ähnlichen tunlich.

Die Volks-Zeitung hat bei Besprechung der Errichtung der Darlehnskassen zu unserem nicht geringen Erstaunen nachzuweisen versucht, daß jene Kassen nur dem Großkapital zu gute kämen. Ei, ei! Welche Geständnisse die Opposition gegen das Ministerium Bismarck einem fortschrittlichen Blatt zu entreißen vermag! Nur etwas konsequent auf diesem Boden fortgedacht und wir sind einig! Allerdings kommen auch diese Kassen schließlich dem Großkapital zugut, aber nur darum, weil alles und jegliches, was jetzt innerhalb des jetzigen Produktionszustandes geschieht, zuletzt mit innerer Notwendigkeit dem Großkapital, welches in beständigem Verschlingen des

Kleinkapitals begriffen ist, zugute kommt. Keine Regierung der Welt könnte innerhalb der jetzigen ökonomischen Verhältnisse eine den Grundlagen dieser Verhältnisse sich anpassende Einrichtung treffen, ohne daß jene Wirkung einträte.

Darin aber ist die Volks-Zeitung im Unrecht, daß sie behauptet, die Darlehnskassen kämen **nur** dem großen Kapital zugut. Das ist nicht richtig. Unter den Gründen, welche die Uebermacht des großen Kapitals über das kleine bewirken, ist auch der, daß in Zeiten der Krisen das erstere die Schlingen, welche es um das letztere gezogen hält, rasch und sicher zuziehen kann. Ob es im einzelnen Fall vorteilhaft ist, dies zu tun oder nicht, kommt auf die jedesmalige Gestaltung des einzelnen Falles an. Vielfach ist Zuwarten vorteilhafter. Aber dies ändert nichts an der Wahrheit, daß gerade in Zeiten der Krisen das große Kapital seine Herrschaft über das kleine am entscheidendsten ausübt, dasselbe daher, wo es vorteilhaft ist, in sich aufschlingt. Gerade hieran aber wird es verhindert, wenn dem kleinen Kapital der Kredit ermöglicht wird. Wenn trotzdem das Großkapital hiervon Vorteil hat, so ist dies darum der Fall, weil der Ausbeutungszustand länger andauern kann und ihm die Beute schließlich ja doch zufällt. Man kann sagen, daß hierin wenig Vorteil für das kleine Kapital liege. Sicherlich! Allein so ist der Charakter unseres ökonomischen Zustandes überhaupt und alles, was zugunsten des kleinen Kapitals geschehen kann, besteht immer nur darin, dasselbe in seinem Ankämpfen gegen das große zu unterstützen, seine Existenz d. h. seinen Kampf zu verlängern. Die neuen Darlehnskassen wie alle derartigen Einrichtungen nützen also nicht, wie die Volks-Zeitung meint, nur dem Großkapital, sondern sie nützen auch, und zwar vorzugsweise, dem Kleinkapital, nur freilich in der unter den jetzigen Verhältnissen einzig möglichen, nicht sehr trostvollen Weise. Stellt man sich aber einmal auf den Standpunkt dieser jetzigen Verhältnisse, so muß man unbedingt zugeben, daß die neuen Darlehnskassen im Interesse des kleinen Kapitals liegen. Daß trotzdem auch das große Kapital Vorteil davon hat, erklärt sich daraus, daß die Zeche von einem Dritten bezahlt wird: von der Arbeit.

Demzufolge könnte man nun glauben, daß die Arbeiter Nachteil von jenen Kassen hätten. Aber dies ist wiederum unrichtig. Wir brauchen nicht zu versichern, daß die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital (einerlei ob Groß- oder

Kleinkapital) nicht nach unserm Geschmack ist; allein da es sich in der vorliegenden Frage anerkanntermaßen nicht um die Frage handelt, wie man den jetzigen Produktionszustand im großen und ganzen ändern könne, sondern nur darum, wie man unter Voraussetzung dieses jetzigen Zustandes, innerhalb desselben und angesichts einer besonderen Krisis, einige Linderung schaffen könne, müssen wir erklären, daß es allerdings etwas gibt, was noch weit schlimmer ist, als jene Ausbeutung, nämlich das einfache Verhungern der Arbeiter. Zwar wird man durch solche Mittel, wie jene Darlehnskassen sind, sowie überhaupt durch irgend welche Mittel, die sich auf dem Boden des Bestehenden bewegen, bei andauernder Krisis der Not und dem Elend, welche der Arbeiterbevölkerung drohen, nicht abzuhelfen vermögen. Allein es ist sicher, daß wenn man einmal den jetzigen Zustand voraussetzt, immer noch ein Vorteil darin liegt, daß dem kleinen Kapital beigesprungen wird. Würde dies nicht geschehen, so würde die ökonomische Bewegung noch mehr gestört, somit auch die Arbeiterklasse noch schlechter gestellt werden. Denn dies ist ja klar, daß wenn man einmal diesen jetzigen Ausbeutungszustand anerkennt und fortdauern läßt, es immer noch besser ist, daß so und so viel tausend Arbeiter nach wie vor vom Kapital ausgebeutet werden, wobei sie zur Not doch immer noch leben können, als wenn sie gänzlich zugrunde gehen.

Kurz gesagt: das Uebel, welches man durch Herbeiführung der jetzigen politischen Krisis über die ökonomische Bewegung und damit vor allem über die Arbeiterklasse, welche unter den jetzigen Verhältnissen immer am schwersten von allen Störungen der ökonomischen Bewegung betroffen wird, herbeigeführt hat — dieses Uebel ist ein ungeheures. Innerhalb dieses Uebels ist die Errichtung der Darlehnskassen eine Linderung. Diese Linderung ist im Vergleich zu jenem Uebel ein sehr geringer Vorteil, aber immer ein Vorteil.

Dies die Wahrheit in dieser Sache!

Wenn wir nun sehen, daß die Fortschrittspartei mit Heftigkeit gegen die Darlehnskassen agitiert, so müssen wir uns klar machen, daß dies lediglich aus politischen Gründen geschieht. Sie wähnt nämlich durch solche Manöver das Budgetrecht, das sie vermöge ihrer Feigheit bisher sich nicht zu sichern vermochte, erringen zu können.

Wäre Aussicht, daß durch dieses oder ähnliche Manöver der Verfassungskonflikt in Preußen gelöst und die Freiheit errungen werden könnte, wir würden Beifall klatschen — oder vielmehr, wir würden tatkräftig mitwirken und in den ersten Reihen der Kämpfer stehen. Denn alle anderen Erwägungen wären uns gleichgültig, wo es gälte, die Freiheit zu erringen.

Allein dazu ist durch die Bourgeoisie nun und nimmermehr Hoffnung. Denn nun und nimmermehr wird sich dieselbe zu einem entscheidenden Schritt aufraffen, ja, es kann gefragt werden, ob nicht die richtige Zeit für ein entscheidendes Auftreten endgültig verpaßt und daher ein solches Auftreten seitens der liberalen Bourgeoisie überhaupt unmöglich ist. Dies aber steht fest wie die Säulen des Herkules, daß sich um die jetzigen kleinen Quengeleien der Fortschrittspartei die preußische Regierung eben so wenig kümmern wird, wie sie sich in diesen letzten Jahren um all ihr Gewinsel und Geheul gekümmert hat.

Wir haben demnach keinen Grund, der kleinlichen und hoffnungslosen Fortschrittsagitation gegen die Darlehnskassen uns anzuschließen.

IV.

Die gegenwärtige Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Vortrag, gehalten am 16. Juni zu Leipzig, bei Gelegenheit der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.

Meine Herren! Schwer und verhängnisvoll, wie kaum irgend ein Zeitraum in der Geschichte unseres Vaterlandes, sind diese gegenwärtigen Tage. Auf das Aeußerste erbittert, in Waffen gerüstet, stehen kampfbereit die beiden größten deutschen Mächte einander gegenüber: die Urkunde, die bisher dem öffentlichen Rechte Deutschlands zugrunde lag, der deutsche Bundesvertrag, liegt zerfetzt am Boden und schon bringt uns der Telegraph die ersten Nachrichten des ausbrechenden Krieges.

Welches ist innerhalb dieser Wirren unserere politische Aufgabe und unsere politische Pflicht? — Dies ist die Frage, die sich unabweislich an uns herandrängt.

Schwer ist es, in Zeiten hochgehender Bewegung ruhigen Gemüts und ungetrübten Blickes die großen Verhältnisse der Dinge zu erfassen; denn nur allzu leicht wird das Herz von Leidenschaft ergriffen. Aber versuchen wir es, uns die gegenwärtige Sachlage in ihrer wahren Bedeutung klar zu machen und bestimmen wir hiernach, welchen Weg wir, festen Schrittes, zu wandeln haben.

Meine Herren! Welches ist die Lage Deutschlands seit dem Jahre 1815?

In etwa dreißig Staaten ist unser Vaterland geteilt, in dreißig Staaten zerrissen, kaum durch ein gemeinsames Band zusammengehalten und eben darum ohnmächtig nach außen und ohne Achtung in dem Völkerrate Europas.

Inmitten dieser dreißig Staaten sehen wir zwei Mächte an Größe und Staatskraft alle anderen weit überragen, das Habsburgische Oesterreich und das Hohenzollernsche Preußen. Sie beide erschienen bisher als die vornehmsten Stützen des bestehenden Zustandes, daher als die Stützen der nationalen Zerrissenheit und der nationalen Ohnmacht; denn dies ist ja klar, meine Herren, und mit Händen zu greifen, daß stets, wenn die Nation es versuchen wollte, aus ihrer Geteiltheit zur Einheit herauszutreten, nicht die Klein- und Mittelstaaten es waren, welche das eigentliche und nachhaltige Hindernis bildeten, indem diese ja zu schwach waren, einem Volkssturme oder auch nur der langsam wirkenden Macht der öffentlichen Meinung auf die Dauer zu widerstehen. — Oesterreich und Preußen, diese beiden altbegründeten Militärmächte, sie waren es, durch deren nachhaltige Kraft die Nation gegen ihren Willen in ihrer Zerrissenheit erhalten werden konnte.

Was folgt hieraus? Offenbar doch mit zwingender Logik, daß diejenigen, welche die nationale Einheit erstrebten, vor allem suchen mußten, des Gegensatzes zwischen Oesterreich und Preußen Herr zu werden; daß sie beflissen sein mußten, den Dualismus, die Zweiteilung, aus dem Volke herauszubringen, ihn auf die betreffenden Dynastien und ihren Anhang einzuschränken. Es ist ja so unendlich klar, meine Herren, klar wie die Sonne, daß der Dualismus niemals durch den Dualismus, sondern nur durch ein drittes, ein über dem Dualismus stehendes Element zu brechen und zu besiegen ist.

Als dieses dritte Element aber konnte nur eines möglich sein: der deutsche Radikalismus, der, ebensowenig als er etwas

weiß von Nassau oder Hessen, ebensowenig ein Oesterreich oder ein Preußen kennt, der Radikalismus des Deutschtums, der, auf die Zeitideen sich stützend, gleichmäßig die Bevölkerung Wiens und Berlins, dieser großen und entscheidenden Zentralpunkte Deutschlands, gewinnen konnte.

Meine Herren! Sie wissen, daß unsere Partei noch jung ist. Nicht uns — der deutschen Bourgeoisie war die Aufgabe zugefallen, während dieser letzten Jahrzehnte die deutsche Einheitssache zu fördern. Wie aber ist sie dieser ihrer Aufgabe nachgekommen?

Der Dualismus, ich wiederhole es, war das Haupthindernis der deutschen Einheit, den Dualismus galt es auszurotten. Die Bourgeoisie jedoch — es ist unglaublich, aber es ist eine geschichtlich feststehende, eine zweifellose Tatsache — die Bourgeoisie, weit entfernt, dem Dualismus agitatorisch entgegenzuarbeiten, hat denselben im Gegenteil agitatorisch gefördert. Die liberale Bourgeoisie des Nordens predigte die preußische Spitze und veranlaßte eben dadurch die liberale Bourgeoisie des Südens, sich an Oesterreich anzulehnen. Gleichzeitig den Kampf gegen die absoluten Regierungen Oesterreichs und Preußens führen, auf dem Boden des Deutschtums stehend, rücksichtslos den Dualismus bekämpfen — das vermochten jene Schwächlinge nicht, weil sie auf alles vertrauen, auf alles in der Welt, nur nicht auf die eigene Kraft und die Kraft des Volkes. Tiefer und tiefer haben sie das Unheil des Dualismus, die dynastischen Interessen in das Volk hinabgetragen.

Meine Herren! Die schöne Saat hat ihre Früchte getragen. Jahrzehnte lang hat man nach der preußischen Spitze geschrien, Jahrzehnte lang hat man sich um Hohenzollern und Habsburg geschart — wundere man sich nicht, wenn Habsburg und Hohenzollern jetzt Ernst machen.

Nichts, meine Herren, ist ja einleuchtender wie dies: daß, wenn einmal die Frage der deutschen Einheit reif sein würde, die bestehenden Mächte, die großen realen Gewalten in Deutschland, versuchen würden, sich der Lösung dieser Frage, des Ganges der Ereignisse, zu bemächtigen. Diese Gefahr gerade mußte abgewandt werden; denn nahm eine bestehende Macht die Frage in die Hand, so wurde die Lösung im nichtfreiheitlichen, im dynastischen Sinne versucht, während doch die

Aufgabe war, die deutsche Einheitssache aus dem Volk heraus, im freiheitlichen Sinne, zur Lösung zu bringen. (Beifall.)

Meine Herren! Was die liberale Bourgeoisie des Nordens seit Jahrzehnten erstrebt, in diesem Augenblicke hat die preußische Regierung es zu verwirklichen begonnen. Ich bitte Sie dringend, sich zum Bewußtsein zu bringen, daß es für Leute, die das innere Wesen der Dinge, unbeirrt von der äußeren Form, zu erfassen vermögen, durchaus kein innerer Unterschied ist, ob ein konservatives oder ein liberales preußisches Ministerium die Lösung der deutschen Frage versucht; denn unter allen Umständen würde von einem preußischen Ministerium nur eine Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinne, eine Vergrößerung Preußens, eine Verpreußung Deutschlands, versucht werden, und nur die Phrasen, welche dabei zur Anwendung kämen, würden verschieden sein in dem einen oder in dem anderen Falle. Auch hat ja die namenlose Wut der liberalen Bourgeoisie in Preußen gegen das Ministerium Bismarck ihren Grund auch durchaus nicht darin, daß derselbe diese Vergrößerung Preußens versucht, sondern darin, daß er tut, was so gern sie selbst getan hätte.

Die Situation, welche die liberale Bourgeoisie durch ihre elende Anlehnung an dynastische Interessen mitgeschaffen, mindestens mitverschuldet hat, ist nicht etwa diese: Ob Preußen in Deutschland herrschen solle oder nicht; dann wäre ja die Sache nicht so schlimm, denn dann könnte man ja einfach Nein sagen; die Frage steht vielmehr so: Ob Preußen oder ob Oesterreich in Deutschland herrschen soll. Dies gerade ist ja das unendlich Traurige, der namenlose Fluch, den wir unserer Bourgeoisie zu danken haben, daß ein Drittes in Deutschland in diesem Augenblicke und bis auf weiteres nicht mehr möglich ist. Hätte die Bourgeoisie ihre Schuldigkeit getan, stände eine große, eine seit Jahrzehnten gefestigte radikale Partei schlagfertig durch ganz Deutschland da, unsere, der sozialdemokratischen Partei, Aufgabe müßte es sein, vereint mit dieser radikalen Partei des Bürgertums dem drohenden Unheil uns entgegenzuwerfen. Hätte in fester Vereinigung das ganze Volk sich erheben können im deutlichen und festgewurzelten Bewußtsein seines Rechtes und seiner Kraft, dann wäre — ja, dann wäre Hoffnung und Aussicht gewesen, den Bruderkrieg zur Unmöglichkeit zu machen. Dann, aber auch nur dann, hätte sich die

vereinte Volkskraft den beiden streitenden Machthabern mit vernichtender Wucht entgegenwerfen können.

Aber nicht also steht die Sache, meine Herren! Dank der Bourgeoisie ist man in Wien österreichisch-liberal, in Berlin preußisch-liberal, in München bayrisch-liberal, aber nirgends deutsch-radikal. Ein Aufschwung der Nation im entscheidenden Augenblicke war unmöglich, weil man die dynastischen Interessen in ihre Tiefe hinabgetragen hatte. Wir aber, eine Partei, die kaum seit etlichen Jahren besteht, wir können unmöglich die festgewurzelten Folgen, welche das Treiben der Bourgeoisie hervorgerufen, mit einem Zauberschlage aus der Welt bannen; wir können nur feierlich konstatieren in diesem verhängnisvollen Augenblicke, daß, wenn ein Aufschwung des Volkes gegen das Vorgehen seiner Dynastien unmöglich war, die liberale, insbesondere die kleindeutsche Bourgeoisie, der Gothaismus, die Schuld hiervon trägt. Wir können die Sachlage nicht ändern, wir müssen es offen eingestehen: Nur zwei streitende Teile von entscheidendem Gewicht sind in diesem Augenblicke in Deutschland vorhanden: Oesterreich uud Preußen.

Und sind nun, meine Herren, — diese weitere Frage tritt an uns heran — sind diese streitenden Teile derart, daß wir, ohne besondere Veranlassung, uns bewogen finden könnten, für den einen oder den anderen derselben Partei zu ergreifen?

Meine Herren! Wir sind Sozialdemokraten, also vor allem und in erster Linie Demokraten.

Als solche müssen wir alles von uns weisen, was sich um dynastische Streitigkeiten dreht. Der preußische Absolutismus oder die österreichische Verdummungswirtschaft — keines von beiden ist dazu angetan, unsere Begeisterung wachzurufen.

Aber, meine Herren, ist damit die Sache erledigt? Gibt es keinen Fall, der uns zur Parteinahme veranlassen müßte? Sind wir in der Tat dazu verdammt, schweigend diesem ungeheuren Kampfe gegenüberzustehen, tatenlos zuzusehen, wie das Gebäude des Bestehenden in Trümmer geht?

Nein, meine Herren! So steht die Sache nicht, wir haben mit positivem Wirken in den Gang der Ereignisse einzugreifen.

Um deutlich zu erkennen, welches der Weg ist, den wir zu betreten haben, müssen wir auf das innere Wesen, auf den bleibenden Zweck unserer Partei zurückgehen.

Als Ferdinand Lassalle das sozialdemokratische Banner entrollte und wir alle uns um seine Fahne scharten, da waren

wir uns bewußt, daß die Neugründung oder, wenn Sie wollen, die Wiederbelebung der Sozialdemokratie eine Notwendigkeit war. Die liberale Bourgeoisie, ihren vorzüglichsten Ausdruck im preußischen Fortschrittlertum findend, hatte unzweideutig an den Tag gelegt, daß sie nicht willens oder unfähig war, die Interessen des Volks zu verfechten. — Das Volk selbst mußte auf den Kampfplatz treten.

Meine Herren! Wohin wir auch den Blick wenden mögen in den konstitutionellen Staaten, überall tritt uns dieselbe Erscheinung entgegen, überall sehen wir in gleichem Maße die bodenlose Ohnmacht der Bourgeoisie zu Tage liegen. In Preußen, im ausschlaggebenden Staate des deutschen Nordens, hat sie nicht vermocht, den inneren Konflikt zur Lösung zu bringen. Was sage ich, meine Herren, sie hat es so weit gebracht, daß dieser innere Konflikt längst nicht mehr eine praktische Staatsfrage, sondern eine doktrinär-theoretische Zänkerei ist. Es gab eine Zeit, wo viele glaubten, die preußische Bourgeoisie werde mit der preußischen Regierung fertig werden; allein um das Trügerische dieser Hoffnung bloßzulegen, war nur eines nötig: daß ein Mann auftrat.

Dieser Mann ist seinen festen Schritt gegangen, unbekümmert um all das Geschrei und Gewinsel jener „Führer des Volks“, die sich vermessen hatten, Deutschland zu retten, die nationale Einheit herstellen zu wollen. Nicht zu e i n e m entscheidenden Schritte vermochten diese „Führer des Volks“ sich zu ermannen, nicht eine einzige Tat, die die Dinge zur Entscheidung drängen mußte, vermochten sie zu vollbringen. Mit ohnmächtigem Geplapper, fort und fort Parlamentchens spielend, haben sie geduldig jeden Schlag von oben entgegengenommen, ihre Schmach für Märtyrertum, ihre Niederlagen für Triumphe erachtend. Wer noch immer nicht eingesehen hat, daß das preußische Fortschrittlertum unfähig ist, Männern gegenüber auch nur das Leiseste durchzusetzen, der ist politisch stockblind und unrettbar verloren.

Aber, meine Herren, es ist nicht nur so in Preußen, es ist um kein Haar besser in Oesterreich, wo der Kaiser die Verfassung, für deren Unverletzlichkeit er sein kaiserliches Wort verpfändet hatte, ohne Widerstand zu finden, suspendieren konnte; es ist nicht besser in all den Mittel- und Kleinstaaten, wo die vielnamigen Reaktionsminister, unbekümmert um alles Kammergekläffe, tun und lassen, was ihnen und ihren Herren

beliebt. Ja, ihre eigene Parodie hat die Bourgeoisie aufgeführt, sie hat frühere weltgeschichtliche Epochen parodiert, als sie zu Darmstadt eine Ministeranklage erhob. ohne für deren Wirksamkeit Sorge tragen zu können. Es war eine Parodie auf frühere weltgeschichtliche Vorgänge, als die Mirabeaus von Darmstadt sehen mußten, wie der Ministerpräsident v. Dalwigk ihren revolutionären Plan mit einem freundlichen Lächeln entgegennahm.

Darum, meine Herren, weil die liberale Bourgeoisie absolut unfähig ist, irgend etwas zu leisten, darum war es nötig, daß das Volk selbst, die Arbeiter, das arbeitende Volk in die Arena des öffentlichen Lebens trat.

Was ist unser Streben, was ist unser Ziel? Wir wollen die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit; aber wir wollen sie nicht so, wie auch die Bourgeosie sie will, bloß der äußeren Form nach, in rein politischer Beziehung, nein, wir wollen, daß Ernst gemacht werde mit jenen Prinzipien, wir wollen, daß die soziale Frage, die Frage der materiellen Interessen, auf denen alle anderen Fragen ruhen, gelöst werde.

Wie kommen wir zu diesem Ziele, welches ist das Mittel zum Zweck?

Ferdinand Lassalle hat es mit festen und bestimmten Worten ausgesprochen, als er Ihnen zurief: Verlanget vor allen Dingen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! Verlangt es mit allem Nachdruck! Verlangt es mit Aufwendung aller Eurer Kräfte!

Meine Herren! Sind wir diesem Programm, dem wir zugejauchzt in den Tagen der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, sind wir diesem Programm nachgekommen?

Nein, meine Herren, wir haben dies nicht getan; wir haben das allgemeine Stimmrecht nicht mit vollem Nachdruck gefordert, wir haben es nicht verlangt mit Daransetzung aller unserer Kräfte.

Ist es noch Zeit — so müssen wir uns heute fragen — das Versäumte nachzuholen? Und ich antworte Ihnen: Es ist nicht nur Zeit, das Versäumte nachzuholen, sondern niemals war die Lage günstiger für uns als in diesem Augenblicke.

Meine Herren! Wie vollzieht sich der Fortgang zum Besseren in der Weltgeschichte? Selten durch ein unmittelbares Sichaufraffen der Volkskraft! Meist dadurch, daß das

Volk klug und sicher die Verlegenheiten der Machthaber zu benutzen weiß. Meine Herren! Der Minister, der vorzugsweise die preußischen Geschicke lenkt, der Graf von Bismarck, hat richtig erkannt, daß er gegen den österreichischen Kaiserstaat nicht nur mit preußischen Armeen, daß er auch mit den Ideen der Zeit gegen Oesterreich kämpfen muß. Er hat ein deutsches Parlament nach allgemeinem Wahlrecht, neuestens nach dem Wahlgesetz von 1849, beantragt und wir freuen uns dessen; denn es ist eine Konzession, die ihm abgenötigt wurde durch die Schwere der politischen Lage; eine Konzession nicht an die liberale Bourgeoisie, eine Konzession, meine Herren, an uns.

Aber wir begnügen uns nicht mit diesem ersten Schritte, der nur ein halber Schritt ist. Wir verlangen mehr, wir müssen der preußischen Regierung klar machen, daß wir uns nicht abfinden lassen mit halben Maßregeln. Meine Herren! Es gilt in diesem Augenblicke, das allgemeine Stimmrecht in Preußen, für die preußische Kammer, zu erobern. (Beifall.)

Kein Augenblick, meine Herren, kann günstiger sein, die erste wichtige Forderung unseres Programms zur Verwirklichung zu bringen! Wenn das arbeitende Volk aufsteht durch ganz Preußen und sein ewiges, sein unverjährbares Recht verlangt, wie sollten die Machthaber, die zerfallen sind mit den deutschen Regierungen, zerfallen mit der Bourgeoisie, wie sollten sie es wagen, auch das arbeitende Volk zurückzustoßen? Und Sie Alle im übrigen Deutschland müssen Ihren preußischen Brüdern zur Seite stehen, denn wenn Ihre Sache sich Bahn gebrochen hat in Preußen, welcher andere Staat sollte Ihnen länger Ihr Recht vorenthalten? Das allgemeine Stimmrecht errungen in Preußen ist das allgemeine Stimmrecht errungen in Deutschland.

Mut und Selbstvertrauen, meine Herren, in diesem entscheidenden Augenblicke! Wenn Sie auftreten mit Ihrer ganzen Kraft und Ihrer ganzen Entschiedenheit, die preußische Regierung muß Ihnen nachgeben, Sie werden den ersten glänzenden Triumph in Ihren Parteiwegen erringen.

Ich weiß es, Arbeiter, die Bourgeoisie wird über ein solches Auftreten des arbeitenden Volkes Zeter und Mordio schreien. Aber Ihr werdet sie schreien und toben lassen und dabei nie vergessen, daß je mehr die Bourgeoisie tobt und schreit, desto mehr Ihr in Eurem Rechte seid. (Beifall.)

Es ist nicht schwer, die Anschuldigungen und Vorwürfe vorauszusehen, die man erheben wird.

Ihr gebt — so wird man zum ersten rufen — um das allgemeine Stimmrecht in der deutschen Frage die Sache des Rechts und der Freiheit an die preußische Regierung hin! Aber, meine Herren, wenn man Ihnen dies sagt, so werden Sie antworten: Wir geben gar nichts hin, wir verlangen einfach unser gutes Recht — wir verlangen dieses unser Recht von der Regierung, wie ja auch Ihr hundert Dinge von ihr verlangt. Und überdies: seit wann sind denn das Recht und die Freiheit der Nation bei der österreichischen Regierung? Nicht Gewalt steht gegen Recht in diesem Kampfe zwischen Oesterreich und Preußen; es steht preußische Gewalt gegen österreichische Gewalt. Freilich, meine Herren, niemals dürften wir die Sache des Rechts und der Freiheit dahingeben — nicht für das allgemeine Stimmrecht und nicht für alle Güter der Welt. Aber Oesterreich, das konkordatliche Verdummungs-Oesterreich, oder vielmehr seine Regierung, die dürfen wir, die wollen wir hingeben um das allgemeine Stimmrecht, ebenso wie wir Preußen und seinen Absolutismus gern hingeben würden, wenn Oesterreich den Weg der Konzessionen an uns betreten hätte. Wir haben uns auf denjenigen Punkt zu werfen, wo wir Aussicht und Hoffnung haben, das fundamentalste Volksrecht zu erringen, und wir werden uns darin nicht irre machen lassen durch alles Geschrei unserer Gegner. (Beifall.)

Oesterreich, meine Herren, Oesterreich! Ist es erhört, daß das Recht und die Freiheit bei Oesterreich sein sollen? Lügner und Betrüger sind es, die Ihnen vorsagen, bei Oesterreich sei das Recht und sei die Freiheit. Was ist denn bei Oesterreich? Die Bundeswirtschaft und die Vielstaaterei! Dieser „Rechtszustand", welcher bisher in Deutschland bestanden, diese Bundeswirtschaft, die wir verflucht und verdammt haben in Grund und Boden hinein, ist das das Recht der Nation? Die reaktionäre Wirtschaft in Oesterreich selbst und in den Mittel- und Kleinstaaten, ist das die Freiheit des deutschen Volkes? Nein, meine Herren, dieser ganze bisherige „Rechtszustand" war für uns nichts anderes als der in Rechtsform gebrachte Verrat an der Nation, und ob vom Standpunkte dieses Bodens Oesterreich Recht hat oder nicht, danach haben wir nichts zu fragen, darum können wir uns nicht kümmern. Gewalt steht

gegen Gewalt, und das Recht der Nation ist bei keinem der streitenden Teile.

Darum, noch einmal, meine Herren: nicht das Recht und die Freiheit würden wir hingeben an die preußische Regierung um das allgemeine Stimmrecht; was wir hingeben würden, ist die österreichische Regierung und der Bundestag, und dieses Geschenk, meine Herren, dürfen wir mit gutem Gewissen machen. (Beifall.)

Allein noch ein anderes wird man Ihnen entgegenwerfen. Man wird Ihnen zurufen: Ihr verlaßt uns, die Fortschrittspartei, in unserem Kampfe um die preußische Verfassung. Aber Sie werden diesen Rufern antworten: Wir kümmern uns den Teufel um Euren elenden Quark und Plunder. Wenn wir auch nur die leiseste Hoffnung noch haben könnten, daß Ihr diesen Konflikt zur Lösung zu bringen fähig wäret, so wären wir eben so bemitleidenswert wie Ihr selbst. (Beifall.)

Bedenken Sie, meine Herren, wenn seit Jahren noch Hoffnung war, daß die preußische Fortschrittspartei den Konflikt zur Lösung bringen könne, dann waren wir damals im Unrecht, als wir uns von ihr lostrennten, dann mußten wir sie unterstützen, nicht ihr entgegentreten. Aber wir wissen, daß niemals, niemals, und wenn wir Jahrhunderte lang warten wollten, jener Konflikt von der Stelle rücken werde. Wir wissen, daß es ganz gleichgültig ist, ob jetzt jene Leute Gelder bewilligen oder nicht, gerade so gleichgültig wie es bisher war, ob sie das Budget annehmen oder nicht. Wer ist der erste unter uns, der aufstehen will und sagen, Lassalle handelte falsch und gegen die Volkssache, als er sich der Fortschrittspartei entgegenwarf?

Sie wissen, wie vernichtend Lassalle die Unfähigkeit und die Ohnmacht der liberalen Bourgeoisie kennzeichnete. Aber, meine Herren, wir haben inzwischen ein noch schlagenderes Argument erhalten, ein Argument, welches Lassalle nicht haben konnte, da dasselbe neueren Datums ist.

Erlauben Sie, daß ich Sie an die Kölner Festangelegenheit erinnere, und vernichtend soll unsere Anklage auf die liberale Bourgeoisie niederfallen.

Jahrelang, meine Herren, hatten wir geklagt, daß die Fortschrittspartei in Sachen des inneren Konflikts nicht den Mut habe, aus ihrer Passivität herauszutreten und einen tatkräftigen Widerstand gegen den Absolutismus zu beginnen; verhöhnt

und verlacht hatten wir sie ob ihrer Feigheit. Da endlich, endlich schien sie einmal entschlossen, eine Tat zu wagen; sie fügte sich dem Festverbote nicht und es schien einen Augenblick, als werde sie den Kampf mit dem Absolutismus aufnehmen. An der Seite der Bourgeoisie war damals unser Platz. Mochten wir zehnmal überzeugt sein, und voraussehen, daß sie im entscheidenden Augenblick sich wieder ängstlich verkriechen würde; dennoch war unser Platz an ihrer Seite und mußten wir zeigen, daß wir den Mut nicht nur gegen den Geldsack, daß wir den Mut ebenso gegen die Staats- und Polizeigewalt haben. (Beifall.)

Aber, meine Herren, wie war der Ausgang dieser großen und berühmten Festangelegenheit, die ein Prüfstein war für die Tatkraft der Parteien? Der Held und Abgott der Borgeoisie, der große Bürger Classen-Kappelmann, ergriff am entscheidenden Tage das Hasenpanier (große Heiterkeit und Beifall); scheu und mutlos zog die Bourgeoisie, sobald sie den ersten Ernst der Regierung sah, sich zurück, und wir, wir allein standen im ungleichen Kampfe. Sie, Ihre Versammlungen, die Versammlungen Ihrer preußischen Brüder, waren es, die überall der Polizeigewalt sich entgegenwarfen, und von der ganzen preußischen Presse war es allein Ihr Organ, das mit unbeugsamer Hartnäckigkeit den Kampf durchfocht. Die Bourgeoisie aber wand Blumenkränze für einen Hanswurst und pries ihre Kölner Flucht als Heldentat. (Großer Beifall.)

Meine Herren, in meinen stillen Kerkermauern, die ich der Kölner Festangelegenheit verdankte, erfaßte wohl oft mich glühender Ingrimm; aber nicht gegen den preußischen Absolutismus wandte sich dieser Ingrimm, er wandte sich gegen das feige, das elende Fortschrittlertum, das so gar nichts getan hatte in jenen entscheidenden Tagen. Ich überlegte mir, meine Herren, mehr als einmal, daß, wenn meine Kollegen von der Presse so ihre Schuldigkeit getan hätten, wie ich sie getan, sie alle durch das ganze Preußenland hätten sitzen müssen, oder vielmehr, eben darum, weil man nicht alle setzen konnte, keiner von uns. Sie Ihrerseits werden sich überlegt haben, daß, wenn die Bourgeoisie in ihren Versammlungen so ihre Schuldigkeit getan hätte, wie Sie sie getan, alle die Strafen und Polizeiplackereien, die gefolgt sind, eine Unmöglichkeit waren. Sie werden sich mit einem Wort zum Bewußtsein

gebracht haben, daß die Bourgeoisie in einem Kampfe, in welchem sie Ihnen hätte vorangehen müssen, Sie schmählich sitzen ließ.

Aber, meine Herren, so unglaublich es klingt, so unerhört es ist, das ist noch nicht alles, es ist noch weit Aergeres geschehen. Verdächtigt, herabgesetzt hat man die Arbeiter, weil sie, tatkräftig, wie es Männern geziemet, auftraten in jenem Kampfe. Verdächtigt hat man sie, weil jene Schwächlinge nicht einmal eine Vorstellung davon haben, wie man politische Kämpfe auszukämpfen hat.

Ich will Ihnen sagen, wie die Bourgeoisie dauernd zu handeln hatte. Sie mußte das Fest abhalten, trotz aller Verbote, selbst auf die Gefahr eines Zusammenstoßes hin. Sie mußte sofort ähnliche Feste in erhöhtem Maßstabe in den verschiedensten Teilen des Landes anordnen nnd abhalten, wiederum trotz aller Verbote und auf die Gefahr von Zusammenstößen hin. Sie mußte, in immer sich verengendem Kreise von allen Seiten auf die Hauptstadt vorrückend, die politische Aufregung in den Zentralpunkt tragen, um daselbst in einem letzten Anlauf, unterstützt von der Aufregung der Provinzen, die Dinge zum Biegen oder Brechen zu bringen. Statt dem, meine Herren, Blumenkränze und Weibergedichte — statt dem sogar — es übersteigt jede Vorstellung —, statt dem sogar Verdächtigungen derer, die allein Widerstand gezeigt hatten.

Meine Herren, die Sünde, die damals die Bourgeoisie gegen uns begangen, soll ihr nicht vergessen werden. Verlassen, schmählich verlassen hat sie uns im Kampf gegen den Absolutismus. Die Kölner Festangelegenheit war unser letzter Versuch, mit der liberalen Bourgeoisie gegen den Absolutismus Hand in Hand zu gehen: Wir haben erkannt — einmal für allemal —, daß schmachvoll verlassen wird, wer mit diesen Leuten zu gemeinsamem Kampfe ein Bündnis flicht. (Beifallt)

Und diese Leute sollten es wagen, wenn wir jetzt, unbekümmert um sie, unseren selbständigen Weg gehen, uns mit Vorwürfen entgegenzutreten? Lassen Sie sie nur den Mund auftun, sie sollen Dinge zu hören bekommen, daß ihnen die Ohren gellen.

Was also tut not im gegenwärtigen Augenblicke?

Dies ist unsere Aufgabe, unser klares festes Programm: Das allgemeine Stimmrecht haben wir uns zu erobern, den ersten gewaltigen Schritt auf unserer Bahn haben wir vorwärts

zu tun. Die Agitation, die wir hierzu ins Werk setzen müssen, haben wir sofort ohne alles Zaudern zu beginnen; jeder Tag der Zögerung wäre ein unwiderbringlicher Verlust. Wir müssen diese Agitation durchsetzen mit allem Nachdruck, mit Anspannung all unserer Kräfte. Sparen wir nicht Geld und nicht Opfer! Kein Opfermut kann zu groß sein, wo es gilt, den ersten großen Parteisieg zu erringen.

Im ganzen preußischen Staat, und in zweiter Linie durch ganz Deutschland, so weit unser Einfluß reicht, müssen Massenversammlungen gehalten werden, die das allgemeine Stimmrecht als ein unveräußerliches, als ein selbstverständliches Recht des Volkes gebieterisch, ja drohend von der preußischen Regierung verlangen. Diese Versammlungen müssen sich steigern zu Gauversammlungen, ja vielleicht zu einer allgemeinen Monstreversammlung, auf der ganz Deutschland vertreten ist. Haben Sie Mut und Selbstvertrauen, der Sieg kann uns nicht fehlen! Kann einer unter Ihnen sein, meine Herren, der ein Bedenken hätte, daß wir zurückgehen wollen auf unser ursprüngliches Programm? Welches Bedenken wäre denn möglich? Das Schlimmste, was ja für die Sache des Volkes daraus erwachsen könnte, wäre nur dies, daß, wenn wir uns wirklich Einfluß auf die Staatsangelegenheiten gesichert hätten, wir uns als ebenso ohnmächtig erwiesen wie die Bourgeoisie. Schlimmer also als die Dinge jetzt stehen, können sie durch unser Vorgehen nicht werden, wohl aber, meine Herren, können sie und werden sie besser werden; denn das Volk ist nicht wie die Bourgeoisie, das Volk hat Vertrauen in seine eigene Kraft.

Meine Herren, der Präsident, den Sie auf der Generalversammlung für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein wählen — wie ich hoffe und voraussetze, unser bewährtes Mitglied Perl aus Hamburg —, findet eine schwere Aufgabe vor: die Aufgabe, den Verein wieder in alter Kraft herzustellen. Und wenn Sie eine Resolution annehmen, daß wir wirklich vorgehen wollen in dem Sinne, wie ich es Ihnen vorgeschlagen habe, so wird dem neuen Präsidenten eine weitere Aufgabe zufallen, diejenige nämlich, die Agitation für das allgemeine Stimmrecht mit Kraft und Nachdruck in Angriff zu nehmen und zu leiten. Wir sind überzeugt, daß er dieser Aufgabe, welche eine würdige Aufgabe für die Tatkraft eines Mannes ist, gewachsen sein, daß er sie gut und richtig zu Ende führen wird.

Brauche ich noch hinzuzufügen, meine Herren, daß wir ganz selbständig auf unserem eigenen Boden zu stehen haben, ohne Kompromisse mit einer sogenannten „Volkspartei“ oder anderen Elementen. Unser Boden, meine Herren, ist breit und fest genug, daß wir alle sicher und bequem darauf stehen können. „Volkspartei“! Sehen Sie denn nicht, daß diese „Volkspartei“ weiter nichts ist, als die lose zusammengekitteten Trümmer und Abfälle früherer Bourgeoisparteien, ebenso ohnmächtig wie ihre liberalen Brüder vom Fortschritt? Die liberale Bourgeoisie ist ohnmächtig in allen ihren Schattierungen und der ganze Unterschied zwischen den Herren vom Fortschritt und denen der „Volkspartei“ besteht darin, daß bei gleicher Bedeutungslosigkeit die einen etwas lauter schreien als die anderen. (Beifall.)

Meine Herren! Sie allein mit Ihrem materiellen Klasseninteresse, das hinter der Freiheit steht, Sie allein haben innere Kraft und nachhaltiges Gewicht. Darum hat man Sie zu kirren gesucht, darum hat man Sie gewinnen wollen; aber umgekehrt! Zu Ihnen hat zu kommen, wer helfen will am Werk der künftigen Volksbefreiung (Beifall), an diesem Werke, welches zuletzt, trotz aller Machthaber der Welt, Ihr eigenstes Werk, das Werk des arbeitenden Volkes sein wird. (Beifall.)

Meine Herren! Ich bin zu Ende. Aber weil ich weiß, daß das, was ich hier gesprochen, vielfacher Verdrehung unterliegen wird, will ich den Inhalt meiner Rede in wenige kurze und scharfe Sätze zusammendrängen, damit niemand wagen kann, uns mißverstehen zu wollen.

Hätte die Bourgeoisie seit Jahrzehnten in Deutschland ihre Schuldigkeit getan, so war im entscheidenden Augenblicke ein nationaler Aufschwung gegen die Machthaber möglich. Aber die Bourgeoisie hat das Gegenteil getan; sie vor allem trägt die Schuld, daß gegenwärtig Deutschland nur die Wahl hat zwischen Oesterreich und Preußen.

In diesem Kampfe zwischen diesen beiden Mächten, die uns gleichmäßig fern stehen, haben wir zunächst weder für die eine noch für die andere Partei zu ergreifen.

Aber wir haben zu untersuchen, ob wir nicht, die Verlegenheiten der Machthaber benutzend, unsere Parteisache zu fördern vermögen.

Als das Notwendigste haben wir von jeher erkannt, und daher als erstes in unser Programm gesetzt: Die Erringung des allgemeinen Wahlrechts. Der Augenblick in Preußen ist

günstig: wir müssen eine Agitation von entscheidender Kraft zur Erlangung des allgemeinen Stimmrechts ins Land hineinwerfen.

Diese Agitation muß von den Arbeitern in ganz Deutschland unterstützt werden; denn das allgemeine Stimmrecht in Preußen ist das allgemeine Stimmrecht in Deutschland.

Dies, meine Herren, der Weg, den wir, unbekümmert um alles Geschrei unserer Gegner, festen Schrittes und frohen Mutes, im Bewußtsein des sicheren Sieges zu wandeln haben,

Und wenn Sie mich nun schließlich fragen, ob wir, wenn denn in Preußen sich Aussicht zeigte, daß wir unsere Sache fördern können, nicht doch noch Partei zu ergreifen hätten in diesem Streite, in welchem es sich vorerst — dank der Bourgeoisie — lediglich darum handelt, ob Oesterreich oder ob Preußen in Deutschland herrschen soll — wenn Sie mich fragen, ob wir in diesem Streite nicht Partei zu ergreifen hätten, so antworte ich Ihnen:

Noch nicht!

Wenn es uns aber gelingt, die preußische Regierung weiter zu treiben auf dem Wege der Konzessionen an uns — wenn die Dinge sich so gestalten, daß in Preußen allein unsere Operationsbasis sein kann, während in Oesterreich uns wie bisher die Hände gebunden bleiben, dann, meine Herren, ja dann werden wir Partei ergreifen, nicht wie Lügner und einfältige Schwätzer sagen, gegen das Recht und die Freiheit der Nation, wohl aber gegen die österreichische Regierung nnd die Bundeswirtschaft; dann werden wir hoffen und wünschen, dann werden wir, so viel wir können, das Unsere tun, daß der Sieg nicht bei den Fahnen Oesterreichs, sondern bei den Fahnen Preußens, nicht bei den Fahnen Benedeks, sondern bei den Fahnen Bismarcks und Garibaldis sei. (Anhaltender Beifall.)

Anmerkungen.

Am 8. April 1866 hatte Bismarck sein Angriffsbündnis mit Italien gegen Oesterreich abgeschlossen, am 9. April brachte er den Antrag an den Bundestag, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung zu einem noch näher zu bestimmenden Tage zu berufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten, in der

Zwischenzeit aber durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen herzustellen.

Bismarck spielte damals ein verschlagenes Doppelspiel wie zwischen den Dynastien und der Nation, so auch zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Den Dynastien ließ er durch seine Offiziösen offenbaren, das deutsche Parlament solle nur ein Mittel sein, die bürgerlich-nationale Bewegung lahmzulegen, mit der sie auf eigene Faust doch nicht fertig werden könnten; am preußischen Abgeordnetenhause habe er gezeigt, wie man den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus ruinieren könne. Der Nation aber ließ er durch dieselben würdigen Federn die mittel- und kleinstaatlichen Regierungen denunzieren, so zwar, daß diese Regierungen sich nicht aus Liebe für den Erbprinzen von Augustenburg in einen Existenzkampf stürzten, sondern ihre Truppen nur gegen die Verwirklichung der bescheidensten nationalen Forderungen aufböten.

Aehnlich war sein Doppelspiel zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die halbamtliche Provinzial-Korrespondenz verkündete, daß die einheitliche Zusammenfassung der deutschen Streitkräfte die preußischen Militärlasten auf ganz Deutschland abwälzen und dadurch den Verfassungskonflikt beseitigen werde, und der ganz amtliche Staatsanzeiger enthüllte als die Grundzüge der geplanten Bundesreform Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, einheitliches Münz-, Maß- und Gewichtssystem, Schutz des deutschen Handels im Auslande und andere leckere Gerichte mehr nach dem Geschmack der kapitalistischen Produktionsweise. Dagegen sollte das Proletariat mit dem allgemeinen Stimmrecht geködert werden. Es war die Zeit, wo Bucher bei Marx anklopfte wegen Mitarbeit am Staatsanzeiger, wo Wagener bei Dühring für den „intimen Gebrauch des Ministeriums" eine Denkschrift über die Frage bestellte, wie „etwas für die Arbeiter getan" werden könne, wo die Gräfin Hatzfeldt alle Minen springen ließ, um den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zum willenlosen Werkzeuge Bismarcks zu machen.

Es ist danach sehr wahrscheinlich, daß die Regierung ihre Hintergedanken hatte, als Schweitzer am 9. Mai aus dem Gefängnis beurlaubt wurde, nachdem alle ärztlichen Zeugnisse, die er im Laufe des Winters über seinen leidenden Gesundheitszustand eingereicht hatte, ohne jede Wirkung geblieben waren. Nicht wahrscheinlich ist jedoch, vielmehr ganz ausgeschlossen die Ansicht G. Mayers, daß Schweitzer selbst, durch irgendeinen Kanal, vielleicht durch Hermann Wagener, Bismarck die Vorteile nahegelegt habe, die der Sache Preußens aus seiner Freilassung erwachsen würden. Trotz seiner sonstigen Vorurteilslosigkeit hält es der Biograph Schweitzers sogar, wenn auch nicht entfernt für erwiesen, so doch

nicht für völlig unmöglich, daß Schweitzer von der Regierung eine mäßige Summe zur Agitation für das allgemeine Stimmrecht erhalten habe. Wenn G. Mayer selbst meint, daß sich tatsächliche Anhaltspunkte für diese Annahme in den zugänglichen Quellen nicht hätten auffinden lassen, so gibt es jedoch einen tatsächlichen Anhaltspunkt, der diese Annahme gänzlich ausschließt. Da Schweitzer am 9. Mai aus dem Gefängnis beurlaubt wurde, aber am 21. Mai eine dringend notwendige Vorstandssitzung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins daran scheiterte, daß die Vereinskasse nicht soviel aufzubringen vermochte, um dem damaligen Präsidenten Tölcke die Eisenbahnfahrt dritter Klasse von Iserlohn nach Hamburg zu ermöglichen, so müßte sich Schweitzer allerdings um eine außerordentlich „mäßige Summe" an Bismarck verkauft haben.

Aber auch gegen die Annahme, daß Schweitzer bei seiner Beurlaubung die Hand im Spiele gehabt habe, gibt es einen schlagenden Gegenbeweis, nämlich den Artikel über Die Arbeiter und das neueste Großpreußentum, den Schweitzer, wie das Datum zeigt, noch aus dem Gefängnis in den Sozialdemokraten zu bringen gewußt hat. In diesem Artikel stellt Schweitzer seinen großdeutsch-revolutionären Standpunkt dem Bismärckischen Spiel gegenüber, und das soll er getan haben, während er der Regierung in Aussicht stellte, mit ihr zu kramen!

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis hat er sich freilich nicht in das hilflose Durcheinander der Fortschrittspartei gemischt, von der die einen über den drohenden „Bruderkrieg" jammerten, die anderen die deutsche Demokratie zu den preußischen Fahnen riefen und die dritten an der nebensächlichen Frage der Darlehnskassen nachträglich den Heldenmut beweisen wollten, den sie bei hundert wichtigeren Anlässen nicht bewährt hatten. Diesen Humbug hat Schweitzer sogar durch ein paar treffliche Artikel zerstört, nicht um Bismarcks willen, dem das fortschrittliche Geschrei über die Darlehnskassen vollkommen gleichgültig sein konnte, aber um der kleinen Leute willen, für die es in der Tat von großem Interesse war, über Wert oder Unwert der Darlehnskassenscheine unterrichtet zu werden. Allein der Politik Bismarcks hat Schweitzer ebensowenig wie der fortschrittlichen Politik ein Zugeständnis gemacht.

Er entwickelte seinen Gedankengang zuerst in der Artikelreihe: Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Demokratie. Indessen brach er diese Artikel ab, da der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden können, sich endgültig aufzulösen schien. Jedoch als die Dinge, in erster Reihe dank dem energischen und geschickten Eingreifen Schweitzers, wieder soweit geordnet waren, daß der Verein eine General-

versammlung in Leipzig abhalten konnte, entwickelte Schweitzer in einem Vortrage die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei in der damaligen Weltlage. Eines weitläufigen Kommentars bedarf dieser Vortrag so wenig, wie die Artikelreihe über Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Demokratie.

In kurzer Zusammenfassung sagte Schweitzer: Dank der Feigheit der Bourgeoisie ist die Möglichkeit einer nationalen Revolution verpfuscht. Die deutsche Frage besteht nur noch zwischen Habsburg und Hohenzollern. Weder von jenen noch von diesen hat die Nation etwas zu erwarten. Aber Bismarck ist durch die politische Lage gezwungen worden, den Trumpf des allgemeinen Stimmrechts auszuspielen. Er hat es nur aus Verlegenheit getan, aber es ist die Sache der Arbeiterklasse, die Verlegenheit der Machthaber auszunutzen, aus dem scheinbaren Zugeständnis durch eine umfassende Agitation für das allgemeine Stimmrecht einen wirklichen Fortschritt zu machen. Gelingt dem Proletariat, die preußische Regierung auf diesem Wege voranzutreiben, so ist der Sieg Hohenzollerns zwar nach wie vor ein schweres Uebel, aber doch das kleinere Uebel gegenüber einem Siege Habsburgs, von dem die Nation nichts zu erwarten hat, als die Fortdauer der elenden Bundestagswirtschaft und der jämmerlichen Kleinstaaterei.

Heut, wo es die historische Entwickelung längst zum Gemeinplatz gemacht hat, daß der Sieg Preußens 1866, wie 1870 und 1871, in der Tat das kleinere Uebel gewesen ist, braucht kein Wort mehr darüber verloren zu werden, ob die damalige Politik Schweitzers berechtigt war oder nicht.

Achtes Kapitel.

Nach dem Kriege.

I.

Mit Blut und Eisen.

20. Juli 1866.

Mit Blut und Eisen — so sprach seinerzeit der preußische Ministerpräsident — „mit Blut und Eisen nur kann die deutsche Einheit geschaffen werden."

Und er hatte recht! Mochte das Werk der deutschen Einheit begonnen werden von oben — durch Regierungsinitiative — oder von unten — durch Volksinitiative, d. h. durch Revolution — immer waren Blut und Eisen nötig, um die hundertfach festgewurzelten Hindernisse zu überwinden. Kein großes Werk in der Weltgeschichte ist noch geschaffen worden ohne Blut und Eisen.

Unsere Hoffnung war, daß die Nation in ihrer eigenen Sache die Initiative ergreifen, daß sie durch eine deutsche Revolution ein nationales Deutschland schaffen werde.

Diese Hoffnung hat sich nicht bewahrheitet; nicht das deutsche Volk, die preußische Regierung hat die Lösung der deutschen Frage in die Hand genommen und — was entscheidend ist — sie hat dies bis jetzt mit großem Erfolg und unter erstaunlicher Kraftentwickelung getan.

Die Aufgabe, welche, wie die Dinge tatsächlich liegen, den nationalgesinnten Parteien, insbesondere der nationalen Demokratie, in diesem Augenblicke zufällt, kann nur darin bestehen, durch Einwirkung auf die preußische Regierung, das Schlimme, welches von ihr droht, möglichst abzuwenden, das Gute, welches von ihr kommen kann, möglichst zu erhöhen.

Mit allem Nachdruck und unter Aufwendung aller seiner Kraft aber muß jeder, der ein Herz für das deutsche Vater-

land hat, dafür einstehen, daß nicht das Vorgehen Preußens zu einem Verrat an Deutschland werde.

Einen solchen Verrat an Deutschland aber raten gleichzeitig die Kreuz-Zeitung und die National-Zeitung der preußischen Regierung an.

Die Sachlage ist sehr einfach.

Wir hofften die deutsche Einheit zugleich mit der deutschen Freiheit zu erringen.

Angesichts der tatsächlichen Lage ist diese Hoffnung für den Augenblick geschwunden, aber wir haben wenigstens die Aussicht, einstweilen die Einheit zu erringen.

Das Gegenteil dieser Einheit aber ist eine dauernde Spaltung unseres Vaterlandes in Nord und Süd, die sogenannte Mainlinie. An jeden Gedanken eher kann der Vaterlandsfreund sich gewöhnen, als an diesen Gedanken einer förmlich sanktionierten Zerreißung unseres zusammengehörigen Gesamtvaterlandes.

Dies aber gerade ist es, was in trauriger Uebereinstimmung das Organ des Junkertums und das Organ des Fortschrittlertums der preußischen Regierung anraten.

Die National-Zeitung, nachdem sie ihren schwachmütigen Lesern die Mainlinie mundgerecht gemacht, bemerkt:

> Demnach werden sich alle Hoffnungen vorerst auf das nördliche Deutschland beschränken müssen. Also nur ein Großpreußen, nur ein Kleindeutschland nördlich vom Main, hören wir rufen. Allerdings werden patriotische Hoffnungen zerstört, wenn eine Grenzlinie in Deutschland gezogen wird. Aber wir dürfen uns nicht der Notwendigkeit der Dinge verschließen, wir müssen die Tatsachen nehmen, wie sie sind. Mag der Name Deutschland für den Augenblick zu einer bloß geographischen Bezeichnung herabsinken — viel mehr bedeutete er politisch nach dem bisherigen Bundesrecht auch nicht — wir ziehen einen mächtigen deutschen Staat, eine wirkliche politische Organisation in einem Teile Deutschlands der verbürgten Unordnung und Nichtigkeit des Ganzen vor. Begründen wir einen starken Kern; die Dinge sind in das Rollen gekommen; das Uebrige wird folgen. Hat man denn in Italien den Piemontesen einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich 1859 auf die Lombardei und die Herzogtümer beschränkten?

So? Aber, wenn man Italien in eine süditalienische und eine norditalienische Staatsschöpfung hätte teilen wollen — hätten auch dann die Männer der italienischen Einheit ruhig stillgeschwiegen?

Noch zynischer tritt der Gedanke in der Kreuz-Zeitung auf. In derselben heißt es:

> Mögen doch jene süddeutschen Regierungen einen perpetuierlichen festen Bund schließen mit Oesterreich und dabei die Frucht ihrer Saaten und Taten voll genießen, — wenn sie nur auch den Norden Deutschlands für sich sorgen lassen. Wollen sie das doch nicht, — nun, so werden sie eben Krieg gegen uns führen müssen bis aufs tz.

Also der Süden soll machen, was er will, der Norden soll machen, was er will: Nord- und Süddeutschland gehen sich in Zukunft nichts mehr an.

Nein, nein, Ihr Herren, so steht die Sache nicht. Ihr sollet die Wahrheit hören.

„Blut und Eisen“, wißt Ihr, was in diesen Worten liegt? Es liegen darin die großen, die unnennbaren Opfer, die das Volk an Eigentum, Gesundheit und Leben bringen muß. Es liegen darin die zerschmetterten Hirnschädel, die abgenommenen Beine, die amputierten Arme lebenskräftiger Männer, es liegen darin die Tränen der Verzweiflung, die aus den Augen trauernder Mütter, Töchter, Bräute auf die frischen Gräber niederrinnen.

Ihr habt gewagt, solche Opfer vom Volke zu verlangen — und Ihr solltet jetzt wagen, die einzige Sache zu verraten, die eine Entschuldigung für Euer Tun sein kann?

Wenn aus diesem Kriege, den Ihr begonnen, ein geeinigtes Deutschland hervorgeht, so wird die Nation das „Blut und Eisen“, das dieser Krieg gekostet, Euch gern verzeihen — so Ihr aber dieses „Blut und Eisen“ nur gefordert habt, um aus einer schmachvollen Zersplitterung unseres Vaterlandes eine noch schmachvollere Zerreißung desselben zu machen, so ist klar, daß Ihr gewissenlos genug waret, für elende dynastische Interessen das Herzblut unseres Volkes zu vergeuden.

II.
Die Mainlinie.

1. August 1866.

Die Mainlinie hat von jeher in Deutschland bei allen patriotisch Gesinnten für das größte der möglichen Uebel gegolten: denn im Gegensatz zur erstrebten nationalen Einheit bezeichnet sie die dauernde Zerreißung unseres Vaterlandes in ein Nord- und ein Süddeutschland.

Aber es ist eine auf mangelndem Verständnis beruhende Unrichtigkeit, vielfach auch eine bewußte, aus Parteizwecken hervorgegangene Verdrehung der Sachlage, wenn behauptet wird, das Deutschland, wie es aus den preußischen Siegen dieser letzten Wochen und aus dem bevorstehenden Frieden hervorgehen wird, sei das Deutschland der Mainlinie.

Es ist die Manier der liberalen Bourgeoisie, bei ihren Parteiagitationen den wahren Sachverhalt der Dinge zu verdrehen, um aus solcher Verdrehung eine Handhabe zum Angriff auf die Machthaber zu gewinnen. Diese widerwärtig kleinliche Manier kann nicht die unsre sein. Deutlich, im Guten wie im Schlimmen, muß eine politische Lage erkannt sein, wenn man mit Vernunft in dieselbe eingreifen will. Und wir dürfen um so mehr bei der Wahrheit bleiben, als diese Wahrheit selbst leider die genügendste Veranlassung bietet, gegen die Machthaber aufzutreten.

Zuerst aber die Wahrheit!

Das Deutschland, wie es aus dem bevorstehenden Frieden hervorgehen wird, ist nicht das Deutschland der Mainlinie.

Wenn man in den letzten Jahrzehnten von der Mainlinie sprach, was verstand man darunter?

Man meinte darunter ein in der Art bleibend geteiltes Deutschland, daß der Süden als Anhang der süddeutschen Großmacht, der Norden als Anhang der norddeutschen Großmacht sich darstellen und verhalten würde. In diesem und keinem andern Sinne hat die Mainlinie in die politische Sprache Eingang gefunden.

Die gedachte Eventualität einer dauernden Zweiteilung Deutschlands in ein österreichisches und ein preußisches Deutschland konnte eintreten, wenn die bisherigen beiden Großmächte Deutschlands in friedlichem Einverständnis eine Teilung vornahmen; sie konnte eintreten ferner, wenn eine solche Teilung das Ergebnis eines Krieges war, in welchem, wie man vorausauszusetzen geneigt war, die beiden Mächte sich als einander an Macht und innerer Kraft ungefähr gleichstehend erwiesen hatten. In jedem dieser beiden Fälle mußte Deutschland zwei Zentralpunkte erhalten, mußte Berlin im Norden, Wien im Süden der maßgebende Mittelpunkt für die Gravitationen des staatlichen Lebens und der öffentlichen Bestrebungen werden.

Nicht aber können die Dinge sich also gestalten, nachdem die eine der bisherigen deutschen Großmächte die andere in

einem Feldzuge von wenigen Wochen durch eine Reihe glänzender und von keiner Niederlage unterbrochener Siege darniedergeworfen und im innersten Lebensmark geschädigt hat. Es gibt nach diesem Kriege noch ein Preußen, aber es gibt kein Oesterreich mehr für Deutschland.

Der abzuschließende Frieden stellt sich weltgeschichtlich dar als der Ausbau des Friedens von Hubertusburg.

Damals ward Preußen eine deutsche Großmacht, jetzt ist es die deutsche Großmacht geworden.

Der beabsichtigte süddeutsche Bund kann nach Lage der Dinge der konsolidierten norddeutschen Macht gegenüber nur ein so schattenhaftes Dasein führen, daß an eine ernstliche Gegenstellung gegen Preußen kaum zu denken ist, ja, daß mit innerer Notwendigkeit die nationalen Bestrebungen auch dort lediglich um Preußen gravitieren werden. Der ganze Süden wird ein Nebenland sein, das den beständigen Hang, sich mit dem Hauptlande zu vereinigen, in sich trägt.

Von einer Mainlinie in dem hergebrachten Sinne also — wir wiederholen es — kann keine Rede sein. Aber freilich — darum hat die preußische Regierung nicht aufgehört, den schweren Tadel der Nation zu verdienen.

Wir haben jüngst in einem Artikel, der die Ueberschrift: Mit Blut und Eisen trug und der uns eine dreimalige Konfiskation zuzog, dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die preußische Regierung das vergossene Blut nicht verantworten könne, wenn nicht aus diesem Kriege eine wahrhaft nationale Schöpfung hervorgehe.

Es ist richtig, daß sich inzwischen herausgestellt hat, daß die Lage der Dinge nicht ganz so schlimm ist, wie man annehmen mußte; es ist richtig, daß die Ohnmacht Oesterreichs sich von Tag zu Tag deutlicher herausstellt und daß die Friedensbedingungen, soweit sie bekannt geworden, keine eigentliche Teilung Deutschlands, die den Charakter des Dauernden an sich trüge, hervortreten lassen.

Aber bei all dem bleibt in der Hauptsache das Geleistete ein Stückwerk und die preußische Regierung trifft der Tadel, daß sie stille stand, wo sie nur noch wenige Schritte zum Ziele hatte. Nun und nimmermehr darf die Nation bei dem beabsichtigten Zustande sich beruhigen, nun und nimmermehr darf sie erlahmen in ihrem tief berechtigten Streben nach absoluter nationaler Einheit. Gerade darum vielmehr, weil die

preußische Regierung nur ein Stückwerk geliefert, gerade darum muß die Nation um so tatkräftiger in politischer Agitation das mangelhafte Werk zu vollenden streben.

Der preußischen Regierung mag dies im Augenblick unangenehm sein; wenigstens hat dies der Staatsanzeiger ausdrücklich versichert. Das offizielle Blatt der preußischen Regierung ist so weit gegangen, die Einstellung der Agitation für eine das gesamte Vaterland umfassende Staatsschöpfung gleichsam als patriotische Pflicht zu fordern. Allein nicht was der preußischen Regierung und ihrem Staatsanzeiger angenehm oder unangenehm ist, sondern das bleibende und unverjährbare Recht der Nation kommt hier in Betracht.

Es ist wahr, daß wir keine Mainlinie bekommen, aber es ist ebenso wahr, daß wir auch kein einiges Deutschland errungen haben.

Früher aber darf die nationale Agitation nicht ruhen, als bis das große und ganze Deutschland vollendet im Herzen Europas steht. —

III.

Die Rede Jacobys.

26. August 1866.

Die Rede Jacobys im preußischen Abgeordnetenhause hat mit Recht ein gewisses Aufsehen erregt und wir haben dieser Rede gegenüber Position zu nehmen.

Doch teilen wir zunächst die Rede selbst mit. Nach den Kammerberichten sprach Jacoby, zunächst anknüpfend an den von anderer Seite laut gewordenen Wunsch, man möge in der Adreßdebatte eine möglichst große Uebereinstimmung der Anschauung an den Tag treten lassen, wie folgt:

„Meine Herren, ich bedaure es, dem zuletzt ausgesprochenen Wunsche des Herrn Referenten nicht genügen zu können. Gestatten Sie, daß ich — dem Adreßentwurf gegenüber — offen und unumwunden meine abweichende Ueberzeugung ausspreche. Sollte dies vielleicht Anstoß erregen, so bitte ich im voraus um Ihre Vergebung — jedenfalls liegt mir die Absicht fern, irgend jemanden verletzen zu wollen. Meine Herren, der Adreßentwurf preist die Waffentat des preußischen Heeres und spricht die Hoffnung aus, „ein politisch geeintes Deutsch-

land" werde die Folge der erfochtenen Siege sein. Auch ich, meine Herren, anerkenne in vollem Maße die heldenmütige Tapferkeit des Heeres, sowie die Großartigkeit der kriegerischen Erfolge. Allein in den freudigen Siegesruf der Regierungspartei vermag ich nicht einzustimmen. Die Volkspartei hat nach meiner Ansicht weder ein Recht dazu noch einen triftigen Grund (lebhafter Widerspruch) — kein Recht, denn der Krieg ist ohne, ja gegen den Willen des Volks unternommen (Widerspruch), keinen triftigen Grund, denn nicht der Volkspartei, nicht der Freiheit kommt der errungene Sieg zugute, sondern dem unumschränkten Herrschertum, der Machtvollkommenheit des obersten Kriegsherrn. (Große Unruhe und Murren rechts). Meine Herren, seit einem Vierteljahrhundert kämpfe ich für den Rechts- und Verfassungsstaat, für bürgerliche und staatliche Freiheit. Sie werden es mir schon zugute halten, wenn ich auch heute mich dazu nicht verstehen kann, an die Ereignisse der Gegenwart einen andern Maßstab anzulegen, als den altgewohnten der Freiheit. Tue ich dies aber, so muß ich meine innige, aufrichtige Ueberzeugung dahin aussprechen, daß der eben beendete Krieg, gegen Deutsche geführt, im Bunde mit einer fremdländischen Macht — trotz aller Siege des tapferen Heeres — dem preußischen Volke weder zur Ehre (anhaltendes Murren) noch dem gesamten deutschen Vaterlande zum Heile gereicht. (Erneuter Widerspruch.) Meine Herren, ich weiß sehr wohl, daß Sie einer anderen Ansicht sind (Ruf: Ja, ja!), aber Sie werden billigerweise mir das Recht einräumen, meine entgegengesetzte Ueberzeugung hier auszusprechen; Sie werden zugeben, daß es in der mildesten und schonendsten Weise geschieht. (Heiterkeit rechts.) Meine Herren, das Urteil der Gegenwart über sich selbst ist nicht immer ein unbefangenes, eine spätere Zeit erst wird darüber zu entscheiden haben, ob die Tage von Biarritz für Preußen ehrenvoller gewesen als der Tag von Olmütz. (Verwunderung rechts). Ein „politisch geeintes Deutschland", so hofft der Adreßentwurf, werde die Folge des Krieges sein. Ich kann diese Hoffnung nicht teilen. Ich glaube vielmehr, daß der Ausschluß Oesterreichs, das heißt die Ausstoßung von Millionen deutscher Brüder aus dem gemeinsamen Vaterlande, daß die Spaltung Deutschlands durch die Mainlinie, beiläufig ein Plan, den die preußische Kabinetts-Politik bereits seit dem Jahre 1822 verfolgt, daß mit einem Worte die Verwirklichung des kleindeut-

schen Ideals, eines Drittel- oder Zweidrittel-Deutschlands unter preußischer Herrschaft — uns von dem ersehnten Ziele deutscher Einheit und Freiheit weiter entfernt, als selbst der frühere Bundestag und die vor dem Kriege vorhandenen Zustände. (Murren rechts.) Die Sprache des Schwertes — ich gebrauche die Worte des Staatsministers v. Schön — die Sprache des Schwertes drückt nur die Unklarheit des Begriffes aus, ehe dieser aber zur Klarheit gediehen, ist an eine befriedigende Entwickelung konkreter Verhältnisse nicht zu denken. Meine Herren! Täuschen wir uns doch nicht über die politische Bedeutsamkeit kriegerischer Erfolge. Mögen immerhin andere Völker Europas auf dem Wege der Gewalt durch eine Art Blut- und Eisenpolitik zu ihrer staatlichen Einheit gelangt sein, das deutsche Volk, eine tausendjährige Geschichte bezeugt es, hat von jeher solchen Einigungsversuchen erfolgreich Widerstand geleistet. Zwangseinheit, Einheit ohne Freiheit ist eine Sklaveneinheit, die weder Wert hat noch Bestand, am allerwenigsten aber kann man sie, wie es in der Adresse geschieht, als eine Vorstufe zur Freiheit betrachten. Der Herr Ministerpräsident selbst hat Ihrer Kommission erklärt: Vor allem kommt es darauf an, „die Hausmacht Preußens zu stärken". Dem spezifisch-preußischen Sonderinteressen mag dies vielleicht entsprechen, vom deutschen Standpunkte, d. i. vom Standpunkte der Freiheit aus kann ich die Stärke preußischer Hausmacht durch Zwangserwerb deutschen Ländergebiets, die Ausbreitung des Militärstaats Preußens über ganz Norddeutschland, nicht als ein glückverheißendes Ereignis begrüßen. Dauert in Preußen das bisherige Regierungssystem fort — bis jetzt ist von einer Veränderung kaum etwas zu merken —, dann würde die künftige Neugestaltung Deutschlands sich zu der früheren Zersplitterung und Ohnmacht nicht anders verhalten, als wie zu Krankheiten der Tod. Endlich, meine Herren, in bezug auf die inneren Staatsverhältnisse spricht der Adreßentwurf die Erwartung aus: der seit vier Jahren bestehende Verfassungs-Konflikt werde durch die kriegerischen Ereignisse und infolge der von den Ministern geforderten Indemnität seine Erledigung finden. Das hohe Haus wird bei Prüfung der Indemnitätsvorlage Gelegenheit finden, darüber sich auszusprechen. Ohne dem vorgreifen zu wollen, beschränke ich mich hier auf eine kurze Bemerkung. Für Etatsüberschreitungen, für einzelne ungesetzliche Maßregeln der Regierung kann die Volksvertretung Indem-

nität erteilen: für ein jahrelang fortgeführtes, verfassungswidriges, budgetloses Regierungs-System gibt es in einem konstitutionellen Staate keine Indemnität, zumal wenn die Träger dieses Systems nach wie vor im Rate der Krone verbleiben und nicht einmal eine Bürgschaft geboten wird, welche die Wiederkehr der budgetlosen Staatswirtschaft zur Unmöglichkeit macht. Meine Herren! die nationalen Wünsche und Bestrebungen, welche von der Regierung selbst angeregt, im Augenblicke die öffentliche Meinung fast ausschließlich beherrschen, haben ohne Zweifel ihre volle Berechtigung; nur darf man darüber nicht vergessen, daß es die ewigen Grundsätze des Rechtes, der Sittlichkeit, der Freiheit sind, von denen allein die Wohlfahrt der Völker abhängt. (Sehr gut.) Nur im Dienste des Rechts und der Freiheit darf die Fahne des Nationalitäts-Prinzips erhoben werden. (Sehr gut.) In den Händen eines Louis Napoleon und seinesgleichen dient sie nur zur Beirrung und zum Verderben der Völker. (Bravo links. Zischen rechts)."

Wie sollte diese Rede nicht unsere Bewunderung erwecken!

Wir sehen die Fortschrittspartei, die Partei des liberalen Bürgertums in Preußen, unter der Wucht der Ereignisse mit ihrer ganzen Vergangenheit brechen; wir sehen sie, gebeugt von den Erfolgen der ihr feindlichen monarchisch-absolutistischen Partei, ihren seit Jahren mit Heftigkeit verfochtenen Standpunkt verlassen — wir sehen sie innerlich und äußerlich aus Rand und Band gehen — wir sehen sie, mit einem Worte, demutsvoll und schmeichelnd zu den Füßen eines Ministers liegen, welchen sie bisher bekämpft hatte, solchen Kampf als heiligste Volks- und Vaterlandspflicht hinstellend.

Und inmitten dieses Zustandes verzweifelnder Fahnenflucht und wirrer Auflösung hören wir die markige Stimme eines Mannes ertönen, der, unbeirrt von dem wuchtigen Eindrucke des Stückes Weltgeschichte, das vor seinen Augen gespielt, unbeirrt von Verrat und Abfall im eigenen Lager, den alten Ruf der Freiheit erhebt — den Kampfruf seines ganzen langen Lebens.

Wer wollte zweifeln, daß, wenn die politischen Männer des deutschen Bürgertums Johann Jacoby glichen — wer wollte zweifeln, daß wir Herr würden über den Absolutismus und seinen Anhang trotz aller seiner festgewurzelten Macht?

Wer möchte bezweifeln insbesondere, daß, wenn jener Geist im liberalen Bürgertum lebendig wäre, eine selbständige Arbeiterpartei in Deutschland vorerst unnötig gewesen sein würde?

Aber nicht so steht die Sache — was half Cato dem entarteten Rom? — wie könnte die Stimme eines einzigen Mannes dieses entartete Bürgertum für Freiheit und Menschenwürde begeistern?

Eine Charaktererscheinung wie Johann Jacoby ist ehrwürdig und bewundernswert, und mit Befriedigung nehmen wir wahr, daß auch die gegnerischen, die reaktionären Blätter, ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen. Aber den Gang der Ereignisse können solche vereinsamte Erscheinungen nicht ändern.

Lassalle hat das innerste Geheimnis der Ohnmacht der heutigen Bourgeoisie aufgedeckt; er hat nicht nur, wie viele vor ihm taten, jedoch in ungleich kräftigeren Zügen, die Ohnmacht und Feigheit der liberalen Bourgeoisie dargestellt; er hat, was vor ihm keiner mit solcher Genauigkeit getan, zugleich nachgewiesen, daß und warum die liberale Bourgeoisie heute so sein muß.

In seinem Arbeiterlesebuch sagt Lassalle:

„Die bloß politische Freiheit kann heute nicht siegreich erkämpft werden, weil kein materielles Interesse, weil kein Klasseninteresse und somit keine Klasse hinter ihr steht.

Wer steht denn mit Energie und Aufopferung hinter der politischen Freiheit? Wer?

Ich und noch etwa tausend Ideologen in Deutschland.

Unter Ideologen verstehe ich in diesem Augenblicke alle solche, die ihr Lebtag in Büchern gelebt haben und gewohnt sind, in Ideen und Gedanken zu existieren und alles für sie aufzuopfern. Außer diesen Ideologen vielleicht noch, wenn es hoch kommt, 10 oder 15 000 Menschen, zerstreut über ganz Deutschland, die, ohne Ideologen zu sein, durch ihr Naturell mit einer so heißen Liebe für die Freiheit begabt sind. Was kann diese Handvoll Menschen? Aber welche Klasse steht hinter der politischen Freiheit? Keine!

Die liberale Bourgeoisie liebt freilich die Freiheit, aber sie liebt sie, wie man ein Ornament im Zimmer, wie man einen schönen Schmuck liebt; kann man ihn haben, ist es gewiß besser, kann man ihn nicht haben, ist es auch gut! Man geht dafür weder ins Wasser noch ins Feuer.

Die Hauptsache für die Bourgeoisie bleiben die materiellen Interessen, Handel und Wandel, Industrie und Produktion; aber alle diese erfordern Ruhe, und ernste Kämpfe für die Freiheit würden diese Ruhe momentan nur gefährden. Und so begibt sich die liberale Bourgeoisie noch viel lieber der politischen Freiheit, als daß sie durch einen ernsten Kampf die Ruhe und dadurch ihre materiellen Interessen gefährdet.

Wer also, welche Klasse steht denn hinter der politischen Freiheit? Der Arbeiter vielleicht? Ja, für einige Wochen, für einige Monate freilich, infolge seines warmen und edelmütigen Gefühles! Und so kann und wird er auch immer von neuem wie im März 1848, momentane Schlachten für sie schlagen und momentane Siege für sie erringen. Aber auf die Dauer kann auch er nicht hinter der bloß politischen Freiheit ausharren! Dies ist unmöglich.

Die Sorgen für seinen Taglohn, für seine und seiner Familie Existenz nehmen ihn zu sehr in Anspruch; er kann von der bloß politischen Freiheit nicht satt werden, und so muß er zuletzt ermatten und auf die Dauer die Dinge gehen lassen, wie sie eben gehen."

Ein „Ideologe" im Sinne Lassalles ist Jacoby, d. h. ein Mann, der die Kraft und die Tätigkeit seines Lebens einer großen Idee um ihrer selbst willen, der Idee der Freiheit, gewidmet? Aber wie viele solcher Ideologen zählt das liberale Bürgertum unter seinen Führern, unter allen seinen Gliedern? Bis jetzt haben wir nur von Johann Jacoby gehört.

Nein! Dies gerade gibt der sozialdemokratischen Partei ihre Existenzberechtigung, daß die Freiheitsfrage, diese größte und edelste unter den Fragen in der menschlichen Gesellschaft, nicht mehr auf direktem, sondern nur auf indirektem Wege — durch das materielle Interesse des vierten Standes hindurch — ihre Lösung finden kann, daß die politische Bewegung in Europa mürb und altersschwach ist und mehr und mehr der sozialpolitischen Bewegung Platz machen muß.

Nicht Jacoby, nicht dieser ernste Mann mit ehernem Willen ist der wahre Repräsentant unseres heutigen Bürgertums — seine wahren Vertreter sind der blumenstraußgeschmückte Ausreißer von Verviers und die Männer der Nationalzeitung.

Da sind die entscheidenden Elemente — die einsame Stimme eines Jacoby kann unser Urteil über die liberale Bourgeoisie nicht umändern — an die Arbeiter, an den enterbten

vierten Stand wende sich Jacoby, wenn er noch etwas wirken will — in seiner jetzigen Vereinsamung verhallen seine Worte wirkungslos. Das Bürgertum wendet sich von ihm ab, weil er Demokrat ist — die Arbeiterklasse kann ihm nicht zujauchzen, da er nicht sozialer Demokrat ist.

Nicht nur von der Freiheitsfrage, auch von der deutschen Einheitssache hat Jacoby gesprochen.

Wir können seinem Urteil nicht beistimmen — oder vielmehr: wir glauben, daß sein Urteil leicht ein Mißverständnis hervorruft.

„Ich kann mich über die Siege Preußens nicht freuen." Wir stimmen zu, wenn damit gesagt sein soll, daß es schwer zu bedauern bleibt, daß von dynastischer Seite, nicht durch selbständige und volkstümliche Erhebung der deutschen Nation die Herstellung der deutschen Einheit begonnen worden. Wir waren die ersten, die es aussprachen, daß durch die Schuld der Bourgeoisie, welche die dynastischen Interessen in die nationale Agitation hineinzog, die Begründung einer großen und kräftigen, über ganz Deutschland verbreiteten radikalen Partei verhindert wurde. Nur eine solche radikale Partei vermochte ja den Dualismus in Deutschland zugunsten der Volksherrschaft zu brechen!

Aber es ist nicht so gekommen; entscheidende Ereignisse haben stattgefunden, wir können die Weltgeschichte nicht rückgängig machen.

Die beiden Großmächte Deutschlands haben um die Beherrschung unseres Vaterlandes gekämpft — der Sieg war bei Preußen — es gibt fortan nur noch eine deutsche Großmacht.

Dies ist nicht die Lösung, die wir wollten — aber es ist eine Lösung — und diese Lösung ist tatsächlich da.

Wenn aber einmal die Sache so lag, daß die Frage nur noch zwischen Oesterreich und Preußen stand, nicht mehr zwischen der Nation uud diesen, so müssen die liberalen Elemente Deutschlands, muß insbesondere die Arbeiterklasse sich freuen, daß die Preußen vor Wien und nicht die Oesterreicher vor Berlin standen. Man verstehe uns recht: daß die Frage nur zwischen Habsburg und Hohenzollern stand, dies war tief zu bedauern und nicht uns, die neue, kaum gegründete Arbeiterpartei trifft die Schuld. Aber nachdem einmal die Frage tatsächlich so lag, war es besser, Preußen siegte als Oesterreich.

Was hätte ein Sieg Habsburgs uns gebracht?

Die erneute Bundeswirtschaft mit der alten Schwäche und Wehrlosigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber, mit den lächerlich kleinlichen Zuständen im Innern, dazu Jesuitentum, eisernen Druck und entnervende Korruption.

Wir wissen wohl, daß auch, was Preußen uns bringt, des Guten nicht allzuviel ist, aber hier ist doch Hoffnung zu Besserem, und darauf gerade, diese Hoffnung zu verwirklichen, muß die Agitation aller demokratischen Elemente in Deutschland sich jetzt richten.

Nein, wir sind nicht weiter von der deutschen Einheit entfernt, als zur Zeit der Bundeswirtschaft. Denn eins haben wir unzweifelhaft errungen, daß der Dualismus in Deutschland und damit unsere Ohnmacht nach außen ohne Einmischung des Auslandes gebrochen wurde.

Ohne Einmischung des Auslandes — das ist viel, mehr fast, als man erwarten durfte.

Den Dualismus sind wir los, wir haben es nur noch mit einer Regierung zu tun. Diese eine Regierung im volkstümlichen Geiste zu beeinflussen, dies nur, so unangenehm solches dieser Regierung auch sein mag, kann jetzt die nationale Aufgabe sein.

Freilich wagen wir in dieser Beziehung fürs erste wenig zu hoffen, weil die Bourgeoisie ohnmächtig, die Partei des vierten Standes noch nicht genügend erstarkt ist. Aber es wird die Zeit kommen, wo diese Partei der Zukunft die ausschlaggebende Partei der Gegenwart ist.

IV.

Sollen wir wählen oder nicht?

30. September 1866.

Sollen wir wählen oder nicht? — diese Frage ist angesichts des einzuberufenden norddeutschen Parlaments in den sozialdemokratischen Arbeiterkreisen, vor kurzem noch in Braunschweig, zur Erörterung gelangt.

Im allgemeinen wird es immer unrichtig und verfehlt sein, wenn eine politische Partei bei öffentlichen Angelegenheiten eine Mitwirkung, zu der das Volk ausdrücklich von den Machthabern berufen wird, ablehnt. Denn aus dem einfachen

Nichtstun, aus dem bloßen Zusehen und alles gehen lassen, wie es geht, kann sich niemals ein Erfolg ergeben.

Trotzdem wollen wir zugeben, daß es Fälle gibt, in denen man — gewissermaßen um seiner politischen Würde willen — von einer durch die politischen Machthaber veranstalteten öffentlichen Vornahme oder Einrichtung sich fernzuhalten hat.

Aber ist der vorliegende Fall ein solcher?

Wir glauben nicht.

Das einzuberufende Parlament — dies freilich steht fest und sollte von keiner Seite geleugnet werden — wird machtloser sein, als vielleicht jemals eine derartige Versammlung war. Wehrlos, ohne auch nur auf einem vorangegangenen Volksaufschwung fußen zu können, ohne Aussicht, revolutionäre Volkskräfte um sich zu konzentrieren, steht dieses Parlament einer Regierung gegenüber, welche, siegreich nach innen und außen, eine große Armee und alle andern Machtmittel eines großen Staates zur Verfügung hat. Wenn es also jemals eine parlamentarische Versammlung ohne alle reale Macht gab oder geben wird, so ist es gewiß dieser Norddeutsche Reichstag.

Und man glaube auch nicht, daß hieran vielleicht etwas durch Erweiterung der dem Parlamente zuzuerkennenden Kompetenz geändert werden könnte. Wenn ihm die Regierungen alle Befugnisse der Welt zudekretieren wollten — immer bliebe das Parlament eine Macht auf dem Papier und die preußische Regierung eine Macht in der Wirklichkeit. Ein Parlament hat wirkliche reale Bedeutung nur dann, wenn es selbständig über eine Armee verfügt oder wenn es als die Konzentration einer lebendigen revolutionären Volkskraft erscheint; ein Parlament aber unter Verhältnissen, wie die obschwebenden, ist, mag auf dem Papier stehen, was da will, mit innerer Notwendigkeit zur Ohnmacht verdammt.

Trotzdem haben wir zu wählen.

Nachdem so lange dem Volke sein oberstes Recht, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, vorenthalten geblieben, wird der Norddeutsche Reichstag endlich in Gemäßheit dieses Wahlrechtes zusammentreten. Es wird also der Arbeiterpartei zum ersten Male ermöglicht, Abgeordnete ihrer Richtung in eine öffentliche Kammer, in eine regelmäßige staatliche Körperschaft zu bringen.

Nun besteht aber eine Hauptschwierigkeit unserer Agitation darin, daß die liberale Bourgeoisiepartei, welche die Geld-

interessen vertritt, und vor allem ihre Presse, unsere Forderungen und unsere Lehrsätze, ebenso unsere Agitationserfolge, sorgsam vor dem Publikum zu verhehlen („totzuschweigen“) sucht, da sie die Gefährlichkeit jener Lehren und Forderungen für ihre Sache kennt. Infolge dieser Haltung der liberalen Partei und insbesondere ihrer Presse wird es uns sehr erschwert, dem großen Publikum das, was wir eigentlich wollen, richtig ins Bewußtsein zu bringen.

Sind wir aber vertreten in einem Norddeutschen Reichstage, so wird es fürder unmöglich sein, die Forderungen der deutschen Arbeiterpartei wie bisher entweder mit Stillschweigen zu übergehen, oder mit einigen Verleumdungen abzutun oder auch nur denselben eine untergeordnete Bedeutung beilegen zu wollen.

Laut und vernehmlich durch das ganze Vaterland, ja durch ganz Europa wird dann der Ruf unserer Vertreter tönen und manches Ohr, das sich jetzt die Schlafmütze überzieht, wird diesem Rufe zu lauschen genötigt sein.

Die Berücksichtigung dieses einen Vorteils schon müßte genügen, uns zum Wählen zu bestimmen.

Aber es kommt hierzu noch die Erwägung, daß, wenn auch nur einige Aussicht auf mögliche gedeihliche Wirksamkeit vorhanden ist, man sich immer da anschließen soll, wo man ausdrücklich zur Mitwirkung gerufen wird.

Es ist wahr, daß dieses Parlament von vornherein so angelegt ist, daß es machtlos bleiben wird. Allein dies ist nur richtig unter den obwaltenden Verhältnissen; diese Verhältnisse selbst aber können sich ändern. Man kann es nicht für wahrscheinlich, aber man muß es für möglich halten, daß Umstände eintreten, in denen die preußische Regierung ebensosehr der moralischen Unterstützung des Parlaments, wie dieses der Machtmittel der Regierung bedarf. Wird doch diese ganze Schöpfung immer ihre Entstehung einer ursprünglichen Verlegenheit der preußischen Regierung zu verdanken haben!

Darum wählen, und nicht nur wählen, sondern nach tüchtiger Vorbereitung wählen. Sobald die Zeit für die Wahlen, welche jetzt noch nicht bestimmbar ist, näher rückt, müssen wir uns mit aller Kraft aufraffen, um wenigstens in den hauptsächlichsten Industriedistrikten Abgeordnete unserer Richtung durchzusetzen.

Möge jeder einstweilen sich diese Angelegenheit zu Herzen nehmen! —

V.

Unser Parteiprogramm.

1.

30. November 1866.

Fest und unwandelbar, auf eherner Grundlage ruhend, sind die Prinzipien der sozialen Demokratie, unwandelbar sind ihre Ziele und Zwecke.

Aber eine jede Partei bedarf gewisser Mittel zur Förderung ihres Strebens, und ob auch das Streben selbst das gleiche bliebe — die Mittel können sich ändern.

Denn die äußeren Verhältnisse, in denen eine jede Partei sich bewegen muß, der tatsächliche Grund, auf welchem sie fußet, die ganze politische Sachlage, können sich ja ändern und es ist klar, daß mit solcher Aenderung der tatsächlichen Verhältnisse zwar nicht die Ziele, wohl aber die Mittel jeder vernünftigen Volkspartei sich ändern müssen.

Oder glaubt man, dieselben Mittel, welche z. B. eine französische Partei noch im Januar des Jahres 1848 für gut hielt, dieselben Mittel würde sie ruhig nach der Februarrevolution beibehalten haben? Glaubt man z. B., die republikanische Partei hätte sich nach der Revolution noch weiter mit „Reformbanketten" aufhalten sollen?

Auch wir leben in einer Zeit, wo es nötig ist, daß jede Partei neue tatsächliche Verhältnisse an ihre bleibenden Prinzipien halte, auf daß sie mit Sicherheit erkenne, welchen Weg sie am besten wandle, um sich dem Ziele zu nähern.

Die Ereignisse dieses Jahres haben freilich nicht die tiefgehende Bedeutung einer französischen Februarrevolution, aber sie sind immer von entscheidendem Gewicht — von entscheidendem Gewicht insbesondere für unser Vaterland.

Prüfen wir also, was angesichts des Neuen unser Parteiprinzip von uns verlangt.

Was wir in sozialer Beziehung wollen, das kann durch politische Ereignisse, seien dieselben auch noch so bedeutend, nicht berührt werden. Mag ja vorgehen in der Politik, was da will: der Gegensatz von Kapital und Arbeit und mit diesem Gegensatze die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bleibt ja immer.

In sozialer Beziehung also ist die Sache gar einfach: Nach wie vor und wie auch immer die Dinge sich politisch

weiter gestalten mögen, bleibt unsere soziale Forderung: Emanzipation der Arbeit aus den Fesseln des Kapitals.

Aber darin sind wir ja alle einig, daß wir die soziale Lösung der Arbeiterfrage nur von einem Volksstaate verlangen können, von einem Staate, in welchem die wesentlichsten Volksrechte sichergestellt sind und der Schwerpunkt im Volke liegt. Nur von einem solchen Staate kann die deutsche Sozialdemokratie die soziale Lösung der Arbeiterfrage verlangen, denn niemals, niemals sollen die deutschen Arbeiter zum Werkzeuge herrschsüchtiger Junker heruntersinken.

Insofern also, um dieses Gesichtspunktes willen, ist die politische Seite der Sache auch eine Vorbedingung der sozialen, und diese politische Seite gerade ist es, die wir nunmehr zu betrachten haben.

2.

2. Dezember 1866.

Welches sind die politischen Ziele, welche die deutsche Nation und also in ihr jede im Volke wurzelnde Partei, folglich auch die sozialdemokratische, bleibend, d. h. bis sie erreicht sind, verfolgt?

Es sind die Ziele einerseits der Freiheit und Rechtsordnung, andererseits der nationalen Einheit.

Welches war der Zustand vor den Ereignissen dieses Jahres?

Deutschland war ein Inbegriff von etwa dreißig Staaten, welche unter der Bundesverfassung zu einem Staatenbunde vereinigt waren. Da aber unter jenen dreißig Staaten sich zwei Großmächte befanden, während die übrigen Staaten vergleichsweise machtlos waren, so standen in Wahrheit als politische Faktoren nur jene beiden Großmächte — Oesterreich und Preußen — da, während Deutschland als Gesamtheit zur Ohnmacht verdammt war. Waren Oesterreich und Preußen einig, so erschien Deutschland in ihrem Schlepptau, waren sie uneinig, so war Deutschland nichts.

Angesichts solcher Sachlage gab es zwei mögliche Wege zur Einheit: den Weg von unten durch die Tatkraft der Nation, den Weg von oben durch die entscheidende Politik einer der beiden Großstaaten.

In dem ersteren Falle mußte mit der Einheit auch die Freiheit siegen; im zweiten Falle mußte mit der Einheit der Absolutismus zu erhöhter Herrschaft kommen.

Denn der wahre Sitz der Reaktion war, so sehr auch allerlei offiziöse Federn das Gegenteil versicherten, niemals in den Klein- und Mittelstaaten; der wahre Sitz der Reaktion war von jeher in der österreichischen und preußischen Regierung.

Denn nicht darauf kommt es im letzten politischen Grunde an, ob in diesem oder jenem Staate dieser oder jener Minister oder Polizeidirektor etwas stärker oder weniger stark, mit etwas mehr oder minder schamloser Willkür gegen Freiheit und Volksrecht haust, sondern darauf kommt es an, wo die Machtmittel sind, auf welche fußend irgendwer sich solche Dinge erlauben kann.

Die Säulen des Zustandes in Deutschland unter der Bundesverfassung waren die österreichische und die preußische Regierung: durch sie allein war der Zustand haltbar und sie auch waren demnach in letzter Instanz für alles verantwortlich, was in Deutschland von oben geschah und geschehen konnte, gerade so, wie die preußische Regierung jetzt für alles verantwortlich ist, was in irgendeinem Staate des Norddeutschen Bundes von oben her geschieht.

Es war klar, daß, wenn eine jener beiden Mächte, die österreichische oder die preußische Regierung, die deutsche Einheit herstellen würde, sie damit auch die Reaktion in Deutschland zu erneuter Kraft und Stärke brächte, und nur dies konnte die Frage sein: ob österreichische, ob preußische Reaktion zum Vorschein kommen werde und welche dieser beiden als das geringere Uebel erscheine.

Indessen — diese Frage gehört der Geschichte an. Die deutsche Nation hat nicht die Kraft gezeigt, ihre nationale Einheit selbständig zu begründen, sie hat dies der Politik der Machthaber überlassen und die preußische Regierung hat über die österreichische gesiegt.

Dementsprechend sind die reaktionären Elemente in Preußen in diesem Augenblicke mächtiger als je.

Wenn wir sagten, zwei politische Ziele seien es, welche die Nation bleibend verfolge, die Freiheit und die Einheit, so ist zuvörderst klar, daß in Sachen der Freiheit, da sich hier in der Art der Sachlage nichts geändert, auch in keiner Weise eine Aenderung der bisherigen Mittel geboten sein kann. Es gilt nach wie vor, der Reaktion entgegenzutreten durch alle Mittel, welche den Willen des Volkes nach Freiheit und strenger Rechtsordnung zu kräftigen geeignet sind.

Wie aber steht es in betreff des anderen Punktes, in Sachen der Einheit? Welches waren die Mittel, welche unter dem früheren Zustande in dieser Beziehung in Bewegung zu setzen waren und inwieweit ist hier durch den neuen Zustand eine Abänderung des Verfahrens zur Notwendigkeit geworden? Worin, um mit der Grundlage zu beginnen, besteht überhaupt der neue Zustand?

3.

Den Dualismus in Deutschland gebrochen zu haben: dies ist die Bedeutung der Ereignisse dieses Jahres und vor allem der Entscheidungsschlacht von Königgrätz.

Seit dem Frieden von Hubertusburg hatte Deutschland zwei Großmächte; seit dem Frieden von Prag ist in Deutschland nur noch eine Großmacht.

So lange zwei Großmächte, Oesterreich und Preußen, in Deutschland vorhanden waren, fehlte der Nation ein gemeinsamer Schwerpunkt; jetzt, da nur eine Großmacht besteht, können alle Bestrebungen, die guten wie die schlimmen, nach einem Punkte sich richten, von einem Punkte zurücklaufen.

Darin liegt die Gewähr der nachhaltigen Wirksamkeit, mindestens der großartigeren Bedeutung aller öffentlichen Bestrebungen.

Aber es ist klar, daß vorerst nur die leichtere Ermöglichung der nationalen Einheit, nicht diese letztere selbst, gegeben ist.

Denn ob auch die Schlacht von Königgrätz den preußischen Staat zum Grundelement des gesamten Deutschlands gemacht hat: sie hat dies doch nur sehr unvollkommen getan. Deutschland gravitiert um Preußen, aber es ist doch noch nicht zu einem einheitlichen Gesamtkörper dauernder Art verbunden.

Hieraus ergibt sich die Aufgabe in Sachen der nationalen Einheit.

Solange der Dualismus, die Zweiteilung, zwischen Oesterreich und Preußen bestand, nahm die wirklich demokratische Partei einen außerhalb dieses Dualismus mit seinen Hohenzollernschen und Habsburgischen Familieninteressen liegenden Standpunkt ein; weder die preußische noch die österreichische Regierung, welche zusammen die Zweiteilung der Nation repräsentierten, konnten eine Existenzberechtigung in der Auffassung derer beanspruchen, welche die Einheit der Nation wollten.

Nachdem aber tatsächlich die Nation nicht aus eigener Kraft den Dualismus durch ein drittes Element (den Radikalismus) zu zertrümmern und auf seinen Trümmern die Einheit zu erbauen vermocht hat; nachdem vielmehr tatsächlich die Dinge sich so gestaltet haben, daß von jenen beiden streitenden Teilen der eine über den anderen Herr geworden ist, der Dualismus somit dadurch sein Ende erreicht hat, daß der siegende Teil, Preußen, als alleinige entscheidende Macht dasteht; nachdem diese tiefgreifende Aenderung tatsächlich stattgefunden, fragt es sich: Entspricht die frühere Haltung der Demokratie noch der tatsächlichen Lage, und, wenn nicht, wie hat sie sich nunmehr zu stellen?

Der erste Teil der Frage ist leicht zu beantworten: Die frühere Haltung der Demokratie hatte zur Voraussetzung das Vorhandensein eines Dualismus; diese Voraussetzung ist gefallen und demnach auch die Sache selbst zur Unmöglichkeit geworden.

Sicherlich hat nach wie vor die Demokratie mit der preußischen Regierung in Opposition zu treten, aber es fragt sich, in welchem Sinne, in welcher Richtung?

Daß sie dies in Sachen der Freiheit zu tun hat, ist selbstverständlich und bereits festgestellt; aber nicht hiervon sprechen wir jetzt — wir fragen uns hier: wie hat sie sich in Sachen der nationalen Einigung zu stellen?

Auch hier, sagen wir, ist Opposition geboten.

Aber bevor wir dazu übergehen, die Gründe darzulegen, warum die deutsche Demokratie von der preußischen Regierung ganz andere Dinge zu verlangen hat, als diese zu tun gewillt ist, warum also eine Opposition erforderlich ist, sei sowohl um der Gerechtigkeit als um der allseitigen Erschöpfung des Gegenstandes willen, zunächst noch, und zwar eingehender, festgestellt, worin das Gute besteht, welches in Wahrheit aus dem Vorgehen der preußischen Regierung für Deutschland erwachsen ist.

4.

7. Dezember 1866.

Als wohl der Sohn und Erbe der Revolution, der Dränger der Fürsten und Völker, auf dem Felsengrabe von St. Helena angeschmiedet war, der Thron des altfranzösischen Königtums aber, zwar neu errichtet, doch auf schwankender Grundlage,

auf unverkennbar vulkanischem Boden dastand — da glaubten die Machthaber Europas, sich endlich freier fühlend und doch zugleich bangend und voll Besorgnis, den so imposant, so schonungslos zertrümmernd und schaffend in die Welt getretenen Geist der Freiheit durch Gewalt und erbarmungslose Verfolgung niederhalten zu können.

Es war eine trübe, traurige Zeit, die damals über Deutschland lag — die Besten, die Edelsten der Nation in Kerkern und Banden oder heimatlos in der Ferne irrend — jedes freie Wort grausam verfolgt — selbst der leiseste Ruf nach Freiheit ein Gegenstand des Strafgesetzbuchs und der Kriminalpolizei!

Wir mußten es tragen, und in unserem Leid tröstete uns der Gedanke, daß es nicht besser sei bei den anderen Völkern Europas. Es war ein trauriger Trost, aber immer ein Trost! Denn es lag darin die Gewähr, daß, wenn auf einem Punkte des Weltteils je die Flamme der Freiheit emporlodern werde, sie weiterzünden müsse zu allgemeinem und unwiderstehlichem Brand.

Jener allgemeine Brand ist gekommen, die Freiheit hat ihren siegenden Umzug durch Europa gehalten. Und ob von dem, was blutig errungen wurde, auch vieles den allzu vertrauenden Völkern wieder entzogen ward, manches doch auch ist geblieben und besser ist es geworden.

Und damals, als in Deutschland die Männer der Freiheit in den Kerkern schmachteten, als seine Söhne trauerten ob des schweren Druckes, der auf jeder freieren Regung des Geistes lastete, war es da nicht noch ein anderes, was die Seele des Deutschen mit Schmerz erfüllen mußte — ein anderes, worin selbst jener traurige Trost uns fehlte, der im Streben nach Freiheit uns noch geblieben war?

Ueberall in Europa — wohl wahr — durfte niemand wagen, frei sein zu wollen. In Deutschland aber, in unserem Vaterlande, war es zugleich verboten, Patriot zu sein.

Daß wir als Deutsche elend und verachtet im Auslande dastanden, weil nur Kraft und Macht im Völkerleben Achtung sichern, daß dieses große Deutschland ohnmächtig war im Rate der Nationen — dieses entsetzliche Bewußtsein einer erbärmlichen Lage, den glühenden Ingrimm über diese Schmach und Schande — in die Tiefen seiner Brust mußte der deutsche Patriot dies alles zurückdrängen, wenn nicht Kerker und Bande sein sicheres Schicksal werden sollten.

Und nicht durften wir hoffen, daß, wenn jemals der Deutsche, in alter Kraft sich fühlend, die Größe und die Macht seines Reiches zu begründen begönne, wohlwollende Nachbarn in solchem Werke ihn unterstützen würden — wir mußten fürchten, daß wir viele Feinde und nicht einen einzigen Freund haben würden. Und, waren wir nicht gewohnt, immer nur zu fragen, was die Russen, was die Franzosen, was die Engländer tun würden, niemals aber, was wir selbst, was Deutschland tun werde? Gab es ein Deutschland?

Das war das Trostlose, das Unerhörte unseres Zustandes, daß uns das Vertrauen auf uns selbst, das Bewußtsein der eigenen nationalen Kraft abhanden gekommen war, daß wir uns fast daran gewöhnt hatten, vom Ausland über die Achsel angesehen zu werden, daß wir uns willig darein fügten, im Ausland ohne Achtung zu sein, weil wir im eigenen Vaterland ohne Vaterland waren.

Doch das ist vorüber, vorüber wohl für immer — die Welt hat gesehen, was deutsche Kraft vermag, die Nation hat das Vertrauen auf die Kraft in ihrem eigenen Schoße wiedergewonnen.

Der feurige Republikaner vom Jahre 1848, unser Friedrich Hecker, hat recht, wenn er hier nicht fragt, wie und durch wen zunächst dieses so gekommen. Wohl hatten auf andere Wege auch wir gehofft; allein, wenn es nicht anders ist, warum nicht auch so? Errungen ist, daß wir nicht mehr uns beruhigt in unsere nationale Ohnmacht finden, sondern, daß wir uns fest bewußt geworden, was deutsche Kraft vermag, wenn die Einheit ihr nicht fehlt. Ja, Preußens Regierung hat das Verdienst, daß sie einen Kern nationaler Kraft geschaffen, der die Grundlage der Macht und Größe der Nation zwar noch nicht ist, aber werden kann, werden soll, und wenn die Nation das Ihre tut, auch werden wird.

Es ist eine feste, sichere Kraft, die in diesem Kriege mit ihren großartigen Dispositionen auf der ganzen Linie von der Mitte Böhmens bis zum Rhein so erstaunlich hervortrat — es ist eine feste, sichere Kraft, die in der Ordnung, in dem Ineinandergreifen, in dem organisatorischen Zusammenhang jener großen Aktionen so bewunderungswürdig sich entfaltete.

Aber so groß, so merkwürdig das Geleistete auch ist — hüten wir uns, daß nicht der blendende Glanz des Erfolges unser Urteil besteche und verwirre. Was wir von dem Ver-

dienste der preußischen Regierung gesagt, ist Wahrheit, ist Tatsache; aber wie weit sind die Folgerungen berechtigt, die manche aus dieser Wahrheit, dieser Tatsache ziehen?

5.

12. Dezember 1866.

Niemand hätte von dem glänzenden Erfolge der preußischen Waffen so sehr sich sollen blenden lassen, daß er glauben konnte, der Krieg dieses Jahres habe um der deutschen Nation, um der deutschen Einheitssache willen stattgefunden. Er hat stattgefunden, um zu entscheiden zwischen Habsburg und Hohenzollern, er hat stattgefunden um die Stärkung und Befestigung des spezifischen Preußentums.

Nichtsdestoweniger aber — weil nämlich die Dinge kritisch standen und gerade in Zeiten der Verlegenheit die Machthaber sich bequemen müssen, dem Volkswillen Konzessionen zu machen — nichtsdestoweniger also hat die deutsche Einheitssache eine Förderung dadurch erhalten, daß man preußischerseits so entscheidend vorging. Denn man durfte von dieser Seite her die Wahrheit nicht sagen: man durfte nicht erklären, daß man um des spezifischen Preußentums willen einen deutschen Krieg veranlasse, man war genötigt, zu versichern: daß man Deutschlands, um der deutschen Einheit willen in den Krieg ziehe.

Solche Versicherungen aber sind in der Politik verhängnisvoll; denn einige Taten wenigstens müssen doch den Worten zur Beglaubigung hinzugefügt werden und diese Taten haben dann ihre Folgen.

Mußte man auf alle Fälle (denn es konnte ja auch schlecht gehen!) versichern, daß man um Deutschlands Einheit willen in den Krieg ziehe, so mußte man auch zur politischen Verwirklichung dieser Einheit einiges ins Werk setzen.

Dies hatte man getan: ein deutsches Parlament nach dem allgemeinen Stimmrecht ward berufen. Allerdings sind auch hiervon durch den Gang der Ereignisse nur Trümmer übrig geblieben — aber selbst diese Trümmer, das Norddeutsche Parlament, können den reaktionären Elementen in Preußen unbequem werden.

Ein schwaches Mittel allerdings gegenüber der so mächtig gewordenen preußischen Regierung! Aber dennoch der Möglichkeit nach ein Mittel im Dienste der nationalen Sache, weil

auch das richtige und kräftige Wort, von einer Stelle in die Herzen von Millionen hinaustönend, unter Umständen zu einer Macht werden kann!

Die preußische Regierung ist in die deutsche Einheitsbewegung hineingeraten — es ist Sache der Nation, auf dieser Bahn sie vorwärts zu stoßen.

Die preußische Regierung will, was sie tut, um des spezifischen Preußentums willen tun — es ist Sache der Nation, die ihr von der preußischen Regierung selbst gebotenen Handhaben dazu zu benutzen, das Deutschtum an die Stelle des einseitigen Preußentums treten zu lassen.

Die nationale Aufgabe kann also, wie die Dinge tatsächlich jetzt liegen, nicht darin bestehen, daß man die Ereignisse dieses Jahres rückgängig zu machen suche, bloß darum, um zuletzt statt einer Hohenzollernschen Herrschaft in Deutschland eine Habsburgische Uebermacht in demselben erwachsen zu sehen. Denn wohin anders könnte es führen, wenn man jetzt die österreichischen Machinationen gegen Preußen unterstützen wollte — wohin anders könnte es führen, als daß man schließlich den alten Dualismus herstellte oder an die Stelle der reaktionären preußischen Kreise die doch sicherlich noch weit reaktionäreren österreichischen Kreise setzte?

Nicht dies also kann die nationale Aufgabe sein, sich an den Agitationen österreichischer Agenten, süddeutscher Partikularisten und der Ultramontanen zu beteiligen. Die Aufgabe kann vielmehr nur diese sein: Das Machtzentrum Deutschlands in Berlin als gegeben angenommen, auf dieses Machtzentrum selbst einwirken zu wollen.

In welcher Richtung aber hätte dies zu geschehen?

6.

14. Dezember 1866.

Die preußische Regierung begnügt sich mit einem Norddeutschen Bund — die deutsche Nation aber kann sich nicht mit einem solchen begnügen. Die Nation hat ein Recht auf Verwirklichung ihrer Einheit von Nord bis Süd und von West bis Ost, und nicht eher darf sie ruhen, als bis dies verwirklicht ist.

Nicht nur die „süddeutschen Staaten" müssen zu dem jetzt vorhandenen Kern deutscher Einheit herangezogen werden —

auch Deutschösterreich gehört zu uns und wird zu uns gehören, so lange dort deutsche Zunge klingt.

Dies also muß unsere Aufgabe sein: dahin zu wirken, soviel an uns liegt, daß dieser Norddeutsche Bund, statt ein Teilungsmittel Deutschlands zu sein, nur der erste entscheidende Schritt auf der Bahn sei, an deren Ende die vollendete deutsche Einheit steht.

Dieser Punkt ist ein einfacher und zweifelloser, denn so weit, Gott sei Dank, war doch immer die deutsche Demokratie, daß sie sich eine Einigung des Vaterlandes nicht durch Abtrennung seiner Glieder, sondern nur durch Vereinigung derselben denken konnte.

Wir müssen festhalten an der vollen Forderung des nationalen Rechtes: Einigung des ganzen Deutschlands.

Ein anderer Punkt aber könnte weniger einfach scheinen.

Sollen wir nach der Richtung des Bundesstaates oder des Einheitsstaates für Deutschland wirken? Oder, praktisch gesprochen, müssen wir die preußische Regierung dahin zu beeinflussen suchen, die anderen deutschen Staaten in ein Bundesverhältnis zu bringen oder aber dieselben zu annektieren?

Wir können, wenn wir unsere Prinzipien zu Rate ziehen, nur für den Einheitsstaat, für den Weg der Annexionen, der vollständigen Einverleibungen sein.

Wir müssen für den Einheitsstaat sein, weil wir, deren sozialpolitisches Streben überall eine Zusammenfassung, nicht eine Zersplitterung der Kräfte voraussetzt, in dem Einheitsstaate allein diejenige Form erkennen können, die dem Wesen eines politisch wie sozial einheitlich sich fühlenden, zu einheitlichem Wirken bestimmten Volkes entspricht.

Aber zu diesem allgemeineren prinzipiellen Grunde tritt noch eine zweite, auf die besonderen Verhältnisse gegründete Erwägung hinzu.

Auch wer im allgemeinen für die Form des Bundesstaates eingenommen ist, muß doch zugeben, daß diese Form nur dann Sinn und Verstand hat, wenn durch sie eine Anzahl ungefähr gleich starker Staaten verbunden und geeinigt ist. Zur Not könnte man jene Form noch hingehen lassen, wo ein einzelner Staat aus der Zahl der Gesamtheit zwar einigermaßen, aber nicht entscheidend an Macht hervorragt.

Als gänzlich verwerflich aber, als ein beständiger Widerspruch in sich selbst, als eine offene Lüge würde ein angeb-

licher Bundesstaat erscheinen, in welchem ein einziger der in demselben begriffenen Staate mächtiger wäre als alle übrigen zusammengenommen.

Man hätte die Nachteile des Einheitsstaates ohne seine Vorteile. Die Zentralregierung, als welche selbstverständlich die Regierung jenes übermächtigen Staates dastände, hätte tatsächlich alle Macht in der Hand, während die ihr gegenüberstehende Volkskraft unnatürlich zerteilt und zerklüftet wäre.

Dies aber gerade würde die Lage eines deutschen Bundesstaates mit preußischer Zentralgewalt sein.

Die Volkszeitung hat in letzter Zeit für den Bundesstaat plädiert, aus Gründen der Freiheit. Aber sollte die Freiheit nicht gerade dann bessere Aussichten haben, wenn es nicht mehr Deutsche ersten und zweiten Ranges gibt (d. h. solche, die zum tatsächlich herrschenden Staate und solche, die zu den tatsächlich beherrschten Staaten gehören), sondern wenn alle im ganzen Vaterland sich gleichberechtigt fühlen und gleichberechtigt der einen Regierung gegenüberstehen?

Man hätte, dächten wir, schon merken können, daß die preußische Regierung die oppositionellen Elemente in den neuerworbenen Provinzen gar sehr fürchtet.

Wer also die Opposition im inneren Preußen stärken möchte, der sollte, scheint uns, für weitere neue Provinzen sorgen.

Wir bleiben dabei: die Sache der Freiheit hat auf dem Wege der völligen Einverleibung neuer Teile Deutschlands in den preußischen Staat weniger zu fürchten, als auf dem Wege der Heranziehung derselben als Bundesglieder. Dort treten sie vollberechtigt in den bestehenden Hauptkörper ein, hier bleiben sie zur Ohnmacht und Unbedeutendheit verdammt. Möglich freilich — und dies macht viele irre — daß man in einem solchen Winkelstaate vielleicht etwas lauter sprechen darf als im Hauptstaat selbst, aber man bedenke, daß alles, was dort gesprochen oder getrieben wird, überhaupt keine Bedeutung hat.

Darum Einheitsstaat, nicht Staatenbund! Annexion, nicht Bundesverhältnis!

Allerdings hängt es von den Verhältnissen ab, in welchem Zeitpunkte man die preußische Regierung vernünftigerweise dazu auffordern kann, zur sofortigen tatsächlichen Verwirklichung dieser Forderung zu schreiten. Aber was man schon jetzt und jederzeit tun kann, ist dies: daß man die Ueberzeugung im

Volke verbreite, daß das Streben nicht auf den Bundes-, sondern auf den Einheitsstaat hinauslaufen muß. Insbesondere in der süddeutschen Bevölkerung gilt es diese Ueberzeugung zu verbreiten; der Süden selbst, wenn er wahrhaft erkennt, was zum gemeinsamen Frommen, zum Heile des Vaterlandes gereichen würde, muß seine vollständige Vereinigung mit dem Norden verlangen.

7.

16. Dezember 1866.

Wir haben, wie unsere Leser wissen, diese Artikel über unser Parteiprogramm in Anknüpfung an die jüngst von uns veröffentlichte interessante Arbeit eines Mitgliedes des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins geschrieben. Wir haben unsere Ansichten über die Lage und die von uns einzuhaltende Richtung der Agitation selbständig entwickelt, und es mag nun einem jeden überlassen bleiben, zu vergleichen, inwieweit wir mit dem Herrn Verfasser der erwähnten Arbeit einverstanden sind und inwieweit dies nicht der Fall ist. Wenn wir unsererseits davon abstehen, unsere Ansichten in wenige kurze Sätze in Form eines eigentlichen Programms zusammenzufassen, so geschieht dies darum, weil es unseres Erachtens Sache der demnächst in Erfurt zusammentretenden Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ist, ein genau formuliertes sozialdemokratisches Parteiprogramm zum Zwecke der Parlamentswahlen aufzustellen und wir hierin der Generalversammlung nicht vorgreifen wollen. Doch glauben wir, daß die von uns aufgestellten Grundsätze und entwickelten Ergebnisse die vom bleibenden Parteistandpunkte der jetzigen Lage gegenüber einzig richtigen sind.

Jedoch können wir diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne noch vor einem Mißverständnisse zu warnen, in welches auch der Herr Verfasser der mehrerwähnten Arbeit einigermaßen verfallen zu sein scheint.

Sicherlich ist nämlich in der Stellung der preußischen Regierung zu Deutschland eine tiefgehende Aenderung vor sich gegangen; allein diese Aenderung hat nur in national-einheitlicher, nicht in freiheitlicher Beziehung stattgefunden, und, da beides in inniger Wechselbeziehung steht, so hat man diesen Unterschied auch für die nationale Frage festzuhalten. Eine tiefgreifende Aenderung allerdings ist da: ja, wir müssen fortan

Preußens Regierung, wenn wir uns nicht in endlosen und ihren möglichen Erfolgen nach sehr zweideutigen Kämpfen erschöpfen wollen, als diejenige Macht betrachten, welche die nationale Einheit zu verwirklichen hat. Aber wir dürfen dabei nie vergessen, daß die maßgebenden Kreise Preußens vor wie nach konservative sind, und daß dieser Umstand auch auf die nationale Frage dahin zurückwirkt, daß diese Kreise mehr ein großes Preußen als ein großes Deutschland anzustreben geneigt sind. Wir haben also sicherlich die preußische Regierung gegen partikularistische oder habsburg-dualistische Bestrebungen, wir haben sie vor allem — und zwar hier mit der vollen Liebe und Glut vaterländischen Gefühls — gegen etwaige Konflikte mit einmischungssüchtigem Ausland zu unterstützen. Aber wir haben bei all dem stets im Auge zu behalten, daß wir nicht einer freiheitlichen Volksregierung gegenüberstehen, und darum bleibe auf Schritt und Tritt, unbeirrt von trügerischen Lobpreisungen der Machthaber, in uns wach und rege jenes Palladium aller echten Volksparteien: das demokratische Mißtrauen. —

Anmerkungen.

Nach dem Kriege von 1866 bewährte Schweitzer denselben historischen und politischen Scharfblick, wie vor dem Kriege. Er sah sofort, daß in der Schlacht von Königgrätz eine unwiderrufliche Entscheidung gefallen war und tat das, was Karl Marx am 22. August 1866 in einem Briefe an Kugelmann als die nunmehr notwendige Aufgabe mit den Worten bezeichnete: „Was Deutschland angeht, so muß man die Dinge nehmen wie sie sind, das heißt das revolutionäre Interesse in einer den veränderten Umständen entsprechenden Weise geltend machen.“ Schweitzer hielt sich ebenso fern den liberalen Illusionen, die in dem Norddeutschen Bund das tausendjährige Reich der irdischen Glückseligkeit anbrechen sahen, wie den radikalen Illusionen, die den Norddeutschen Bund zu zertrümmern gedachten.

Die Artikel, in denen er die neue Lage der Dinge betrachtete, bedürfen wiederum keines eingehenden Kommentars. Wie wenig sie dem Geschmack der Regierung entsprachen, beweist die Tatsache, daß der Artikel: Mit Blut und Eisen, sowie der Artikel über die Rede Jacobys sofort der polizeilichen Konfiskation verfielen, der erste sogar einer dreimaligen. Der Einwand, daß Schweitzer ehedem nicht ein Dorf und nicht eine Hütte von dem einigen Deutschland opfern wollte, und sich jetzt mit einem arg

zerstümmelten Deutschland begnügt habe, trifft nicht zu. Er opferte sein großdeutsch-revolutionäres Ideal nicht, weil er einsah, daß es durch Bismarcks Erfolge in weite Ferne gerückt war. Wenn es anders Grade des Unmöglichen gibt, so war die nationale Revolution noch viel unmöglicher geworden, seitdem die Bourgeoisie mit fliegenden Fahnen in das Lager Bismarcks abgeschwenkt war und in ihm den Helden des Jahrhunderts zu bewundern begann; eine Zertrümmerung des Norddeutschen Bundes war also zunächst nicht anders möglich, als daß Beust und Bonaparte über Bismarck siegten, und dadurch wäre das deutsche Proletariat aus dem Regen unter die Traufe gekommen.

Daß der Sieg Bismarcks in der äußeren Politik eine Reaktion in der inneren Politik zur Folge haben werde, sah und sagte Schweitzer voraus. Fraglich bleibt immerhin, ob er nicht dennoch größere Zurückhaltung gegenüber der neuen Ordnung der Dinge hätte beobachten können und sollen. Dabei spielten manche Imponderabilien mit: so wie Schweitzer nun einmal war, imponierte ihm jede Entfaltung wirklicher Macht, die er objektiv genug war, auch da und dann zu würdigen, wo und wann sie ihm feindlich entgegentrat. Ferner aber waren die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die sich ja vorzugsweise aus Preußen oder den mit Preußen verbündeten Kleinstaaten, wie Hamburg, rekrutierten, im Grunde mit Leib und Seele bei der Politik Bismarcks. In der gründlichen Beseitigung der elenden und jämmerlichen Bundestagswirtschaft sahen sie bei alledem einen historischen Fortschritt. Hasenclever besang in einem Gedicht den Einheitsmacher Bismarck und Tölcke steuerte in einer längeren Ausführung auf das Hohenzollernsche Kaisertum los. Gegen diese Strömung waren die sieben Artikel über unser Parteiprogramm gerichtet, deren mitunter allzu sanftmütiger Ton gegenüber der Regierung doch eben nur den Zweck hatte, den Arbeitern eine heilsame Pille möglichst verzuckert einzugeben.

Daß Schweitzer zur Beteiligung an den Wahlen riet, ohne sich irgendwelchen rosigen Einbildungen über die gänzliche Ohnmacht des neuen Parlaments hinzugeben, entsprach seinen ganzen Anschauungen. Er ist in dieser, wie in so mancher anderen Frage, der Bahnbrecher der Taktik gewesen, die heute noch in der Partei gilt.

Neuntes Kapitel.

Die ersten Reichstagswahlen.

I.

Wie haben wir uns bei den Wahlen zu verhalten?

4. Januar 1867.

Zunächst ist klar, daß wir fest und unwandelbar auf unseren eigenen Prinzipien stehen müssen. Kein Kompromiß, d. h. keine Vereinigung der Unseren mit Leuten einer anderen Partei zur Aufstellung gemeinsamer Kandidaten ist möglich. Denn wir unterscheiden uns zu tief von jeder anderen Partei, als daß wir uns über gemeinsame Grundsätze und gemeinsame Programme verständigen könnten. Wir könnten dies nur dadurch, daß wir einen Teil unserer Grundsätze aufgäben, und dies dürfen wir um keinen Preis.

Wer für die sozialdemokratische Partei, die Arbeiterpartei, als Kandidat auftreten will, dem ist zunächst die Frage vorzulegen: Wirst Du die Arbeiter als Klasse vertreten oder nicht?

Beantwortet er diese Frage mit nein, erklärt er, er wolle die Staatsbürger überhaupt vertreten oder macht er andere Ausflüchte, so ist er nicht zu brauchen. Denn er zeigt, daß er mit verschwommenen Phrasen über den großen Gegensatz der heutigen Gesellschaft hinwegzukommen gedenkt. Dieser Gegensatz aber ist tatsächlich vorhanden: Den Besitzenden stehen gegenüber die besitzlosen Arbeiter, und die Interessen dieser letzteren Klasse gilt es zu vertreten. Wer also nicht die Arbeiter als Klasse vertreten will, der will sie überhaupt nicht vertreten.

Die zweite Frage, die vorzulegen ist, muß sich dahin richten: Ob der Kandidat das für die sozialdemokratische Partei von der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

aufgestellte Programm anerkennt und in Gemäßheit desselben aufzutreten sich verpflichtet.

Werden beide Fragen mit ja beantwortet, so kann der Kandidat als der unsere betrachtet werden.

Ein Kompromiß also über gemeinsame Grundsätze, über gemeinsame Kandidaten ist nicht zulässig. Wohl aber ist eine Transaktion mit anderen Parteien statthaft zu dem praktischen Zwecke, die eigenen (sozialdemokratischen) Kandidaten mit größerer Sicherheit durchzubringen.

Mit der Fortschrittspartei wird dies wohl nirgends tunlich sein; wohl aber mit der radikalen Partei des Bürgertums und, wenigstens in Preußen, mit den Konservativen.

Die Vereinbarungen, die wir hier im Auge haben und die man nicht Kompromisse nennen kann, bestehen darin, daß die Unsern an dem einen Orte für den Kandidaten einer fremden Partei stimmen, wogegen an einem anderen Orte diese Partei für unseren Kandidaten stimmt, so daß dieser sicher gewählt wird, was sonst nicht der Fall sein würde.

Solche Vereinbarungen sind also nur da am Platz, wo wir nicht sicher selbst einen Kandidaten durchbringen können.

Nehmen wir an — es ist dies selbstverständlich nur eine beliebige Annahme — Barmen und Elberfeld seien zwei selbständige Wahlkreise und in Barmen hätten wir einen großen Anhang, aber doch nicht so groß, daß wir mit Sicherheit einen Kandidaten durchbringen könnten. Nehmen wir ferner an, in Elberfeld z. B. hätten die Konservativen Aussicht, ihren Kandidaten durchzubringen, jedoch auch nicht mit Sicherheit. Wenn nun die Unsern in Barmen zu den Konservativen sagen: „Stimmet Ihr hier für unseren Kandidaten; die Unsern in Elberfeld werden dort für Euern Kandidaten stimmen;" so sind wir gewiß, daß unser Kandidat in Barmen durchdringt. Allerdings erkaufen wir dies mit dem anscheinenden Opfer, daß wir in Elberfeld einen Konservativen durchbringen helfen; allein es ist für uns weit besser, wenn ein Sozialdemokrat und ein Konservativer im Parlament sitzen, als wenn überhaupt kein Sozialdemokrat aus der betreffenden Gegend hineinkommt. Das Opfer ist nämlich ein nur scheinbares darum, weil die Elberfelder Stimmen der Unsern bei obiger Annahme ohne Transaktion der gedachten Art einfach verloren gehen würden, während sie im Falle einer Transaktion den Unsern in Barmen zugute kämen.

An welchen Orten nun solche Vereinbarungen zu treffen sind und mit wem, ob mit den Konservativen oder mit den Radikalen, dies hängt selbstverständlich von den lokalen Verhältnissen ab. Unter allen Umständen aber hat man mit der erforderlichen Umsicht und Vorsicht vorzugehen, damit man nicht über den Löffel barbiert wird, sondern die Vereinbarung von allen Seiten redlich zur Ausführung kommt.

Unser Verhalten läßt sich also kurz wie folgt vorzeichnen:

1. Wahlkompromisse mit andern Parteien über gemeinsame Grundsätze und Kandidaten sind unmöglich. Lieber in der kleinsten Minorität und ohne alle Aussicht auf Erfolg nach den eigenen Prinzipien und für den eigenen Kandidaten stimmen, als auf Kosten der Prinzipien eine unnatürliche Verbindung eingehen und dadurch die Klarheit der Erkenntnis im Volke beeinträchtigen.
2. Wahl-Transaktionen sind statthaft und empfehlenswert in dem Sinne, daß man an dem einen Orte für den Kandidaten einer andern Partei stimmt, um dadurch an einem andern Orte den eigenen Kandidaten sicher durchzubringen.

   Man tritt da nach wie vor als Arbeiterpartei auf, gerade so wie die andere (konservative oder radikale) Seite ihren Parteicharakter nicht verleugnet; man vereinigt sich nur, unbeschadet der beiderseitigen Prinzipien, zu einem praktischen Zweck.

Dies die Gesichtspunkte, die uns leiten müssen und denen wir zu folgen haben, unbeirrt durch das Geschrei der Fortschrittspartei, welches unter allen Umständen entstehen wird, wenn wir selbständig vorgehen, und welches zweifelsohne eine besondere Höhe dann annehmen wird, wenn wir zu Wahl-Transaktionen der gedachten Art, sei es mit den Konservativen, sei es mit den Radikalen, schreiten.

Uebrigens sei vorläufig bemerkt, daß von seiten des Präsidiums des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die für die Wahlagitation überhaupt erforderlichen Schritte bereits eingeleitet werden.

II.

An die Parteigenossen!

Barmen, 15. Februar.

Der lang erwartete, lang ersehnte zwölfte Februar ist vorüber — und wir sind geschlagen auf fast allen Punkten. Das haben wohl wenige der Unseren erwartet und sicherlich steht mancher vor diesem Ergebnis wie vor einem unlösbaren Rätsel.

Alle diese großen, rauschenden Versammlungen mit ihrer Begeisterung und ihren Triumphen, diese stürmische Bewegung in den Massen — — und doch unterlegen, an wenigen Orten ehrenvoll, an manchen Orten schmählich unterlegen.

Ich habe während der Wahl-Agitation einen großen Teil Deutschlands bereist und überall persönlich an Ort und Stelle Kenntnis von der Lage der Dinge genommen, ich glaube mich daher befähigt und befugt, in betreff des Wahlresultats das Wort an die Parteigenossen zu richten.

Die Unseren waren siegesgewiß an allen Hauptpunkten; diese Siegesgewißheit hat sich nachträglich als ein Wahn erwiesen.

Woher dieser Wahn? Was war es, was im Sturm und Drang der Bewegung übersehen wurde?

Ihr habt Euch, Arbeiter, nicht zu deutlichem Bewußtsein gebracht, daß es in der menschlichen Gesellschaft Elemente gibt, die im regelmäßigen Laufe der Dinge unendlich mächtiger wirken, als der Sturm einer edlen Begeisterung. Ich bitte Euch zu glauben, daß es mir, der die schweren, leidenvollen Kämpfe der Arbeitersache in England und Frankreich aus der Geschichte kennt, gar oft in Euren lauten, siegesfrohen Versammlungen bang zumute ward, als sähe ich unheilverkündend die finsteren Mächte der Gesellschaft über Euren Häuptern schweben, und daß, wenn ich einstimmte in den allgemeinen Ruf des sicher geglaubten Sieges, ich dies nur darum tat, weil nach Versäumnis des langsamen, sicheren Weges allerdings der Sieg, wenn überhaupt erkämpfbar, nur durch den Sturm einer siegesgewissen Begeisterung errungen werden konnte.

Wißt Ihr, was den Gegnern den Sieg gab und uns unterliegen ließ?

Die konservative Partei hat für sich die altgewurzelte, festbegründete Organisation des Staatswesens; die Geldmacht hat

für sich die unsichtbare, aber überall gegenwärtige Wirksamkeit der sozialen Beziehungen, welche zugunsten weniger die Lebensstellung vieler an eiserne Notwendigkeiten ketten. Die Macht, welche in der Staatsorganisation liegt, die Ueberlegenheit, welche im Besitz begründet ist, — — sie beide sind Elemente, die nicht laut und lärmend an das helle Licht der Oeffentlichkeit treten, die aber im stillen von Woche zu Woche, von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde tausend unzerreißbare Fäden um das Geschick des einzelnen weben; Elemente, die dem Tropfen gleich, der den Stein höhlt durch beständiges Fallen, in ununterbrochener Dauer durch ihre beständig wirkende Allgegenwart die ganze Gesellschaft beherrschen — — unerbittlich, schwer erreichbar, auf tiefem, breitem Fundamente ruhend.

Diese unsichtbaren, immer gegenwärtigen, unablässig wirkenden Elemente, die in der Organisation des Staates, die im Grundzusammenhange der Gesellschaft wurzeln, Ihr dachtet ihrer nicht im Drange der Bewegung und Ihr glaubtet, den Feind besiegt zu haben, weil Euer Wort lauter tönte als das seine. Eure Gegner schwiegen, um unbemerkt in ihrem Schweigen die unsichtbaren Fesseln, in die Ihr eingezwängt seid, enger zusammenzuziehen.

Meistens standet Ihr zunächst im Kampfe gegen die Geldmacht, weil diese besonders durch ihr Entgegentreten Euch reizte.

Die Geldmacht ist eine furchtbare Macht — — an tausend Fäden halten die wenigen, denen die Reichtümer der Erde zufallen, die Millionen der Besitzlosen in ihrem Herrscherkreise fest. Ihr wolltet die Fäden zerreißen, die Euch halten! Vergebens! Während Ihr hundert dieser Fäden zerrisset, wurden hundert neue um Euch her gesponnen.

Die Geldmacht ist eine herzlose, eine grausame Macht. Kein menschliches Gefühl, keine menschliche Rücksicht rühret den, dessen höchstes Ziel und einzige Wonne der blanke Taler ist, der, weiterzeugend, den blanken Taler gebiert.

Als im Jahre 1848 Eure Brüder zu Paris im gewaltsamen Kampfe die rote Fahne zum Siege bringen wollten, da wurden Gewürzkrämer zu Helden, Philister zu Barbaren, weil sie in ihrem Besitz ihr Dasein bedroht sahen, zur Rettung dieses Daseins das Dasein selbst in die Schanze schlugen und dann, von ungemessener Rachsucht getrieben, in den besiegten Gegnern nur Räuber und Mörder sahen.

Nicht so großen Anlasses bedarf es, um die Privilegierten zu erbittern. Unsere Forderungen bedrohen nicht den erworbenen Besitz und wollen selbst den künftigen Ertrag menschlicher Arbeit nur allmählich in neue Bahnen der Verteilung lenken. Aber wie der Priester einer herrschenden Kirche seine Herrschaft bedroht sieht, wenn der Gläubige auch nur den leisesten Zweifel an irgendeinem seiner Worte wagt, so erzittern und ergrimmen die Männer des Geldes selbst bei den zahmsten Betrachtungen über die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der bestehenden Eigentumsverhältnisse. Wundert Euch nicht, daß die ganze ungeheure Gewalt der Geldmacht mit allem Nachdruck gegen Euch aufstand, da Ihr es wagtet, laut vor aller Welt Euch als ketzerische Zweifler am Dogma des unbefleckten Eigentums zu proklamieren.

Wundert Euch nicht, daß Ihr dem Gotte des 19. Jahrhunderts unterlagt in diesem ersten ketzerischen Kampfe. Der Gott des 19. Jahrhunderts steht noch fest und manches Menschenleben, manches zertrümmerte Familienglück wird noch geopfert werden müssen auf den vergoldeten Altären dieses Gottes.

Ihr glaubtet gesiegt zu haben über den Feind, weil Ihr ihn nicht sahet. Am Tage der Schlacht aber mußtet Ihr inne werden, daß er ungesehen Euch umzingelt hatte.

Diese Lehre darf nicht verloren sein; Ihr müsset erkennen, daß im regelmäßigen Laufe der Dinge nicht das plötzliche Aufflackern ungestümer Begeisterung, daß nur die langsame, unermüdliche Wirksamkeit in fest geregelten Bahnen zu Macht und Bedeutung in der Gesellschaft führt. Das feste Gefüge dauernder Kraft, in dem Eure Gegner, sicher stehend, sich bewegten, hat Euch besiegt. Lernet von ihnen und erkennet jetzt erst den Wert der Idee jenes großen Mannes, der Euch aus dem Schlummer geweckt und schon im ersten Rufe Euch vorausgesagt, daß nur dann der Sieg Euch werden kann, wenn Ihr durchs ganze Vaterland in fest geregelter Ordnung, in dauerndem Ineinandergreifen zusammenwirket.

Da wir gesündigt gegen diese Wahrheit, mußten wir büßen.

Wohl bleibt uns der Trost in unserer Niederlage, daß wir als Sieg betrachten würden, was jetzt Niederlage ist, wenn wir nicht allzu siegesgewiß die Macht der Gegner verkannt und mißachtet hätten. Ja, als ein Sieg erscheint uns, was geschehen ist, wenn wir bedenken, daß noch vor wenigen Jahren

nirgends im deutschen Lande die Arbeiterklasse ihrer Lage und ihrer Aufgaben sich bewußt war, und daß sie jetzt, in diesen letzten Tagen an so vielen Orten unverkennbar Zeugnis abgelegt von der gewonnenen Erkenntnis, ja an einigen Punkten mit ansehnlicher Kraft aufgetreten ist.

Aber ein zweiter, ein bedeutenderer Trost ist uns geblieben.

Wir haben den Grund der Niederlage erkannt, — wir werden wissen, was wir zu tun haben.

Darum keine Entmutigung! Nicht nach dem Siege, nach der Niederlage zeigt sich der Mann. Nie größer war das weltbeherrschende Rom, als nach der Unglücksschlacht von Cannä.

Wir alle, die wir berufen sind, der Partei lehrend oder belehrend voranzugehen, wir wanken nicht, wir gehen sicheren Schrittes weiter auf der betretenen Bahn und wir wissen, daß auch Ihr es werdet. Wer von Euch sich selbst und die Fahne der Partei verläßt, den treffe die Schmach der Feigheit und des weibischen Wankelmuts.

Was aber ist zu tun? Wie sollen wir handeln in der kommenden Zeit des Friedens, um bei neuen Schlachten besser gerüstet das Schlachtfeld zu betreten?

Darüber, Parteigenossen, denke ich in den nächsten Tagen das Wort an Euch zu richten.

J. B. v. Schweitzer.

III.

An die Parteigenossen!

Düsseldorf, 25. Februar.

Wenn wir nicht siegten im Wahlkampfe, lag es etwa an mangelnder Opferwilligkeit oder ungenügender Tatkraft?

Nimmermehr! Ich habe allerwärts gesehen, welche Rührigkeit herrschte, wie viele ganz nur dem Gedanken an die Wahl lebten und für die Tätigkeit in unserer Sache selbst schwere Opfer nicht scheuten. Ich habe, insbesondere am Wahltage selbst in Barmen-Elberfeld, beobachtet, wie mancher mit leerem Magen einen halben Tag, ja den ganzen Tag über in treuem Ausharren auf seinem Posten stand und ich bin fest überzeugt, es war überall so, wo der Allgemeine deutsche Ar-

beiterverein im Felde stand, überall im ganzen Vaterlande, weil die Begeisterung für die Sache jedes Leiden vergessen ließ.

Zwei Mängel waren es, die uns nicht siegen ließen:

1. Mangel an Geldmitteln;
2. Mangel an Verbindungen.

Was das erste betrifft, so haben die Arbeiter sicherlich alles mögliche getan, in den letzten Wochen vor der Wahl Geldmittel unter sich aufzubringen; aber der Fehler war eben dieser, daß man, verkennend oder nicht achtend die Bedeutung des lange Zeit andauernden allmählichen Sammelns, nicht rechtzeitig mit den Vorbereitungen begonnen hatte.

Was das zweite (mangelnde Verbindungen) betrifft, so kann dies an einem einzelnen Wahlkreise gezeigt werden. So zum Beispiel hatten die Unseren in Düsseldorf etwa 600 Stimmen. Sehr gut! Aber wie stand es mit den Dörfern und kleinen Städten, die zum Wahlkreise gehören? Der Arbeiterkandidat hatte nur da Stimmen, wo man im Besitz von Verbindungen war, d. h. wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Wurzel gefaßt hatte. Hilden gab etwa 60, Gerresheim etwa 20 Stimmen. Die übrigen Städtchen oder Dörfer gaben keine Stimme. Aehnlich war es in anderen Wahlkreisen.

Beide Mängel (die fehlenden Verbindungen wie das fehlende Geld) würden nicht bestanden sein, wenn im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein die von Lassalle begründete Organisation eine Wahrheit wäre.

Leider ist diese Organisation durch eine Reihe ungünstiger Zufälle und unser aller eigene Schuld bedeutend gelockert worden.

Aber selbst in dieser gelockerten Form hat die Organisation uns alles erreichen lassen, was wir überhaupt erreicht haben. Die zentralisierte Leitung, der allseitige Zusammenhang, die gegenseitige Unterstützung, Agitationskräfte und Geldmittel, das gemeinsame Vorgehen auf allen Punkten — kurz, die Organisation der Partei in ihren verschiedenen Ausflüssen — das war es, was uns in einer Stärke hervortreten ließ, die nachgerade doch den Gegnern Achtung einflößt.

Dem entspricht es auch, beiläufig gesagt, daß den größten Erfolg diejenigen Gegenden hatten, wo die Organisation, die Anhänglichkeit an das Vereinspräsidium und die Parteidisziplin am höchsten gehalten werden: nämlich Rheinland und Schlesien, nächstdem Braunschweig, Hamburg usw.; und daß die geringsten Erfolge da erzielt wurden, wo man sich mit

„Opposition“ gegen die Vereinsordnung und dergleichen abgegeben und dadurch nicht nur den ernsten Sinn der Parteimitglieder, sondern auch insbesondere die in der strikten Einheit und dem innigen Zusammenhang der Arbeiterpartei wurzelnde Kraft gefährdet hatte.

Was ist zu tun? so frug ich in meinem letzten Artikel, was ist zu tun, damit wir ein anderes Mal besser gerüstet auf dem Kampfplatze erscheinen?

Die Antwort, die ich auf diese Frage zu erteilen habe, ist sehr einfach:

Wir haben dasjenige Element, welchem wir alles überhaupt Errungene verdanken, die von Lassalle begründete Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu stärken und mit eiserner Konsequenz, mit unnachsichtiger Strenge zur Wahrheit zu machen.

Ordnung und Disziplin müssen fortan, nächst der Ueberzeugungstreue, das erste Erfordernis sein, welches die Partei von jedem ihrer Mitglieder fordern muß. Von denen aber, welche durch das Vertrauen der Partei zu einem Amte berufen sind, muß die ganze Tatkraft erwartet und verlangt werden, welche jeder, der vorzugsweise einer großen Sache zu dienen berufen ist, dieser Sache schuldet. Wenn einer seine Pflicht nicht tut — fort mit ihm!

Wenn ein Mitglied des Vereins seine Genossen von dem reinen Prinzip abwendig zu machen sucht; wenn es die auf dem Willen der Gesamtheit, der Grundverfassung des Vereins und dem erleuchteten Willen seines Stifters beruhende Organisation und Ordnung zu lockern oder zu durchbrechen bestrebt ist — fort mit ihm!

Wenn ein Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Mitglieder seines Platzes oder seines Kreises nicht mit dem vollen Geiste unserer Sache zu erfüllen versteht; wenn er nicht die Leitung in dem Bewußtsein, das Glied eines großen Ganzen zu sein, zu führen weiß — fort mit ihm!

Wenn ein Präsident des Vereins nicht mit kräftig zusammenfassender Hand die Einheit der Partei durch ganz Deutschland mehr und mehr zu verwirklichen weiß: wenn er nicht mit striktester Ordnung die Verwaltung der Vereinsgeschäfte führt — fort mit ihm!

Fort mit jedem in einem Wort, der seine Schuldigkeit nicht tut, fort mit jedem, wer es auch sei, der nicht im vollsten Maße seinen Platz ausfüllt. Wir bedürfen der ganzen Tatkraft, der unermüdlichsten Ausdauer eines jeden, wenn wir vorwärts kommen sollen. Ich bin überzeugt, daß diese Erkenntnis wie mir, so allen anderen sich aufgedrängt hat und darum bin ich auch überzeugt, daß jedes Mitglied, das nicht nur dem Namen nach ein solches ist, das Seine tut, daß insbesondere jeder Bevollmächtigte, vor allem aber der Präsident des Vereins, Hand ans Werk legen wird.

An dem Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ist es zunächst, zu überlegen, welche Schritte geeignet sind, die Organisation des Vereins auf den ursprünglichen Grundlagen zu erneuern.

Dieselbe Disziplin, die Lassalle forderte und aufrechterhielt, sie muß von jedem Präsidenten des Vereins gefordert und durchgesetzt werden; denn sie ist ein Teil der Idee selbst, sie ist die praktische Seite derselben. An dem Präsidenten ist es, dafür zu sorgen, daß alle schlechten, halben und unzuverlässigen Elemente aus der Partei ausgeschieden werden und daß die verbleibenden guten und echten Elemente mit immer strafferem Bande zu gemeinsamem Wirken zusammengefaßt werden.

Die Verdienste, die der derzeitige Vereinspräsident um unsere Sache sich bereits erworben, lassen uns hoffen, daß er dem Werke der Neu- und Festergestaltung des Vereins gewachsen sein und dadurch das Vertrauen, das wir alle zu ihm haben, noch erhöhen werde. Und von jedem Bevollmächtigten, jedem Kassierer oder sonstigen Beamten des Vereins muß erwartet werden, daß er ernstlich mit sich zu Rate gehe, ob er in sich die Tatkraft fühlt, in beständig andauernder, allmählicher, aber unablässiger Wirksamkeit seinem Posten Ehre zu machen. Nicht darauf kommt es an, daß man zu einzelnen Zeiten mit stürmender Begeisterung ins Feuer gehe, so gut dies auch unter Umständen sein mag — sondern darauf kommt es in erster Linie an, daß man in ruhigen Zeiten unablässig tätig sei wie zur äußeren Verbreitung, so auch zur inneren Festigung der Sache.

Dies meine Ansicht über die Lage der Dinge und über das, was zu tun ist.

Ich kann nicht schließen, ohne auf zwei besondere Punkte hinzuweisen.

Mit Erstaunen habe ich in einer Korrespondenz aus Braunschweig in unserem Blatt gelesen, daß man dort eine größere Verbreitung unserer Sache durch „Gründung eines Volksvereins“ (!) zu bewirken hofft. In der Tat, fast sollte man glauben, einen Faschingsscherz vor sich zu haben.

Diese starke Verirrung mag den Braunschweiger Parteigenossen darum verziehen werden, weil sie zu den jüngsten im Verein gehören und daher das Wesen desselben vielleicht noch nicht so vollständig erfassen konnten, wie diejenigen, welche schon zu Lassalles Zeiten beitraten. Aber mögen sie glauben, daß das „Vorurteil gegen den Lassalleanismus“, welches sie scheuen, überall bekämpft werden mußte. Man ist Herr darüber geworden, und da man das Panier offen und voll entfaltet hatte, war auch der Sieg ein vollständiger und durchschlagender.

Wo wir auf den Trümmern jenes Vorurteils Fuß gefaßt, da haben wir nichts mehr zu fürchten. Die Braunschweiger aber schämen sich, die Fahne offen und ganz zu entfalten; sie wollen durch Vertuschung und Verwässerung unseres reinen und strengen Prinzips einen Halb- und Scheinsieg erfechten und sich dann einbilden, sie hätten etwas für die Sache getan. Nein, lieber offene Feinde, als unsichere, unklare Freunde mit verschwommenem Bekenntnis; lieber Herrn Schulze-Delitzsch in eigener Person als solche Braunschweiger Volksbündler. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ist unsere Fahne; wer nicht für ihn ist, der ist wider ihn.

Aber ich ereifere mich umsonst. Ich bin überzeugt, daß der fragliche Korrespondent seine Privatmeinung, nicht die Meinung der Braunschweiger Parteimitglieder ausgesprochen. Denn diese haben sich ja bewährt, indem sie über 2000 Stimmen auf ihren Kandidaten zu bringen wußten, somit „in die dritte Klasse“ gehören. Freilich sollten sie das Prinzip bei der Agitation nicht ehrlich ausgesprochen, sollten sie — was ich aber nicht annehmen kann — unsere Fahne nicht voll entfaltet haben, dann freilich gehörten sie trotz ihrer 2000 Stimmen nicht in die dritte, sondern in gar keine Klasse. Denn wir kennen nur ein Ja oder Nein; und was nicht ja ist, ist nein für uns. Konnte die echte, altbewährte Fahne an so vielen Orten entfaltet werden und treue Kämpfer um sich scharen — warum sollte man in Braunschweig allein sich ihrer schämen müssen?

Doch genug, ich gehe zum zweiten Punkt über.

Diejenigen, welche bisher in inneren Vereinsangelegenheiten „Opposition“ machten, werden jetzt mit sich zu Rate zu gehen haben, was sie tun wollen. Das ist wohl einem jeden klar, daß der bisherige Zustand nicht weiter geduldet werden kann. Entweder sie haben auszutreten und mögen dann machen und treiben, was sie wollen — oder sie bleiben dem Werke Lassalles treu und fügen sich so gut wie alle anderen der Organisation und bestehenden Ordnung sowie dem Willen der Majorität. Wo die Kraft des Vereins ist, hat sich, nach so mancherlei Spielereien, jetzt in einem ernsten Kampf sehr unzweideutig bewährt. Die eine Tatsache ist entscheidend, daß sämtliche Wahlkreise der „Opposition“ zusammengenommen noch nicht so viele Stimmen für ihre Kandidaten aufzubringen vermochten, wie in dem organisationstreuen Teile des Vereins mancher einzelne Wahlkreis (z. B. Reichenbach-Neurode, Braunschweig, des Rheinlandes nicht zu gedenken) zusammenbrachte. Wenn die Betreffenden sich überlegen, wie wenig sie dem Verein genützt, wieviel sie ihm durch ihre Störungen der Ordnung geschadet haben, so mag dies ein Grund für sie sein, in sich zu gehen und in Zukunft durch doppelten Eifer sich zu bewähren. Mögen sie sich jetzt baldigst entscheiden, denn Verzug duldet diese Sache nicht fürder. Wenn sie sich selbst angesichts der Niederlage, die sie bei den Wahlen erlitten haben, der Organisation und Disziplin der Partei nicht fügen wollen, so zeigen sie, daß es ihnen niemals ernst war mit der der Sache und dann ist nichts an ihnen verloren; wollen sie aber wieder gleich der ungeheuren Majorität ihrer Brüder dem gemeinsamen Banner folgen — wohlan, sie werden willkommen sein. Sind doch unter ihnen so manche trefflichen Elemente, die wir fürwahr nicht gern missen möchten und die nur einer unablässigen Verführung zum Opfer gefallen sind. Diese Verführung konnte gefährlich sein, solange der wahre Charakter derselben nicht erkannt war; jetzt aber, wo man weiß, daß man dem Fluche der Lächerlichkeit anheimfällt, wenn man auf jenen Bahnen verharrt — jetzt wird doch wohl jene Verführung ihre Macht verloren haben.

Und nun noch ein Wort zum Schluß!

Alles in allem erwogen, Parteigenossen, haben wir Ursache, zufrieden zu sein. Wir haben uns tüchtig geregt, und ob auch das nächste Ziel, der Sieg in der Wahl uns versagt blieb — die Wahlagitation selbst hat unsere Sache mächtig

gefördert. Und auch das haben wir erreicht, daß man uns nicht mehr totschweigen kann, und daß man eingesehen hat, daß man uns unter Umständen nötig hat. Dies wird seinen Einfluß auf die Haltung der Parteien uns gegenüber nicht verfehlen.

Wir dürfen zufrieden sein; was wir geleistet haben, war aller Ehren wert nach so wenigen Jahren des Bestehens der Partei, unter so tausendfachen Hindernissen.

Darum frohen Sinnes in die Zukunft geblickt! Der festen Beharrlichkeit und dem unbeugsamen Mute ist der endliche Sieg gewiß.

Die Wahlkämpfe sind bis auf weiteres vorüber und nur in Barmen-Elberfeld gilt es einen „letzten Versuch". Was menschliche Kraft vermag, dessen seid versichert, Parteigenossen, dort wird es geleistet werden. Wohl können wir auch ein zweites Mal unterliegen, aber wir werden wenigstens gearbeitet haben wie Lastpferde.

J. B. v. Schweitzer.

Anmerkungen.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war auf der Leipziger Generalversammlung im Juni 1866 nur notdürftig reorganisiert worden. Der Hamburger Perl wurde zum Präsidenten gewählt; er war ehrlicher und intelligenter als Bernhard Becker, der im Jahre 1865 viel zum Ruin des Vereins beigetragen hatte, aber das Zeug dazu, der im Verein eingerissenen Unordnung zu steuern, hatte er doch nicht. Die Gräfin Hatzfeldt fuhr mit ihren Intrigen fort, um den Verein ins Lager Bismarcks zu treiben, und es gelang ihr auch, ein Wahlprogramm in die Massen zu werfen, das den größten Mißverständnissen Tür und Tor öffnete.

Vor die Wahl gestellt, entweder mit diesem bedenklichen Wahlprogramm oder mit gebrochener Front in den ersten Wahlkampf auf Grund des allgemeinen Stimmrechts zu marschieren, entschied sich Schweitzer für den ersten Teil dieser Alternative, zumal da es ihm auf der Erfurter Generalversammlung, in den letzten Tagen des Jahres 1866, noch gelungen war, das Programm der Gräfin wenigstens von den ärgsten Flecken zu reinigen. Auch wußte er den schädlichen Wirkungen dieses Programms vorzubeugen, indem er den Arbeitern in dem Artikel über ihr Verhalten bei den Wahlen den Rat erteilte, die Kandidaten in erster Linie nicht nach ihrer Zustimmung zu diesem Programm, sondern danach zu fragen, ob sie die Arbeiter als Klasse vertreten wollten oder nicht. Das genügte in der Tat, um alle unsicheren Kantonisten fernzuhalten.

In demselben Artikel legte Schweitzer die taktischen Gesichtspunkte für die Wahl dar. Der eine von ihnen, die Unmöglichkeit von Wahlkompromissen mit anderen Parteien über gemeinsame Grundsätze und Kandidaten, ist heute noch so unangefochten und so unanfechtbar, daß über ihn nicht weiter gesprochen zu werden braucht. Anders jedoch steht es mit dem zweiten Gesichtspunkt, mit den Wahltransaktionen, wie Schweitzer sie im Gegensatz zu den Wahlkompromissen nannte, mit den Vereinbarungen zwischen verschiedenen Parteien über gegenseitige Unterstützung in Wahlkreisen mit unsicheren Mehrheiten. Von solchen Transaktionen hat gelegentlich auch Engels als Möglichkeiten des proletarischen Emanzipationskampfes gesprochen, aber nur in Beschränkung auf bürgerlich-radikale Kandidaten, und zudem auch nur in einem vertraulichen Privatbriefe, so daß man nicht einmal mit Sicherheit behaupten kann, er würde sie im Ernstfall empfohlen haben. Schweitzer dachte nicht nur an bürgerlich-radikale, sondern auch — und wohl vornehmlich — an konservative Kandidaten, die von den Arbeitern in einem Kreise gewählt werden sollten, wenn die Konservativen sich in einem anderen Kreise verpflichteten, dem sozialdemokratischen Kandidaten den Sieg zu sichern. Mit dieser Taktik steht Schweitzer in der Parteigeschichte ganz einsam da.

Auch sonst hat sein Verhalten bei diesen Wahlen stets ein Hauptstück in den Anklagen gebildet, die gegen ihn erhoben worden sind, in manchen Punkten mit Recht, in anderen Punkten, und namentlich in den Hauptpunkten, mit Unrecht. Schweitzer war in sechs Wahlkreisen als Kandidat aufgestellt worden, von denen die aussichtsreichsten Reichenbach-Neurode in Schlesien und Barmen-Elberfeld im Rheinlande waren. In einem Aufrufe an die schlesischen und rheinländischen Parteigenossen sagte er nun: „Eine mildere Zeit, eine weisere Regierung ist gekommen", und das ist ihm als ein kompromittierendes Kompliment an Bismarck ausgelegt worden. Man höre nun aber die ganze Stelle, worin dieser Satz stand: „Ihr, schlesische Arbeiter, fühlt am schwersten vielleicht den Druck, mit dem eine lügnerische Zivilisation auf Euch lastet. Noch ist es in Menschengedenken, wie damals, als der Hunger Euch zur Verzweiflung trieb, die Bajonette Euch entgegenrückten, die Forderungen Eures Rechts, den Weheruf Eurer Verzweiflung in Blut zu ersticken. *Eine mildere Zeit, eine weisere Regierung ist gekommen.* Zurückgegeben ist Euch das unverjährbare Menschenrecht, und frei und offen vor aller Welt darf Eure Stimme ertönen, Gerechtigkeit für die Arbeit, Gerechtigkeit für das Proletariat zu fordern." In diesem Zusammenhange ist die „mildere Zeit" und die „weisere Regierung" ganz unverfänglich, und die Polizei verstand sich besser auf Schweitzer, als seine Ankläger, indem sie um dieses Aufrufs willen die Nummer des Sozialdemokraten, worin er stand, unter ihre mütterliche Obhut nahm.

Am heißesten tobte der Wahlkampf in Barmen-Elberfeld. Hier hatte Schweitzer mit Bismarck als konservativem und Forckenbeck als liberalem Gegenkandidaten zu tun. In der Hauptwahl unterlag er, jedoch so, daß seine Stimmenzahl nicht allzuweit hinter der Stimmenzahl seiner Gegner zurückblieb. Für die Stichwahl gab er nun die Parole der Stimmenthaltung aus: für einen konservativen Kandidaten könnten die Arbeiter aus prinzipiellen Gründen nicht stimmen, mit der Fortschrittspartei könnten sie für dieses Mal jedoch auch nicht zusammengehen, wegen deren beispiellos gehässigen Verhaltens gegenüber der Arbeiterpartei. In einer Rede vor seinen Wählern aber meinte Schweitzer, solche Parolen der Stimmenthaltung würden nie allzu genau genommen; wen sein Herz zu Bismarck oder auch zu Forckenbeck zöge, der möge sich nicht genieren; im allgemeinen scheine ja die Stimmung für Bismarck zu sein. Der Wink wurde verstanden, die sozialdemokratischen Stimmen fielen zum großen Teil auf Bismarck und entschieden dessen Sieg. Danach erließ Schweitzer einen Aufruf, worin es hieß: „Was Ihr tatet, war ein verhängnisvoller Schritt, denn er birgt in sich den Keim einer unheilvollen Spaltung der vorwärtsdrängenden Elemente. Aber ich weiß, was Ihr sagen wolltet mit diesem Schritt und Eure Brüder in ganz Deutschland werden Euch verstehen. Ihr wolltet denen eine Lehre geben, die, Eure Macht verkennend, in dünkelhaftem Uebermute Eure Bestrebungen zu Boden zu treten versucht hatten; Ihr wolltet Ihnen zeigen, daß Ihr nicht gesonnen waret, die unflätigen Schmähungen und elenden Verdächtigungen, welche Eure liberalen Gegner durch bezahlte Werkzeuge in die Welt gesetzt hatten, vor allem aber die Verkümmerung Eures Wahlrechts ungestraft hingehen zu lassen; Ihr wolltet zeigen, mit einem Worte, daß die liberale Bourgeoisie nichts ist ohne die Arbeiterklasse. Die Lehre, die Ihr erteiltet, ist eine eindringliche. Das Exempel, das die Arbeiterpartei in Barmen-Elberfeld statuiert hat, sollte verstanden werden von der liberalen Partei im ganzen Vaterlande. Wir verlangen nicht. daß man uns nicht bekämpfe, wir wollen nur, daß man uns würdig entgegentrete. Bleibt die empfangene Lehre wirkungslos, so tragen jene, nicht wir, die Verantwortung für alles Kommende." Inzwischen hatte Bismarck das Mandat des altmärkischen Kreises Jerichow angenommen, was in Barmen-Elberfeld bekannt war, ehe sich hier die Stichwahl vollzog.

Diese Vorgänge waren nun Wasser auf die fortschrittlichen Mühlen. Zwischen einem konservativen und einem liberalen Kandidaten zur Wahl gestellt, entschieden sich die sozialdemokratischen Wähler für den konservativen! Allerdings, wenn Schweitzer sich von der Regierung viele Monate einsperren ließ, um seine Abhängigkeit von Bismarck zu verschleiern, so war es wunderbar, daß er sich vor aller Welt als Werkzeug Bismarcks kompro-

mittierte, noch dazu in einem Falle, der der Regierung nicht im geringsten nützen konnte. Jedoch über solche psychologischen Schiffstaue stolpert fortschrittliche Logik nicht.

Tatsächlich bewies die Abstimmung für Bismarck in der Elberfelder Stichwahl nicht Schweitzers Abhängigkeit, sondern vielmehr seine Unabhängigkeit von Bismarck. Hatte der bereits gewählte Bismarck nicht das geringste Interesse daran, in Barmen-Elberfeld nochmals gewählt zu werden, so mußte ihm um so mehr daran gelegen sein, daß Forckenbeck siegte, der einflußreichste unter denjenigen Führern der bürgerlichen Opposition, die in Bismarcks Lager überzulaufen bereit waren. Forckenbeck hatte damals über kein anderes Mandat zu verfügen; erst als er in Barmen-Elberfeld endgiltig durchgefallen war, ist er in Neuhaldensleben-Wolmirstedt in einer Nachwahl für den Grafen Schwerin als Kandidat aufgestellt und einen Monat später gewählt worden. Indem Schweitzer seinen Wählern an die Hand gab, in der Stichwahl **für** Bismarck zu stimmen, handelte er direkt **gegen** die Interessen Bismarcks.

Wohl aber handelte er dabei im Interesse der Partei. Ihr war aus begreiflichen Gründen ungemein viel daran gelegen, im Norddeutschen Reichstage wenigstens durch eine oder auch zwei Stimmen vertreten zu sein. Hierfür war aber nach dem Ausfalle der Wahlen keine Möglichkeit mehr vorhanden, es sei denn, daß in Barmen-Elberfeld eine Nachwahl stattfand. Für eine solche Nachwahl waren die sozialdemokratischen Aussichten nicht ungünstig, namentlich da die Konservativen einen so zugkräftigen Kandidaten wie Bismarck nicht wieder zu präsentieren hatten. Um diese Nachwahl zu erzwingen, hatten die Wähler Schweitzers kein anderes Mittel, als Bismarcks Sieg in der Stichwahl zu sichern, und nur deshalb haben sie für ihn gestimmt. Im literarischen Nachlaß von Moses Heß, den das Parteiarchiv aufbewahrt, finden sich noch die Briefe Tölckes, Jakob Audorfs und Reals, worin sie an Moses Heß, der sich in Paris gleichfalls über die Sache beunruhigt hatte, etwa so schrieben: Wir verstehen wohl, daß uns die Fortschrittler wegen der Abstimmung für Bismarck verdächtigen, aber wie ein Sozialdemokrat diese ganz einfache und notwendige Taktik mißverstehen kann, ist uns nicht ebenso klar. Die Rechnung erwies sich auch als ganz richtig; in der Nachwahl sanken die konservativen Stimmen beträchtlich und zersplitterten sich obendrein, so daß Schweitzer wenigstens in die Stichwahl kam, wenn er das Mandat selbst auch erst im Herbste desselben Jahre eroberte.

Die Abstimmung für Bismarck war also vollkommen berechtigt, und ihretwegen läßt sich kein Vorwurf gegen Schweitzer erheben. Unverständlich ist aber, weshalb er den Sachverhalt nicht einfach zugab. Ein Mann, der in Wahlgeschäften so kalt-

blütig dachte, wie Schweitzer mit seinen Wahltransaktionen zeigte, konnte ja einfach sagen: Wir beseitigen den liberalen Kandidaten, um uns selbst ein Mandat zu sichern. Aber es scheint, daß Schweitzer, was sonst nicht seine Art war, durch die in der Tat wahrhaft unflätigen Schmähungen, mit denen ihn die Fortschrittspartei in diesem Wahlkampfe überschüttet hatte, bis zu einem gewissen Grade eingeschüchtert worden ist, so daß er das Odium scheute, bei der Wahl zwischen einem konservativen und einem liberalen Kandidaten sich offen für den konservativen Kandidaten zu entscheiden. Aber da war der Kluge klug genug, nicht klug zu sein: ein viel schlimmeres Odium, als durch ein ehrliches Zugeständnis, lud er durch das Drumherumsprechen auf sich, womit er erst offizielle Stimmenthaltung proklamierte, dann offiziös zur Wahl Bismarcks riet, und endlich einen Aufruf erließ, der mit pomphaften Reden die wirkliche Sachlage zu verschleiern suchte. Auch bei der Nachwahl ließ seine Haltung viel zu wünschen übrig; als er mit dem liberalen Kandidaten Gneist in die Stichwahl gekommen war, warb er in unschöner Weise um die konservativen Stimmen, indem er sie als Gegenleistung dafür beanspruchte, daß seine Wähler bei der ersten Wahl für Bismarck gestimmt hätten, und sich ihnen als das — vom konservativen Standpunkt aus — kleinere Uebel empfahl.

Mit seiner Niederlage in Barmen-Elberfeld war die letzte Aussicht darauf verschwunden, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein im Norddeutschen Reichstage vertreten sein werde. Im ganzen brachte ihm der Ausfall der Wahlen eine große Enttäuschung. Der Sozialdemokrat teilte die Wahlresultate in 6 Klassen ein: 1. Stimmenzahl von über 4000, 2. von 3000 bis 4000, 3. von 2000 bis 3000, 4. von 1000 bis 2000, 5. von 500 bis 1000, 6. unter 500. Zur ersten Klasse gehörten nur zwei (Barmen-Elberfeld und Lennep-Mettmann), zur zweiten nur einer (Reichenbach-Neurode), zur dritten ebenfalls nur einer (Braunschweig), zur vierten acht, zur fünften und sechsten je vier Wahlkreise. Schweitzer sah den Grund des Uebels mit Recht in dem gänzlichen Verfall der Organisation, den die bisherigen Präsidenten, wenn auch gewiß nicht allein verschuldet, so doch auch nicht zu beseitigen gewußt hatten. Indem er sich nun schon auf eigene Faust mit an sich durchaus einleuchtenden Kundgebungen an die Gesamtpartei wandte, um eine Organisation zu schaffen, wie Lassalle sie geplant hatte, stellte er sich selbst als den einzigen Mann vor, der helfen könne, und seine aufopfernde Tätigkeit für die Sache hatte nun auch das anfängliche Mißtrauen gegen ihn so gründlich überwunden, daß er auf der Braunschweiger Generalversammlung, im Mai 1867, zum Präsidenten des Vereins gewählt wurde.

Zehntes Kapitel.

Die Diktatur Schweitzers.

I.

Der sterbende Proletarier

28. April 1867.

ist kein Gegenstand der Betrachtung für jene, die dem Reichtum und den Machthabern der Erde dienen; uns aber, deren Beruf es ist, die Sache der Armen und der Enterbten zu vertreten, uns darf der sterbende Proletarier ein Gegenstand der Betrachtung sein.

Aus Asch in Böhmen haben in der letzten Nummer unseres Blattes Arbeiter, treue Anhänger der gemeinsamen Sache, wie folgt berichtet:

> Unser treuer Freund, Johann Simon Martin, ist am 14. April aus unserer Mitte mit Tode dahingeschieden und am 16. April begraben worden. Er war der erste, welcher den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in Asch gründete und für die gerechte Sache eintrat. Er hat gekämpft für Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit, hat festgehalten an den Prinzipien unseres großen Meisters Ferdinand Lassalle, und oft ging es ihm sehr schlecht, der Förderung unserer Sache wegen. Rastlos ging er immer wieder den eingeschlagenen Weg. Als ihn einmal einer fragte: „Wirst Du denn nicht müde?" war seine Antwort: „Nein! Ich möchte nur das erleben, was unser Bestreben ist." Den Tag zuvor, ehe er erkrankte, war seine letzte Tätigkeit, den Lesekreis zu regeln und einen Brief an die geehrte Redaktion des Sozialdemokraten zu schicken, mit jenem Bericht in Nr. 43. Den andern Tag trugen ihn seine Beine nicht mehr; vom Krampf wurde er überfallen, was seinen Tod herbeiführte. Auf seinem Krankenlager ließ er sich von seinen Kindern noch den Sozialdemokraten vorlesen, weil er nicht mehr lesen konnte!

Als wir diese Worte lasen, war es eine doppelte Empfindung, die uns bewegte: eine persönliche und eine sachliche.

Eine persönliche: denn ja, als wir von dem sterbenden Arbeiter im fernen Böhmen lasen, dem noch auf dem Totenbett das Blatt, das wir schreiben, ein Trost und eine Freude blieb — da war vergessen, was Herbes und Dornenvolles auf der Bahn unseres Wirkens liegt, vergessen alles Leiden und alle Mühsal eines rastlosen Kampfes, vergessen, was uns nur je betrüben und schmerzen konnte; wir waren glücklich in dem Bewußtsein, daß wir nicht vergebens wirken; wir fanden Befriedigung in dem Gedanken an das Sterbebett zu Asch.

Aber nicht nur um unseretwillen, nicht nur darum, weil wir für uns selbst Glück und Beruhigung in jenen Worten fanden — nein aus einem tieferen Grunde — um der Sache selbst willen — haben jene Worte uns ergriffen.

Die Todesstunde ist ernst — in dieser verhängnisvollen Stunde schweigt die niedere Selbstsucht — was einen Menschen auf dem Totenbette ergreift, das muß seine Wurzeln in den edleren Elementen des Herzens haben, das können nicht die kleinen Interessen des vergänglichen Einzellebens, das können nur die ewigen Ideen der ganzen Menschheit sein.

Was war es, sterbender Proletarier im fernen Böhmen, das Dich bewog, in der Sterbestunde von Deinen Kindern dir gerade dies und nichts anderes lesen zu lassen? Meinen doch jene, die draußen stehen und von uns nur wissen, was unsere Feinde ihnen erzählen — meinen sie doch, wir zankten nur um das Mein und Dein, und bei uns sei keine hohe Idee zu finden — keine Idee, die die Herzen erwärmen kann mit allmächtiger Glut!

Ach, sehen wir uns doch ein wenig um!

Jene ersten Gründer und Kämpfer des Sozialismus, waren es so kalte, gewöhnliche Menschen? Oder waren sie vielleicht doch erwärmt von einem Feuer, das, einmal entfacht, niemals erlischt in den Herzen?

Zwei Namen sind es, die der französische Arbeiter vor allen mit Liebe und Verehrung nennt — denn diese Namen stehen da, wo die Geschichte des Sozialismus beginnt. Saint Simon und Fourier — sie waren es, die zuerst, tief ergriffen von dem Massenelend inmitten dieser glänzenden, goldschimmernden Zivilisation, den Ruf gewagt: Das kann, das darf nicht so bleiben.

„Stehen Sie auf, Herr Graf, denn Sie haben große Dinge zu vollbringen" — mit diesen Worten ließ sich täglich am frühen Morgen in seinem siebzehnten Jahre der junge Graf Claude Henri de Saint Simon, Nachkömmling der alten Grafen von Vermandois, von seinem Bedienten wecken. Und was der Jüngling sich und der Welt versprochen — der Mann, der Greis hat es gehalten. In Frankreichs leicht bewegliches, rasch entzündliches Volk, in die Herzen unter der französischen Bluse hat er zuerst den Gedanken der sozialen Reform hineingeworfen und er hat diesen Gedanken festgehalten, sein ganzes, langes Leben hindurch. In beispiellos wechselvollem Schicksal, unter Stürmen und Sorgen, bald reich, bald arm, aber immer strebend, immer hoffend, unter allen Wechselfällen immer von dem einen Gedanken erfüllt, hat er sich durchs Leben hindurchgekämpft, und er schied aus ihm mit demselben Gedanken, der das Ideal seiner Jugend war. Am 19. Mai 1825 starb er in den Armen seiner Schüler, umgeben von ihrer Sorgfalt und ihrer Liebe. „Als er fühlte, daß sein Ende nahte," erzählt L. Reybaud, „rief er die Vertrauten seiner Gedanken an sein Bett und sagte: „„Ihr geht einer Zeit entgegen, wo richtig ineinandergreifende Anstrengungen zu gewaltigen Resultaten führen müssen: die Frucht ist reif — Ihr werdet sie pflücken."" „„Rodrigues"" — sich an seinen liebsten Schüler wendend —, „„erinnere Dich, vergiß es nie, Olinde Rodrigues, daß man begeistert sein muß, um große Dinge zu vollbringen. Mein ganzes Leben faßt sich in einem Gedanken zusammen: allen Menschen die freieste Entwicklung ihrer Anlagen zu versichern."" Es entstand ein Stillschweigen, und erst nach einigen Minuten fügte er, schon im Todeskampfe, hinzu: „„Die Zukunft ist unser."" Als er dies gesagt hatte, hob er die Hand nach seinem Kopfe und starb."

Was war es, was diesen Mann aufrecht erhielt sein ganzes Leben hindurch — was ihn sinnen ließ unablässig über ein Problem, das ohne Vergleich schwerer zu lösen ist, als alle Probleme, die noch jemals die Menschheit in ihrer Geschichte zu lösen gehabt? Was war es, was ihn zwang aus der Tiefe seines Herzens heraus, die Gegenwart, die sein war, gleichgültig von sich zu werfen für eine Zukunft, die nicht die seine sein konnte?

Nach dem Grafen von Saint Simon kam der Buchhalter Charles Fourier.

Was war es, was den Buchhalter Charles Fourier befähigte, mitten unter den kleinlichen, für einen Geist wie den seinen so widerlichen Geschäften des Handels, unter Rechnen, Kopieren von Briefen, Sortieren von Waren, einen gewaltigen Gedanken zu verfolgen?

Ein Einziges genügt, zu zeigen, welches Herz Charles Fourier hatte!

Nach dem Studium der Wissenschaften hatte er in eigenen Werken das Bild einer künftigen, einer besseren Gesellschaft, in welcher nicht mehr Reiche und Arme seien, sich ersonnen. Er war überzeugt bis in die letzten Tiefen seines Herzens, daß er das Rechte gefunden. Er wollte an einem Beispiele zeigen, an einem Versuche, daß, was er ersonnen, Wirklichkeit werden könne.

Aber eines fehlte: er war arm und eine Million war nötig, jenes Beispiel, das weiter zünden sollte, das erste „Phalansterium" in die lebendige Wirklichkeit zu stellen. Er mußte appellieren an den Edelmut der Reichen, und er glaubte an diesen Edelmut, weil er selbst ihn hatte.

Wer noch nie erfahren hat, wie fest eine Ueberzeugung in einem Menschen wurzeln kann, der höre!

Als Ponpery dem großen Volksdichter Frankreichs, Beranger, eine Broschüre über die soziale Frage zuschickte, da antwortete ihm dieser:

„Ich möchte Ihnen vorwerfen, Ihre Notizen nicht durch einen Zug Fouriers vervollständigt zu haben, der mir ihn unübertrefflich zu bezeichnen scheint: Es ist die Genauigkeit, mit der er, zehn Jahre lang, täglich um 12 Uhr mittags nach Hause ging. Es war dies die Stunde, die er zum Rendezvous in seinen Werken dem reichen Manne bestimmt hatte, der ihm eine Million zur Errichtung des ersten Phalansteriums anvertrauen wollte. Nichts ist rührender als dieser lebendige und dauernde Glaube! Ach, wie gern hätte ich ihm eine Million gebracht, wenngleich seine Wissenschaft mir unvollständig scheint!"

Zehn Jahre lang, jeden Tag um 12 Uhr, hat er den reichen Mann erwartet — aber der reiche Mann ist nicht gekommen.

Soll man lachen bei dem Gedenken an diesen erhabenen Wahnsinn, soll man weinen? Wehe dem, der lachen kann, Ehre dem Herzen dessen, der weinen muß bei dem Gedanken an Charles Fourier!

Und jener Mann, den alle Arbeiter Deutschlands, die aus dem Schlummer erwacht sind, verehren wie keinen anderen, und den sie verehren werden ewiglich — was war es denn, was ihn zu unablässigem Streben trieb, ihn auf den Kampfplatz des öffentlichen Lebens rief? Er war geboren im Schoße des Reichtums und seinem empfänglichen Gemüte standen alle Genüsse der Erde, alle ihre Freuden offen. Er aber opferte die Ruhe seiner Nächte, und in stiller Einsamkeit mühte er sich ab in tiefem, schwerem Gedankenwerk, auf daß er gerüstet, unüberwindlich hinaustrete auf den Kampfplatz. Muß es nicht eine große Idee gewesen sein, eine Idee, die das Herz erwärmt, erfaßt, die solchen Drang in ihn legte, ihn zu gewaltiger Gedankenarbeit trieb, wo er genießen, wo er in sorgloser Ruhe sich des Lebens freuen konnte?

Was ihn erfüllte — was den französischen Grafen und jenen Buchhalter aus Besançon ergriffen hatte — es war dasselbe, was die Todesstunde des Proletariers in Asch verschönte: es war der Glaube an das Evangelium der Menschenliebe.

Schon einmal ward ein Evangelium der Menschenliebe verkündet — an den Ufern des Jordans, von den Bergen Galiläas! Es ist eine lange, eine entsetzliche Leidensgeschichte, die Erzählung von damals! Vergebens, vergebens war jenes heiße, jenes inbrünstige Gebet am nächtlichen Oelberg: Laß diesen Kelch an mir vorübergehen! Der Kelch des Leidens konnte nicht vorübergehen an dem Verkündiger der Menschenliebe.

Das Evangelium von damals ist nicht zur Wahrheit geworden — der Strom der Jahrtausende ist darüber hinweggegangen, die alte Selbstsucht hat ihren Platz behauptet.

Wird das neue Evangelium der Menschenliebe glücklicher sein, als das alte?

Es wird noch mancher seine besten Geisteskräfte abmühen müssen in endloser Arbeit, es wird noch mancher Schädel zerschmettert in blutige Stücke fliegen, bis der große Tag der Versöhnung gefeiert werden kann.

Aber der kann kein Apostel des neuen Evangeliums sein, der nicht glaubt an die innere Kraft der neuen Lehre und an ihren gewissen Sieg!

Blicket hin, Ihr Arbeiter überall, an das Sterbebett zu Asch: dort ist einer gestorben, der überzeugt war in seinem Herzen und der in der Todesstunde seinen Trost fand in dem Glauben an die Menschheit. Haltet hoch das Andenken des

armen Mannes, der dort gestorben ist! Wenn die Söhne und Töchter der Millionäre, wenn Prinzen und Prinzessinnen sterben, da klagen Tausende, da tönet lärmende Trauer weit durchs Land. Ihr aber, Arbeiter, sollt in stiller Andacht Eures Bruders, des armen Mannes, gedenken und Ihr sollt empfinden, daß seine Sterbestunde bedeutungsvoller war, als die Sterbestunden der Prinzen und Millionäre sind.

Und Ihr, Freunde im fernen Böhmen, die Ihr mit dem Dahingegangenen gelebt und gestrebt, pflanzt ihm auf sein Grab jenes freundliche Immergrün, das dem verheerenden Winter trotzt! Es ist ewig frisch und ewig jung wie die Hoffnung der strebenden Menschheit und das Evangelium der Menschenliebe. —

II.

Und sie bewegt sich doch!

Festrede,

gehalten zur Stiftungsfeier des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Hamburg, den 25 Mai.

Meine Damen und meine Herren!

Es war am 23. Juni des Jahres 1633, als in der ewigen, der zweimal weltbeherrschenden Stadt an der Tiber, im erinnerungsreichen Rom, ein Vorgang stattfand, den die Kunde weiter getragen hat von Geschlecht zu Geschlecht und den sie weiter tragen wird, so lange es auf Erden noch ein Streben nach Wahrheit und einen Kampf der Wahrheit gegen den Irrtum gibt.

Wir alle sind schon in warmer, duftiger Sommernacht durch blühende Gefilde gewandelt. Wer von uns blickte dann nicht empor zum sternenbesäten Himmel, zum funkelnden Gezelte der Nacht? Wer empfände nicht in seinem Herzen die zauberische Macht jener stillen, ernsten Sternenwelt? Da steigt alte Liebe und alte Freundschaft herauf, der Kindheit, der Jugend verlorene Paradiese ziehen an der Seele vorüber, alle Lust der Gegenwart und alle Hoffnung der Zukunft drängen sich zusammen in der engen schwellenden Menschenbrust.

Aber dem Herzen nicht nur und dem Gefühl — auch dem forschenden Verstande bietet jene Sternenwelt unerschöpfliche Nahrung. Sind doch die leuchtenden Punkte am nächtlichen Himmel nicht bloßer Schmuck für das menschliche Auge — sind es doch große, ferne Weltkörper, die dahingehen in weiten, festgezogenen Bahnen.

Einst glaubten die Menschen, die Erde stehe still in der Mitte des Weltalls, und um sie bewege sich die ganze Planetenwelt, und auch das leuchtende Gestirn des Tages, die Sonne, gehe um die Erde! Jahrtausende lang glaubten das die Menschen, und festgewurzelt war der alte Irrtum.

Da kam ein Mann, der fand in den Tiefen der Wissenschaft, daß es anders sein müsse: daß nicht die Erde der Mittelpunkt sei, um den die Planeten sich drehen, sondern die große leuchtende Sonne; daß unsere Erde um diese sich bewege gleich allen anderen Planeten.

Aber nicht leichten Mutes verkündete Nikolaus Kopernikus die neue Wahrheit der Welt; erst als er mit dem einem Fuß schon im Grabe stand, wagte er, zaudernd, sie zu verkünden.

Wußte er doch, daß auf alte Irrtümer jederzeit bevorzugte Menschen das Gebäude ihrer Bevorzugung errichtet haben; wußte er doch, daß diese Bevorzugten der Erde um ihres bedrohten Interesses willen sich zum Vorkämpfer des Irrtums machen, der neuen Wahrheit sich entgegenwerfen müssen.

Und so geschah es!

Es kam ein anderer Mann, der die Wahrheit des Kopernikus auf festere Grundlagen stellte und erneut der Welt verkündete: Galileo Galilei. Gegen ihn erhob sich die Macht des Papsttums und der lichtscheuen Priesterschaft wütende Scharen. Und da — am 23. Juni 1663 — geschah das Ungeheure. Unter Drohungen, vielleicht unter Martern, wurde der Greis gezwungen, seine große Wahrheit zu verleugnen, knieend, die Hand aufs Evangelium gestützt. Allein — so erzählt die Kunde — als der Akt des Widerrufs zu Ende war, da ermannte sich Galilei, und rief den Kardinälen und Bischöfen sein großes, sein weltgeschichtliches Wort entgegen: Und sie bewegt sich doch!

Und dieses: e pur si muove! hat fort und fort getönt — Beweis ist zu Beweis gekommen —, was damals als Irrtum mußte abgeschworen werden, heute lernen es die Kinder in allen Schulen als unumstößliche Wahrheit.

Auch wir, geehrte Anwesende, stehen auf dem Boden einer neuen Wahrheit, auch uns wirft der alte Irrtum ingrimmig sich entgegen. Und wie könnte es auch anders sein! Wenn schon jede neue Wahrheit, weil einen alten Irrtum verdrängend, bestehende Interessen gefährdet, und darum der Anfeindung, der gehässigen Verfolgung nicht entgehen kann — um wieviel mehr unsere Lehre, die da mitten hineingreift in große und gewichtige, aber unberechtigte Interessen; diese unsere Lehre, die da verkündet, daß kein Mensch das Recht habe, den anderen zu seinem willenlosen Werkzeug zu machen, und gegen welche daher alle jene, denen die heutige Gesellschaft tatsächlich andere als Werkzeuge zu Füßen legt, mit namenloser Wut in die Schranken treten.

Die große Revolution vom Jahre 1789 schien eine Bewegung zugunsten aller Menschen zu werden, und in vielfacher Beziehung ist sie es auch geworden. Aber gar bald zeigte sich, daß sie in ihrer ersten und nächsten Wirkung nicht eine Bewegung für alle, sondern nur eine Bewegung für die kapitalbesitzende Klasse gewesen. Da trat ein Mann auf, Gracchus Babeuf, den man den Volkstribunen nannte, und im Namen der Besitzlosen und Enterbten verlangte er, daß Ernst gemacht werde mit den Prinzipien von 1789, daß die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit nicht trügerischer Schein bleibe, sondern Wahrheit werde. Er verlangte, daß es auch dem Besitzlosen ermöglicht werde, durch seine Tätigkeit in der Gesellschaft an den Segnungen derselben teilzunehmen, daß er fortan nicht mehr — trotz der vom Gesetz proklamierten Freiheit — tatsächlich nur für andere sich abmühen, für andere jede Lebensfreude, ja, die Gesundheit selbst hingeben müsse. Aber dem Verkündiger der Rechte der Besitzlosen warf der engherzige, eigensüchtige Besitz sich wütend entgegen — gewaltsam unterdrückt ward seine Bestrebung. Da wollte Gracchus Babeuf mit Gewalt der Gewalt entgegentreten; der Aufstand ward vorbereitet.

Aber die Ausführung mißlang.

Gracchus Babeuf mit seinen Freunden mußte bluten, wie einst Cajus und Tiberius Gracchus geblutet, wie so mancher geblutet, der die Wahrheit gegen den Irrtum, die Gerechtigkeit gegen die Ungerechtigkeit vertreten. Noch einmal hatte der Irrtum, noch einmal hatte die Ungerechtigkeit gesiegt.

Trauernd senkte der Genius der Menschheit seine Fahne auf das Grab des gefallenen Volkstribunen, aber auf dieser Fahne standen die goldenen Worte: Und sie bewegt sich doch!

Abgeschlossen scheinbar, vermeintlich rückgängig gemacht war im Jahre 1815 die große Bewegung von 1789, durch die Bajonette ganz Europas war der alte Königsthron in Frankreich neu errichtet. Dennoch aber begann jetzt, in anderen Formen, mit gesteigertem Verständnis, das Streben, welches so viele mit Gracchus Babeuf begraben geglaubt; im Namen der besitzlosen Arbeit ertönte der Ruf des Rechtes gegenüber dem ausbeutenden Besitze.

Aber was war zu hoffen, so lange der volksfeindliche Thron der Bourbonen stand?

Da endlich, nach fünfzehnjährigem Hoffen und Streben, Kämpfen und Leiden schien die Julisonne des Jahres 1830 Frankreich und Europa die Freiheit bringen zu sollen. Als der König in übermütiger Willkür die Verfassung des Landes brach, um die Freiheit mit Füßen zu treten, da erhob sich das Volk von Paris, da stieg der Arbeiter auf die Barrikade. Kurz war der Kampf, schnell errungen war der Sieg — der Thron der Bourbonen lag zertrümmert auf dem Straßenpflaster von Paris.

Aber — ob auch das Volk gesiegt hatte — den Sieg zu benutzen verstand es nicht. Die Männer des Geldes, diejenigen, die für sich selbst die Arbeitskraft des Volkes ausbeuten, traten an die Stelle des gestürzten Königs; der Julithron, gestützt auf die Geldmacht, wurde errichtet, und das Volk, das in den entscheidenden Tagen mit seinem Herzblut den Sieg errungen hatte — es war betrogen, schmählich betrogen um alle Früchte dieses Sieges.

Wiederum schien die Sache der Arbeit verloren — aber wiederum begann sie sich zu erheben. Achtzehn lange Jahre des Strebens und Kämpfens folgten — achtzehn lange Jahre des Leidens und entsagungsvollen Opfermutes. Trotz aller Bedrückung durch eine Regierung, die dem Volke ihr Dasein verdankte, trotz aller tückischen Verfolgungen durch die Besitzenden wurden die Arbeiter Frankreichs aufrechterhalten durch die freie, hohe Idee, die ihnen die Kraft des Widerstandes gab. die jenen unbeugsamen Mut in ihre Herzen pflanzte, den kein Hemmnis abschreckt und den keine Last zu erdrücken vermag.

Da endlich schien der erste Frühlingsstrahl des Jahres 1848 bringen zu wollen, was die Julisonne des Jahres Dreißig trügerisch verheißen hatte. Wiederum erhob sich der Mann der Bluse in den Straßen von Paris zum Kampfe, wiederum erfocht er den raschen, glorreichen Sieg — aber wiederum, wiederum auch diesmal, wurde er von der tückischen Geldmacht um seinen Sieg betrogen.

Lösung der sozialen Frage! ertönte es gebieterisch aus den Reihen der siegreichen Freiheitskämpfer, aber nur glatte, trügerische Worte hatte die provisorische Regierung zur Entgegnung. Da, als die Not am höchsten war, entsandten die Arbeiter an die provisorische Regierung eine Deputation, die im Namen der Arbeiter Frankreichs und Europas die Rechte der Arbeit reklamieren sollte. Die Regierung hatte taube Ohren, aber aus der Menschenmenge draußen auf dem Platz und in den Straßen tönte drohender Unmut herauf. Da begannen die Schwerhörigen zu hören, da beteuerte die Regierung ihren guten Willen, wies auf die Schwierigkeiten des Beginnens hin und beschwor die Arbeiter, nur drei Monate Geduld zu haben.

Nun gut — erwiderte der Führer der Deputation —, drei Monate des Elends legen die Arbeiter auf dem Altar der jungen Republik nieder — drei Monate des Elends — bedenket, daß wir in drei Monaten wiederkommen.

Die drei Monate waren verflossen, und das Versprechen war nicht eingelöst.

Da fuhr der Ingrimm in die feurigen Herzen der Arbeiter von Paris, und sie rüsteten sich zum großen, entscheidenden Kampf. Diesmal konnte das Volk, wenn es siegte, nicht betrogen werden — denn klar und fest, in großen, gewaltigen Zügen, stand vor eines jeden Seele das Ziel des entscheidenden Kampfes — arbeitend leben oder kämpfend sterben, war die Losung — die erste große Schlacht zwischen Kapital und Arbeit sollte geschlagen werden.

Es war der fürchterlichste, der entsetzlichste Straßenkampf, den die Weltgeschichte kennt! Ein großes Kriegslager war die gewaltige Hauptstadt. Hartnäckig, mit unerhörter Wut ward der Kampf geführt. Aber das Kapital hielt zusammen durch ganz Frankreich — die Arbeiter von Paris wurden von ihren Gefährten im Stiche gelassen. Die erste große Schlacht zwischen Kapital und Arbeit — sie ging verloren für die Arbeit.

Es war ein grauenvolles, ein trostloses Bild, das die sonst so fröhliche Hauptstadt an der Seine nach jenen entscheidenden Tagen bot. Das große, glänzende Paris mit seinen prunkenden Läden und ragenden Gebäuden, diese ungeheure, menschenwimmelnde Stadt — voll toter und sterbender Menschen war sie jetzt, voll Blut und Modergeruch. Aufgetürmt in den Straßen von Paris die blutigen Arbeiterleichen, die Fahne des Proletariats, die gestern noch fröhlich von den Zinnen der stolzen Hauptstadt geweht, zerfetzt, in den Staub getreten — verloren, anscheinend für immer zu Boden geworfen die Sache der Arbeit, die Sache der Besitzlosen und Enterbten.

Aber selbst damals, damals — selbst nach der verlorenen Schlacht, selbst im leichenvollen Paris, selbst über der zertretenen Fahne des Proletariats — selbst damals, damals noch galt das stolze, das unüberwindliche Wort: Und sie bewegt sich doch!

Wohl hatte nach ihrem blutigen Siege und nach ihrem noch blutigeren Wüten gegen die Besiegten die europäische Bourgeoisie geglaubt, für immer die Arbeiterbewegung darniedergeworfen zu haben. — Aber sie hatte sich geirrt. In neuen Formen, in anderer Gestaltung begann die Bewegung wieder hervorzubrechen und — was mehr ist — sie trat plötzlich und ungeahnt, mit frischer Jugendkraft, in einem Lande hervor, das ihr bis dahin nicht gewonnen gewesen.

Es trat ein Mann auf in unserem Vaterlande, der weithin den gewaltigen Ruf erhob, auf daß der schlummernde Riese erwache und daß er recke die ungeheuren Glieder. Des Jünglings ungestümen Mut mit des Mannes zäher Tatkraft einend, erhob er die am Boden liegende Fahne, schwang sie hoch empor, ergriff des Geistes und des Wissens scharfes Schwert, und fast schien es, als ob wir, dem gewaltigen Führer folgend, wie im Fluge Position auf Position erobern sollten.

Da plötzlich tönte eine Trauerkunde an unser Ohr. Es war eine Kunde, die uns durch Mark und Bein ging, eine Kunde, die das Blut in unsern Adern erstarren machte. Von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf flog das entsetzliche Wort und doch — wir wollten, wir konnten es nicht glauben.

Es war das glänzende Meteor, das noch eben weithin gestrahlt und jetzt plötzlich in dunkle Nacht verlischt, — es war der gewaltige Löwe, den des Hinterhalts tückischer Pfeil getroffen, — es war die ragende Eiche, die der blind zuckende Blitz zerschmettert.

Wohl war es ein harter, ein ungeheurer Schlag, der uns getroffen, und wer konnte sich wundern, daß der Gegner schadenfroher Siegesruf weithin ertönte. Ihr seid verloren — es ist zu Ende mit Euch — scholl es uns entgegen, und in unermessener Freude erging sich der siegesgewisse Triumph. Aber eins hatten sie vergessen in ihrer vorlauten Siegeslust — sie hatten vergessen, daß sie seinen Geist nicht erschlagen konnten, daß der uns geblieben. Und darum — so laut sie auch unsern Untergang verkündeten — in unsern Herzen tönt es: Und sie bewegt sich doch!

Und so sind wir festen Mutes und ungebeugter Kraft weitergegangen drei Jahre hindurch auf der bewährten Bahn, haben die alte Fahne getragen und das alte Schwert geführt, und größer und mächtiger ist unsere Sache geworden. Lebt doch in uns ein Bewußsein, welches uns sagt, daß diese Sache auf ehernem Boden steht und daß sie durchdringen muß, durchdringen wird trotz allen Tobens wütender Gegner, trotz aller Verfolgung durch mächtige Feinde.

Geehrte Anwesende! Als Kopernikus und Galilei die Menschen lehrten, daß nicht unsere Erde der Mittelpunkt des Weltalls sei, um den sich alles drehe, sondern daß sie, ein unbedeutender Himmelskörper, mit den anderen Planeten um die große Sonne sich bewege, da mochte es wohl scheinen, als sei dem Menschen ein Glaube geraubt worden, der ihm Halt und stolzes Selbstbewußtsein geben könne. Aber nicht außer uns, in uns ist unsere Welt. Nicht draußen in den Himmelsräumen, in unserer Brust liegt unsere Kraft. Wo ein Mensch stirbt — sei er ein König oder ein Bettler —, da stirbt mit ihm eine Welt voll Empfindungen und Gefühlen, eine Welt voll Gedanken und Entwürfen, eine Welt voll Streben und Hoffen. Wo nur immer ein Mensch geboren wird, da tritt eine neue Welt, eine innere Welt herein in die große, allgemeine Welt. Wer nicht des Lebens vollen Reichtum in sich selbst, wer nicht das Große und Schöne in seinem reichen, warmen Herzen trägt, der suche es nicht in den Weiten des Weltalls, nicht in den Sternen am Himmelszelt. Wenn nicht wir das Große und Schöne hinaustragen in die Sterne — sie tragen es nicht in uns — tot und leblos starren sie uns entgegen. Aber wer das reiche, volle Leben in sich trägt, der kann mit Schiller sagen:

Es lebet mir der Baum, die Rose,
Mir singt der Quelle Silberfall,
Es fühlet selbst das Seelenlose
Von meines Lebens Widerhall.

Und hier möchte ich mich insbesondere an Sie wenden, geehrte Damen in diesem Saale. Ihnen ist zunächst beschieden, in des Haushalts anscheinend engen Grenzen den Lebensberuf zu suchen. Aber wenn Sie bedenken, daß in dieses Haushalts anscheinend so engen Grenzen jene innere Welt erwächst, die ein jeder in sich herumträgt — wenn Sie bedenken, daß aus den engen Räumen der Häuslichkeit diese Welt ihre tägliche Nahrung saugt und daß es gerade auf die innere Welt, auf diese Welt, die ein jeder mit sich herumträgt, ankommt — dann werden Ihnen jene engen Räume erweitert erscheinen zu einem großen, bedeutungsvollen Tempel.

Geehrte Damen! Sie sind die freundlichen Blumen, die lieblichen Blüten im Garten des Lebens — Sie sind die Priesterinnen am Altar des häuslichen Glückes. Aber ob auch dies Ihr erstes Los — Sie sind nicht ausgeschlossen, Sie sollen nicht ausgeschlossen sein von den ernsten und großen Ideen, die in den Herzen der Männer leben. Nehmen Sie darum im Namen des Vereins, den ich vertrete, den Dank dafür, daß Sie mit dem Hamburger Arbeiter-Frauenverein einen richtigen Wurf getan. Sie haben sich dadurch den Dank der Arbeiter Hamburgs, der Arbeiter Deutschlands verdient.

Geehrte Anwesende! Heute, an diesem Tage festlicher Erinnerung, wo wir mit Stolz zurückblicken können auf das bisher Geleistete, wollen wir auch frohen Mutes in die Zukunft schauen.

Denn die Sache, die wir vertreten und für die wir kämpfen, ist begründet in der Entwickelung der Zivilisation, und darum wird sie sich Bahn brechen trotz aller Anfeindungen und trotz aller Hindernisse.

So gewiß die Erde unaufhaltsam ihre ewige Bahn im Weltall dahinrollt, unbekümmert um die Irrtümer der Menschen, die jahrtausendelang ihr geboten, stille zu stehen — so gewiß wird die große Reform der Gesellschaft sich vollziehen, wird die Zivilisation ihre oberste Blüte treiben.

Mächtiger und mächtiger wird die Sache der Arbeit, welche die Sache des wahren Menschentums ist, sich erheben, bis sie zuletzt alle Hindernisse siegreich zerschmettert.

Wir alle aber, die wir uns die hohe Aufgabe gestellt, mitzuwirken an dem gewaltigen Werke, wir müssen überzeugt sein im innersten Herzen, wir müssen den Glauben haben an unsere Sache. Und wenn jemals, weil finstere Wolken heraufsteigen, weil Schlechtigkeit und Ungerechtigkeit die gerechte und gute Sache erdrücken zu wollen scheinen, kleinmütige Zweifel uns beschleichen wollen, so werden wir bedenken, daß der Wahrheit zuletzt der Sieg gewiß ist, gedenken jenes selbstbewußten, jenes weltgeschichtlichen Wortes:

Und sie bewegt sich doch!

III.

Hunde und Schweine, Brüder und Vettern.

21. Juli 1867.

Sechs Jahrhunderte beinahe waren verflossen seit dem Todeskampfe von Golgatha, als auf den Ruf des Propheten wie ein Feuerstrom Arabiens wilde Söhne sich über die Erde ergossen.

Leicht beweglich und edelgeboren sind die kräftigen Männer der arabischen Wüste — schwer zu regieren sind sie mit der Schneide des Schwertes, aber leicht zu lenken durch den Zauber der Rede und durch des hochfliegenden Wortes zündende Macht.

Der Prophet von Mekka, der schöne, gewaltige Mann, dem die hinreißende Kraft der Rede geworden wie keinem anderen, verkündete eine neue Lehre, ein neues Reich, verkündete es mit siegesgewissem Ruf. Schwer und leidenvoll war der Anfang: vierzehn Anhänger in drei Jahren, das war alles, und unter Schmach und Lebensgefahr, mit genauer Not seinen Verfolgern entrinnend, mußte der Prophet von Mekka nach Medina entfliehen. Aber je größer die Not und die Verfolgung, desto lauter, desto zuversichtlicher der Ruf, der aus des Propheten Munde erklang!

Zehn Jahre später und die Welt war aus den Angeln gehoben: in flammender Glut hatte ganz Arabien sich erhoben und nach fünfzig gewonnenen Schlachten zog in schwellender Macht, an der Spitze seines Heeres, der Prophet hinaus, um zwei Weltreiche zu vernichten, von denen das eine im Sturm von seinen Jüngern daniedergeworfen ward, während sie dem andern die schönsten, die blühendsten Provinzen entrissen.

Seit jener Zeit hat die Welt keinen größeren, keinen gewaltigeren Kampf gesehen, als den zwischen den Jüngern des Gekreuzigten von Nazareth und den Anhängern des Propheten von Mekka.

Welche unendliche Kette gewaltiger, blutiger Kämpfe, welche Fülle hoher, mächtiger Gestalten, welche Reihe weltgeschichtlicher Taten stellen dem Blicke des Geistes bei dieser Erinnerung sich dar! Haben sie doch gekämpft lange, lange Jahrhunderte hindurch — in Asien und Afrika, in Spanien und Frankreich, in Aegypten und Palästina, von den Ufern des Tajo bis weit hinaus über die Gestade der Propontis!

Wer hätte nie gehört von Deutschlands großem Kaiser, den noch heute die Sage in stillem Berge die Wiedergeburt seines Deutschlands erharren läßt, der hinauszog, das Grab des Erlösers zu retten und im fernen Morgenlande in kühlen Fluten den plötzlichen Tod fand.

Wer hätte nicht gehört von Englands löwenherzigem Richard und seinem Gegner, dem edeldenkenden Saladin, von Frankreichs heiligem Ludwig und von allen den Heeren, die nach Hunderttausenden zählten, und die alle ihren Untergang fanden in dem beispiellosen Riesenkampf, in welchem zwei Jahrhunderte hindurch auf erinnerungsreichem Boden das Schwert des christlichen Ritters mit dem Schwerte des Sarazenen sich kreuzte?

Acht Jahrhunderte haben sie gekämpft in Spanien — dort, wo der Cid Don Rodrigo im Kampfe gegen den Halbmond sich zum Helden der Romanze emporgestritten — durch acht Jahrhunderte hindurch haben dort Millionen von Menschen, hat die Blüte der spanischen und maurischen Ritterschaft gestritten und geblutet. Acht Jahrhunderte voll Kampf und Sturm waren verflossen von dem Tage, da vor der unbesiegbaren Kraft des Halbmondes der königliche Don Pelajo in die rauhen Gebirge Asturiens entfloh, bis zu dem Tage, da der katholische Ferdinand und die katholische Isabella als Sieger in das eroberte Granada einziehen konnten.

Gewaltiger aber als jemals — groß und verhängnisvoll wie nur irgendein Vorgang der Weltgeschichte — erhob sich der ungeheure Kampf, als am 6. April des Jahres 1453 die unermeßlichen Scharen des türkischen Sultans vor der uralten Kaiserstadt des Konstantin erschienen, um das tausendjährige christliche Kaiserreich in Trümmer zu schlagen und auf dem Dome seiner Hauptstadt den Halbmond aufzupflanzen.

Achtundzwanzig Tage schon hatte die Belagerung gedauert, als der neunundzwanzigste Tag zur Erstürmung bestimmt ward.

Nie wohl standen zwei große weltbewegende Ideen schroffer, gewaltiger einander gegenüber, als in der schauerlich bedeutungsvollen Nacht, die dem weltgeschichtlichen Tage voranging.

Draußen vor der Stadt brannten im weiten Halbkreis die Lagerfeuer der Türken, von den Ufern des Bosporus, von den Höhen der Berge, von der Tiefe des Hafens — von überall her den Schrecken und das Entsetzen unter die Belagerten tragend.

Drinnen aber, in der christlichen Kaiserstadt, empfing in dem Dome Agia Sofia der Kaiser die Sakramente, bat die Umstehenden um Verzeihung und alle weinten. Aber nicht nur ohnmächtige Tränen hatte der letzte Erbe des großen Kaiserreiches: in unermüdlicher Tätigkeit war er die ganze Nacht hindurch überall gegenwärtig, die Anstalten zur Verteidigung lenkend, die Wachen ermunternd, überallhin Trost und Mut bringend.

„Kyrie eleison! Kyrie eleison! Wende, o Herr, Deine gerechten Drohungen von uns ab und erlöse uns von unseren Feinden. Heilige Maria! Bitt für uns!“ — so scholl es aus der christlichen Hauptstadt zum Himmel empor.

Aber aus dreimal hunderttausend Türkenkehlen erscholl die Antwort: „Es ist nur ein Gott und Mohammed ist sein Prophet. Allah ist Einer, ihm gleich ist Keiner!“

Und so begann der ungeheure Kampf bei erster Morgensonne. Würdig des Preises aller Zeiten standen der Kaiser und seine Treuen, aber sein Unglück war größer als sein Mut. Der Kaiser fiel und mit ihm die Kaiserstadt — das Kreuz lag zu Boden.

Im Glanze des Sieges hielt der Sultan seinen Einzug in die ungeheure Stadt, und zum Frohlocken über den Sieg gesellte sich der ungeheure Hohn. Mit einer Janitscharenhaube wurde das Kruzifix herumgetragen, und aus den heiligen Gefäßen, aus denen gläubige Christen das Blut ihres Erlösers getrunken, soffen in Agia Sofia die Pferde des Türkenheeres.

Aber heute?

Wir lesen in den Zeitungen, daß der Nachkomme des Eroberers von Konstantinopel, nachdem er als Ehrengast des „ältesten Sohnes der Kirche“ mit Huldigungen überhäuft worden,

im Gepränge der Majestät an das Gestade der meerbeherrschenden Insel getreten, die da hochkirchlich ist vor allen Ländern. Wir lesen, daß dem „Beherrscher der Gläubigen“ an der großen Treppe ihres Palastes die Königin des Landes entgegengekommen, dessen Thron einst der löwenherzige Richard geziert.

Wir lesen, daß die Menge gejauchzt beim Empfange des türkischen Sultans, daß die Garden unters Gewehr getreten, daß die Glocken der christlichen Kirchen zu seinem Empfange geläutet.

Wir lesen, daß die vornehmen Herren und Damen des hochkirchlichen Englands einen Wald von Halbmonden aufgepflanzt, um den Nachfolger des Propheten zu begrüßen.

Freilich, es waren nur papierne Halbmonde — aber papieren sind ja nicht nur Kreuz und Halbmond, papieren ist ja so vieles in diesem papiernen Zeitalter!

Wir lesen, mit einem Wort, in allen Zeitungen, daß der türkische Sultan, der solange ausgeschlossen war von den Herrschern der europäischen Völkerfamilie, dann halb aufgenommen, jetzt endlich als gleichberechtigter Bruder überall festlich empfangen wird.

Es liegt ein tief bedeutungsvoller Sinn in diesem friedlichen Triumph des türkischen Sultans durch die christlichen Länder. Vergessen ist das Blut der Kreuzfahrer, vergessen das Blut der Fürsten und Ritter aller christlichen Länder und ihrer Streiter, vergessen der Kampf um Jerusalem, vergessen der Kampf um Granada und Konstantinopel.

Wir, deren Macht in der Zukunft und nicht in der Vergangenheit wurzelt, wir dürfen uns freuen, wir dürfen frohlocken ob des gewaltigen Zeichens, daß mehr und mehr die Ideen einer dahingegangenen Zeit ihre Macht über die Menschen verlieren.

Wenn je ein großer, ein tiefgehender Gegensatz Europa bewegt hat, so war es der von Kreuz und Halbmond. Hat dieser Gegensatz seine letzte Kraft verloren — wie sollten andere Gegensätze dauern können?

Ja, es ist ein Rauschen des Geistes nahender Zeiten, das wir hindurch hören durch den Donner der Kanonen, die von Englands meerbeherrschender Flotte tönen, und durch das Geläute der Glocken, die von den Türmen seiner Hochkirche schallen. Es ist das Rauschen jenes Geistes, der nur das Menschentum

kennt, der, verachtend das historisch im Wahne der Menschen Gewordene, zurückgreift auf das ewig Wahre, das ewig Gute, das da unzerstörbar in der Menschenbrust wohnt und in reinem Glanze, in ursprünglicher Majestät hervortritt, wo nicht Wahn und Vorurteil es künstlich zurückdämmen. Wir dürfen uns freuen dieses friedlichen Triumphzuges, der ein Abschied ist an das alte Europa, ein neues gewaltiges Zeichen dessen, was da kommen wird. Ja, sie werden kommen, die Zeiten, wo alle trennenden Scheidewände in Kirche, Staat und Gesellschaft gefallen sind und wo es nur Menschen — überall nur Menschen gibt.

Daß aber gerade die Großen der Erde das unerhörte Schauspiel aufführen — sie, deren ganze Macht und Bedeutung auf dem historisch Gewordenen fußt — „haben wir doch unsere Freude dran"!

Als im Jahre 1654 — so berichten uns der große Geschichtsschreiber Hammer-Purgstall und sein würdiger Jünger Berly — der französische Botschafter zu Konstantinopel, de la Haye, im Auftrage seines Herrn, des Königs Ludwigs XIV. von Frankreich, die Siegeskunde der Entsetzung von Arras zu freundlicher Teilnahme dem Sultan mitteilen ließ, da ward ihm durch den Großwesir Mohammed Pascha eine merkwürdige Antwort. Diese lautete: „Meinem erhabenen Herrn, dem Padischah, ist es gleichgültig, ob der Hund das Schwein oder das Schwein den Hund frißt".

„Mon frère! mon Cousin!" (mein Bruder! mein Vetter!) reden die europäischen Souveräne und ihre Angehörigen sich an. Auch der türkische Sultan ist heut ein Bruder, ein Vetter. Der „älteste Sohn der Kirche", das Haupt des englischen Protestantismus, der Beherrscher der Gläubigen an den Ufern der Tiber und der Beherrscher der Gläubigen im Serail Konstantinopels, christliche und mohammedanische Fürsten — Brüder und Vettern sind sie jetzt alle.

Ob aber ihre Throne nicht fester standen, als sie sich noch Hunde und Schweine nannten?

IV.

Die Arbeitseinstellungen.

1.

1. Mai 1867.

Die Arbeitseinstellungen haben in letzter Zeit in England und Frankreich wieder eine solche Höhe angenommen, daß sich die Aufmerksamkeit des ganzen Publikums darauf gerichtet hat.

Dieser Tatsache gegenüber wird es am Platze sein, in möglichster Kürze festzustellen, was von unserm Standpunkte, dem wissenschaftlichen Gesichtspunkte der Partei, über die Streiks (Greves) oder Arbeitseinstellungen zu sagen ist.

In bezug auf diesen Gegenstand tritt uns zunächst eine sehr merkwürdige Tatsache entgegen:

Die Wissenschaft der besitzenden Klasse, die Bourgeoisökonomie, und die Wissenschaft der Arbeiterklasse, die sozialistische Oekonomie, — sie beide, so weit sie sonst auseinandergehen und so heftig sie sich in den Haaren liegen, in der Beurteilung der Streiks waren sie von jeher einig. Beide haben immer, unter Anführung scharfsichtiger Gründe, gegen die Streiks gepredigt.

Die Bourgeoisökonomie sagt:

Der Streik ist ein Versuch der Arbeiter, den Lohnsatz, wie er sich durch die freie Konkurrenz, d. h. durch die ungehinderte Bewegung von Angebot der Arbeit und Nachfrage nach ihr, ergibt, durch künstliche Operationen abzuändern; sei es, daß man den bisherigen Lohnsatz erhöhen will, wo die Konkurrenzverhältnisse dies nicht von selbst bewirken, sei es, daß man ihn beibehalten will, wo die Konkurrenzverhältnisse ihn gerade jetzt herabdrücken wollen, in allen Fällen liegt im Streik eine Auflehnung gegen das Walten der freien Konkurrenz. Nun ist aber der jedesmalige Lohnsatz, sowie überhaupt jede volkswirtschaftliche Erscheinung bei ungehinderter Bewegung das Ergebnis unabänderlicher Naturgesetze; der Lohnsatz, gleich wie jede andere volkswirtschaftliche Erscheinung, ist demnach nicht etwas Willkürliches und Zufälliges, sondern etwas Naturgemäßes und Notwendiges. Gegen solches aber sich auflehnen wollen, kann für diejenigen, welche derlei Versuche machen, immer nur zum Schlimmen ausfallen. Die natürlichen Gesetze müssen schließlich ihr Recht behaupten und

es wird sich zuletzt zeigen, daß diejenigen, welche gegen sie ankämpfen wollten, ihre Mühe und ihr Geld vergebens geopfert haben. Mit dieser, von vornherein einleuchtenden wissenschaftlichen Erkenntnis stimmt die Erfahrung, welche nachweist:

1. daß von allen unternommenen Streiks mindestens die Hälfte von vornherein verunglückte;
2. daß bei den anscheinend geglückten Streiks meistens fraglich blieb, ob die errungenen Gewinne die gebrachten Opfer wirklich überwogen;
3. daß selbst, wo letzteres der Fall war, bei der ersten bedeutenderen Krise die zwischen dem Kapital und der Arbeit abgeschlossene Vereinbarung von ersterem gebrochen ward;

aus welchem allem erhellt, daß die Arbeiter in einer Täuschung befangen sind, wenn sie glauben, durch Streiks ihre Lage verbessern zu können.

Die sozialistische Oekonomie ihrerseits bestreitet zwar die Behauptung der Bourgeoisökonomie, daß es ökonomische Naturgesetze in dem behaupteten Sinne gebe, d. h. Gesetze, deren Wirksamkeit in der Art als notwendig und unabänderlich erschiene, daß die menschliche Gesellschaft ohne dieselbe nicht gedacht werden könnte. Allein auch die sozialistische Seite muß zugeben und hat immer zugegeben, daß unter Voraussetzung der heutigen Produktionsweise (d. h. der gesellschaftlichen Bedingungen, unter welchen die Einzelnen an der Erzeugung der Wertgegenstände und daher auch an deren Genuß teilnehmen) allerdings jene Naturgesetze eine notwendige und unwiderstehliche Wirksamkeit ausüben. Wenn einer sagt: „Es geschieht infolge unabänderlicher Naturgesetze und daher mit strengster Notwendigkeit, daß, wenn man eine geladene Pistole losdrückt, die Kugel ihren verheerenden Lauf nimmt", so kann man ihm freilich entgegnen: „Sie setzen stillschweigend voraus, daß eine Kugel in der Pistole sei; aber wer heißt Sie, die Pistole mit einer Kugel laden? Stecken Sie statt ihrer einen Feuerschwärmer hinein und das Losdrücken wird nicht zur Folge haben, daß eine Kugel verheerend den Raum durchsaust, sondern daß zur Freude der Zuschauer ein prächtiges Feuerwerk zum Vorschein kommt. Aber freilich, wenn Sie eine Kugel hineinladen, so ist es naturgesetzlich notwendig, daß infolge der Entzündung und Explosion des Pulvers die Kugel verheerend nach außen schlägt!" So verneint die sozialistische Oekonomie,

daß die Voraussetzungen, auf denen die heutige Produktion beruht, unabänderliche seien; sie zeigt vielmehr, daß diese Voraussetzungen, als der menschlichen Willkür unterworfen und durch menschlichen Willen entstanden, allerdings abänderbar sind, und sie verlangt diese Abänderung, sie fordert neue Produktionsgrundlagen, die dann, gleichfalls in Gemäßheit von Naturgesetzen, notwendig zu anderen, besseren Wirkungen führen. Aber bei alledem gibt die sozialistische Oekonomie zu und muß zugeben, daß, so lange die jetzigen Produktionsgrundlagen bestehen, auch die jetzigen Erscheinungen in der Gesellschaft mit naturgesetzlicher Notwendigkeit aus derselben folgen (gerade wie beim Schuß die Kugel aus der Pistole fahren muß, wenn sie vorher hineingeladen wurde), und sie muß daher auch zugeben, daß die jedesmalige Lohnhöhe sich mit Notwendigkeit aus der Lage der Gesellschaft entwickelt und daß hieran durch künstliche Mittel, mithin auch durch Arbeitseinstellungen, wenig oder nichts — auf die Dauer jedenfalls nichts — zu ändern ist.

Demgemäß haben auch von jeher wissenschafliche Vertreter der Bourgeoisinteressen und wissenschaftliche Vertreter der Arbeiterinteressen ihre Stimmen vereinigt, um die Ueberzeugung von der Hoffnungslosigkeit des Streiks hervorzurufen und zu verbreiten.

Nichtsdestoweniger aber sehen wir überall und immer, wo die moderne Industrie eine gewisse Höhe erreicht hat, die Streiks mit Macht hervortreten. Sie sind gekommen — trotz aller Uebel — und wohlwollenden Abmahnungen gekommen in England, in Frankreich, in Belgien, in Deutschland, kurz überall, wo moderne Industrie im Großen ist, und sie haben sich, selbst bitteren Erfahrungen zum Trotz, hartnäckig behauptet.

Sollte die Arbeiterklasse hier immer von ihrem Instinkte, ihrem unmittelbarem Gefühle, falsch geleitet worden sein? Sollte dieser stetigen, immer wiederkehrenden Erscheinung in Wahrheit gar keine innere Berechtigung zugrunde liegen? Wer möchte dies glauben?

Und doch werden die Streiks von der ökonomischen Wissenschaft beider Hauptrichtungen aus unwiderleglichen Gründen ökonomisch gleichmäßig verurteilt!

Man braucht diese beiden anscheinend einander widersprechenden Erscheinungen — das mächtige, unausrottbare Hervortreten des Streiks und den Widerspruch der ökonomischen Wissenschaft — nur schroff nebeneinanderzustellen, um zu

merken, wo der Ausweg aus dem anscheinenden Widerspruch zwischen Praxis und Theorie liegt.

Ja, die sozialistische Richtung der Oekonomie hat recht, wenn sie, rein ökonomisch betrachtend, die Streiks verurteilt; allein sie hat auch gerade nur so weit recht und nicht weiter: denn der rein ökonomische Gesichtspunkt ist hier nicht der allein entscheidende. Es ist ein anderer Gesichtspunkt, von welchem aus zunächst die Frage betrachtet werden muß; ein sozialpolitischer Gesichtspunkt allgemeinerer Art.

Von diesem aus werden wir in einem weiteren Artikel die Bedeutung der Streiks prüfen und wir werden dann finden, daß die Arbeiterklasse in den verschiedenen Kulturländern durchaus nicht von ihrem unmittelbaren Gefühl betrogen wurde, wenn sie in unwiderstehlichem Drang, ja mit fieberhafter Erregung, zu den Arbeitseinstellungen griff, sondern daß dem Streik allerdings eine gewisse Berechtigung zukommt; allein wir werden zugleich finden müssen, wie weit diese Berechtigung geht und wo sie aufhört.

2.

3. Mai 1867.

Der Sozialismus bezweckt eine bessere Regelung der materiellen (Güter)-Verhältnisse in der menschlichen Gesellschaft nicht nur darum, weil davon die zureichende Befriedigung berechtigter Bedürfnisse und also Glück und Wohlsein der Bevölkerung unmittelbar abhängen; sondern er will eine bessere Regelung der materiellen Verhältnisse auch darum, weil nur auf dieser Grundlage eine wahrhafte, allen zugute kommende Zivilisation, eine allseitige hohe Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten möglich ist.

Allein so sehr auch jeder Unbefangene bei einiger Ueberlegung von der Vortrefflichkeit des anzustrebenden Zieles überzeugt sein muß: die Forderung des Sozialismus würde in unserem heutigen, lediglich auf der Selbstsucht der einzelnen beruhenden Gesellschaftszustand wohl schwerlich zu praktischer Bedeutung gelangen können, wenn nicht eine bestimmte Gesellschaftsklasse dringendes Interesse daran hätte, auf das Aufhören dieses jetzigen Gesellschaftszustandes hinzuarbeiten.

Denn mögen auch einzelne erleuchtete und bessere Naturen um eines großen und schönen Gedankens selbst willen sich in Tätigkeit setzen — die Masse hierdurch in Bewegung setzen

zu können, wird man unter den heutigen Voraussetzungen kaum hoffen dürfen.

Wohl aber ist Hoffnung auf das Durchdringen der sozialistischen Idee vorhanden, wenn inmitten dieser heutigen, auf die Selbstsucht gebauten Gesellschaft sich eine Klasse findet, deren Selbstsucht nicht nur, nein, auch deren gerechteste natürliche Forderungen an die Gesellschaft durch die Einrichtung, den Zusammenhang dieser eine beständige Verletzung erleidet.

Eine solche Klasse ist vorhanden: Die Arbeiterklasse wird in ihrem natürlichen Rechte fortwährend dadurch verletzt, daß, obschon gerade sie alle Wertgegenstände schafft, sie doch von dem Gebrauch und Genuß derselben ausgeschlossen ist. Nur so weit gibt man ihr Anteil an den Ergebnissen der gesellschaftlichen Produktion, daß sie gerade fortbestehen kann, und dies muß freilich geschehen: weil diejenigen, welche die Ergebnisse der Produktion an sich ziehen, diese angenehme Beschäftigung nur dann fortsetzen können, wenn sie denen, welche zur Produktion nötig sind, mindestens so viel ablassen, daß sie gerade fortbestehen können. Die stetige Verletzung des natürlichen Rechtes der Arbeiterklasse liegt also darin, daß die zu ihr gehörigen Menschen als bloße Produktionsmittel zugunsten der besitzenden Klasse erscheinen, daß ihnen die Früchte ihrer Tätigkeit zugunsten anderer entzogen werden.

Allein es ist, damit eine Verbesserung der gesellschaftlichen Grundlagen erstrebt werde, offenbar noch nicht genug, daß eine Klasse besteht, die ein dringendes Interesse daran hat, hierauf hinzuwirken, sondern es ist weiter nötig, daß diese Klasse dies auch einsehe, d. h. daß sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage gelangt sei.

Worin aber muß sich das erste Erwachen der Arbeiterklasse aus ihrem Schlummer, worin müssen sich die Anfänge der Erkenntnis ihrer Klassenlage zeigen?

Notwendig an dem Punkte, wo im heutigen Zusammenhange der Gesellschaft die stattfindende Verletzung am faßlichsten hervortritt. Dieser Punkt aber ist das Lohnverhältnis. Was der Arbeiter am leichtesten erkennen kann, ist dies, daß die Höhe des Lohnes, welchen er bezieht, nicht im richtigen Verhältnis steht zu dem, was er in der Gesellschaft leistet. Hat er dies aber erkannt, so ist leicht erklärlich, daß er auch an diesem Punkte die Aenderung zum Besseren durchzusetzen hofft, d. h. daß er auf eine Lohnsteigerung hinwirken will.

Hieraus erklärt sich, daß überall, wo die moderne Industrie so weit gediehen ist, daß die Unternehmerklasse sich deutlich von der Arbeiterklasse abscheidet und diese letztere daher wirklich eine eigene Klasse ist und sich als solche fühlen und erkennen kann, die nun beginnende Arbeiterbewegung sich zunächst auf die Lohnfrage wirft, d. h. zu Arbeitseinstellungen zum Zweck der Lohnerhöhung greift.

Aber nicht nur die richtige Erklärung, warum in jedem Kulturland die Arbeiterbewegung (d. h. nicht etwa die bloß gemachte und unter Vormundschaft der Bourgeoisie stehende, z. B. in „Bildungsvereinen" sich verkörpernde, sondern die wirkliche und selbständige Arbeiterbewegung) zunächst mit Eifer, ja mit Begeisterung zu den Arbeitseinstellungen greift — nicht nur die Erklärung, warum diese Erscheinung tatsächlich vorhanden ist, nein, auch die Erkenntnis einer gewissen Berechtigung derselben, d. h. die Einsicht, daß die Arbeiterklasse gut, richtig und vernünftig handelt, indem sie so verfährt, ist aus obigem Sachverhältnis abzuleiten.

Worin diese Berechtigung besteht und wo sie aufhört — dies werden wir in einem letzten Artikel feststellen.

3.

5. Mai 1867.

Das Lohnverhältnis — so sagten wir im vorigen Artikel — ist derjenige Punkt, an welchem für den Arbeiter am faßlichsten hervortritt, daß er in der heutigen Gesellschaft benachteiligt ist; es ist also auch erklärlich, daß auf diesen Punkt jede beginnende Arbeiterbewegung sich wirft.

Wenn es aber richtig ist, daß im Lohnverhältnis am faßlichsten der vorhandene gesellschaftliche Mißstand hervortritt, dann muß weiter richtig sein, daß diejenigen, welche die Arbeiterbewegung fördern wollen, auch gut tun, sich zunächst auf diesen Punkt zu werfen. Denn offenbar muß damit begonnen werden, die Arbeiter selbst auf ihre Lage aufmerksam zu machen; dies aber kann am rascheſten und sichersten geschehen, wenn man an den einleuchtendsten Punkt anknüpft.

Sehen wir nun zu, wie die Entwicklung sich gestaltet.

Wenn die moderne Industrie jene Höhe erreicht hat, wo auf der einen Seite die unternehmenden Kapitalisten, auf der andern die kapitallosen Arbeiter, durch eine unübersteigliche Kluft voneinander getrennt, einander gegenüberstehen, da

fangen einzelne Arbeiterkreise an, sich klarzumachen, daß der Wert, den sie in Gestalt von Löhnen beziehen, doch eigentlich gar wenig ist in Vergleich zu dem Werte, den sie durch ihre Arbeit den Unternehmern einbringen. Wenn man die Arbeiterkreise, welche sich dies Sachverhältnis zuerst zum Bewußtsein bringen, näher betrachtet, wird man finden, daß es weniger darauf ankommt, ob sie zu den ungünstiger gestellten, als vielmehr darauf, ob sie zu den intelligenteren gehören, d. h. zu denjenigen, die ihrer Beschäftigungsart nach Zeit und Gelegenheit zum Nachdenken über ihre Lage, zum Besprechen derselben haben. Wenn nun aber einmal einzelne Arbeiterkreise, nachdem sie die Höhe des Lohnes ihrer Prüfung unterzogen und dieselbe unzureichend befunden haben, eine Arbeitseinstellung zum Zwecke der Lohnerhöhung tatsächlich ins Werk setzen, so kann es nicht fehlen, daß durch einen so auffälligen Vorgang andere Arbeiterkreise gleichfalls aufgerüttelt und aufmerksam gemacht werden; und da, wie gesagt, die vorhandene Zurücksetzung der Arbeiterklasse am Lohnverhältnis am deutlichsten hervortritt und die Frage der Arbeitseinstellung sich gerade um diesen Punkt dreht, so wird jenes Aufgerütteltund Aufmerksamgemachtwerden sofort bei allen Arbeitern zu einem Nachdenken über das Sachverhältnis, zu einer Beurteilung der eigenen Lage führen. Und da ferner diejenigen, welche die Arbeit eingestellt haben, meistens gezwungen sein werden, wegen Erlangung von Beisteuern sich an die andern, nicht feiernden Arbeiter zu wenden, so wird sowohl in jenen, wie in diesen überdies die Erkenntnis rege werden, daß die Interessen der Arbeiter den Kapitalisten gegenüber gemeinsame sind. Die Streiks haben somit die ausgezeichnete, nicht hoch genug anzuschlagende Eigenschaft, daß sie besser als irgendein anderes Mittel geeignet sind, eine Arbeiterbevölkerung, welche bisher noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt war, aus ihrem Schlummer aufzurütteln, ihr ihre Zurücksetzung in der Gesellschaft und zugleich die Gemeinsamkeit ihrer Interessen zum Bewußtsein zu bringen. Es ist daher nicht nur erklärlich, nein, es ist auch gerechtfertigt, daß die Arbeiterbewegung sich überall bei ihrem Beginnen zunächst auf die Arbeitseinstellungen wirft. Denn diese sind nicht nur das naturgemäße, von selbst sich entwickelnde Ergebnis der in der Arbeiterbevölkerung gärenden Bewegung, sie sind zugleich das beste und zweckmäßigste Mittel, die noch nicht von der

Bewegung ergriffenen Teile der Arbeiterbevölkerung auf die Bewegung aufmerksam zu machen, in ihnen das Bewußtsein des Gegensatzes gegen das Kapital und der Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen gegen dieses hervorzurufen. Sie sind nicht nur der erste Schritt auf der rechten Bahn, sondern ein erster Schritt, der einen zweiten mit innerer Notwendigkeit herbeiführt.

Wenn die Streiks eine Zeitlang gedauert haben, wird die Arbeiterbevölkerung verschiedene, für sich sehr wertvolle Erfahrungen gemacht haben; sie wird z. B. gesehen haben, mit welcher Hartnäckigkeit und Gehässigkeit die Arbeitsherren gegen sie zusammenstehen und verfahren; sie wird z. B. gemerkt haben, welch ungeheure, durch gewöhnliche Privatmittel und Privatvereinigungen unbezwingliche Macht (die Geld- und Kapitalmacht) ihnen gegenübersteht.

Durch solche Erfahrung wird die Arbeiterklasse für den Sozialismus reif, d. h. für die Erkenntnis, daß, wie ihre jetzige traurige Lage an den gesellschaftlichen Einrichtungen, insbesondere an der fehlerhaften und ungerechten Verteilung der Ergebnisse der Produktion, liegt, so eine Abänderung jener Lage nur durch andere gesellschaftliche Einrichtungen möglich ist, und daß es also gilt, auf dasjenige Element, von welchem die gesellschaftlichen Einrichtungen geregelt werden, auf die staatliche Gesetzgebung, Einfluß zu gewinnen.

Erst wenn diese Erkenntnis durchgedrungen ist, hat die Arbeiterklasse ihre Lage vollständig erkannt (das volle Klassenbewußtsein erlangt) und dann erst ist sie sich des rechten Zieles und des rechten Weges zum Ziele bewußt. Dann erst weiß sie, daß durch kleine und halbe Mittel nicht vorwärts zu kommen ist, sondern daß radikal vorgegangen werden muß.

Und wenn wir festhalten, daß nur diese sozialistische Erkenntnis die wahre und echte Klassenerkenntnis des Proletariers sein kann, dann werden wir auch finden, wie weit die Streiks ihre Berechtigung haben.

Sie sind berechtigt, insofern sie die Arbeiterklasse zu dieser Erkenntnis vorbereiten; sie sind berechtigt, um dieselbe aus dem Schlummer, in welchem die Besitzenden sie zu halten suchen, aufzuwecken; sie sind berechtigt, um den ersten Zug in die Bewegung zu bringen; sie sind berechtigt, mit einem Worte, bis die Arbeiterklasse des fraglichen Landes oder der fraglichen Gegend so weit vorbereitet ist, die Lehren des Sozialismus zu verstehen.

Aus einem ähnlichen Grunde haben selbst bei vorgeschrittener Erkenntnis der Arbeiterklasse die Streiks auch in denjenigen Ländern eine Berechtigung, wo die Arbeiterbewegung in gar keiner anderen, besseren Form öffentlich auftreten darf.

Nicht hingegen vermögen wir den Streiks eine Berechtigung da zuzuerkennen, wo es nach den Gesetzen des Landes der Arbeiterklasse ermöglicht ist, direkt auf das wichtigste, ja allein entscheidende Ziel — Erringung von Einfluß auf die Staatsgewalt — loszusteuern. Wo dies möglich ist, soll die Arbeiterklässe hierauf ihre ganze Kraft, all' ihre Mittel und all' ihr Streben vereinigen.

Hier könnten also nur ausnahmsweise und in besonderen Fällen Arbeitseinstellungen gebilligt werden; solche besonderen Fälle mögen vorkommen, da in menschlichen Dingen, bei der Vielgestaltigkeit der menschlichen Beziehungen, keine Regel schlechthin und ohne Ausnahme gilt. Aber als unumstößliche Grundregel wird nichtsdestoweniger aufgestellt werden müssen, daß, wo das Streben nach Einfluß auf die Staatsgewalt zum Zweck der Aenderung der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft gesetzlich möglich ist, die Arbeiterklasse ihre volle Kraft hierauf werfen soll.

Wir können schließlich unsere Ergebnisse in drei Sätze zusammenfassen:

1. Die Streiks sind ökonomisch notwendig erfolglos (d. h. unter den heutigen Verhältnissen bestimmt sich die Höhe des Lohnes nach gewissen, in den Grundlagen der Gesellschaft wurzelnden Gesetzen, gegen deren Wirksamkeit auf die Dauer nicht anzukommen ist).
2. Die Streiks sind nichtsdestoweniger ein vorzügliches Mittel, die Arbeiterbewegung zum Ausbruch zu bringen und bis zu der Höhe zu fördern, wo die Arbeiterklasse für ihre eigentliche Klassenerkenntnis reif ist (d. h. sie sind geeignet, die Arbeiterklasse so weit vorwärts zu bringen, daß sie die in ihrem eigenen Interesse auftretende sozialistische Wissenschaft begreift und demgemäß einsieht, daß der Arbeiter Anspruch auf den vollen Ertrag seiner Arbeit hat und daß ein dementsprechender Zustand nur durch die Gesetzgebung hervorgerufen, beziehungsweise geregelt werden kann).

3. Wo die Arbeiterbewegung offen für ihr letztes Ziel wirken kann, sind Streiks in der Regel nicht zu billigen (weil nämlich die Arbeiterklasse ihrer vollen Kraft bedarf, um das Endziel (Aenderung der gesellschaftlichen Grundlagen) zu erreichen, durch die Streiks aber die Kräfte vieler von dem einen gemeinsamen Ziel abgelenkt werden, ohne daß der vermeintliche Erfolg, Erhöhung des Lohnes, erreicht wird).

Wir hoffen, durch unsere Erörterungen in den drei die Streiks behandelnden Artikeln diesen Gegenstand in seinen Grundzügen ein- für allemal klargestellt zu haben. Es würde uns freuen, wenn es uns gelungen wäre, unseren Lesern zur richtigen und allseitigen Beurteilung jener Erscheinung behilflich zu sein. Freilich muß jeder auf der gegebenen Grundlage fortzudenken verstehen. —

Anmerkungen.

Nach einer mühseligen Arbeit von mehr als zwei Jahren hatte Schweitzer nun endlich die Möglichkeit erobert, aus dem Vollen zu schaffen. Er war der berufene Erbe Lassalles, aber bisher hatte er nur an unverantwortlicher Stelle gestanden, hatte seine Ab- und Ansichten nur durchsetzen können, indem er sie den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schmackhaft machte, Männern, die entweder ganz unfähig waren und nicht einmal guten Willen hatten, wie Bernhard Becker, oder die sich, wie Tölcke und Perl, doch nicht der schwierigen Aufgabe gewachsen zeigten.

Mit einem berechtigten Selbstbewußtsein konnte Schweitzer bei einer späteren Gelegenheit sagen: Die Partei hat nicht das Blatt, sondern das Blatt hat die Partei gemacht. Ueber 400 Abonnenten brachte es der Sozialdemokrat in den ersten Jahren seines Bestehens nicht, aber diese Kerntruppe verstand er zu sammeln und zu schulen. Sie war sich denn auch, nach dem schwer enttäuschenden Ausfall der Februarwahlen von 1867, klar darüber, daß so die Dinge nicht weitergehen konnten. Sie wollte die Herrschaft des einzigen Mannes, der im Wechsel der schwierigsten Lagen immer den Kopf oben behalten hatte, und sie wollte diese Herrschaft für absehbare Zeit auch als Alleinherrschaft. Daran besteht kein Zweifel und kann kein Zweifel bestehen, daß gerade die intelligentesten Elemente des Vereins die Diktatur Schweitzers für eine zwar nur vorübergehende, aber einstweilen unvermeidliche Notwendigkeit gehalten haben.

Schweitzer entsprach denn auch den Erwartungen, die auf ihn gesetzt wurden. Schon auf der Braunschweiger Generalversammlung, die ihn zum Präsidenten wählte, entwarf er ein hieb- und stichfestes Programm, und zog die Zügel der Organisation so straff an, daß alle zweifelhaften Elemente aus dem Verein ausgeschieden wurden. Es war etwa der sechste Teil der Mitglieder, der sich nun unter dem Protektorate der Gräfin Hatzfeldt zu einem besonderen Arbeiterverein zusammentat. Er hat einige Jahre vegetiert, ist aber nie zu irgendeiner Bedeutung gelangt.

Für die gehobene Stimmung Schweitzers in diesen Tagen zeugte die Hamburger Festrede: Und sie bewegt sich doch! sowie die Artikel: Der sterbende Proletarier und: Hunde und Schweine, Brüder und Vettern. Die Rede, wie die beiden Artikel wurden ihrer Zeit berühmt: es sind Schweitzers hervorragendste Leistungen im Stile des getragenen Pathos, das ihm im allgemeinen nicht lag. Aber neben dem Kapitol liegt der tarpejische Fels. Zugleich meldete sich die Frage wieder, die ihm verhängnisvoller werden sollte, als jede andere: die Koalitionsfrage.

Schweitzer mußte sich wieder mit der Bedeutung der Arbeitseinstellungen für die Arbeiterbewegung befassen und er nahm jetzt immerhin eine unbefangenere Stellung zu ihnen ein, als im Vorjahre. Nur für Länder, wie Deutschland, wo bereits eine sozialistische Arbeiterpartei bestand, bestritt er ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit.

Elftes Kapitel.

Im Norddeutschen Reichstage.

I.

Die Herbstwahlen.

23. Juli 1867.

Die Wahlen zum Norddeutschen Reichstag werden voraussichtlich im September l. J. stattfinden.

Soweit bei denselben die Tätigkeit der Arbeiterpartei in Betracht kommt, ist durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Braunschweig dem Vereinspräsidenten die Leitung der Agitation übertragen worden. Allein es mag zweckmäßig sein, einstweilen auf einige ganz allgemeine Gesichtspunkte aufmerksam zu machen.

Das erste und wichtigste, was die Arbeiterpartei unter allen Umständen festzustellen hat, ist die Erkenntnis, daß sie ganz selbständig aufzutreten hat. Denn die Arbeiterpartei hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen der Arbeiter zur Geltung zu bringen, die beiden anderen großen Parteien aber — die liberale wie die konservative — verfolgen Interessen, welche vielfach mit den Interessen der Arbeiter im schroffsten Widerspruch stehen.

Da dies im Wesen dieser beiden Parteien liegt, würde jede, auch die leiseste Konzession der Arbeiterpartei an eine derselben nur zum Uebel führen können. Denn darin muß die Arbeiterpartei ihre Kraft suchen, daß sie die Arbeiterbevölkerung zur klaren und allseitigen Erkenntnis ihrer Klassenlage bringt und auf dieser Grundlage hin dieselbe dazu bewegt, fest und unbeugsam das volle Recht der Arbeit zu fordern. Diese volle Rechtsforderung im Namen der Arbeit aber kann, da die anderen Parteien teilweise entgegenstehende

Interessen verfolgen, die Arbeiterpartei nur dann erheben, wenn sie ganz selbständig für sich allein auftritt. Nur dann braucht sie keinerlei Rücksicht zu nehmen, nur dann kann sie daher ihren Standpunkt voll und ungetrübt zur Geltung bringen. Daher nirgends um keinen Preis irgendwelche Vereinbarung mit anderen Parteien über sozialpolitische Fragen, keine „gemeinsamen Programme" und dergleichen!

Das erste Mittel, wodurch wir bei der Wahlagitation zur Geltung kommen, ist selbstverständlich die Aufstellung eigener Kandidaten auf Grund unseres eigenen Programms (der von der Generalversammlung in Gemäßheit der Lassalleschen Schriften aufgestellten „Grundzüge").

Allein es gibt noch ein zweites Mittel, wie wir bei der Wahlbewegung an Einfluß und an Bedeutung in sozialpolitischer Beziehung gewinnen können. Auch hierbei wird natürlich das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Gemäßheit seiner Aufgabe einzugreifen haben. Allein auch in dieser Beziehung mag es geeignet sein, vorläufig auf einiges aufmerksam zu machen.

Obschon es in erster Linie nach prinzipiellen Gesichtspunkten entschieden werden muß, welcher Partei wir im Fall solcher engeren Wahlen unsere Stimmen zu geben haben, so kommt doch zugleich in Betracht, wie die Parteien unseren Bestrebungen gegenüber sich verhalten haben. Daß alle Parteien uns bekämpfen, das wissen wir, finden wir erklärlich und können es nicht anders erwarten; denn anderenfalls wären es eben nicht andere Parteien! Aber es fragt sich, ob sie uns in anständiger oder in ungehöriger, gehässiger Weise entgegentreten. Möge jeder Arbeiter, der zur Partei gehört, möge insbesondere jeder Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sein Augenmerk genau darauf richten, welche Erscheinungen in seiner Gegend in dieser Beziehung hervortreten. Wir dürfen es durchaus nicht ruhig hinnehmen, wenn andere Parteien durch Mittel lügnerischer Verleumdung oder gehässiger Verkleinerung uns zu schaden suchen. Wir werden also unter Umständen unsere Haltung bei den engeren Wahlen von der Haltung, welche die Parteien gegen uns beobachtet haben, abhängig machen müssen.

Es ist in vorstehendem nur von zwei Parteien, von der reaktionären und der liberalen, gesprochen worden, obschon in letzter Zeit eine dritte Partei, die der Nationalliberalen, ent-

standen ist. Da es indessen nicht auf Phrasen, sondern auf Taten ankommt, genügt es, darauf hinzuweisen, daß die sogenannten Nationalliberalen durch ihre Taten sich einfach als Reaktionäre zu erkennen gegeben haben. Daß sie durch ihre Phrasen als verkappte Reaktionäre erscheinen, ändert nichts an der Sache. Sie müssen überall von vornherein der reaktionären Partei zugezählt werden und falls sie bei der Wahlagitation versuchen sollten, sich irgendwo in Volksversammlungen als Liberale zu gebärden, so müssen sie, damit nicht eine schädliche Begriffsverwirrung im Volke entsteht oder genährt wird, schonungslos entlarvt werden. Wir müssen die Klarheit des sozialpolitischen Volksbewußtseins, diese erste Bedingung des Vorwärtskommens, in jeder Beziehung zu fördern suchen.

II.

Ueber Zins- und Wucherfreiheit.

Reichstagsrede am 10. Oktober 1867.

Abgeordneter Dr. v. Schweitzer: Meine Herren, wenn ich in der Reihenfolge als Redner gegen den Antrag erscheine, so ist es eigentlich nicht ganz richtig. Sie wissen, meine Herren, ich habe den Zusatzantrag gestellt: es möge das Gesetz keine Anwendung finden auf Darlehen von 100 Talern abwärts. Damit ist aber zugleich gesagt, daß ich mit dem Gesetz im allgemeinen und seinen Prinzipien einverstanden bin.

Meine Herren, in diesem Hohen Hause sind vorzugsweise drei ökonomische Richtungen: die konservative, die Richtung des liberalen Oekonomismus und die sozialdemokratische Richtung. Sie werden mir gestatten, daß ich die vorliegende Frage sukzessive von diesen drei Standpunkten aus beleuchte, und ich beginne mit der sozialdemokratischen Richtung.

Meine Herren, zuvörderst könnte es Ihnen auffallen, daß von sozialdemokratischer Richtung im allgemeinen ein Gesetz unterstützt wird, dessen Tendenz darauf hinausgeht, das Kapital freier und mächtiger zu machen. Meine Herren, ich sage: mächtiger zu machen; es ist das mit wenigen Worten zu begründen.

Die heutigen Verhältnisse werden reguliert durch die freie Konkurrenz. Die freie Konkurrenz ist ein gegenseitiger Kampf,

in welchem jeder sucht, möglichst viel an sich zu reißen. In diesem Kampfe gleichen diejenigen, welche Kapital haben, den Bewaffneten, diejenigen, die keins haben, den Unbewaffneten. Es ist also sehr natürlich, daß heutzutage, wo das Kapital die öffentliche Meinung macht, überall der Ruf ertönt: Nur Freiheit im Verkehr! Weg mit jedem Hindernis! Denn allerdings, meine Herren, bei einem Kampfe zwischen Bewaffneten und Unbewaffneten — geben Sie dem Bewaffneten die Freiheit und Sie haben ihm den Sieg gegeben.

Wenn nun, meine Herren, trotzdem wir Sozialdemokraten für alle Gesetze stimmen, welche die Freiheit des Kapitals befördern, für Freizügigkeit, für Gewerbefreiheit usw., wenn wir alle Hindernisse aus dem Wege räumen wollen, so geschieht dies aus folgendem Grunde: Wir stehen einer bestimmten Entwickelung gegenüber. Mit Unrecht ist vorhin gelacht worden, als gesagt wurde, diese Entwickelung dränge darauf hin, daß die Vermögensmasse in immer weniger Händen sich konzentriere. Man braucht kein Theoretiker zu sein, jeder Praktiker weiß es, welche unendlichen Vorteile in der Produktion das große Kapital über das kleine Kapital hat. Damit ist schon gesagt, daß der Zug der Zeit dahin geht, das kleine Kapital durch das große zu verschlingen, die Vermögensmasse also in immer weniger Händen zu konzentrieren. Meine Herren! Dieser Entwickelung gegenüber haben wir Sozialdemokraten uns zu fragen: müssen wir diese Bewegung zu beschleunigen oder müssen wir sie aufzuhalten suchen? Die Antwort ist klar. Wir haben sie zu beschleunigen; denn auf die Lösung der sozialen Frage ist dann erst Hoffnung, wenn die Gegensätze klar und schroff einander gegenüberstehen, wenn die Bewegung möglichst sich schon vollendet hat, wenn, wie in England, eine große besitzende Klasse, d. h. eine der Personenzahl nach kleine, den Gütern nach große besitzende Klasse gegenübersteht einem blutarmen, arbeitenden Proletariat. Sie sehen also, wenn wir für diese Gesetze stimmen, so stimmen wir ganz unserem Prinzip gemäß, wir beschleunigen dadurch den Gang der Sache und wir wollen diesen Gang der Sache, so viel an uns liegt, beschleunigen.

Meine Herren, es könnte scheinen, als ob damit in Widerspruch stände gerade das Amendement, welches ich gestellt und welches offenbar darauf hinausgeht, den armen Mann gegen das Kapital zu schützen. Allein, meine Herren, wenn

es auch richtig ist, daß wir zur Lösung der sozialen Frage gebrauchen auf der einen Seite die kleine besitzende Klasse mit ihren unendlichen Reichtümern und allen Genüssen der Erde, und auf der anderen Seite ohne den Kitt des Mittelstandes das blutarme Proletariat, so ist es doch auch richtig, daß wir zur Lösung der sozialen Frage gebrauchen ein Proletariat mit hellem Kopf und kräftiger Faust (Bewegung rechts), nicht, meine Herren, als wollte ich hier hindeuten auf einen gewaltsamen Ausgang der Sache, weit entfernt; auch wenn, wie wir hoffen und wünschen und zu erstreben suchen, auf dem Wege ruhigster Gesetzgebung diese Frage zum Austrag kommt, auch dann muß die Arbeiterklasse kräftig dastehen; sie darf nicht entnervt sein, im innersten Kern geschwächt und versumpft. Darum treten wir überall abwehrend auf, wo es uns scheint, daß die Macht des Kapitals allzu stark lasten könnte; auch wir wissen, daß wir jenen großen Prozeß nicht aufhalten können, der die Masse des Volkes immer mehr verarmen läßt; aber das hoffen wir wenigstens zu erwirken, daß das niedere Volk, die arbeitende Klasse, nicht entnervt werde, daß sie, mit einem Worte, wie wir hoffen, nicht kampfunfähig werde.

Meine Herren, so viel im allgemeinen von sozialdemokratischem Standpunkte aus über diese Angelegenheit. Es verbleibt mir, hier ein Wort zu sprechen über den Antrag, der von konservativer Seite eingebracht worden ist. Der Abgeordnete Schulze hat es für gut befunden, nicht abzuwarten, was ich darüber sagen würde, sondern im voraus anzunehmen, wir Sozialdemokraten gingen darin Hand in Hand mit den Konservativen, und ein Triumphgeschrei von der Linken hat darauf geantwortet.

Meine Herren, ich sage Ihnen, wir haben nichts mit diesem Antrage zu tun, und die Gründe sind wiederum sehr einfach. Der mittlere, der kleine Grundbesitz ist verloren; wir haben keinen Grund und keine Veranlassung, ihm zu helfen. Meine Herren, es ist viel darüber gesprochen worden, ob die Aufhebung der Wuchergesetze den Zinsfuß könne steigen oder fallen machen. Die Antwort ist ja sehr einfach. An und für sich macht die Aufhebung dieser Gesetze den Zinsfuß weder steigen noch fallen, es hängt dies von ganz anderen Verhältnissen ab. Eine Wirkung hat aber unzweifelhaft die Aufhebung der Wuchergesetze: daß sie nämlich einem Steigen des Zinsfußes, das sonst unmöglich gewesen wäre, Tür und Tor eröffnen kann; die Aufhebung der Wuchergesetze bewirkt,

daß in Fällen, wo der Zinsfuß aus irgendwelchen Gründen die Tendenz hat, in die Höhe zu gehen, er auch in die Höhe gehen kann. Meine Herren, es gibt eine große Klasse von Kapitalisten, welche einmal durchaus ihr Kapital in Hypotheken anlegen will. Diese Klasse ist heute unter allen Umständen genötigt, mit dem gesetzlichen Zinsfuß vorlieb zu nehmen; sind die Wuchergesetze aufgehoben, so können Fälle eintreten, wo der höhere Zinsfuß genommen wird. Indessen, meine Herren, die Gründe, warum der Grundbesitz verloren ist, liegen nicht hier, sie liegen in den gesellschaftlichen Verhältnissen überhaupt. Bei der Kapitalentwickelung muß immer ein Punkt kommen, wo der Grundbesitz sich nicht länger erwehren kann, wo er gerade so gut wie die Dampfmaschine und der Arbeiter, nur noch ein Produktions- und Ausbeutungswerkzeug in der Hand des Kapitalisten ist; es muß in der Entwickelung der Zeitpunkt kommen, wo eine derartige, intensive, gewissermaßen industrielle Bewirtschaftung des Grund und Bodens notwendig wird, wo die bisherigen Grundbesitzer nicht mehr zurechtkommen können, und der Grund und Boden in die Hand der Kapitalisten kommt. Meine Herren, das hat sich in England vollzogen, es wird sich auch hier vollziehen. Selbst der Adel in England mit seinem ungeheuren Grundbesitz, selbst er hätte sich nicht halten können, wenn nicht urplötzlich aus den großen Feudalherren große Schacherer oder, wie man es heute lieber nennt, große Industrielle geworden wären. (Heiterkeit.) Meine Herren, wer das Glück und das Talent hat, sich rechtzeitig aus einem großen Feudalherrn in einen Schacherer zu verwandeln, der hält sich; wer es nicht hat — mag sein Grundbesitz noch so groß sein —, wer nicht rechtzeitig umsattelt, der geht zugrunde vor dem überflutenden Kapital. Meine Herren, wie gesagt, der Grundbesitz ist verfallen dem Untergange (Heiterkeit); wir haben keinen Grund, von sozialistischer Seite, uns irgendwie darein zu mischen: möge das Geschick sich vollziehen, meine Herren, das ist ja alles, was wir wünschen. (Heiterkeit.)

Sie sehen überhaupt, daß, wenn wir für die Gesetze stimmen, die dem Kapital freie Bahn machen, wir weniger aus Sympathie dafür stimmen, als vielmehr aus Bosheit. (Unruhe. Große Heiterkeit.)

Meine Herren, ich gehe dazu über, die Frage vom Standpunkt des liberalen Oekonomismus zu beleuchten.

Sie werden eins bei Strafe des Unsinns von vornherein zugeben müssen, daß nämlich Ihr Gesetz dann keine Anwendung finden darf, wenn die Voraussetzungen Ihres Gesetzes fehlen. Die Voraussetzung Ihres Gesetzes ist, daß freie Konkurrenz vorhanden sei; soweit die freie Konkurrenz mit ihrem Angebot und ihrer Nachfrage die Verhältnisse regelt, soweit wollen Sie vollständige Freiheit. Sie werden mir aber zugeben müssen, daß, wenn irgendwo freie Konkurrenz nicht vorhanden ist, dann ein anderer, ein gesetzlicher Regulator eintreten muß. Meine Herren, freie Konkurrenz setzt doch vor allem voraus Oeffentlichkeit. Nehmen Sie an, Sie wollten eine Uhr kaufen. Es ist keine Schande, eine Uhr zu kaufen, ich kann in jeden Laden gehen, und gerade darum bekomme ich sie überall billig, weil auf diese Konkurrenz schon die Preise eingerichtet sind. Es ist auch keine Schande, meine Herren, wenn irgend jemand, der ein Geschäft hat, zur Vergrößerung seines Geschäftes 10 000 Taler aufnehmen will; das kann er ganz öffentlich tun, er kann es in die Vossische Zeitung setzen; aber, meine Herren, Sie können nicht in die Vossische Zeitung setzen, daß Sie fünf Taler pumpen wollen. Der kleine Geschäftsmann, der zwanzig oder zehn Taler haben will oder fünfzig Taler, der kann nicht auf den Geldmarkt öffentlich gehen, sondern heimlich bei Nacht und Nebel muß er in der Stadt herumgehen; er ist verloren, wenn er öffentlich geht. (Heiterkeit. Widerspruch.)

Wie können Sie hier von freier Konkurrenz sprechen wollen? Glauben Sie vielleicht, ich stehe allein mit dieser Ansicht? Vorhin ist Professor Roscher zitiert worden, ein liberaler Mann und nicht in dem Geruch eines Reaktionärs oder Sozialisten stehend. Dieser Mann hat in seinem Lehrbuch ungefähr in den Paragraphen 195 bis 200 erklärt, daß die Aufhebung der Wuchergesetze keinen Sinn habe für diejenigen Kreise, in welchen die Voraussetzung, die freie Konkurrenz, fehlt. Meine Herren, es führt das auf die Frage wegen der Berechtigung des Zinsennehmens überhaupt. Es ist davon die Rede gewesen — ein Abgeordneter, ich glaube Herr Dr. Schwartze — stand voll Verwunderung vor der Tatsache, daß das ganze Mittelalter, die ganze antike Welt, das Zinsennehmen überhaupt als unanständig und unrecht verurteilt habe, während heutzutage sich die öffentliche Meinung im allgemeinen dahin geltend macht, das Zinsnehmen gestatten zu wollen.

Meine Herren, beides ist sehr natürlich, die frühere Verwerfung der Zinsen sowohl wie die heutige Sanktionierung derselben; man muß der Sache nur auf den Grund gehen.

Meine Herren! Das Darlehen hat immer dieselbe juristische Form; allein hinter dieser immer gleichen juristischen Form kann ein sehr verschiedener ökonomischer Inhalt sich verbergen. Gestatten Sie, daß ich Ihnen nur dreierlei Arten des Darlehens vorführe. Es kann aufgenommen werden erstens ein Darlehen zu produktiven Zwecken, d. h. jemand, der ein Geschäft hat und darin ein Kapital produktiv anlegt, möchte mehr Kapital haben, er weiß, er verdient ja mit diesem Kapital viel Geld, und sucht nun jemand, der ihm dieses Kapital gibt: nichts natürlicher, als daß er diesem Manne Zinsen zahlt, er zieht ja Gewinn daraus. Er ist mit Recht bereit, Zinsen zu zahlen, und wenn es tausend Prozent wären, ganz gleichgültig, nehme der andere nur soviel er kriegen kann; hier handelt es sich einfach darum, daß, wenn ein Kapital so und so ausgebeutet wird, die Herren Ausbeuter sich so und so in den Profit teilen. Indessen, meine Herren, es gibt noch andere Darlehen auf der Welt, als diese Geschäftsdarlehen. Man erzählt sich: der verstorbene Humorist und Schriftsteller Saphir, als er einmal in Frankfurt gewesen, sei auch bei Herrn von Rothschild eingeladen worden. Der Herr von Rothschild habe ihm geklagt, der Arzt hätte ihm Bewegung angeraten, er wisse aber nicht recht, wie er das anfangen solle, da habe ihm Saphir geantwortet: „Wissen Sie was, pumpen Sie mir 100 Taler, da können Sie sich die Beine ablaufen, bis Sie sie wieder kriegen.“ (Große Heiterkeit.)

Meine Herren! Wenn Sie nun für einen Augenblick annehmen, es sei dem Herrn Saphir nicht um den Witz, sondern um das Darlehen zu tun gewesen, und sich fragen, wofür ein herumreisender Schriftsteller hätte ein Darlehen von 100 Talern gebrauchen können, so wird niemand auf die Idee kommen, der Mann wolle sein Geschäft vergrößern und das Kapital produktiv machen; er bezahlt vielleicht seinen Schneider davon, ißt Austern und trinkt Champagner, kurz und gut, es sind Konsumtionsausgaben.

Wer solche Darlehen gibt, gibt sie, wenn er anständig handelt, ohne Zinsen. (Heiterkeit.)

Meine Herren! Zinsennehmen wäre hier zwar unanständig, aber es würde niemand behaupten, daß es nieder-

trächtig sei. Drittens aber, meine Herren, gibt es noch eine Art von Darlehen, und hier allerdings ist das Zinsennehmen niederträchtig. Es sind dies diejenigen Darlehen, die jemandem gegeben werden, der in bitterer Not und Elend ist. Hier handelt es sich nicht darum, aus diesem Gelde neues Geld zu machen, es handelt sich auch nicht etwa um Vergnügen, nein, es handelt sich um wirkliche effektive Not, und hier wird jeder nach natürlichem Gefühl das Zinsennehmen überhaupt verurteilen. (Sehr richtig.)

Betrachten Sie nun diese drei Klassen der Darlehen, die ich Ihnen vorgeführt habe, und Sie werden leicht einsehen, warum die antike Welt, warum das Mittelalter und das kanonische Recht ganz richtig gegen das Zinsnehmen eiferten. Die erste Klasse, das produktive Darlehen, kam damals sehr wenig vor. Was den Charakter der Zeit bestimmte, waren die Darlehen der beiden letztgenannten Klassen. Heutzutage ist es umgekehrt, im großen Verkehr ist das produktive Darlehen vorherrschend. Es erklärt sich also daraus, warum die heutige Zeit mit Recht das Zinsennehmen für erlaubt hält. Allein, meine Herren, die heutige Zeit sollte nicht übersehen, daß sie das Zinsennehmen, und insbesondere das hohe Zinsennehmen, auch nur insoweit für ehrenhaft erklären sollte, als die Gründe reichen. Wäre es möglich, ein Gesetz zu machen, welches die Darlehen nach ihrem ökonomischen Inhalt verteilte und nun verschiedene Bestimmungen machte, es wäre dies das beste. Es ist dies aber nicht durchzuführen. Es bleibt also nichts anderes übrig als zu sagen: In Fällen unter 100 Talern ist anzunehmen, daß in der Regel das Darlehen gegeben ist, sei es zu konsumtiven Zwecken, sei es wegen bitterster Not und äußerster Bedrängnis. Man wird weiter sagen können: in Fällen über 100 Taler wird gewöhnlich ein produktives Darlehen vorliegen. Es ist richtig, daß dies mangelhaft ist, aber es ist das Einzige, wie die Sache anzufassen ist. Es ist hier von England die Rede gewesen, und ich weiß nicht, wie es kommt, daß die beiden Herren Redner die englische Gesetzgebung nicht ganz richtig zitiert haben. Es ist unrichtig, daß in England der Zinsfuß überhaupt frei ist, es ist unrichtig, daß die Zinsbeschränkungen erst bei 50 Pfund anfangen; die Grenzscheide ist in England 10 Pfund, die Wuchergesetze sind also nicht aufgehoben für Fälle unter 10 Pfund. Sie sehen also, meine Herren, daß die englische Gesetzgebung mir

zur Seite steht, eine Gesetzgebung, welche wahrhaftig Beachtung verdient, denn England ist nicht nur ein freies Land in politischer Beziehung, die dortigen Kapitalverhältnisse sind gegen die unserigen so riesenhaft groß, daß wir immer erst nach England blicken müssen, wenn wir herausbringen wollen, was wohl der Fortentwickelung der Kapitalverhältnisse entspricht.

Meine Herren, es ist gegen dieses mein Amendement eingewandt worden, es sei doch ganz willkürlich, gerade hundert Taler zu setzen. Ich begreife aber nicht, wie dieser Einwand von Juristen ausgehen kann; denn wie oft ist es vorgekommen, daß man in einem Strafgesetzbuche bestimmen kann, wie z. B. daß ein kleiner Diebstahl, der einen Betrag bis zu 10 Talern betrifft, mit Gefängnis, ein großer Diebstahl aber über 10 Taler mit Korrektionshaus bestraft werden soll oder ähnliches. Also Sie haben hier auch verschiedene Bestimmungen nach einer gewissen Wertsumme. Daraus können allerdings Mißstände hervorgehen, es ist kein Zweifel, daß das Unzuträglichkeiten hat; allein, meine Herren, wenn man nicht auf ein vollkommenes Gesetz der Sachlage nach rechnen kann, so ist doch kein Grund vorhanden, nicht wenigstens ein unvollkommenes zu machen; diese Verhältnisse sind ja so vielgestaltig und so kompliziert, daß es nicht möglich ist, hierin alles vorzusehen, man kann daher nur mit kräftigen Strichen Versuche machen und das übrige der Praxis überlassen. Meine Herren, ich möchte Ihnen, die Sie der liberalen Oekonomie anhängen, die Ueberzeugung beibringen, daß Sie für mein Amendement stimmen können, ohne Ihren Grundsätzen untreu zu werden. Ich bitte Sie, sich doch wirklich die Sache einmal praktisch zu betrachten und sich zu überlegen, ob wirklich die Grundsätze von freier Konkurrenz anwendbar sind auf die Fälle, wo ein kleiner Geschäftsmann oder überhaupt ein armer Mann herumgeht und 20 oder 25 Taler geliehen haben will; es muß dies ja in aller Stille geschehen; er kann ja gar nicht die Konkurrenz des Geldmarktes herausfordern. Meine Herren, man hat gesagt, wenn man die Wuchergesetze aufhebt, so werde das Kapital mehr zuströmen. Ich finde es unrecht, solche Behauptungen in den Tag hinein zu wagen. Wer kann denn behaupten, daß dieses stattfinde. Meine Herren, schon der Abgeordnete Schulze hat hier Rundschau gehalten unter den Kapitalisten des Hauses; ich schließe mich dieser Rundschau an und möchte einmal auffordern, die betreffenden Herren

darüber zu interpellieren, ob sie nach Aufhebung der Zinsbeschränkungen bereit sein werden, Kapitalien zur Verfügung zu stellen für Darlehen von 10 und 15 Talern. Wo sollen die Kapitalien herkommen? Die Geschäftskapitalien ziehen Sie nicht herüber, — spekulieren Sie vielleicht auf die kleinen Ersparnisse der Armen selbst? Auch diese Kapitalien werden nicht zur Verfügung gestellt. Der Mann, der etwas erspart hat, will sein Kapital sicher stehen haben, es bleibt Ihnen unter allen Umständen also immer nur dieselbe Klasse von Leuten, die auch heute mit solchen Geschäften sich einlassen, die sogenannten Kehlabschneider, also die Leute, die mit 1000 Taler Kapital jährlich 2000 oder 3000 Taler Zinsen machen wollen. Soviel ist klar, heben wir die Wuchergesetze auf oder nicht, gewuchert wird doch. Aber ein bedeutender Unterschied ist da. Die Maxime, die Verfahrungsweise der Wucherer geht dahin, daß sie allmählich den kleinen Leuten, den Armen, die Schlinge um den Hals ziehen, anfangs nicht so stark, aber nach und nach immer ärger, da wird aus einem Wechsel ein anderer, immer größerer, und so fort, bis man die Leute auf dem Punkt hat, daß man ihnen die Kehle zuschnüren kann. Meine Herren! Wenn es hier zum Aeußersten kommt, wenn ein Mann vollständig ausgebeutet werden soll, so hat er heute noch einen gesetzlichen Schutz, er kann heute noch sagen: Guter Freund, nicht allzu scharf! Es gibt noch Gerichte, es gibt noch Staatsanwälte! Hier wird also ein billiges Abkommen noch ermöglicht zwischen dem Wucherer und dem, der ihm verfallen ist. Aber das verhindern Sie, wenn Sie die Wucherfreiheit erklären; Sie machen es dann dem armen Manne unmöglich, dem Wucherer im äußersten Fall gegenüberzutreten; in Fällen, wo es nicht dringlich ist, ist es ja sein eigenes Interesse, sich zu beruhigen; aber machen Sie wenigstens, daß der arme Mann für die äußersten Fälle das Mittel hat, dem Wucherer entgegenzutreten, indem er sich auf das Gesetz beruft. Meine Herren! Es ist unzweckmäßig, die Wuchergesetze für so kleine Beträge abzuschaffen, weil ganz gewiß nach wie vor es nur dieselben Leute sind, die sich mit diesen Geschäften befassen, und weil Sie weiter nichts bewirken werden, als daß der letzte Damm eingebrochen wird. die letzte Handhabe den Armen gegen die Wucherer aus der Hand genommen wird. Aber, meine Herren, die Sache hat noch eine andere Seite, Sie dürfen gewissermaßen die Wucher-

gesetze nicht aufheben, dürfen dem Volksbewußtsein nicht so ins Gesicht schlagen! Wohl hat ein Redner, ich glaube, Dr. Schwartze, mit Recht gesagt, das Volksbewußtsein ist da gegen die Wucherer und bleibt da, und Sie mögen Gesetze machen so viel Sie wollen, dies Volksbewußtsein steht fest und sicher. Aber Sie sollen diesem Volksbewußtsein nicht ins Gesicht schlagen, Sie sollen bedenken, daß es ein gutes, ein altes, ein ehrliches Volksbewußtsein ist, welches denjenigen, welcher die Not und das Elend seines Nebenmenschen unbarmherzig ausbeutet, für einen miserablen Menschen erklärt, der vor Gericht geschleppt werden soll.

Meine Herren, ich glaube gezeigt zu haben, daß man von liberaler Seite meinem Antrage zustimmen kann, ohne den Grundsätzen der liberalen Oekonomie untreu zu werden. Ich wende mich an die konservative Richtung, und ich kann hier sehr kurz sein. Ich glaube, die Konservativen würden am liebsten den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit verwerfen. Wenn dies der Fall ist, dann ist es ja sehr einfach, daß Sie wenigstens retten, was zu retten ist; mein Antrag beschränkt das vorliegende Gesetz und schließt seine Wirksamkeit aus in einem bestimmten Kreise. Es wäre also wünschenswert, meine Herren, wenn Sie, die Sie eine Neigung haben, der sogenannten Freiheit des Kapitals entgegenzutreten, wenn Sie mich wenigstens insoweit unterstützten, daß Sie eventl. mein Amendement zu dem Laskerschen Gesetz annehmen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Schulze hat es nicht unterlassen können, von dieser Stelle aus allerlei Dinge zu erwähnen, die eigentlich nicht zur Sache gehören, er hat von sozialdemokratischen Forderungen gesprochen, die noch gar nicht gestellt worden sind in diesem Hause. Herr Schulze hat gesprochen von, ich erinnere mich nicht genau des Ausdrucks, er hat aber sozialdemokratische Agitatoren mit nicht sehr respektabeln Ausdrücken bezeichnet. Meine Herren, ich will für heute nicht auf diese Provokation näher eingehen; sie war sicherlich nicht am Platze, da gar kein Grund dazu vorlag; es werden sich vielleicht Gelegenheiten finden, wo ich die Grundsätze des Sozialismus verteidigen und vertreten kann gegen die Lehren des liberalen Oekonomismus und dann stehe ich dem Abgeordneten Schulze gern zu Diensten.

Meine Herren, ich kann Sie zum Schluß nur dringend auffordern, sich die ernsteste Seite des Gesetzgebers heute in

die Erinnerung zu rufen, es handelt sich hier um die Rechte und um den Schutz der Armen, lassen Sie sich nicht durch eine Theorie, die an sich ganz richtig ist, aber eine falsche Anwendung hier finden soll, lassen Sie sich durch diese Theorie nicht bestechen, einem Gesetze so weit Ihre Zustimmung zu geben, daß Sie vollständig den armen Mann den Wucherern an das Messer liefern; ja, die Zinsfreiheit soll bestehen für den großen Verkehr, weil sie zeitgemäß ist, weil die Geschicke sich vollziehen sollen, weil die Gesellschaft der Entscheidung entgegengehen soll. Ich weiß sehr gut, meine Herren, diese Gesetze, wie das auf Zinsfreiheit, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit usw., sie sehen viel unschuldiger aus, als sie in Wirklichkeit sind. Meine Herren, der besitzende Bürger scheint ein gar unrevolutionärer Mann zu sein, aber in Wahrheit ist er sehr revolutionär ohne sein Wissen und gegen seinen Willen. Er ist es darum, weil jedes Gesetz, welches er machen hilft, um die freie Bewegung des Kapitals zu ermöglichen, jedes dieser Gesetze notwendig die bestehende Armut des Volkes vergrößert, das Proletariat wachsen läßt. (Widerspruch.)

Wenn Sie auch das nicht glauben und nicht einsehen (Widerspruch und Bewegung), es ist dennoch so; mit jedem Schritte, mit welchem die Kapitalmacht wächst, unterwühlt und unterhöhlt sich der Boden, auf welchem das Riesengebäude der Kapitalmacht sich erhebt. Meine Herren, lassen Sie diesen Dingen ihren Gang. Wir sind ja ganz damit einverstanden, proklamieren Sie die Zinsfreiheit, aber das Aeußerste verhindern Sie wenigstens, proklamieren Sie nicht zugleich die Wucherfreiheit!

Anmerkungen.

Die Wahlen zum ersten und — wie der historische Verlauf der Dinge ergab — einzigen Reichstage des Norddeutschen Bundes fanden am 31. August 1867 statt. Ihre Leitung hatte die Braunschweiger Generalversammlung dem neugewählten Präsidenten des Vereins übertragen; in dem Artikel vom 23. Juni entwickelte Schweitzer die leitenden Gesichtspunkte der Wahlagitation. Er hat diesen Artikel noch durch mehrere weitläufigere Ansprachen ergänzt, wobei er — nächst der vollen Selbständigkeit der Partei bei den Hauptwahlen — namentlich ihre Taktik bei Stichwahlen und die Aufstellung von Arbeiterkandidaten betonte.

Wie es bei Stichwahlen zu halten sei, hatte er schon in dem Artikel vom 23. Juni angedeutet. In erster Reihe forderte er in einer Ansprache vom 19. Juli die regste Beteiligung auch an den Stichwahlen, aus einem prinzipiellen und aus einem praktischen Grunde. Aus dem prinzipiellen Grunde, weil bei dem innigen, auf alle, selbst die fernstliegenden Zweige des öffentlichen Lebens sich erstreckenden Zusammenhange des Sozialen mit dem Politischen keine politische Angelegenheit gedacht werden könne, bei der die Partei nicht irgendwie wenigstens mittelbar beteiligt wäre, so daß immer einer der beiden gegnerischen Kandidaten dem anderen vorzuziehen sei. Aus dem praktischen Grunde, weil die Partei selbst da, wo sie kein prinzipielles Interesse hätte, bei jeder Gelegenheit sich geltend zu machen suchen müsse, damit das Publikum fortwährend an ihre Existenz und ihre Bedeutung erinnert werde und danach sich richte.

Für die Entscheidung bei den Stichwahlen müßten in erster Reihe die Grundsätze der gegnerischen Parteien maßgebend sein, so daß die Fortschrittler den Konservativen als offenen und den Nationalliberalen als verkappten Reaktionären vorzuziehen seien. Jedoch seien Ausnahmen insofern zu machen, als überall da, wo die Fortschrittler in unehrlicher und schmählicher Weise die Arbeiterkandidaten bekämpften, unbedenklich für die Konservativen zu stimmen sei. Schweitzer wies namentlich auf den Wahlkreis Düsseldorf hin, wo im Frühjahr die sozialdemokratischen Stimmen den Sieg des fortschrittlichen Kandidaten entschieden hätten, während die Rheinische Zeitung in Düsseldorf die ganze Zeit über seit jener Wahl — was tatsächlich richtig war — sich in hämischen Angriffen auf die Partei nicht habe genug tun können. Wo diese nichtsnutzige Kampfweise angewandt werde, habe die Partei zunächst ihre allgemeine und zweifellose Anerkennung durchzusetzen.

Im besonderen empfahl Schweitzer dann noch, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen. Die Meinung, daß Arbeiter nicht genug Ansehen hätten, um im Reichstage aufzutreten, sei „ein verfluchtes Vorurteil, das mit Stumpf und Stil ausgerottet werden" müsse. Wenn die Arbeiter an diesem Vorurteil festhielten, so bewiesen sie nur, daß sie noch immer unbewußt im Schlepptau der oberen Gesellschaftsklassen segelten. Es gelte, der Welt zu zeigen, daß das Volk einen tüchtigen und verständigen Mann in der Bluse mindestens für ebenso tüchtig halte, im Parlamente zu sitzen, wie alle jene hohlen, von der Kapitalpresse zu „Größen" hinaufgeschraubten wortreichen Windbeutel.

Was man immer gegen die Ausnahme einwenden mag, die Schweitzer von der prinzipiell richtigen Stichwahltaktik machte, so erreichte sie den praktischen Zweck, den er mit ihr verfolgte: nämlich den Fortschrittlern anständige Manieren beizubringen.

Nur in Düsseldorf brauchte das angedrohte Strafgericht zu ergehen; hier entschieden die sozialdemokratischen Stimmen den Sieg des Nationalliberalen Michaelis über den Fortschrittler Bürgers; in einer ganzen Anzahl rheinisch-westfälischer Kreise, Essen, Hagen, Lennep-Mettmann, Solingen, unterstützten sich Fortschrittler und Sozialdemokraten gegenseitig, und in Barmen-Elberfeld verzichteten die Fortschrittler auf die giftigen Waffen, die sie im Frühjahr gegen Schweitzer angewandt hatten. In der Stichwahl siegte er über Löwe-Calbe, indem ein Teil der konservativen und nationalliberalen Wähler für ihn stimmte. Doch beruht die Angabe, daß ein Führer der Konservativen, Herr von Kusserow, die Wahl Schweitzers mit vierhundert Talern unterstützt habe, nur auf einem Pamphlet der Gräfin Hatzfeldt, also einer schlechthin unglaubwürdigen Quelle.

Im Norddeutschen Reichstage begann Schweitzer dann die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie, wie sie von Marx und Engels empfohlen war und wie sie heute noch geübt wird. Seine erste große Rede hielt er zu dem Gesetzentwurf, der die Zinsbeschränkungen aufhob; seine bedeutendste Arbeit war ein Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeit gegen das Kapital. Diese, der englischen Fabrikgesetzgebung mit Umsicht und Verstand nachgebildete Vorlage fand jedoch nicht die nötige Unterstützung, um überhaupt zur Beratung zu gelangen, weder bei den bürgerlichen Parteien, noch auch nur bei den engeren Gesinnungsgenossen Schweitzers, deren immerhin ein halbes Dutzend im Norddeutschen Reichstage saßen. Die Behauptung, daß er durch diesen Entwurf die Arbeiterbewegung in Bismarcks Hände habe spielen wollen, hat sich längst selbst gerichtet.

Ebensowenig bedarf heute die Behauptung, daß Schweitzer für das Militärgesetz des Norddeutschen Bundes gestimmt habe, noch einer ausführlichen Widerlegung. Um schneller das Wort zu erhalten für eine kurze Erklärung gegen Liebknecht, des Inhalts, daß er mit seinen Freunden auf dem Boden des Norddeutschen Bundes stände, ließ sich Schweitzer nach einer alt herkömmlichen, rein formalen Praxis aus der Reihe der Redner *gegen* das Gesetz in die Reihe der Redner *für* das Gesetz übertragen. Für das Militärgesetz als solches hat er weder gesprochen noch gestimmt.

Zwölftes Kapitel.

Johann Jacoby und die radikale Bourgeoisie.

I.

Das Programm der demokratischen Partei.

29. Mai 1868.

Das Programm der demokratischen oder Volkspartei tritt allmählich deutlicher hervor. So stellt Johann Jacoby in einem Briefe, welchen er in Beantwortung eines aus Hamburg an ihn gelangten Schreibens veröffentlicht hat, politische und soziale Grundsätze auf, welche für die genannte radikale Partei der Bourgeoisie maßgebend sein dürften.

In politischer Beziehung wird zweierlei verlangt:

1. die volle, unbedingte Selbstregierung des Volkes (nicht etwa durch Parlamentsvertretungen, sondern ganz direkt);
2. der freie deutsche Bundesstaat, oder, als ferneres Ziel: der Friedens- und Freiheitsbund der Völker Europas.

Was die Forderung unter 1 betrifft, so ist gegen dieselbe, wenn man sie als Endziel, als letzte politische Entwicklung, auffaßt, nichts einzuwenden. Was die Forderung unter 2 angeht, so ist gegen den letzten Teil derselben gleichfalls nichts zu sagen. Was aber den „freien deutschen Bundesstaat" betrifft, so genügt, darauf hinzuweisen, daß nach dem Wesen des Sozialismus, der die Zusammenfassung der Kräfte voraussetzt, niemals ein Bundesstaat als wünschenswerte Gestaltung erscheinen kann, daß vielmehr dem Sozialismus, als vollkommenste Staatsform, die eine unteilbare Republik entspricht.

Weit merkwürdiger und bezeichnender als der politische Teil des Briefes erscheint uns der soziale. Nicht, wie mancher viel-

leicht glaubt, wegen seiner Entschiedenheit, sondern wegen seiner Halbheit.

Es ist wahr, Jacoby geht in seiner sozialen Erörterung so weit, daß er es wohl so ziemlich mit sämtlichen Bourgeois, aller Wahrscheinlichkeit nach auch mit den Radikalen, verdirbt, aber er geht nicht weit genug, um uns, die Sozialisten, zu befriedigen.

Doch hören wir ihn zunächst selbst:

> Auf dem sozialen Gebiet ist die Teilnahme aller an dem allgemeinen Wohlstande, die annähernd gleichmäßige Verteilung der materiellen Güter, zu erstreben. Dies aber ist nur möglich bei gerechter Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit.
>
> Die Arbeiterbewegung — der weitaus wichtigste Charakterzug unserer Zeit — ist keine bloße Magenfrage, sie ist eine Frage der Kultur und der Humanität. Es handelt sich darum, einerseits dem Machtmißbrauche des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, der gewinnsüchtigen Ausbeutung der Arbeitskraft der Besitzlosen, Schranken zu setzen, andererseits dem Arbeiter — statt des kärglichen, zum Leben kaum ausreichenden Arbeitslohnes — den ihm gebührenden Anteil an dem Produktionsertrage, die volle Arbeitsrente, das ist die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins, zu sichern. Die demokratische Partei muß aufhören, eine bloß politische Partei zu sein, muß die Umgestaltung der sozialen Mißverhältnisse, die Hebung der arbeitenden und notleidenden Mitbürger sich zur Aufgabe machen, — sie muß im wahren Sinne des Wortes eine Volkspartei werden.

Der Briefsteller will „dem Machtmißbrauch des Großkapitals und des Großgrundbesitzes Schranken setzen“; wir unsererseits, wohl wissend, daß diese „Mißbräuche“ dem Kapital und dem Grundbesitz, solange sie selbständige, von der Arbeitskraft getrennte Elemente bleiben, wesentlich sind, wollen diese Trennung aufgehoben wissen. Statt daß, wie heutzutage, die lebendige Arbeitskraft der Menschen nur die tatsächliche Sklavin des Kapitals und des Grundbesitzes ist, sollen umgekehrt das tote Kapital und der tote Grund und Boden bloße Arbeitsmittel für die allein lebendige und jenen Leben erteilende Kraft sein.

Der Briefsteller spricht von „gerechter Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit“. Wir aber wissen, daß das Kapital überhaupt kein Recht hat, auch nur den allerkleinsten Teil vom Produktionsertrage zu verlangen. Der Grund und Boden ist von der Natur gegeben; das Kapital

(wozu auch die Bodenverbesserungen in gewissem Sinne gehören) ist angesammeltes Ergebnis früherer Arbeit, nicht denjenigen gehörend, welche gearbeitet haben, sondern denjenigen, welche auf Grund von Kapital die Arbeitskraft anderer angekauft und ausgebeutet haben (angesammeltes Erzeugnis fremder Arbeit). Die Arbeit allein schafft allen neuen Wert; das in neue Produkte verarbeitete Kapital überträgt nur seinen bereits vorhandenen Wert in das neue Produkt, schafft aber keinen neuen Wert. Unter Produktionsertrag aber versteht man den neuen Wert, der geschaffen ist, den Ueberschuß. Wo soll ein Anspruch auf Anteil an diesem für das Kapital herkommen? Die ganze heutige Einrichtung ist verfehlt und ihre Verwickeltheit verwirrt die Begriffe. Man sieht nicht, daß die Arbeit allein die Quelle alles Wertes ist, oder, wenn man es eingesehen, will man nicht die Folgerungen ziehen.

Also noch einmal: Fort mit dieser Halbheit! Wir wollen nicht eine gerechte „Verteilung des Ertrags zwischen Kapital und Arbeit", und wir wollen nicht „Einschränkung der Mißbräuche des Kapitals", sondern wir wollen eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft von ihren Grundlagen aus; wir wollen die Aufhebung des Gegensatzes von „Kapital und Arbeit", d. h. des Verhältnisses, wonach die lebendige Arbeitskraft im Dienste des toten Arbeitsmittels steht, und wir wollen die Herbeiführung eines Produktionszustandes, in welchem das tote Arbeitsmittel seiner Natur gemäß nur ein Werkzeug zur Förderung der lebendigen Arbeit ist, eines Produktionszustandes, in welchem die Arbeit das bestimmende Element in Staat und Gesellschaft bildet.

Halten wir also Halbheiten gegenüber vor allem unseren klaren, festen, durchgreifenden Gedanken fest. Dies schließt nicht aus, daß wir dem Herrn Briefsteller aus vollstem Herzen zustimmen, wenn er sagt:

> Volkspartei und Arbeiterverein müssen vereint Hand in Hand mit einander gehen; so nur ist das — beiden gemeinsame Ziel: Veredelung des Menschen, zu erreichen.

Ja, „Hand in Hand" wollen wir immer mit den entschiedenen Elementen des Bürgertums gehen; aber, wie auch anerkannt wird, als selbständige Arbeiterpartei mit eigenen Prinzipien.

II.

Verwirrung.

7. August 1868.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Verwirrung aber haben wir nicht nur bei Gelegenheit dieser Versammlung (eines Schützenfestes) in Wien beobachtet — Verwirrung haben wir in der letzten Zeit leider in unseren eigenen Reihen mehrfach beobachtet.

Das sogenannte Jacobysche Programm war es, welches unseren Parteifreunden an manchen Orten, soweit sie noch nicht fest waren, den Kopf verwirrte. Es ist Zeit, hohe Zeit, daß diesem Spuk ein Ende gemacht werde, und daß man über dieses Jacobysche Programm die Wahrheit, die man aus mancherlei Rücksicht bisher nicht gesagt, endlich ausspreche. Denn Klarheit und Festigkeit der Begriffe tut vor allem not.

Wir werden dazu allernächst veranlaßt durch einen Bericht, den wir in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über eine Debatte bei den Unseren in Breslau finden. Ferner (Freilich?) haben die neuen Parteigenossen daselbst gezeigt, daß sie weit fester und klarer sind, als manche alten Parteigenossen; sie haben gezeigt, daß sie von der ganzen und vollen sozialdemokratischen Wahrheit durchdrungen sind, allein der bloße Umstand, daß man die Jacobysche soziale Phrase fortwährender Besprechung würdigt, veranlaßt uns, endlich einmal dreinzufahren.

Nicht der politisch-radikale Teil des Jacobyschen Programms ist es, der bei vorgeschritteneren Elementen zu Debatten Veranlassung gibt; der Zankapfel liegt im sozialen Teil.

Dieser soziale Teil besteht in folgender Phrase: „Es sei eine gerechtere Verteilung des Arbeitsertrages zwischen Kapital und Arbeit zu erstreben.“

Was ist der Grundgedanke des Sozialismus?

Es kommt darauf an, zu erkennen, daß alle Einnahmen des Kapitals und Grundeigentums (Zins, Unternehmergewinn, Bodenrente) nur dadurch möglich sind, daß den Arbeitern ein Teil des Arbeitserzeugnisses entzogen wird; es kommt also darauf an, zu erkennen, daß das Kapital und das Grundeigentum auf gar nichts, die Arbeitskraft auf alles Anspruch hat.

Wir sehen das Arbeiterelend, wir sehen die Ungleichheit der Vermögen, wir sehen, daß die einen arbeiten, die anderen genießen.

Wir haben erkannt, daß dies alles hervorgeht aus dem Gegensatz von „Kapital und Arbeit“, d. h. daraus, daß das Arbeitswerkzeug, überhaupt die äußeren Arbeitsbedingungen, diese Erzeugnisse früherer Arbeit, als besonderes gesellschaftliches Eigentum, als „Kapital“, selbständig, ja feindlich der Arbeitskraft gegenüberstehen. Wir sind also für Abschaffung des Kapitals, d. h. dafür, daß die Arbeitsmittel wieder in den Dienst der lebendigen Arbeit treten, statt dieselbe zu unterjochen. Wir sind also nicht, wie unwissende Literaten uns vorwerfen, für Abschaffung der Arbeitsmittel (Maschinen usw.), sondern für Abschaffung der Kapitaleigenschaft derselben, d. h. derjenigen Eigenschaft, wonach sie im Dienst einzelner als Aussaugungsmittel der Arbeitskraft anderer verwendbar sind, statt der Gesamtheit zugute zu kommen.

Also noch einmal: Seit Jahrzehnten ist der europäische Sozialismus darüber einig, daß die Abschaffung des Kapitals, die Herstellung der Produkte auf einer ganz neuen, durchweg solidarisch-gesellschaftlichen Grundlage (Vereinigung von Arbeitskraft und Kapital) zu erstreben ist.

Da kommt nun auf einmal ein sozialer Reaktionär und lehrt: Eine gerechtere Verteilung des Arbeitsertrages zwischen Kapital und Arbeit sei zu erstreben.

Aber nicht nur reaktionär ist diese Phrase, indem sie von der radikalen Forderung ablenken will; sie ist zugleich einfältig und albern; denn der Natur der Sache nach ist hier eine Vermittlung unmöglich. Solange die heutigen Grundlagen der Produktion bestehen, solange überhaupt „Kapital und Arbeit“ vorhanden, solange kann auch von keiner im wesentlichen anderen Verteilung zwischen beiden die Rede sein. Wer das nicht einsieht, hat aber (eben?) nichts gelernt oder kann nicht denken.

Daß nun eine so über alle Maßen verfehlte, alberne und hohle Phrase, wie die des Herrn Jacoby, bei den Herren Bourgeois in ihrer maßlosen Unwissenheit als etwas Neues und Originelles erscheinen konnte, nimmt uns nicht wunder; daß aber an manchen Orten die Unseren, die doch in ökonomischer Beziehung einige Schulung durchgemacht haben, an diesem elenden Brocken herumkauen konnten, ist ein sehr, sehr, sehr trauriges Zeichen. Denn es beweist dies, daß es an vielen Orten der Partei noch an aller Tiefe der Auffassung mangelt.

Wäre dem nicht so, so würde man, statt stundenlang an jenem Brocken herumgekaut zu haben, einfach auf den ersten Blick gesagt haben: Was soll uns diese hohle Redensart?

Aber wir zweifeln nicht, daß diese Erkenntnis sich endlich bei sämtlichen Parteimitgliedern Bahn breche. Wir sind überzeugt, daß die Denker und Helden des europäischen Sozialismus nicht vergeblich gekämpft und gelitten haben. Vergeblich wäre aber alles gewesen, wenn nicht einmal die Grundlage unserer Parteianschauung rein und fest dastände. Wenn doch nur diese Bourgeois — seien es fortschrittliche oder radikale — nicht in Sozialismus machen wollten! Es liegt ja auf flacher Hand, daß, wenn es ihnen ernst wäre, sie der Arbeiterpartei beitreten müßten. Aber es ist ihnen allen nicht ernst; es soll eine Art künstlicher Vermittlung zwischen unvereinbaren Prinzipien versucht werden.

Wo die Klarheit und Festigkeit unserer Prinzipien angetastet werden, da haben wir keine Rücksicht zu kennen, da müssen wir rücksichtslos für die Wahrheit einstehen.

Daher, wenn irgendwo in unseren Kreisen das sogenannte „soziale" Programm des Herrn Jacoby wieder zur Sprache kommen sollte, und wieder einer behauptet: „es seien beachtenswerte Gedanken darin", oder ähnliches Gerede, so hoffen wir, tönt es von allen Reihen: „Nein, es ist albernes, hohles Geschwätz eines wichtigtuenden Bourgeois."

Anmerkungen.

Mit dem Jahre 1868 trennten sich Hofstetten und Schweitzer, Jener ging nach Wien, um ein Organ für die österreichische Arbeiterbewegung zu gründen, die damals einen lebhaften Aufschwung nahm. Schweitzer unterstützte das Beginnen seines Freundes durch ein treffliches Manifest an die Wiener Arbeiter, mußte ihn dann aber insoweit verleugnen, als Hofstetten, ein phantastischer, geistig ganz unbedeutender Mann, das Ungeschick besessen hatte, sich in Wien unter falschem Namen einzuführen.

Nachdem er in Wien gänzlich gescheitert war, kehrte Hofstetten nach Berlin zurück und beanspruchte wieder sein Miteigentumsrecht am Sozialdemokraten, auf das er nur provisorisch verzichtet haben wollte, nicht aber definitiv, wie Schweitzer behauptete. Daraus entspann sich ein ärgerlicher Zank zwischen den ehemaligen Freunden, ohne daß sich heute noch — da die Abmachungen, um die gestritten wurde, mündlich getroffen worden waren — ein

abschließendes Urteil darüber fällen läßt. Hat jedoch Schweitzer unkameradschaftlich gegen den alten Kameraden gehandelt, so ist es nicht aus eigennützigen Beweggründen im gemeinen Sinne des Worts geschehen. Ein Vermögensobjekt ist der Sozialdemokrat nie gewesen, und der Anspruch Hofstettens auf die Hälfte eines etwaigen Reinertrags ist von Schweitzer nie bestritten worden. Als Mitredakteur war Hofstetten für ihn aber immer nur ein geistiger Hemmschuh gewesen, auf den er um so eher verzichten konnte, als er im Laufe dieses Jahres in Wilhelm Hasselmann eine jüngere Kraft gewann, die ihm bei der Redaktion des Blattes ungleich bessere Dienste leisten konnte, und nun gar dem nunmehrigen Gegner das Recht des Mitdreinredens einzuräumen, war Schweitzer freilich nicht der Mann. Insoweit mag er sich an Hofstetten versündigt haben.

Dann ist aber die Strafe dem Frevel auf dem Fuße gefolgt. Denn Hofstetten wurde von nun an der klassische Schwurzeuge für Schweitzers Lotterleben sowohl wie für seine finanzielle Abhängigkeit von Bismarck. Allerdings darf man diesen Zeugen nicht unter die Lupe nehmen. Mag Schweitzer die Lebensgewohnheiten eines deklassierten Aristokraten gehabt haben, so hat sie Hofstetten mindestens in gleichem Maße besessen, und unter dem Verdachte der Bestechlichkeit hatte er jahrelang ebenso gestanden wie Schweitzer: mit dem Unterschied jedoch, daß dieser Verdacht in den Jahren 1865 und 1866, wo er auch auf Hofstetten lastete, immerhin nicht ganz so haltlos war, wie im Jahre 1868, wo Schweitzer die Regierung heftiger bekämpfte als irgendein fortschrittlicher Politiker, und Bismarck auch nicht einmal den Schatten eines Grundes hatte, die ihm so willfährige Bourgeoisie dadurch kopfscheu zu machen, daß er mit schwerem Gelde antikapitalistische Demagogen züchtete.

Ungleich wichtiger, als der Streit mit Hofstetten, mußte für Schweitzer sein, daß er im Frühling 1868 wieder mit Karl Marx anknüpfen konnte. Er hatte den ersten Band des Kapitals in einer Reihe sehr anerkennender Leitartikel besprochen, die bei einzelnen Irrtümern scharf erkannten, worauf es ankam, sonst freilich — da sie wesentlich doch nur eine Inhaltsangabe enthielten und allmählich im Sande verliefen — nicht zu Schweitzers hervorragenden Leistungen gehören. Immerhin stachen sie überaus vorteilhaft von dem Totschweigesystem ab, das die bürgerliche Presse im allgemeinen gegenüber dem epochemachenden Werk beobachtete. So glaubte Schweitzer mit Recht keine Fehlbitte zu tun, als er sich am 29. April 1868 an Marx mit folgendem Briefe wandte: „Sehr geehrter Herr! Sie werden es mir wohl gestatten, daß ich mich in einer Arbeiterangelegenheit an Sie wende, um bei der Schwierigkeit derselben Ihren Rat zu erlangen. — Dem Zollparlament wird der Vorschlag auf erhebliche Ermäßigung der

Eisenzölle vorgelegt werden. Ich glaube, die Position der Arbeiterpartei in solchen Fragen muß im ganzen diese sein: Erstreben der Abschaffung aller Zölle — aber nicht vorzeitig, so daß die inländische Industrie konkurrenzunfähig würde. Würde nun die vorgeschlagene Herabsetzung der Eisenzölle die betreffende Industrie wirklich dauernd schädigen? Dies scheint mir die Frage zu sein, auf die es ankommt. — Ich meinerseits neige mich nach dem vorliegenden Material zur Bejahung dieser Frage. Ich möchte wissen, ob ich richtig urteile, und ich kann mich zum Zwecke, dies zu erfahren, an niemanden als an Sie wenden. Sollten Sie die Frage verneinen, so möchte ich bitten, zugleich zu bemerken, ob die Frage ganz außer Zweifel steht oder ob sich wenigstens auch für die Gegenansicht erhebliche Gründe anführen lassen. — Wenn ich Sie mit diesem Gesuch um Ihren Rat behellige, und Ihre wertvolle Zeit in Anspruch nehme, so werden Sie dies sicher mit dem großen praktischen Gewicht der vorliegenden Frage entschuldigen. Ich wünsche nicht, daß durch einen etwaigen Irrtum meiner die vorhandene Verwirrung der Materie gesteigert werde. — Das erforderliche Material ist Ihnen ohne Zweifel im wesentlichen bekannt; vorsorglich lege ich einiges bei. In der Hoffnung, daß Sie um der Arbeitersache willen meinem Ersuchen nachkommen, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung J. B. v. Schweitzer."

Marx muß diesem Wunsche alsbald entsprochen haben, denn am 13. Mai schrieb ihm Schweitzer: „Sehr geehrter Herr! Ich kann Ihnen nicht sagen, wie sehr ich Ihnen für Ihr wertvolles Gutachten danke. Wenn ich bis jetzt in der Oeffentlichkeit nur angedeutet, nicht ausgesprochen habe, welches Verdienst Sie sich dadurch um die Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erworben haben, so ist es nicht meine Absicht, dies zu verschweigen; ich werde es bei Gelegenheit der Generalversammlung konstatieren und habe es nur vorläufig so für besser gehalten. — Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, in beifolgender Ansprache im Sinne Ihres Gutachtens vorzugehen. Eine parlamentarische Untersuchung wird leider wegen ‚Inkompetenz' nicht durchzusetzen sein. Ich werde es aber probieren. — Also noch einmal meinen Dank! Ich weiß, wieviel ich von Ihnen lernen kann.

Hochachtungsvoll J. B. v Schweitzer."

Die „Ansprache", die Schweitzer in diesem Briefe erwähnt, erschien unter dem gleichen Datum im Sozialdemokraten. Sie setzte auseinander, daß die deutsche Eisenindustrie nach der Lage des Weltmarktes eine Herabsetzung der Eisenzölle wohl ertragen könnte, aber durch deren Aufrechterhaltung auch nicht in ihrem Fortschritte behindert würde. Es handle sich nur um einen Konflikt innerhalb der Kapitalistenklasse, der so oder so entschieden werden könne, ohne daß die nationale Entwicklung beeinträchtigt werde.

Somit brauchten die Arbeiter nur auf ihre Klasseninteressen zu sehen. Sie sollten die Forderung der schutzzöllnerischen Eisenindustriellen nach einer Enquete über die Lage der Eisenproduktion unterstützen, jedoch unter der Bedingung, daß sich diese Enquete nicht nur auf die Interessen der Kapitalisten, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter, besonders auf den Lohn, die Arbeitszeit, die Lebensverhältnisse der in der Eisenproduktion beschäftigten Arbeiter erstrecke. In dieser Ansprache sagte Schweitzer, daß er für sie „das Gutachten der bedeutendsten wissenschaftlichen Autorität unserer Richtung" eingeholt habe.

Für Schweitzer war diese Anknüpfung mit Marx von um so größerer Wichtigkeit, als er heftig in dem Demokratischen Wochenblatt befehdet wurde, das seit dem Anfange des Jahres in Leipzig unter der Redaktion Liebknechts erschien. Es war das Organ der Sächsischen Volkspartei, die sich im August 1866, gleich nach dem österreichisch-preußischen Kriege, in Chemnitz konstituiert hatte, auf Grund eines sehr radikalen, aber immer noch bürgerlich-demokratischen Programms. Gleich auf der zweiten Seite der ersten Nummer erklärte das Demokratische Wochenblatt in gesperrtem Druck, daß Schweitzer ein Mann sei, dem die bewährten Vorkämpfer der sozialdemokratischen Sache sämtlich den Rücken gekehrt hätten, während auf der dritten Seite derselben Nummer „die Neugestaltung Oesterreichs" gefeiert wurde; in der von einer herzlosen, bundesbrüchigen Gewalt vom deutschen Mutterlande losgerissenen Ostmark erstehe der Volksstaat; die Führer der österreichischen Bourgeoisie, die Giskra und Genossen wurden als Männer von guter nationaler, deutscher Gesinnung und wahrem Gefühl für Freiheit begrüßt.

Um so unversöhnlicher erklärte das Demokratische Wochenblatt dem Norddeutschen Bunde den Krieg auf Leben und Tod; in seinen politischen Uebersichten wurde die europäische Politik an allen Ecken und Enden mobil gemacht, um den unaufhaltsamen Bankerott Bismarcks zu beweisen. Daneben fanden die alten Emigrantenfehden mit Herzen, Kossuth usw. einen lebhaften Widerhall, Dinge, die mitunter recht interessant waren, aber mit den politischen Tagesfragen nur in einem losen Zusammenhange standen. Ganz unentwickelt war noch die sozialistische Theorie des Blattes; nur einige Artikel, die Engels und Dietzgen über den ersten Band des Kapitals veröffentlichten, standen auf der Höhe. Selbst sozialistische Spielereien der vierziger Jahre, die das Kommunistische Manifest schon mit souveräner Verachtung abgetan hatte, tauchten im Demokratischen Wochenblatt wieder auf. Dagegen kam Lassalle ganz schlecht fort: als Sozialist und namentlich auch als Politiker; er sei überhaupt kein Politiker gewesen; wäre er nicht gekommen, so hätte Bismarck ihn erfinden müssen.

Der politische Held des Demokratischen Wochenblatts war Johann Jacoby. Von ihm erwartete es große Dinge, namentlich seitdem Jacoby der Arbeiterbewegung einige formale Zugeständnisse gemacht hatte. Nicht als ob es Jacoby unehrlich mit den Arbeitern gemeint hätte, aber er hatte keine Ahnung von den historischen Zusammenhängen der Arbeiterfrage und glaubte sie mit einigen moralischen Forderungen lösen zu können. Wenn er eine gerechte Verteilung des Produktionsertrages zwischen Arbeit und Kapital in sein Programm aufnahm, so ließ sich alles mögliche unter dieser Redewendung verstehen. Aber das Demokratische Wochenblatt meinte, die Hand, die Jacoby den Arbeitern entgegenstrecke, müsse ergriffen werden, um eine große demokratische Partei zu bilden und den politischen Vorkampf gegen Bismarcks Zäsarismus auf dessen eigenstem Gebiete einzuleiten. Das letzte Ziel blieb immer die Zertrümmerung des Norddeutschen Bundes.

So stellte sich das Demokratische Wochenblatt auf den ersten Blick dar. Gegenüber den heftigen Angriffen, womit es gegen Schweitzer von Anbeginn einsetzte, verhielt sich dieser lange schweigend. In allen sozialistischen Fragen stand sein Blatt hoch über dem Demokratischen Wochenblatt, und die Utopien, denen dieses Organ in der deutschen Frage nachjagte, waren für ihn längst abgetan. Ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Demokratie in rein politischen Fragen gehörte ohnehin von jeher zu seinem Programm. Was ihm endlich die Zunge löste, war der Unfug, den die radikale Bourgeoisie mit dem sogenannten „sozialen Programm" Jacobys trieb. Aber auch jetzt noch blieb er in den Grenzen sachlicher Auseinandersetzung und erklärte sich bereit, Hand in Hand mit den entschiedenen Elementen des Bürgertums zu gehen. Erst als Jacobys törichte Reden über die gerechte Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein drangen, wurde Schweitzer grob, und gewiß gröber, als sich gegenüber einem Manne von Jacobys Verdiensten und Vergangenheit schickte.

Aber menschlich begreiflich war es, daß er sich die langsam gedeihende Saat mühseliger Jahre nicht zertreten lassen wollte; die reinliche Scheidung der sozialistischen Grundbegriffe von allen bürgerlichen Wortgeräuschen ist von seinen bis zu unseren Tagen eine Grundbedingung der deutschen Sozialdemokratie gewesen.

Dreizehntes Kapitel.

Die Gewerkschaftsfrage.

Der allgemeine deutsche Arbeiterkongreß.

1.

4. September 1868.

Von den Reichstagsabgeordneten v. Schweitzer und Fritzsche ist bekanntlich am 27. l. M. nach Berlin ein allgemeiner deutscher Arbeiterkongreß einberufen worden, um eine gründliche, umfassende Organisation der Arbeiterschaft zum Zwecke der Arbeitseinstellungen oder Streiks ins Leben zu rufen.

Dies gibt zu einer ganzen Reihe von Fragen Veranlassung, die wir zusammenhängend nach einander behandeln wollen. Es ist dies um so mehr nötig, als auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (in den geschlossenen Sitzungen) erhebliche Meinungsverschiedenheiten in betreff mancher damit zusammenhängenden Fragen aufgetaucht sind.

Die erste Frage, die sich angesichts des erwähnten Aufrufes aufdrängt, ist wohl diese: Liegt eine solche Organisierung des Streikwesens im Geiste des sozialistischen Prinzips und insbesondere des Lassalleschen Vorschlages?

Diese Frage werden wir zunächst behandeln. Bevor wir jedoch zur Erledigung der einzelnen Fragen überhaupt schreiten, müssen wir einen Vorgang aus der erwähnten Generalversammlung mitteilen, da sonst irrige Darstellungen in den Kreisen der Vereinsmitglieder in Umlauf kommen könnten.

Als auf Antrag der Braunschweiger Mitglieder die Frage der Streiks zur Verhandlung kam, ohne daß von Braunschweig ein bestimmter Antrag gestellt war, brachte Fritzsche folgenden Antrag ein, dessen erster Teil die theoretische, dessen zweiter Teil die praktische Seite der Sache behandelt:

1. Die Generalversammlung erklärt: Die Streiks sind kein Mittel, die Grundlagen der heutigen Produktion zu ändern und somit die Lage der Arbeiterklasse durchgreifend zu verbessern; allein sie sind ein Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern, die Polizeibevormundung zu durchbrechen und unter Voraussetzung richtiger Organisation einzelne soziale Mißstände drückender Art, wie z. B. übermäßig lange Arbeitszeit, Kinderarbeit u. dgl. aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen.

2. Die Generalversammlung beauftragt den Vereinspräsidenten, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Begründung von allgemeinen Gewerkschaften zu berufen, die in diesem Sinne wirken.

Ueber den ersten Teil dieses Antrages wurde wenig debattiert; desto heftiger und andauernder war die Debatte über den zweiten Teil. Das Ergebnis war, daß der erste Teil ohne Widerspruch angenommen, der zweite aber mit sehr schwacher Mehrheit verworfen wurde. Nachdem der Vereinspräsident, der den Vorsitz führte, das Ergebnis der Abstimmung verkündet hatte, fügte er die Mitteilung hinzu, daß er und Fritzsche beabsichtigten, als Reichstagsabgeordnete einen Kongreß der gedachten Art zu berufen. Diese Mitteilung führte jedoch abermals eine heftige Debatte herbei, indem behauptet wurde, diese Erklärung verstoße gegen den Geist des Beschlusses, durch welchen ein derartiger Kongreß überhaupt verworfen sei. Die Parteidisziplin verbiete dem Präsidenten und jedem Mitglied die Einberufung eines solchen Kongresses. Von anderer Seite wurde behauptet, die Generalversammlung habe dem Vereinspräsidenten und den Mitgliedern nur in dieser Eigenschaft etwas zu verbieten; hingegen könne dieselbe den Genannten nicht verbieten, in anderer Eigenschaft (z. B. als Reichstagsmitglieder) etwas zu tun. Hierauf der Vereinspräsident: Dies sei keine richtige Auffassung von Parteidisziplin. Allerdings könne die Partei jedem ihrer Mitglieder, also auch dem Vereinspräsidenten, alles untersagen, was sie für die Partei verderblich erachte. Wer sich solchen Verboten nicht fügen wolle, habe aus der Partei auszutreten; solange aber einer zur Partei gehöre, habe er sich zu fügen. Allein seine (des Vereinspräsidenten) Behauptung gehe dahin, daß in dem Beschluß der Generalversammlung kein Verbot liege; dieselbe habe es abgelehnt, von Vereins wegen diese Sache in die Hand zu nehmen, und daran habe sie vielleicht wohlgetan; sie habe also dem Präsidenten keine Verpflichtung auferlegen wollen; allein andererseits — wie aus dem

angenommenen ersten Teil des Antrages hervorgehe — habe sie durchaus nicht der Streikbewegung sich feindlich entgegenstellen, somit auch kein Verbot erlassen wollen. Jedenfalls müsse die Frage, ob die Generalversammlung durch die Ablehnung des zweiten Teiles des Fritzscheschen Antrages ein Verbot beabsichtigt habe, zur Debatte gestellt und zur Abstimmung gebracht werden. Er erkläre aber im voraus, daß, wenn die Generalversammlung ihm die Einberufung des Kongresses verbiete, er sofort sein Amt niederlegen und aus dem Verein ausscheiden müsse. Denn er halte es für durchaus nötig, daß die sozialdemokratische Partei, als das vorgeschrittenste Element unter den Arbeitern, die Streikbewegung in die Hand nehme. Er stehe an der Spitze der Agitation, auf gefahrvollem Posten, allen Angriffen ausgesetzt; er könne auf diesem Posten nicht stehen, wenn er das Bewußtsein habe, daß infolge einer wesentlichen Versäumnis die Agitation innerlich lebensunfähig werden könne. Diese Erklärung führte abermals eine Debatte herbei, indem behauptet wurde, der Präsident übe einen unstatthaften Druck auf die Generalversammlung aus, wogegen dieser erklärte, es sei ihm mit dem Rücktritt voller Ernst, und es sei sonnenklar, daß es seine Pflicht sei, dies vorher zu sagen, damit bei der Debatte und Abstimmung dieser Umstand mit in Berücksichtigung gezogen werden könne. Im Laufe der nun folgenden Debatte wurde von vielen Seiten bedauert, daß der Vereinspräsident nicht bei der Debatte über den Fritzscheschen Antrag sich beteiligt und seine Gründe für denselben entwickelt habe; alsdann würde vielleicht das Ergebnis der Abstimmung ein anderes gewesen sein. Der Vereinspräsident gab vollständig zu, daß hierin ein Fehler liege; allerdings hätte er, obschon man dann vielleicht auch über Druck sich beschwert haben würde, seine Ansicht vorher entwickeln sollen. Allein wenn er auch zugeben müsse, hierin gefehlt zu haben, so müsse er um so entschiedener aufrecht erhalten, daß er jetzt einen beabsichtigten Rücktritt vor entscheidendem Beschluß der Versammlung mitteilen müsse, damit nachher keine Unordnung entstehe. Dies wurde denn auch im Laufe der Debatte von den meisten Rednern als richtig anerkannt. Die ganze Diskussion endete schließlich damit, daß die Generalversammlung fast einstimmig (nur zwei oder drei Delegierte stimmten dagegen) ausdrücklich erklärte, mit ihrer Verwerfung des zweiten Teiles des Fritzscheschen Antrages kein Verbot beabsichtigt zu haben, daß es somit den Herren

v. Schweitzer und Fritzsche freistehe, in ihrer Eigenschaft als Reichstagsmitglieder oder in sonstiger Eigenschaft den Kongreß zu berufen. Nachdem die Generalversammlung sich in dieser Weise ausgesprochen, erklärten privatim sämtliche Anwesende, die genannten Beiden in Sachen des Kongresses aufs kräftigste unterstützen zu wollen.

Dies in Kürze der Hergang der Sache!

2.

6. September 1868.

Ist die beabsichtigte Organisation der Streiks dem sozialistischen Prinzip und insbesondere dem Geiste des Lassalleschen Vorschlages gemäß? Das ist die erste Frage, die uns entgegentritt.

Fassen wir zunächst den Lassalleschen Vorschlag ins Auge!

Man bezeichnet denselben, wenn man sich kurz ausdrücken will, gewöhnlich mit den Worten: „Lassalle hat vom Staate Kredit zur Begründung von Produktivassoziationen verlangt."

Ganz gut! Aber von welchem Staate? Von dem heutigen reaktionären Staate? Niemals! Vergessen wir nicht, daß Lassalle ausdrücklich erklärt hat, daß dieser Staatskredit, diese „Staatshilfe" nur vom demokratischen Volksstaate verlangt werden kann; von einem Staat, der insbesondere gänzlich auf dem allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrecht (selbstverständlich mit Diätenzahlung) beruht; von einem Staate, der auf demjenigen allgemeinen Stimmrecht beruht, welches nicht ein Schein, sondern eine Wahrheit ist, d. h. welchem die anderen Staatseinrichtungen im demokratischen Geiste entsprechen.

Und in der Tat — von einem anderen Staate „Staatshilfe" zu verlangen, hieße die Reaktion gegen das liberale Bürgertum unterstützen, die Arbeitersache der Reaktion preisgeben.

Wenn man also in diesem richtigen Sinne den Lassalleschen Vorschlag auffaßt, so ergibt sich, daß derselbe auf zwei Hauptabteilungen der Agitation hinweist.

Erstens soll der Staat demokratisiert werden; zweitens soll alsdann von dem demokratisierten Staate die „Staatshilfe" erlangt werden.

Man hat sich also zunächst — um im Geiste des Lassalleschen Vorschlages zu handeln — nach denjenigen Mitteln umzusehen, die geeignet sind, den Staat zu demokratisieren.

Worin bestehen diese Mittel? Sicherlich nicht in den liberalen Bourgeoisphrasen, sondern in einer Agitation, durch welche das Volk seine Interessen erkennen und für dieselben einzustehen lernt; insbesondere aber in Einrichtungen, durch welche die Masse des Volkes sich gewöhnt, selbständig für die eigenen Interessen aufzutreten.

Kein geeigneteres Mittel aber hierzu gibt es, als die Streiks. In den Streiks steht tatkräftig und in voller Selbständigkeit das arbeitende Volk zusammen, um seine berechtigten Forderungen durchzusetzen. Hier wird die wahre Selbständigkeit begründet. Und hat das Volk sich einmal gewöhnt, im wichtigsten Punkte der unmittelbaren materiellen Interessen selbständig aufzutreten, so wird es dies bald in allen Punkten tun: der reaktionäre Bevormundungsdruck und das Polizeiwesen werden gründlich gebrochen.

Wenn die Streiks keinen anderen Nutzen hätten, als diesen — selbst dann müßte man zugeben, daß sie im Geiste des Lassalleschen Vorschlages liegen, es sei denn, daß man diesen Vorschlag reaktionär statt demokratisch auffaßte.

Allein, es sind noch andere erhebliche Vorteile, und zwar unmittelbar sozialer Art, welche durch die Streiks errungen werden. Stellen wir auch diese Vorteile fest!

3.

9. September 1868.

Einen unmittelbar sozialen Vorteil bringen die Streiks durch Förderung des Klassenbewußtseins unter den Arbeitern hervor. Wenn der Untergang der heutigen ungerechten Produktionsweise zugunsten einer gerechten auf agitatorischem Wege beschleunigt werden soll, so ist vor allem nötig, daß die Arbeiter ihre Klassenlage erkennen, d. h. daß sie deutlich sehen, wie ihre Interessen denen der Besitzenden schnurstracks entgegengesetzt sind, woraus dann der feste und ernste Wille erwächst, dem heutigen Zustande ein Ende zu machen. Die Intelligenz der Arbeiterklasse kann diese Einsicht zwar auf

wissenschaftlichem Wege gewinnen; die große Masse erhält diese Einsicht aber in der Regel nur dadurch, daß sie praktisch aufgerüttelt wird.

Zu solcher praktischen Aufrüttelung aber ist nichts geeigneter als die Streiks. Hier sieht jeder aufs deutlichste, wie der Kampf daraus hervorgeht, daß die Kapitalisten das Interesse haben, möglichst kleine Löhne zu zahlen und möglichst lange Zeit arbeiten zu lassen, während die Arbeiter umgekehrt das Interesse haben, möglichst hohe Löhne zu bekommen und möglichst kurze Zeit zu arbeiten. Denn sie arbeiten ja nur teilweise für sich, insoweit sie durch ihre wertschaffende Arbeit dem Kapitalisten den Lohn ersetzen; zum anderen Teile aber arbeiten sie nicht für sich, sondern für den Kapitalisten, indem sie den Kapitalgewinn für denselben erzeugen. Der Kapitalist ist bestrebt, dem Arbeiter vom Lohne möglichst viel abzuzwacken und zugleich den Arbeiter möglichst lange zur Erzeugung von Kapitalgewinn arbeiten zu lassen. Dies alles wird der Masse der Arbeiter bei Gelegenheit der Streiks praktisch klar, und sie erkennen, daß ihr Interesse dem der Kapitalisten durchaus entgegengesetzt ist.

Bei den Streiks sieht die Arbeiterschaft zugleich die ganze Verbissenheit, die ganze Wut und den ganzen Ingrimm, womit die Kapitalisten an ihrem sozialen Privilegium festhalten und selbst der geringsten, selbst der billigsten Forderung der Arbeiter sich aufs äußerste entgegenstemmen. Bei den Streiks wird es der großen Masse der Arbeiter klar, daß der Gegensatz zwischen „Kapital und Arbeit“ nie auf gemütlichem Wege, sondern nur durch den hartnäckigsten, bis aufs äußerste geführten Kampf zur Lösung gelangen kann. Dieser Kampf soll ein gesetzlicher sein; aber auch auf gesetzlichem Wege läßt sich ein Kampf mit Hartnäckigkeit und Entschiedenheit führen.

Die Streiks sind also ein vorzügliches Agitationsmittel zur Klarstellung der Sachlage, zur Aufklätung der Masse und dadurch zur Förderung der Arbeitersache. Unser Ziel ist die Aufhebung der Klassengegensätze; allein das Ziel kann nur erreicht werden durch einen erbitterten Klassenkampf.

Ein weiterer sozialer Vorteil der Streiks liegt darin, daß die Folgen der „freien Konkurrenz“, in welcher die Arbeiter der Willkür des Kapitals hingegeben sind, einigermaßen durch

planmäßiges Entgegenwirken der Gesamtheit gemildert werden. Ist die Arbeiterschaft ohne allen Zusammenhang in sich selbst der freien Konkurrenz, d. h. der Uebermacht des Kapitals hingegeben, so sind Einrichtungen wie regelmäßige Sonntags- und Nachtarbeit, Kinderarbeit und dergleichen die notwendige Folge. Durch festes gemeinsames Vorgehen der Gesamtarbeiterklasse läßt sich zwar nicht das Haupt- und Grundübel, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und daher die Abhängigkeit der letzteren von dem ersteren, aus der Welt schaffen, läßt sich also nicht der Produktionszustand im großen und ganzen ändern; wohl aber läßt sich mehr oder minder erfolgreich wenigstens den äußersten Uebelständen und Auswüchsen entgegenwirken. Dies ist wenigstens dann der Fall, wenn mit zweckmäßig angelegten und geleiteten Streiks ebenso wie in England eine Agitation zur Erringung von Gesetzen zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital verbunden wird (z. B. zur Einführung von Gesetzen, welche in allen Großbetriebswerkstätten und Fabriken nur 10 Stunden wirkliche Arbeit täglich gestatten, welche die Kinderarbeit verbieten und welche für die ernsthafte Durchführung solcher Verbote Vorsorge treffen). Kurz, die Organisation der Arbeiterschaft zum Zweck der Streiks ist geeignet, eine Reihe schreiender Mißbräuche aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen oder wenigstens erheblich zu mildern.

Wir haben uns in den vorstehenden Ausführungen auf das Notwendigste beschränkt. Wichtig ist, daß man von den Streiks nicht zu viel erwarte; aber gerade wenn die sozialistische Partei bei der Organisation der Streiks wesentlich beteiligt ist, wird immer dafür gesorgt sein, daß die Arbeiter nicht in den Irrtum verfallen, von den Streiks mehr zu erwarten als sie leisten können. Das Hauptbestreben der Arbeiter muß immer die Verwirklichung des sozialistischen Prinzips sein.

Wir haben uns in diesem mehr theoretischen Teil unserer Artikel möglichst eingeschränkt, um nunmehr zum praktischen Teil derselben überzugehen, indem wir einige der wesentlichsten Gesichtspunkte entwickeln wollen, die nach der Meinung der Einberufer des Kongresses der ins Leben zu rufenden Organisation zugrunde gelegt werden sollten.

4.

11. September 1868.

Wenn man bei uns die Streiks und was damit zusammenhängt, organisieren will, liegt die Annahme nahe, man werde im wesentlichen die Organisation der englischen Trade Unions nachahmen. Wir sind jedoch der Ansicht, daß man durch eine solche Nachahmung nicht vollständig den richtigen Weg einschlagen würde.

Die englischen Trade Unions sind in langsamer historischer Entwicklung so geworden wie sie heute sind. Und dies ist natürlich, weil die englischen Arbeiter kein Vorbild hatten. In demjenigen Lande, in welchem die Entwicklung der Produktion allen anderen Ländern voraus war, mußte der Gegensatz zwischen „Kapital und Arbeit" zuerst in schroffer Gestaltung hervortreten und mußten zuerst die aus diesem Gegensatz herauswachsenden Bestrebungen und Kämpfe praktische Gestalt annehmen. Gerade dies aber erklärt alle jene Unvollkommenheiten, die notwendig einem jeden Streben anhängen, welches nicht den Schatz vielseitiger Erfahrungen zu seiner Verfügung vorfindet, sondern diesen Schatz selbst erst mühsam erringen und zusammentragen muß. Bei solcher langsamen allmählichen Entwicklung ist es natürlich, daß manches, welches von Anfang an nicht ganz richtig gegriffen war, doch, bevor man dies eingesehen, sich eingelebt und festgesetzt hat. Die englischen Trade Unions tragen daher ein Stück jener Unbeholfenheit und Schwerfälligkeit an sich, welche allen historisch langsam erwachsenen Gemeinwesen eigen ist.

Sicherlich können wir von den englischen Trade Unions sehr viel zur Nachahmung lernen; aber in mancher Beziehung können wir auch von ihnen lernen, welche Einrichtungen man nicht einführen soll. Wir sind in der günstigen Lage, daß wir unsere Verfassung nach den Grundsätzen der Vernunft und mit allseitigem Ueberblick der Verhältnisse auf einmal in vollkommener Zweckmäßigkeit hinstellen können, während man sich in England mit allerlei überbrachten Rücksichten und Hindernissen hinschleppen muß. Wir sind den englischen Arbeitern gegenüber in ähnlicher Lage, wie es in betreff der politischen Verfassung die Nordamerikaner den Engländern gegenüber waren. Ihnen waren durch keine historisch vorhandenen Einrichtungen die Hände gebunden; sie konnten ganz frei, den Grundsätzen der Vernunft und der Gerechtigkeit gemäß, und auf Grund der Er-

fahrung anderer, mit einem Male ihre ganze politische Verfassung entwerfen.

Das Hauptsächlichste, was wir von den Trade Unions lernen können, besteht in der Erkenntnis, daß die Organisation der Streiks dann gut und richtig sich vollziehen läßt, wenn zunächst die Arbeiter ein und desselben Geschäftszweiges oder verwandter Geschäftszweige zu Gewerkschaften zusammentreten, welche Gewerkschaften dann in einem Gesamtverbande vereinigt sind. Wir müssen also zunächst dahin streben, daß diese Gewerkschaften ins Leben treten.

Hingegen scheint es uns, als ob die Gesamtorganisation und insbesondere die Einrichtung der Zentralbehörden des Verbandes in einer einfacheren und wirksameren Weise hergestellt werden müßten, als dies in England der Fall ist.

Es ist von höchster Wichtigkeit, daß die Entscheidung darüber, ob ein Streik, bei welchem auf die Unterstützung des Gesamtverbandes der Gewerkschaften gerechnet wird, in einem gegebenen Falle wirklich stattfinden soll oder nicht — es ist durchaus nötig, daß die Entscheidung hierüber nicht nur eine auf genaue Sachkenntnis gegründete, sondern auch eine schnelle ist. Es muß daher einerseits dafür gesorgt werden, daß in der Körperschaft, welcher die Entscheidung zusteht, alle bedeutenderen Gewerbszweige vertreten sind und daß zwischen dem Zentralplatz und den einzelnen Gegenden Deutschlands die erforderliche Verbindung bestehe; es ist aber andererseits nicht minder notwendig, daß diese Verbindung nicht in schleppendem Geschäftsgange, sondern in jedem einzelnen Falle rasch sich vollziehe und daß insbesondere auch die Beschlüsse der entscheidenden Zentralkörperschaft mit Schnelligkeit herbeigeführt werden. Die Einberufer des Kongresses werden bestrebt sein, in ihrer Vorlage Einrichtungen vorzuschlagen, welche die beiden bezeichneten Erfordernisse in sich vereinigen.

5.

13. September 1868.

Der Kongreß hat die Aufgabe, in die bisher gänzlich plan- und regellose Bewegung der Arbeitseinstellungen überlegte Voraussicht und Ordnung einzuführen. Dazu ist gar vielerlei nötig und das Werk ist verwickelt nnd schwierig; möge man sich daher nicht wundern oder den Mut verlieren, wenn es anfangs auf dem Kongreß und besonders bei den Vorberatungen zu dem-

selben einige Verwirrung geben sollte. Allmählich werden schon die Elemente sich gegenseitig abklären, und wenn es dem Kongreß nur gelingt, ein richtiges Grundgerüst zu erbauen, so wird sich das Weitere allmählich finden.

Das Wichtigste ist zunächst, in zweckmäßig eingerichteten Gewerkschaften die erforderliche Grundlage für die Gesamtorganisation zu finden. Es muß dabei auf Gründung großer Gewerkschaften abgezielt werden; kleine Gewerkschaften von einigen hundert Mann oder auch wenigen tausenden können für die Arbeitseinstellungen, wenn dieselben im großen betrieben werden sollen, gar keine Bedeutung haben. Hieraus folgt, daß in einem einzelnen Gewerbszweig die Arbeiter nur dann zu einer besonderen Gewerkschaft sich vereinigen sollen, wenn dieser Gewerbszweig ein sehr umfassender und verbreiteter ist. Daher können z. B. die Schriftsetzer und Drucker, die Schneider, die Schuhmacher, die Bäcker, die Zigarrenarbeiter in eigenen Gewerkschaften sich vereinigen. Auch die Buchbinder (im weiteren Sinne) mögen hierher gehören. Hingegen abgesehen von diesen Fällen, wo ein einzelner Gewerbszweig sehr ausgebreitet ist, müssen sich verwandte Gewerbszweige zu einer einzigen Gewerkschaft vereinigen; so kann z. B. eine Gewerkschaft der Eisenarbeiter, der Holzarbeiter, der Lederarbeiter usw. gegründet werden. (Selbstverständlich sind immer allgemein deutsche, d. h. über ganz Deutschland sich erstreckende, nicht lokale Gewerkschaften gemeint.) Eine Hauptsache in den Vorberatungen zum Kongreß und auch während desselben wird sein, die zu gründenden Gewerkschaften richtig und zweckmäßig gegeneinander abzugrenzen, was nicht leicht ist. Sind indessen die Vertreter der verschiedenen Gewerbszweige einmal beisammen und können sie sich sowohl untereinander wie mit der Gesamtheit beraten, so wird auch diese Schwierigkeit glücklich überwunden werden. Jedenfalls wird dafür Sorge getragen werden, daß während des Kongresses nicht nur allgemeine Beratungen, sondern auch Beratungen der Vertreter der einzelnen Gewerbszweige stattfinden können. Wir machen bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß die Abgeordneten, wenn sie vollständig an allen Vorberatungen teilnehmen wollen, schon im Laufe des 25. September, unbedingt spätestens Sonnabend, den 26. September, in aller Frühe zu Berlin eintreffen müssen. Die ersten Vorberatungen im engeren Kreis finden bereits Sonnabend vormittag statt.

Den einzelnen Gewerkschaften bleibe es überlassen, ihre Satzungen und Einrichtungen je nach ihrem Belieben und in Gemäßheit ihrer besonderen Verhältnisse zu gestalten. Nur einige Bestimmungen, welche erforderlich sind, um den Bestand und die rasche und kräftige Wirksamkeit des Gesamtverbandes zu sichern, werden von dem Kongreß sämtlichen Gewerkschaften auferlegt, d. h. in die Satzungen des Gesamtverbandes aufgenommen werden müssen, so daß alle Gewerkschaften, die dem Verband zugehören wollen, diese Bestimmungen anzunehmen haben. Da indessen eine möglichst gleichartige Gestaltung der einzelnen Gewerkschaften unbeschadet aller Besonderheiten der Einrichtungen immerhin wünschenswert ist, kann den Vertretern der einzelnen Gewerbszweige ein Normalstatut (eine Mustersatzung) vorgelegt werden. Zwar kann und wird jede einzelne Gewerkschaft ihren besonderen Verhältnissen gemäß Abänderungen oder Zusätze an dieser Mustersatzung anbringen; allein nichtsdestoweniger wird sich, weil doch die Grundlage, von der alle ausgehen, eine gemeinsame ist, dadurch die wünschenswerte Gleichartigkeit in der Gestaltung und Einrichtung der einzelnen Gewerkschaften ergeben.

6.

16. September 1868.

Mit der Gründung von allgemeinen deutschen Gewerkschaften kann sofort vorgegangen werden; dem steht gesetzlich nichts entgegen. Diese Gewerkschaften können und sollen also auf dem Kongreß endgültig ins Leben treten.

Einige allgemeine Gewerkschaften sind bereits gegründet (z. B. die der Schriftsetzer und Buchdrucker, der Zigarrenarbeiter, Schneider, Bäcker). Was die erst zu gründenden betrifft, so ist es zweckmäßig, mit der Gründung nicht schon vor dem Kongreß an einzelnen Orten vorzugehen, sondern dies erst auf dem Kongreß selbst zu tun, da bei dieser Gelegenheit Fachgenossen aus ganz Deutschland vereinigt sind. Aber einstweilen können die Versammlungen von Fachgenossen an den verschiedenen Orten sich in Resolutionen für die Gründung allgemeiner Gewerkschaften aussprechen, wie dies z. B. gestern, Montag abend zu Berlin, in einer Versammlung der Schuhmacher geschehen ist.

Der Gründung von allgemeinen Gewerkschaften also steht gesetzlich nichts entgegen. Und auch dies ist gesetzlich erlaubt: daß die sämtlichen Gewerkschaften sich in einem Gesamtverband vereinigen.

Anders in betreff der Organisation der Arbeitseinstellungen!

Das Koalitionsrecht ist noch nicht gesetzlich erteilt; die Organisation des Streikwesens kann also vorbereitet und aufs Papier gebracht werden, aber sie kann erst nach Erteilung des Koalitionsrechts tatsächlich ins Leben treten; es können auch die einzelnen Einrichtungen geschaffen werden, allein sie können erst später zu ihrem eigentlichen Zwecke verwandt werden.

Es ist also vollständig zulässig, daß der Gesamtverband einstweilen seine Behörden und Organe einsetze, eine Kasse einrichte und Gelder ansammele, aber es ist gesetzlich nicht zulässig, daß diese Behörden, Organe und Finanzkräfte zum Zweck von Streiks verwandt werden. Bei alledem ist es aber von hoher Wichtigkeit, die ganze Grundlage der künftigen Organisation von Streiks fertig hinzustellen; denn die Arbeiter werden dadurch den doppelten Vorteil haben, daß sie, sobald das Koalitionsrecht errungen ist, keine Zeit mit Vorbereitungen zu dessen Anwendung zu verlieren brauchen und daß sie überdies sofort Geldmittel zur wirksamen Anwendung des neuen Rechts zur Verfügung haben.

Eine ganz besondere Sorgfalt wird in den Vorlagen, welche die Einberufer des Kongresses diesem vorzulegen gedenken, dem Kassenwesen zugewandt sein. Denn das wichtigste Erfordernis ist, daß die Arbeiterschaft allerwärts das festeste Vertrauen zu der von ihr selbst beschlossenen und geschaffenen Organisation habe. Dies aber ist nur dann möglich, wenn die Kassenverhältnisse so streng geordnet und kontrolliert sind, daß jeder die feste Ueberzeugung von der richtigen und pflichtgetreuen Verwendung der Gelder hat. Und diese Gelder werden hoffentlich nicht unbedeutend sein. Denn wenn das ganze Unternehmen Lebenskraft haben soll, muß eine Massenbeteiligung daran stattfinden, so daß der Verband jährlich über Hunderttausende, ja allmählich über Millionen von Talern zu verfügen hat. Man kann also in betreff der Kassenverhältnisse nicht vorsichtig und streng genug verfahren.

7.

18. September 1868.

Zum Schluß wollen wir die Frage behandeln: warum nicht Lassalle schon zu Beginn der Arbeiterbewegung auf die Streiks als Agitationsmittel hingewiesen habe?

Aus einem zweifachen, sehr triftigen Grunde ist dies nicht geschehen:

Man kann durch öffentliche Agitation jederzeit bestimmte Ideen und Prinzipien in das Volk hineinwerfen; man kann hierdurch, wenn diese Ideen und Prinzipien richtig gegriffen sind, jederzeit die Klärung der Köpfe und dadurch das Voranschreiten der Gesellschaft fördern; aber man kann nicht zu jeder Zeit Erscheinungen hervorrufen, welche bestimmte soziale Bedingungen zur Voraussetzung haben. Man kann also wohl jederzeit, wenn die Gesetze nämlich überhaupt eine öffentliche Agitation gestatten, soziale Fragen zur Verhandlung im Volke bringen; aber man kann nicht Arbeitseinstellungen machen, wenn diese sich nicht von selbst machen. Denn diese sind an gewisse soziale Bedingungen geknüpft und verlangen einen äußeren Anstoß bestimmter Art (z. B. Erlaß beleidigender Fabrikordnungen); sie gehen naturgemäß aus dem Innersten der Arbeiterklasse selbst hervor.

Allein dies ist nur die untergeordnete Seite der Sache. Worauf es eigentlich ankommt, ist dies:

Es wird einem Sozialisten nie in den Sinn kommen, Arbeitseinstellungen organisieren und als Agitationsmittel benutzen zu wollen, wenn diese Arbeitseinstellungen nicht von selbst da sind.

Denn der Sozialist ist der Ansicht, daß es besser wäre, ganz direkt aufs Ziel loszugehen — aufs Ziel: den Staat unter die Bestimmung der Arbeiterklasse zu bringen, die ihrerseits nichts anderes tun könnte, als die Klassengegensätze aufzuheben.

Allein jedes Ding will seine allmähliche Entwicklung haben, die man zwar beschleunigen, deren einzelne Stadien (Abteilungen) man aber nicht geradezu überspringen kann. Mögen wir Sozialisten, die wir unser Prinzip bis zu Ende gedacht haben, zehnmal wissen, daß es darauf ankommt, die gesamten Grundlagen der heutigen Gesellschaft umzuändern, mögen wir zehnmal wissen, daß die Streiks und überhaupt jegliches auf Grundlage des heutigen ökonomischen Zustandes

sich bewegende Mittel nie geeignet sein kann, die heutige Gesamtproduktionsweise umzustoßen, mögen wir dies alles zehnmal wissen, wir können nicht bewirken, daß die Arbeiterklasse in ihrer großen Masse das alles sofort ebenso einsieht. Vielmehr gewinnt sie nur auf dem Wege der Streiks und der damit zusammenhängenden Organisationen allmählich das volle Klassenbewußtsein. Daß es so ist, mögen wir bedauern, aber es ist so.

Darum steht die Frage nicht also:

Sollen wir Streiks hervorrufen und organisieren?
sondern sie steht so:

Da Streiks da sind und unfehlbar auch fürder kommen werden, sollen wir die Organisation derselben anderen überlassen oder dieselbe selbst in die Hand nehmen?

Es bedarf keiner Ausführung, daß die Streiks, wie alles, was die Arbeiter machen, nur dann wirklich vorwärts führen können, wenn das vorgeschrittenste Arbeiterelement, die sozialistische Partei, alles, was geschieht, mit ihrem Geiste durchdringt.

Zu Lassalles Zeit gab es in Deutschland keine Arbeitseinstellungen (von ganz vereinzelten Fällen abgesehen); warum hätte er sie hervorzurufen bestrebt sein sollen?

Heute aber haben wir die Streiks überall und werden sie noch stärker haben. Soll diese Bewegung regellos sich verlaufen oder soll sie vernünftig organisiert werden? Und wenn letzteres, sollen die Herren von der Selbsthilfe oder Halbsozialisten diese Organisation begründen, um sie ihren Zwecken oder ihren unklaren Vorstellungen dienstbar zu machen?

Nein! Unsere Pflicht ist es, diese Organisation zu begründen. Dann wissen wir wenigstens, daß sie im Geiste der Arbeitersache eingerichtet sein werde.

Unsere Ziele sind klar und fest und unsere Mittel zum Ziele — jeder kennt sie. Die Streiks sind, in erster Linie, nicht unter diesen Mitteln.

Wenn wir trotzdem uns mit denselben befassen, so sind wir dazu genötigt, weil die tatsächlich vorhandenen Streiks, falsch geleitet, ein Mittel würden, die Arbeiterbewegung aufzuhalten, während sie, richtig geleitet, dieselbe fördern können — nicht zwar so sehr fördern, wie die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins es tut, aber doch immerhin fördern.

Die englischen Arbeiter wären unendlich weiter gekommen, wenn ihre Gewerkschaften (Trade Unions) von Anfang an vom sozialistischen Geiste durchdrungen gewesen wären, während dieser Geist sich erst allmählich entwickelt hat. Bei uns werden die Gewerkschaften von Anfang an sozialistisch sein und gerade dadurch den sozialistischen Geist in der Gesamtarbeiterschaft mächtig fördern.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht verfehlen, vor einem großen Mißverständnis zu warnen. Diejenigen verstehen Lassalle falsch, die da meinen, es könne und dürfe nichts gemacht werden, was er nicht selbst bereits gemacht habe. Die so denken, vergessen, daß Lassalle mitten aus seiner Agitation durch jähen Tod abberufen wurde, und daß, hätte er diese letzten Jahre erlebt, er noch manches Neue gemacht haben würde, wovor den Gegnern gegraut hätte. Jede praktische Agitation ist an die obwaltenden Verhältnisse gebunden und so auch die unsere. Wenn Lassalle selbst nicht mehr die begonnene Agitation durch neue Einrichtungen weiter fördern kann, so haben wir es in seinem Geiste zu tun.

Der Geist Lassalles aber — so hoffen wir — wird über dem bevorstehenden Kongresse schweben. Nur wenn dieser Geist in ihm waltet, wird er zum Guten führen — dann aber auch gewiß!

Anmerkungen.

Während sich Schweitzer energisch gegen die bürgerliche Verwässerung der Parteigrundsätze wehrte, plante er nunmehr, als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein endlich auf festen Füßen stand, eine Erweiterung seiner Agitation über die von Lassalle gezogenen Grenzen hinaus, und zwar nach zwei Richtungen hin: im Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation und in der Gründung von Gewerkschaften. In der einen wie in der anderen Richtung verhandelte er mit Marx.

Schweitzer schrieb ihm am 28. Juni 1868: „Sehr geehrter Herr! In Betracht der ganz exzeptionellen Verdienste, die Sie sich durch Ihr Werk um die Arbeitersache erwarben, beabsichtige ich, von seiten des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (24 Mann in den verschiedenen Teilen Deutschlands) eine Ehreneinladung an Sie zur Generalversammlung des Vereins (im August zu Hamburg) zu veranlassen. Ich frage aber vorerst in vertraulicher Weise bei Ihnen an, ob Sie die Einladung an-

nehmen würden. — Da ich am 5. oder 6. Juli eine dreiwöchige Haft antrete, wäre mir umgehende Antwort erwünscht. Der erwähnte Vorstand ist ein schwerfälliger Körper, der wochenlang zu einem Beschluß oder einer Ausfertigung braucht; während meiner Haft aber könnte die Sache laufen, wenn ich sie vorher einleite. Ich zweifle nicht, daß der Vorstand einstimmig oder mit sehr großer Majorität meine Ansicht über Ihr Werk teilt. — Daß ich als Präsident des Vereins der Einladung mich anschließen würde, ist selbstverständlich, und so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Sie uns beehren. Hochachtungsvoll J. B. v. Schweitzer (Hellweg 7)."

Marx scheint auf diesen Brief entgegenkommend geantwortet und zugleich eine Vertretung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf dem Jahreskongreß der Internationalen, der Anfang September in Brüssel stattfinden sollte, angeregt zu haben. Am 8. Juli schrieb ihm Schweitzer: „Sehr geehrter Herr! In äußerster Eile, unmittelbar vor dem Eintritt in den Orkus, schreibe ich Ihnen noch. Die beregte Einladung wird erfolgen, und ich hoffe immer, Sie in Hamburg zu sehen. Dem Verdacht, die internationale Bedeutung der Bewegung nicht zu würdigen, werden wir gründlich ein Ende machen. Was hingegen die preußischen Gesetze betrifft, so meine ich nicht, daß Gesetzwidrigkeiten zweckmäßig sein würden; denn so schlecht unsere Zustände sind, sie sind doch immer noch so, daß man ganz kräftig agitieren kann. — Was unsere Vertretung bei dem Kongreß anlangt, werde ich es möglich zu machen suchen, dort zu erscheinen. — Ueber Ihr Buch ist eine Kritik im Literarischen Zentralblatt. Man sagt, Sie wärmen die längst widerlegten Lehren Ricardos auf, aber Sie seien ein guter Logiker; gebe man Ihnen die falsche Grundlage zu, so seien alle Folgerungen richtig. Was man über Sie „gefaucht" hat, dies nachzusehen, hatte ich leider keine Zeit mehr. Der Artikel in der Elberfelder Zeitung wird Ihnen bekannt sein. — Schließlich möchte ich Sie bitten, der Redaktion des Sozialdemokraten (W. Hasselmann) einen Korrespondenten in London zu empfehlen, der gegen ein mäßiges Honorar wöchentlich eine Korrespondenz von 1 bis 1½ Spalten schreibt. Die Sache müßte ohne weitere Ankündigung sofort tatsächlich ins Leben treten. Weitere Unterhandlungen wird Herr Hasselmann mit dem Betreffenden führen. Indem ich Sie bestens grüße, verbleibe ich hochachtungsvoll Ihr ergebener J. B. v. Schweitzer."

Ueber seine Stellung zur Internationalen ließ Schweitzer im Sozialdemokraten allerdings keinen Zweifel. Er sagte, wer zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehöre, der gehöre auch zur Internationalen, etwa wie ein Bürger des Kantons Uri auch ein Bürger der Schweiz sei. Die nationalen Organisationen seien

notwendig, weil und solange in den einzelnen Kulturnationen große Verschiedenheiten beständen, mit denen der proletarische Emanzipationskampf zu rechnen habe, aber die Entwicklung gehe dahin und müsse in dem Sinne gefördert werden, daß die Zentralleitung der Internationalen mehr und mehr die Wirksamkeit der nationalen Zentren der Arbeiterbewegung ersetzen könne. Dementsprechend erklärte er, als er eine offizielle Einladung zu dem Brüsseler Kongresse erhielt, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vollkommen auf dem Boden der Internationalen stehe und sein formeller Eintritt in den Bund nur durch die Vereinsgesetze zurückgehalten werde. Beiläufig konnte Schweitzer der Einladung nach Brüssel nicht folgen, da er zu gleicher Zeit mehrere Gerichtstermine wahrzunehmen hatte.

Eben die Rücksicht auf die deutschen Vereinsgesetze hatte Schweitzer im Auge, als er an Marx schrieb, „Gesetzwidrigkeiten“ würden „unzweckmäßig“ sein. Wenn Marx und Engels wiederholt gesagt hatten, die proletarische Agitation würde von der Regierung nur geduldet, und sobald sie ihr nicht mehr in den Kram passe, würde sie unterdrückt werden, so war Schweitzer von dieser Wahrheit gleichfalls tief durchdrungen. Je stärker sich der Verein entwickelte, um so rücksichtsloser trat er auf, aber er hatte deshalb keinen Anlaß, es der Regierung gar zu bequem zu machen und ihr durch formellen Anschluß an die Internationale eine formell unanfechtbare Handhabe zur Auflösung des Vereins zu bieten. In der Sache lief es auf dasselbe hinaus, wenn er in der Hamburger Generalversammlung eine Resolution vorschlug, worin gesagt war, daß die Bestrebungen der Arbeiter nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie einheitlich in allen Kulturländern zusammengingen und daß es somit die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei sei, gemeinsam vorzugehen mit den Arbeiterparteien aller Kulturländer, die von gleichen Prinzipien geleitet würden. Bei alledem aber hatte Schweitzer die böse Ahnung, daß die Hamburger Generalversammlung wohl die letzte des Vereins sein werde, und in der Tat löste das Leipziger Polizeiamt am 16. September den Verein auf, worauf Schweitzer ihn in Berlin von neuem begründete.

Am 13. August schrieb Schweitzer wieder an Marx: „Sehr geehrter Herr! Anbei die bereits angekündigte Einladungsurkunde. Ich hoffe, daß Sie derselben nachkommen und uns so Gelegenheit wird, Ihnen einen Teil des wohlverdienten Lorbers zu überreichen. — In Betracht der Kürze der Zeit werde ich mir erlauben, die Urkunde schon im heutigen Sozialdemokraten zu veröffentlichen. Man hatte bereits geglaubt, dieselbe sei verloren gegangen; sie hat sich jedoch wiedergefunden, und es hat sich herausgestellt, daß nur Nachlässigkeit einzelner an der Ver-

zögerung schuld war, was gleichfalls im Blatte bemerkt wird. — Meine dreiwöchige Haft hat mich infolge der Hitze sehr angegriffen, so daß ich jetzt die Zeit möglichst meiner Erholung widme und an möglichst wenig Geschäfte denke. — Mit Herrn Eccarius werde ich vielleicht wieder anknüpfen, obschon uns seine Honorarforderung in großen Schrecken versetzt hat. Auch irrt er, wenn er meint, das Blatt rentiere; es deckt sich nahezu, aber es sind noch immer einige hundert Taler Defizit jährlich. Abonnentenzahl ca. 2500, jedoch in ganz Deutschland verteilt, auch auffallend viele Dörfer. — Ich bitte Sie noch einmal dringend, nach Hamburg zu kommen. Es wird sicher gut sein. Mit bestem Gruß und vorzüglicher Hochachtung J. B. v. Schweitzer. P. S. Die öffentliche Sitzung der Generalversammlung, d. h. diejenige, worin über Gegenstände von allgemeinem Interesse (z. B. auch über Ihr Buch) verhandelt wird, findet Montag, den 24. statt. Sie sind als Ehrengast selbstverständlich auch zu den geschlossenen Sitzungen eingeladen, aber die öffentliche Sitzung dürfte Sie mehr interessieren. Sollten Sie also nur einen Tag dasein können, so würde Montag der geeignetste sein; ich denke jedoch, es kann nicht schwer sein, auch auf mehrere Tage abzukommen."

Leider kam Marx nicht, obgleich es „sicher gut" gewesen sein würde, wenn er sich einmal mit Schweitzer persönlich ausgesprochen hätte. Vor allem über die Gewerkschaftsfrage, die das Hauptstück der Hamburger Verhandlungen bildete. Ueber den Hergang selbst und die Gründe, von denen Schweitzer veranlaßt wurde, mit der Gründung von Gewerkschaften vorzugehen, hat er sich in den sieben Artikeln über den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreß so gründlich ausgesprochen, daß hier nicht weiter darauf eingegangen zu werden braucht. Von Jahr zu Jahr hatte er seine Ansichten in dieser Frage entwickelt, aber über den Standpunkt dieser sieben Artikel ist er nicht hinausgekommen. Die gewerkschaftliche Bewegung war ihm am Ende doch nur ein Hebel der politischen Bewegung; als ebenbürtig und gleichberechtigt erkannte er sie neben dieser nicht an. Ihr historisches Wesen verkennend, wollte er sie nach dem Muster des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins organisieren. Daß er sie absichtlich habe verfahren wollen, wie ihm nachgesagt worden ist, gehört natürlich ins Gebiet der Legende; betrachtete er die Gewerkschaften nur als kräftige Hebel der politischen Bewegung, so war der Plan seiner „Arbeiterschaften" vollkommen logisch gedacht; Bernstein hat einmal auf die große Aehnlichkeit aufmerksam gemacht, die zwischen dem Plane Schweitzers und der großen von Owen geführten Nationalen Konsolidierten Trade Union von 1833/1834 besteht. Wie für Owen die Gewerkschaften nur Exerzierplätze für seine Produktivgenossenschaften waren, so für Schweitzer nur für die politische Kampforganisation.

Irrig ist auch die Meinung, daß Schweitzer sich wegen der Gewerkschaftsfrage an Marx gewandt habe, um sich für alle Fälle einen Rückhalt zu sichern, namentlich auch gegenüber der Opposition im eigenen Lager. Es war vielmehr Marx, der den Briefwechsel wieder aufnahm, wie aus folgender Antwort Schweitzers vom 15. September hervorgeht: „Sehr geehrter Herr! Ueber den zugeschickten Times-Artikel ist Notiz gebracht, und hoffentlich wird der Raum zu finden sein, ein gut Stück zu übersetzen, obwohl gerade im Augenblick außerordentlicher Raummangel. Ich ergreife die Gelegenheit, Ihnen überhaupt den Sozialdemokraten für Ihre Kundgebungen zur Verfügung zu stellen. Auflage vom 1. Oktober ab: 3400, da der Verein die Exemplare, die hieran auf dem Wege des regelmäßigen Abonnements etwa fehlen sollten, beziehen und verkaufen wird. — Ich betrachte Sie als das Haupt der europäischen Arbeiterbewegung — Haupt nicht nur durch demokratische Wahl, sondern von Gottes Gnaden. Sie können also darauf zählen, daß ich Ihre Absichten immer möglichst fördern werde. Zwar kann keine Autorität so groß sein, daß man ihr gegenüber nicht unter Umständen die eigene Meinung festhielte. Aber ich glaube, daß nicht leicht ein Konfliktsfall eintreten kann. Wenigstens habe ich bis jetzt, wenn mir etwas von Ihnen unrichtig erschien, bei weiterer Ueberlegung immer gefunden, daß der Irrtum auf meiner Seite war. Mit Ihren Anhängern kann ich mich indessen — d. h. mit einzelnen derselben — nicht befreunden. — Daß Sie nicht in Hamburg waren, habe ich sehr bedauert. Für den Fall, daß Ihnen mein und Fritzsches Aufruf wegen Organisation der Streiks zu Gesichte gekommen ist, bemerke ich, daß nur durch ein sehr bedauerliches Versehen nach ‚Fabrikarbeiter' die Worte ‚ländliche Arbeiter' ausgeblieben sind. Die Statuten, die wir für die Organisation dem Kongresse vorlegen wollen, beabsichtige ich, nachdem sie in engerem Kreis durchberaten sind, Ihnen zuzustellen, damit Sie vor dem Kongreß noch Punkte relevieren können, die vielleicht nicht im Einklang mit dem Geiste der Einrichtungen anderwärts ständen, was zwar wohl nicht der Fall sein wird. Es könnte sein, daß es zu spät würde, Ihnen das Statut zu schicken, allein ich werde suchen, es möglich zu machen. — Wenn man mich, wie es nach einer Korrespondenz in der Zukunft scheint, in Brüssel im Verdacht hatte, ich sei gedrängt worden, einen Anschluß an die anderen Länder zu suchen, so irrt man. Ich war der Dränger, nicht der Gedrängte. Mit bestem Gruße hochachtungsvoll Schweitzer."

Wie aus diesem Briefe hervorgeht, erwähnte Schweitzer die Gewerkschaftsstatuten nur beiläufig und hat sie tatsächlich auch nicht an Marx gesandt. Was ihn zu seinem nächsten Briefe veranlaßte, war ein anderer Umstand. Gleich nach der Hamburger Generalversammlung hatte der Verband der deutschen Arbeitervereine, der einst von der Fortschrittspartei als Gegengewicht gegen den All-

gemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet worden war, in Nürnberg getagt; nach einem heftigen Kampfe hatte die Mehrheit der Vereine sich für die Grundsätze der Internationalen Arbeiterassoziation erklärt und das Demokratische Wochenblatt zu ihrem Organ gewählt. Diese Nürnberger Vereine, wie sie der Kürze halber genannt werden mögen, hatten nun aber nicht den Gewerkschaftskongreß beschickt, den Schweitzer für Ende September nach Berlin berufen hatte: angeblich nicht, weil es mit ihrer Ehre nicht verträglich gewesen sei, da Schweitzer erklärt habe, die Nürnberger Vereine würden nicht zugelassen werden. Tatsächlich hatte Schweitzer aber nur erklärt, daß — mit Rücksicht auf die Bestimmung des preußischen Vereinsgesetzes, wonach politische Vereine in keine Verbindung mit einander treten durften — „Arbeitervereine, die ein politisches Programm haben, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Nürnberger Majorität als solche" auf dem Gewerkschaftskongresse nicht vertreten sein dürften. Selbstverständlich handelte es sich nur um eine Formsache, um den Kongreß vor einer polizeilichen Auflösung zu schützen; sonst hätte Schweitzer ja seinen eigenen Verein ebenso vor den Kopf gestoßen, wie die Nürnberger Vereine.

Der wirkliche Grund, weshalb diese Vereine sich dem Berliner Kongresse fernhielten, war die Abneigung gegen Schweitzer, die namentlich ihre geistigen Führer, Bebel und Liebknecht, hegten. Soweit es sich dabei um sachliche Meinungsverschiedenheiten handelte — und unzweifelhaft beurteilten Bebel und Liebknecht die Gewerkschaftsfrage richtiger als Schweitzer —, hätten diese Bedenken auf dem Kongresse geltend gemacht werden können, aber dazu kam das persönliche Mißtrauen gegen Schweitzer, das gerade jetzt wieder im Demokratischen Wochenblatt zu heftigen Angriffen gegen dessen Person führte, zum Teil aus recht nichtigen Anlässen. Zum Beispiel — weil ein welfisches Blatt darüber gejammert hatte, daß ein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Hannover die preußischen Annexionen von 1866 gelobt haben sollte, mußte sich Schweitzer vom Demokratischen Wochenblatt die erlesensten Liebenswürdigkeiten sagen und sogar die Mannheimer Geschichte vorreiten lassen. Dazwischen fanden sich dann allerdings auch verhältnismäßig freundliche Bemerkungen über den Berliner Kongreß, die, wie sich gleich zeigen wird, dem Rate von Marx zu danken waren, aber sich an Herzensfrische nicht entfernt vergleichen ließen mit den negativen Komplimenten, durch die Schweitzer zum „Verräter an der Sache sowohl des Sozialismus wie der Demokratie" erklärt wurde.

Hierdurch veranlaßt, schrieb Schweitzer am 8. Oktober an Marx: „Sehr geehrter Herr! Ich wende mich an Sie in Ihrer Eigenschaft als Sekretär der Internationalen. Der Allgemeine

Deutsche Arbeiterverein, zwar momentan aufgelöst, aber in den nächsten Tagen wieder ins Leben tretend, hat sich zu Hamburg auf seiner Generalversammlung tatsächlich, soweit möglich, der Internationalen angeschlossen. Mein Brief konnte darüber keinen Zweifel lassen und die ganze politische Welt hat es auch so betrachtet. Die geringste Forderung, die wir stellen können, ist wohl diese: daß andere Teile der Internationalen unseren Bestrebungen nicht gehässig entgegenarbeiten. Sie werden in unserem Blatte niemals eine gehässige Bemerkung gegen Liebknecht, Bebel usw. finden, wohl aber im Organ der Genannten fortwährend gegen uns. — Ich wiederhole: wir haben uns angeschlossen, soweit das Gesetz es erlaubt, und sind auch gesonnen, demgemäß zu handeln. Wir müssen aber bitten, daß dafür gesorgt werde, daß man uns nicht bekämpft. Andernfalls würden wir den offenen ausgesprochenen Kriegszustand vorziehen. Nicht wir wären es dann, die eine so traurige Erscheinung zu verantworten hätten. — Ein Statut des neugegründeten Gewerkschaftsverbandes lege ich bei. Leider war es nicht möglich, Ihnen die Vorlage zu schicken, da die Vorberatungen gar nicht zu Ende zu bringen waren. Ich bin mir bewußt, daß in diesem Statut keine ungehörige Diktatur, sondern nur kräftige Direktive eingeführt ist. Um rasche Antwort bittend hochachtungsvoll Ihr ergebener Schweitzer (Hellweg 7). P. S. Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, will ich bemerken, daß wenn auch die Herren von der Nürnberger Majorität Gewerkschaften gründen wollen, wir dies zwar bedauern können, ihnen das Recht dazu aber natürlich nicht absprechen. Zwei Organisationen schaden einander, allein, wie gesagt, dagegen etwas einzuwenden, sind wir nicht berechtigt. Mein Schreiben bezieht sich nur darauf, daß man uns direkt bekämpft, daß man unser Werk schlecht macht usw. Nur das erscheint uns unzulässig, wenn man sich gemeinsam den Bestrebungen der Internationalen angeschlossen hat."

Auf dies Schreiben Schweitzers antwortete Marx in einem Briefe, den Bernstein vor einer Reihe von Jahren in der Neuen Zeit veröffentlicht hat, am 13. Oktober wie folgt:

„Werter Herr! Wenn Sie keine Antwort auf Ihren Brief vom 15. September erhielten, so lag die Schuld an einem Mißverständnis meinerseits. Ich verstand den Brief so, daß Sie mir Ihre ‚Vorlagen' zur Einsicht mitteilen wollten. Ich wartete darauf. Dann kam Ihr Kongreß, und nun hielt ich Antwort — being much owerworked — nicht mehr für dringend. Bevor Ihr Schreiben vom 8. Oktober eintraf, hatte ich bereits wiederholt, in meiner Eigenschaft als Sekretär der Internationalen für Deutschland, zum Frieden gemahnt. Man hat mir geantwortet (und dazu Belege aus dem Sozialdemokraten geschickt), daß Sie selbst

den Krieg provozierten. Ich erklärte, daß meine Rolle sich notwendig auf die des Unparteiischen beim Duell beschränken müsse.

Ich glaube, das große Vertrauen, das Sie mir in Ihren Briefen aussprechen, nicht besser erwidern zu können, als indem ich Ihnen offen, ohne alle diplomatischen Umschweife, meine Ansicht über die Sachlage mitteile. Ich unterstelle dabei, daß es Ihnen wie mir nur um die Sache zu tun ist. Ich erkenne unbedingt die Intelligenz und Energie an, womit Sie in der Arbeiterbewegung wirken. Ich habe diese meine Ansicht keinem meiner Freunde verhehlt. Wo ich mich öffentlich auszusprechen habe — im Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation und im hiesigen deutschen Kommunistenverein — habe ich Sie beständig als einen Mann unserer Partei behandelt und nie ein Wort über Differenzpunkte fallen lassen.

Dennoch bestehen solche Differenzpunkte.

D'abord, was den Lassalleschen Verein anbetrifft, so war er gestiftet in einer Zeit der Reaktion. Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle — und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst — die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland. Aber er beging große Fehler. Er ließ sich zu sehr durch die unmittelbaren Zeitumstände beherrschen. Er machte den kleinen Ausgangspunkt — seinen Gegensatz gegen einen Zwerg wie Schulze-Delitzsch — zum Zentralpunkte seiner Agitation — Staatshilfe gegen Selbsthilfe. Er nahm damit nur die Parole auf, die Buchez, der Chef des französischen katholischen Sozialismus, 1843 sqq. gegen die wirkliche Arbeiterbewegung in Frankreich ausgegeben hatte. Viel zu intelligent, um diese Parole für etwas anderes als ein transitorisches pis aller zu halten, konnte er sie nur durch ihre unmittelbare (angebliche!) practicability rechtfertigen. Zu diesem Behufe mußte er ihre Ausführbarkeit für die nächste Zukunft behaupten. Der „Staat" verwandelte sich daher in den preußischen Staat. So wurde er zu Konzessionen an das preußische Königtum, die preußische Reaktion (Feudalpartei) und selbst die Klerikalen gezwungen.

Mit der Buchezschen Staatshilfe für Assoziationen verband er den Chartistenruf des allgemeinen Wahlrechts. Er übersah, daß die Bedingungen in Deutschland und England verschiedene. Er übersah die Lektionen des bas empire über das allgemeine Wahlrecht. Er gab ferner von vornherein — wie jeder Mann, der behauptet, eine Panazee für die Leiden der Arbeiter in der Tasche zu haben — seiner Agitation einen religiösen Sektencharakter. In der Tat, jede Sekte ist religiös. Er verleugnete ferner, eben weil Sektenstifter, allen natürlichen Zusammenhang mit der früheren Bewegung. Er fiel in den Fehler Proudhons, die reelle Basis seiner Agitation nicht aus den wirklichen

Elementen der Klassenbewegung zu suchen, sondern letzterer nach einem gewissen doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben zu wollen.

Was ich hier post festum sage, habe ich großenteils dem Lassalle vorhergesagt, als er 1862 nach London kam und mich aufforderte, mich mit ihm an die Spitze der Bewegung zu stellen.

Sie selbst haben den Gegensatz zwischen Sektenbewegung und Klassenbewegung in eigener Person erfahren. Die Sekte sucht ihre raison d'être in ihrem point d'honneur, nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung gemein hat, sondern in dem besonderen Schiboleth, das sie von ihr unterscheidet. Als Sie daher zu Hamburg den Kongreß zur Trade Unionsstiftung vorschlugen, konnten Sie den Sektenwiderstand nur niederschlagen durch Drohung, die Präsidentenwürde niederzulegen. Sie waren außerdem gezwungen, Ihre Person zu verdoppeln, zu erklären, das eine Mal als Sektenhaupt und das andere Mal als Organ der Klassenbewegung zu handeln.

Die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gab Ihnen den Anlaß, einen großen Fortschritt zu vollziehen und zu erklären, zu beweisen, s'il fallait, daß nun ein neues Entwicklungsstadium eingetreten und der Augenblick für die Sektenbewegung reif sei, in die Klassenbewegung aufzugehen und allem ‚Anertum' ein Ende zu machen. Was den wahren Inhalt der Sekte betraf, würde sie ihn, wie alle früheren Sekten, als bereicherndes Element in die allgemeine Bewegung tragen. Statt dessen haben Sie in der Tat die Forderung an die Klassenbewegung gestellt, sich einer besonderen Sektenbewegung unterzuordnen. Ihre Nichtfreunde haben daraus geschlossen, daß Sie unter allen Umständen Ihre ‚eigene Arbeiterbewegung' konservieren wollen.

Was den Berliner Kongreß betrifft, so war d'abord die Zeit nicht drängend, da das Koalitionsgesetz noch nicht votiert ist, Sie mußten sich also mit den Führern außerhalb des Lassalleschen Kreises verständigen, gemeinsam mit ihnen den Plan ausarbeiten und den Kongreß berufen. Statt dessen ließen Sie nur die Alternative, offen sich Ihnen anzuschließen —, oder Front gegen Sie zu machen. Der Kongreß selbst erschien nur als erweiterte Auflage des Hamburger Kongresses.

Was den Statutenentwurf betrifft, so halte ich ihn für prinzipiell verfehlt, und ich glaube, soviel Erfahrung als irgend ein Zeitgenosse auf dem Gebiete der Trade Unions zu haben. Ohne hier weiter auf Details einzugehen, bemerke ich nur, daß die Organisation, so sehr sie für geheime Gesellschaften und Sektenbewegungen taugt, dem Wesen der Trade Unions widerspricht. Wäre sie möglich — ich erkläre sie tout bonnement für un-

möglich —, so wäre sie nicht wünschenswert, am wenigsten in Deutschland. Hier, wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bureaukratisch gemaßregelt wird und an die Autorität, die vorgesetzte Behörde glaubt, gilt es vor allem, ihn selbständig gehen zu lehren.

Ihr Plan ist auch sonst unpraktisch. Im Verband drei unabhängige Mächte verschiedenen Ursprungs: 1. der Ausschuß, gewählt von den Gewerken; 2. der Präsident (eine hier ganz überflüssige Person), gewählt durch allgemeines Stimmrecht. (In den Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation figuriert auch ein Präsident der Assoziation. Er hatte jedoch in Wirklichkeit nie eine andere Funktion, als den Sitzungen des Generalrats zu präsidieren. Auf meinen Vorschlag schaffte man 1867 die Würde, die ich 1866 ausschlug, ganz ab und ersetzte sie durch einen Vorsitzenden (chairman), der in jeder Versammlung des Generalrats gewählt wird. Der London Trades Council hat ebenfalls nur einen chairman. Sein stehender Beamter ist nur der Sekretär, weil dieser eine kontinuierliche Geschäftsfunktion verrichtet.) 3. der Kongreß, gewählt durch die Lokalitäten. Also überall Kollision, und das soll „rasche Aktion" befördern. Lassalle beging großen Mißgriff, als er den élu du suffrage universel aus der französischen Konstitution von 1852 entlehnte. Nun gar in einer Trade Unionsbewegung! Diese dreht sich großenteils um Geldfragen, und Sie werden bald entdecken, daß hier alles Diktatortum aufhört.

Indes welches immer die Fehler der Organisation, sie können vielleicht durch rationelle Praxis mehr oder minder ausgemerzt werden. Ich bin bereit, als Sekretär der Internationalen den Vermittler zwischen Ihnen und der Nürnberger Majorität, die sich direkt der Internationalen angeschlossen hat, zu spielen — auf rationeller Grundlage, versteht sich. Ich habe dasselbe nach Leipzig geschrieben. Ich verkenne die Schwierigkeiten Ihrer Stellung nicht und vergesse nie, daß jeder von uns mehr von den Umständen als seinem Wollen abhängt.

Ich verspreche Ihnen unter allen Umständen die Unparteilichkeit, die meine Pflicht ist. Andererseits kann ich aber nicht versprechen, daß ich nicht eines Tages als Privatschriftsteller — sobald ich es für absolut durch das Interesse der Arbeiterbewegung diktiert halte — offene Kritik an dem Lassalleschen Aberglauben üben werde, wie ich es seinerzeit an dem Proudhonschen getan habe.

Indem ich Sie persönlich meines besten Willens für Sie versichere, Ihr ergebener K. Marx."

Was Marx in diesem Briefe über Lassalle sagt, kann hier füglich dahin gestellt bleiben; es ist an anderen Orten genügend

beleuchtet worden. Seine Kritik Schweitzers ist aber auch nur teilweise berechtigt. Schweitzer hat den Krieg nicht provoziert; die „Belegstellen" aus dem Sozialdemokraten können nur Erwiderungen sein, zu denen sich Schweitzer Mitte September entschloß, nachdem er sich vom Januar ab schweigend vom Demokratischen Wochenblatt hatte anfahren lassen. Hinfällig war auch der Unterschied, den Marx zwischen Sektenbewegung und Klassenbewegung machte. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war niemals eine Sekte gewesen, und wenn er in seinen Anfängen seinem Stifter eine fast religiöse Verehrung widmen mochte, so hatte er im Jahre 1868 längst alles „Anertum" abgestreift. Hätte Schweitzer sich nach dem Verbot des Vereins zu dessen Auflösung entschlossen, so wäre die einzige sozialistische Arbeiterorganisation Deutschlands zerstört worden, denn die Nürnberger Vereine stellten zunächst höchstens als Embryo eine solche Organisation dar. Es mag dabei auch gleich erwähnt sein, daß der — nicht von Marx, aber von anderer Seite erhobene — Vorwurf, wonach Schweitzer dadurch einen „Schurkenstreich" begangen haben soll, daß er den Sitz des neuen Vereins nach Berlin verlegte, ebenfalls hinfällig ist. Schweitzer wußte recht gut, daß die Leipziger Polizei nur einem Winke aus Berlin gefolgt war, als sie den Verein verbot, aber eben dadurch war ja bewiesen, daß der Verein in irgendeinem der Mittel- und Kleinstaaten mit etwas besserem Vereinsrecht, als das preußische war, sich nicht sicherer befand, als in der Höhle des Tigers selbst, wo er Auge um Auge mit seinem gefährlichsten Gegner kämpfen konnte. Endlich was Marx über den Berliner Kongreß sagt, ist auch nicht unanfechtbar. Erstens drängte wirklich die Zeit, denn wenn auch die Koalitionsverbote erst im Jahre 1869 aufgehoben wurden, so schickte sich doch die Fortschrittspartei, die damals noch einen beträchtlichen Anhang unter den Arbeitern besaß, im Herbst 1868 an, Gewerkvereine zu kapitalischen Nutz und Frommen zu gründen, und zweitens war es eine etwas harte Zumutung an Schweitzer, sich mit den „Führern außerhalb des Lassalleschen Kreises" zu verständigen, die ihn unausgesetzt wegen seines Verrats an der Arbeitersache anklagten. Mindestens trifft dieser Vorwurf ebenso scharf die andere Seite, die sich unter einem hinfälligen Vorwande geweigert hatte, den Berliner Kongreß zu beschicken, den Schweitzer allen deutschen Arbeitern offen hielt.

Vollkommen zutreffend ist dagegen die Kritik, die Marx an dem Organisationsplan Schweitzers übte. Dessen künstlich aufgetürmter Bau brach denn auch schon nach Jahr und Tag zusammen, um einem Allgemeinen Unterstützungsverbande zu weichen, der dem Wesen der Trade Unions womöglich noch fremder war. In dieser Frage hatte die sozialpolitische Einsicht Schweitzers ihre bestimmte Grenze. Es war die starke Seite der Nürnberger

Vereine, daß sie ihm hierin überlegen waren. Sie bauten die Gewerkschaften, mit deren Gründung sie nunmehr auf eigene Faust vorgingen, auf rationeller Grundlage auf, und es war wohl auf Anregung von Marx, daß sie Ende November sich zu einer gewerkschaftlichen Generalversammlung erboten, um eine Einigung und Verschmelzung beider Richtungen herbeizuführen, einstweilen aber in ein Vertragsverhältnis zu gegenseitiger Unterstützung zu treten. Dies wurde von Schweitzer schroff abgelehnt; er verlangte den Eintritt in seinen Verband, wo dann die andere Richtung für die ihr gut scheinenden Aenderungen wirken könne. Das war gewiß ebenso gefehlt, als die Weigerung der Nürnberger Vereine, den Berliner Kongreß zu beschicken, wobei natürlich nicht übersehen werden darf, daß die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung doch tiefere Wurzeln hatte, als die Mißgriffe von dieser oder jener Seite, die weit mehr Symptome, als Ursachen waren.

Jedenfalls war Schweitzer von der Ueberzeugung durchdrungen, auf dem richtigen Wege zu sein. Er antwortete am 2. Dezember auf den Brief von Marx, wie folgt:

„Sehr geehrter Herr! Ich schreibe Ihnen, unmittelbar bevor ich auf längere Zeit das Gefängnis betrete. Die Verurteilung lautet auf drei Monate, ich gedenke indessen, nach fünf bis sechs Wochen aus Gesundheitsrücksichten Urlaub nehmen zu können.

Ihr letzter Brief hat mich insofern sehr gefreut, als ich die Ausführlichkeit, mit der Sie mir Auskunft erteilt haben, nur dankend anerkennen kann. Ich gestehe indessen, daß ich viele der wesentlichsten Aeußerungen mit dem besten Willen nicht verstehen konnte. Vielleicht haben Sie unser Statut doch nur in der Eile gelesen. Es muß Ihnen entgangen sein, daß das — übrigens aus d r e i Personen — bestehende Präsidium in den wichtigsten Fragen (Streiks usw.) gar nicht mitzusprechen, sondern einfach nach den Beschlüssen des großen, aus lauter Arbeitern bestehenden Ausschusses zu verfahren hat. Es kann also nur der immer berechtigte moralische Einfluß hier geltend gemacht werden. Auch bietet zum Beispiel unser Statut für das Kassenwesen weit mehr Garantien, als das von Liebknecht ausgearbeitete Statut. Sie werden gewiß in manchen Punkten Ihre Ansicht modifizieren, wenn Sie das freilich etwas umfangreiche Statut genauer prüfen. Ich bescheide mich indessen, unter allen Umständen Ihre bessere Sachkenntnis anzuerkennen. Auch finde ich Trost in zweien Ihrer Aeußerungen: daß jeder an bestimmte Verhältnisse gebunden ist und daß man durch gute Praxis manche Fehler der Theorie korrigieren kann. Ich kann Ihnen die feste Versicherung geben, daß die Praxis so undiktatorisch wie nur irgend möglich gehandhabt wird.

Sie hatten in Ihrem Bericht die Freundlichkeit, Ihre Vermittlung zwischen uns und Liebknecht usw. anzubieten. Allein in dieser Beziehung ist Hopfen und Malz verloren. Ich weiß aus hundertfachen Berichten, daß Liebknecht usw. gegen die Partei des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wühlen, sogar mit offenbaren frechen Lügen, wie: daß ich bei der Militärvorlage für die Regierung gestimmt hätte. Der Krieg zwischen uns und diesen Herren ist unvermeidlich geworden und er ist in der Tat ausgebrochen. Besser offener Krieg als dieses verdeckte Wesen mit heimlich schleichenden Intrigen. Es ist offenbarer persönlicher Haß gegen mich vorhanden und dieser Haß überträgt sich auf den ganzen Verein. Mit den Herren Liebknecht und Genossen wird also jetzt allerdings Krieg geführt werden. Allein ich habe den strengsten Auftrag erteilt, daß die Internationale nicht in den Streit hineingezogen werde, daß vielmehr in dieser Beziehung Frieden und Eintracht aufrechterhalten werden sollen, wenn nicht etwa die offiziellen Organe der Internationale sich gegnerisch einmischen. Selbst für diesen Fall habe ich es für wünschenswert erklärt, daß tiefergehende Differenzen vermieden werden, bis ich wieder am Platze bin.

Was unser Verhältnis Liebknecht usw. gegenüber betrifft, so kann ich meine Meinung sehr kurz zusammenfassen: Dieses Verhältnis ist so verbittert, daß in dauerhafter Weise Ruhe und Frieden nur durch Ihre persönliche Intervention, an Ort und Stelle, oder auch am dritten Ort, aber persönlich herzustellen wären. Auf beiden Seiten ist Ihre geistige Eminenz anerkannt, und ich glaube, gerade von unserer Seite ist dies mit einer Wärme und einem Nachdruck geschehen (und wird auch weiter geschehen), die aber auch uns nur möglich waren, weil der Verdacht persönlicher Vorliebe nach bekannten Vorgängen gänzlich ausgeschlossen war. Sie könnten also wohl vermitteln bei günstiger Gelegenheit. Aber es bedürfte dazu persönlichen Eingreifens. Es wäre sicher von höchstem Vorteil für die Entwickelung der Dinge gewesen, wenn Sie hätten in Hamburg oder ich in Brüssel erscheinen können. Leider ist es nicht hierzu gekommen. Der Krawall, der jetzt entstehen wird, hat keine übermäßige Bedeutung. Auch dies vergißt sich nach einiger Zeit, vorausgesetzt freilich, daß nicht alle Schranken überschritten werden. Ich will hoffen, daß diese Voraussetzung bei der gegenseitigen Bekämpfung eintrete. So viel aber wird nach Lage der Dinge unvermeidlich sein, daß es in den nächsten Monaten zum Ausdruck kommen muß, ob die Mehrheit der deutschen Arbeiter und insbesondere die tatkräftigen Elemente auf seiten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins oder auf seiten der sogenannten ‚Volkspartei' stehen. Wenn Sie von Sekte sprechen, so haben Sie, glaube ich, nicht genug gewürdigt, daß unter meiner Leitung der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein

beständig mit der europäischen Arbeiterbewegung gleichen Schritt zu halten bestrebt war. Welche richtige Erkenntnis hätten wir von uns gewiesen? So habe ich zum Beispiel in letzter Zeit fortwährend im Blatt wie in ausführlichen Vorträgen die Bedeutung des Normalarbeitstages klargestellt. Die Auffassung der Partei hat sich so fortentwickelt, wie es sicherlich auch unter Lassalles Leitung geschehen wäre. Er hat sicherlich manche gewagten Experimente gemacht, er hätte sich aber ganz gewiß auch — ich wenigstens bin es überzeugt — richtig wieder herausgewunden. Er wäre auf Fortentwickelung der Auffassung bedacht gewesen. Auch ich habe manches gewagte Experiment gemacht, mehr noch, ich habe sogar manche Fehler gemacht und werde sie vielleicht auch noch in Zukunft machen; allein im großen und ganzen bin ich mir bewußt, den richtigen Weg gegangen zu sein und werde ihn hoffentlich auch weiter finden. Ich bin nicht bescheiden; ich weiß meine Befähigung richtig zu schätzen — nach oben wie nach unten. Ich sage mit Bestimmtheit, daß ich besser zur Führung geeignet bin wie Herr Liebknecht, und daß ich die Sache besser verstehe. Ich setze hinzu, daß hinwiederum Sie sie besser verstehen wie ich. Ich bin unter solchen Umständen derjenigen Partei, die nun einmal meine Leitung will, es schuldig, mit aller Kraft auf meinem Posten auszuharren, bis ich mit aufrichtigem Sinn meiner Partei einen Führer empfehlen kann, von dem ich die Ueberzeugung habe, daß er die Sache besser versteht als ich. Zwei Führerschaften aber sind vom Uebel.

Es hat mich gedrängt, Ihnen das alles noch kurz vor Toresschluß mitzuteilen. Sobald ich wieder in Freiheit bin, werde ich Sie benachrichtigen. Hoffentlich hat dieser Brief Sie überzeugt, daß es sich bei mir nicht um kleinliche Rivalitäten handelt, sondern daß ich nach so vielen feierlichen Versprechungen mich der Partei gegenüber für verpflichtet halten muß, alle Versuche, welche sich gegen die von uns angestrebte Einheit der Partei durch ganz Deutschland richten, soweit an mir liegt, niederzuschlagen. Auch bin ich auf die Länge über den Erfolg nicht in Sorgen.

Indem ich Sie bestens grüße und die Hoffnung ausspreche, daß Ihre Gesundheit sich dauernd bessern möge, grüße ich mit vorzüglicher Hochachtung J. B. v. Schweitzer."

Dies ist der letzte Brief, den Schweitzer an Marx gerichtet hat, der letzte wenigstens, der sich erhalten hat, aber vermutlich auch der letzte, der überhaupt geschrieben wurde. Auf den Versuch einer persönlichen Vermittlung ist Marx nicht eingegangen, und es ist gewiß sehr fraglich, ob der etwas genützt haben würde. Denn man darf niemals vergessen, daß es doch historische Gegensätze waren, die in persönliche Reibereien ausbrachen. Aber Schweitzer bewies durch seinen Vorschlag wenigstens den

guten Willen, das persönliche Element nach Möglichkeit auszuschalten. Trotz der Schärfe der persönlichen Angriffe, die gegen ihn gerichtet wurden, legte er ihnen kein übertriebenes Gewicht bei. Dagegen traf seine Voraussetzung, daß diese Angriffe nicht alles Maß überschreiten würden, nicht zu. Die unerquicklichen Einzelheiten können hier übergangen werden; es genügt, darauf hinzuweisen, daß Bebel im zweiten Bande seiner Denkwürdigkeiten sagte: „Im Januar 1869 setzten wir unseren schon früher gegen Schweitzer im Demokratischen Wochenblatt und in Volksversammlungen anfgenommenen Kampf mit aller Vehemenz und mit schwersten Geschütz fort."

Durch den Tod seines Vaters erhielt Schweitzer den Urlaub aus dem Gefängnis noch früher, als er gehofft hatte. Er benutzte die freie Zeit, um die Generalversammlung zu Ende März nach Barmen-Elberfeld auszuschreiben. Er selbst brachte nur einen Antrag ein, der — noch deutlicher als es schon in Hamburg geschehen war — den engen Anschluß des Vereins an die Internationale feststellte, „soweit es die deutschen Vereinsgesetze gestatteten," also mit einem rein formalen Vorbehalte. Da der Verein nun finanziell genügend gekräftigt war, um eine systematische Agitation einleiten zu können, so verfügte Schweitzer, übrigens im Einverständnis mit dem Vorstande, eine solche Agitation für das Königreich Sachsen und die süddeutschen Staaten, für das erste mit dem ausdrücklich angegebenen Zweck, die „Sonderbestrebungen" der Gräfin Hatzfeldt, deren Sekte in Sachsen den verhältnismäßig größten Anhang hatte, sowie der „Herren Bebel und Liebknecht" lahmzulegen. Deren gutes Recht war es selbstverständlich, sich dagegen zur Wehr zu setzen, aber sie spitzten auch jetzt die Meinungsverschiedenheiten persönlich zu, indem Liebknecht sich bereit erklärte, allein oder mit Bebel in der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu beweisen, daß Schweitzer, für Geld oder aus Neigung, seit dem Ende des Jahres 1864 die Organisation der Arbeiterpartei systematisch hintertreibe, das Spiel des Bismärckischen Zäsarismus spiele und alle Bemühungen vereitele, die Einigung der Partei herzustellen. Schweitzer nahm diese Herausforderung an; Bebel und Liebknecht erhielten offizielle Einladungen zu der Generalversammlung in Barmen-Elberfeld.

An ihrem Vorabend schrieb Bebel, wie er in seinen Denkwürdigkeiten berichtet, an Marx: „Liebknecht und ich sitzen eben hier in Elberfeld in einem kleinen Kreise von Gesinnungsgenossen, um den Feldzugsplan für die morgige Schlacht vorzubereiten. Wir haben hier eine Fülle von Schuftereien Schweitzers zu hören bekommen, daß uns die Haare zu Berge stehen. Ebenso stellt sich zur Evidenz heraus, daß Schweitzer das Programm der

Internationalen nur zu dem Zwecke vorschlägt, einen Hauptcoup gegen uns zu führen und ein gut Teil oppositioneller Elemente niederzuschlagen, respektive zu sich herüberzuziehen. Ich bitte Sie deshalb, zugleich im Namen Liebknechts und sämtlicher hiesiger Freunde, eine etwaige Ratifikation (wohl Druckfehler für: Notifikation) des betreffenden Beschlusses der Generalversammlung durch Schweitzer vorläufig unberücksichtigt zu lassen oder wenigstens nur sehr vorsichtig zu beantworten. Nähere Mitteilungen folgen bald nach. Ueber den Ausgang der morgigen Disputation läßt sich noch gar nichts sagen, nur das eine kann ich mitteilen, daß Schweitzer mit allen Mitteln der Perfidie und Intrige gegen uns wühlt, auf einen durchschlagenden Erfolg hoffen wir auf keinen Fall."

In der Tat blieb dieser Erfolg aus. Nicht wegen Schweitzers Perfidie, sondern weil die Anklagen, daß Schweitzer durch die Bismarckartikel die großpreußische Politik habe unterstützen und durch seinen Arbeiterschutzgesetzentwurf die proletarische Bewegung in Bismarcks Hände habe spielen wollen, daß er für das Militärgesetz gestimmt habe usw., bei den Delegierten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unmöglich durchschlagen konnten. Die Schuld Schweitzers war nur, daß er sich selbst die günstige Situation verdarb, indem er diktatorisch beanspruchte, daß ihm ohne alle Diskussion ein Vertrauensvotum erteilt würde. Damit stieß er einen Teil der Delegierten vor den Kopf, die sonst für das Vertrauensvotum gestimmt haben würden, aber sich nunmehr der Abstimmung enthielten. Ohnehin machte sich jetzt, wo der Verein auf festen Füßen zu stehen begann, gerade auch unter den intelligenten Mitgliedern, die ehedem eine vorübergehende Diktatur befürwortet hatten, die Ansicht geltend, daß die Tage dieser Diktatur gezählt seien. Einstweilen beschloß die Generalversammlung, die Organisation des Vereins etwas demokratischer zu gestalten, namentlich dadurch, daß der bisher ganz einflußlose Vorstand einigermaßen aktionsfähig gemacht und eine Beschwerdeinstanz über das Vereinsorgan gestellt wurde.

Schweitzer nahm diese Beschlüsse hin, und er konnte es ohne Schädigung seines Ansehens tun, denn ein wirkliches Mißtrauen gegen ihn bestand höchstens bei zwei oder drei Delegierten der Generalversammlung. Er bot jetzt sogar, wie wiederum Bebel in seinen Denkwürdigkeiten berichtet, die Hand zu einem freundlichen Einvernehmen mit seinen Gegnern. Man beschloß die gegenseitige Bekämpfung einzustellen, und namentlich auch im Reichstage, der im Frühjahr die Beratung der neuen Gewerbeordnung begann, sich gegenseitig zu unterstützen.

Vierzehntes Kapitel.

Das „Parlamenteln" Schweitzers.

Einige Grundbegriffe des Sozialismus.

Reichstagsrede vom 17. März 1869.

Meine Herren, Sie werden mir zugeben, daß ich nicht die Gewohnheit habe, das Hohe Haus mit langen Reden aufzuhalten; indessen ich muß heute, ich will nicht sagen lange sprechen, aber doch länger als gewöhnlich. Ich werde diejenigen Zusätze und Abänderungen, welche meine Parteigenossen und ich zur Gewerbeordnung beantragen, heute in ihren Grundzügen Ihnen in Aussicht stellen, und damit ich dies kann und Sie in der Lage sind unsere Anträge richtig zu würdigen, bin ich genötigt, einige Grundbegriffe des Sozialismus hier zu entwickeln. Ich glaube wohl es ist der Mühe wert, daß dies hier geschieht — zum erstenmal in Deutschland auf der Tribüne eines gesetzgebenden Körpers. Sie mögen vom Sozialismus halten, was Sie wollen, soviel steht fest, daß es eine Richtung ist, welcher ein großer Teil der Arbeiter tatsächlich huldigt.

Wir gehen von dem Gesichtspunkte aus, daß das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein Kriegszustand ist, und um diese Auffassung zu rechtfertigen und diejenigen Mittel zu rechtfertigen, die wir zu dem Kriege nötig zu haben glauben, ist vor allem nötig, daß ich auseinandersetze, warum und wie dieser Kriegszustand vorhanden ist und warum wir uns berechtigt halten, diesen Krieg überhaupt zu führen.

Wenn man ein Werk der ökonomischen Wissenschaft nach der herrschenden Schule aufschlägt, so findet man die Behauptung aufgestellt, welche im wesentlichen richtig ist: daß alle Einnahmen der heutigen Gesellschaft, durch welche das Ergebnis der nationalen Produktion unter die einzelnen verteilt wird,

dreierlei sind: 1. Arbeitslohn, 2. Kapitalgewinn, 3. Bodenrente. Was zunächst den Arbeitslohn betrifft, so ist es kaum notwendig, über die Bedeutung dieses Wortes etwas hinzuzufügen. Der Arbeitslohn ist eben der Preis, welchen der Arbeiter für die Arbeitskraft, die er auf Tage oder Wochen verkauft hat, erhält. Was den Kapitalgewinn betrifft, so zerfällt er einmal in den Zins, d. h. denjenigen Wert, den ein Kapitalist für das bloße Verleihen seines Kapitals ohne alles Risiko erhält, und ferner in Unternehmergewinn, d. h. denjenigen Gewinn, welchen ein Warenproduzent dadurch macht, daß er das Kapital tatsächlich in der Produktion engagiert. Ich muß hier ein Mißverständnis fernhalten. Man hört hier und da sagen, der Unternehmergewinn sei teilweise Arbeitslohn. Das mag richtig sein. Insofern der Unternehmer bei der Leitung der Produktion mitwirkt, kann er sagen, daß der entsprechende Teil seines Gewinns Arbeitslohn ist. Indes bei der ganzen Frage, über welche hier verhandelt wird, entscheiden die Verhältnisse der Großproduktion. Das kleine Handwerk und Erscheinungen ähnlicher Art sind Zwittergestalten aus früherer Zeit, welche mehr und mehr verschwinden. Bei der großen Produktion aber ist der Teil des Unternehmergewinns, welcher als Arbeitslohn betrachtet werden könnte, sehr untergeordnet. In großen Fabriken oder bei Eisenbahnunternehmungen ist das Gehalt des Direktors, wenn nicht der Unternehmer selbst dirigiert, eine verschwindende Größe im Verhältnis zu demjenigen, was überhaupt an Wert eingenommen oder als Dividende verteilt wird. Wir können also diesen Gegenstand außer acht lassen. Wir wollen den Kapitalgewinn rein nehmen in seiner Erscheinung zunächst als Zins und weiter als denjenigen Unternehmergewinn, der übrig bleibt, wenn man absieht von dem Anteil, den der Unternehmer sich als Arbeitslohn nehmen kann; denjenigen Teil des Unternehmergewinns, der, wie man behauptet, dem Risiko entspricht. Wir haben drittens die Bodenrente, d. h. denjenigen Profit, den jemand dadurch macht, daß er Eigentümer von Grund und Boden ist, und der durchaus nicht zusammenfällt mit dem Kapitalgewinn. Daß in letzterer Beziehung zwei verschiedene Elemente vorliegen, tritt deutlich im Falle der Pacht hervor. Wenn man sich ein großes Gut denkt, welches verpachtet ist, so macht der Pächter mit dem Kapital, mit dem er auf diesem Gute arbeitet, seinen Kapitalgewinn, und abgesehen von diesem Kapitalgewinn ist er in der

Lage, dem Eigentümer des Grund und Bodens ein Pachtgeld, die sogenannte Bodenrente, zu zahlen.

Meine Herren! Wir haben also die drei Einnahmequellen der heutigen Gesellschaft festgestellt, und über diesen Punkt, soweit er uns hier überhaupt interessiert, ist auch eigentlich kein Streit. Es handelt sich nun, da doch hier ein Tauschwert vorliegt, der sich unter gewisse Klassen der Gesellschaft verteilt. darum, herauszubringen, wie denn diese verschiedenen Klassen der Gesellschaft dazu kommen, den Tauschwert, dieses Ergebnis der nationalen Produktion, unter sich zu verteilen.

Die erste Frage, die hier zu erörtern ist, ist diese: wie entsteht überhaupt der Tauschwert? Die herrschende Richtung hat ein Interesse daran, diese Frage zu verwirren mit einer anderen Frage, nämlich mit der Frage: anf welchen Vorwand oder auf welchen angeblichen Grund hin ziehen bestimmte Leute einen bestimmten Teil des Tauschwertes an sich? Diese letztere Frage muß auch erörtert werden; zuerst aber muß hiervon die Frage rein abgesondert werden: wie entsteht überhaupt der Tauschwert? Nun, meine Herren, betrachten wir uns irgend eine beliebige Unternehmung der großen Produktion, beispielsweise eine große Fabrik. Ist es hier nun zunächst das Kapital, welches den Tauschwert schafft? Antwort: Nein! Es wird das klar, wenn man ein ganz einfaches Beispiel nimmt. Wenn aus Leder — Leder ist Kapital — Schuhe oder Stiefel gemacht werden, so geht zwar der Wert, der in dem Leder bereits steckt, auch auf das neue Fabrikat, die Schuhe oder Stiefel, über; aber ein neuer Wert wird an sich dadurch nicht geschaffen, daß das Leder in die Schuhe oder Stiefel übergegangen ist. Ebenso ist es mit den Werkzeugen, mit der Maschine. Die Maschine muß den Wert, den sie bereits hat, an die neuen Fabrikate abgeben. Der Wert der Maschine muß sich ersetzen in den neuen Fabrikaten, aber die Maschine selbst bringt keinen Tauschwert hervor. Wenn es heute gelingt, eine Maschine, die noch einmal so viel leistet wie eine andere, zu demselben Preise herzustellen, so daß diese neue Maschine noch einmal so viel Ware produzieren hilft wie früher die alte Maschine, so werden die Waren entsprechend wohlfeiler. Es weiß jedermann, daß es infolge der freien Konkurrenz notwendig ist, nunmehr die Ware entsprechend wohlfeiler zu verkaufen. Weder das stehende Kapital, noch das umlaufende Kapital erzeugt neuen Tauschwert; es überträgt nur in der Produktion den in

ihm bereits vorhandenen Tauschwert. Nun, meine Herren, wie entsteht aber der neue Tauschwert? Es ist doch ein solcher da! Denn wenn der Großfabrikant, z. B. am Ende des Jahres, seine Fabrikate verkauft — wir setzen jetzt bis auf weiteres voraus, daß das Geschäft gut geht; vom Risiko später! — ersetzt sich ihm nicht nur 1. das ganze umlaufende Kapital, 2. die gesamte Abnutzung des stehenden Kapitals, es ersetzt sich 3. auch die gesamte Arbeitslöhnung, die er bezahlt und wofür er sich Arbeitskraft gekauft hat, und es ist schließlich ein Ueberschuß da, der dann in die Zinsen und in den Unternehmergewinn zerfällt. Wo kommt dieser Ueberschuß her? Meine Herren, sogar für die herrschende Schule, wenigstens in England unbedingt — und die Engländer müssen es wohl am besten verstehen, da sie die ausgebildetsten Verhältnisse vor sich haben — steht es fest, daß dieser neue Tauschwert lediglich durch Arbeit entstanden ist. Man sollte zwar glauben, das sei nicht möglich, indem ja die Arbeit anscheinend im Arbeitslohn bezahlt ist. Aber gerade hier liegt die Täuschung. Nach dem heutigen Wertgesetze hat eine Ware so viel Tauschwert als in ihrer Arbeit verkörpert ist. Wenn wir sehen, daß die eine Ware 100 Taler wert ist und die andere 100 Taler, so ist in der einen Ware wie in der anderen und ebenso in den 100 Talern gleich viel Arbeit verkörpert. Die Arbeitskraft selbst folgt diesem allgemeinen Wertgesetz. Der Wert wird bestimmt durch diejenige Arbeit, die nötig ist, die Arbeitskraft selbst zu produzieren. Wenn der Arbeiter, um bestehen und arbeiten zu können, täglich Waren im Werte von 15 Silbergroschen braucht — Lebensmittel — so ist der Tageswert seiner Arbeitskraft 15 Sgr. Das ist der „natürliche Wert", nach dem sie sich verkauft auf dem Arbeitsmarkt. Aber dies schließt nicht aus, daß, wenn die Arbeitskraft dann in Gang gesetzt wird, sie in einem Tage einen Wert von — ich will sagen 1 Taler produziert. Die Arbeitskraft selbst, ihrem Tauschwerte nach, wird bestimmt durch die notwendigen Lebensmittel für den Arbeiter; aber der Wert, den die Arbeitskrafft schafft, ist größer als derjenige Wert, der für Ankauf der Arbeitskraft im Lohn gegeben wird. Wenn wir annehmen, es sei für einen einfachen Durchschnittsarbeiter in sechs Stunden möglich, einen Wert von 15 Silbergroschen zu produzieren, so hat der Arbeiter in diesen ersten sechs Stunden einen Wert hervorgebracht, gleich dem Werte des Lohnes, den sein Meister oder Fabrikherr ihm gibt. Er

muß aber länger arbeiten als sechs Stunden. Der Wert von weiteren 15 Silbergroschen, den er in den zweiten sechs Stunden produziert, dies, meine Herren, ist ein Wert, den er nicht für sich schafft, dies ist ein Wert, den er für den Kapitalisten schafft. Es hat sich also im Gegensatz zur Sklaverei oder zur Leibeigenschaft eigentlich nur die Form geändert, wie unvergütete, unbezahlte Arbeit aus dem Menschen herausgepreßt wird, nicht aber hat sich diese Herauspressung selbst geändert. Auch der Sklave bei seinem Sklavenherrn arbeitet eine bestimmte Zeit des Tages für sich, so lange nämlich als er notwendig hat, um einen Wert hervorzubringen, gleich dem Werte der Lebensmittel, die der Sklavenherr ihm geben muß; so lange, meine Herren, arbeitet der Sklave für sich; erst wenn der Ueberschuß kommt, dann arbeitet er für den Sklavenherrn. Ganz dasselbe Verhältnis ist heute da. Solange der Arbeiter arbeitet, um einen Wert hervorzubringen, gleich dem Lohne, den er bekommt, so lange arbeitet er für sich; in der ganzen übrigen Zeit arbeitet er, um den Kapitalgewinn, um also diejenige Quote hervorzubringen, die unter verschiedenen Vorwänden auf die besitzenden Klassen fällt.

Wenn nun, meine Herren, feststeht, daß dies die Entstehung des Tauschwertes ist, so fragt es sich weiter, auf welche Gründe hin beansprucht denn die besitzende Klasse diesen Tauschwert, den der Arbeiter, der Besitzlose hervorbringt? Da hört man zunächst sagen: es ist nötig so, wegen des Risikos; denn derjenige, der in einem Geschäfte Kapital engagiert, der kann ja auch sein Kapital einbüßen. Meine Herren, das ist richtig, aber die Frage steht eben nicht zwischen einzelnen Arbeitern und einzelnen Kapitalisten oder Unternehmern, sondern die Frage steht zwischen der Gesamtklasse der Kapitalisten und Unternehmer einerseits und der Gesamtklasse der Arbeiter andererseits. Das Risiko, welches der einzelne hat, fällt weg, wenn Sie die Kapitalistenklasse im großen betrachten. Der sogenannte Nationalreichtum in allen zivilisierten Ländern ist in fortwährendem Steigen begriffen. Wenn Sie z. B. nach England sehen, so hat Gladstone als Schatzkanzler wiederholt konstatiert, daß der Nationalreichtum beständig zunehme, daß diese Zunahme aber lediglich den besitzenden Klassen zugute komme, während dagegen die Arbeiterklasse immer beständig in dem Zustande bleibt, daß sie nur das Notwendigste zum Leben hat. Der Nationalreichtum

steigt, es ist also im großen und ganzen kein Risiko vorhanden; das Risiko trifft nur den einzelnen. Die besitzlose Arbeiterklasse aber kann sich wenig darum bekümmern, ob dieser oder jener Unternehmer einen Teil des Nationalreichtums an sich reißt und ob dieser oder jener zugrunde geht. Die Frage ist nur die, daß die Gesamtmasse des neuen Wertes von der Arbeitermasse produziert wird und irgendwie unter die Unternehmer- und Arbeiterklasse sich verteilt, gleich viel, was der eine oder der andere davon abbekommt. Die Frage steht im großen, sie steht gewissermaßen zwischen dem Gesamtkapitalisten und dem Gesamtarbeiter.

Meine Herren, es würde zu weit führen, hier auseinanderzusetzen, daß das Risiko selbst nur ein Ausfluß der Planlosigkeiten der heutigen Produktion ist. Ich lasse diesen Gegenstand unerörtert, bis derselbe von anderer Seite angeregt werden sollte.

Ein weiterer Grund, den man angibt, um den Zins insbesondere zu rechtfertigen, ist der, daß man sagt, der Kapitalist hat darin eine Art Entsagung, Enthaltung geübt, daß er überhaupt im Besitz von Kapital ist, er hätte dasselbe ganz ebensogut verausgaben, verprassen können. Meine Herren, man überlege sich doch genau, worin eigentlich die Verlegenheit eines solchen Mannes besteht. Wenn irgend ein großer Fabrikant jährlich zum Beispiel 20 000 Taler Reingewinn hat und die angebliche Enthaltsamkeit besitzt, davon 10 000 Taler zurückzulegen, um sie in sein Geschäft zu stecken oder Zinsen daraus zu machen, was war denn dann die Verlegenheit? Die Verlegenheit war die, ob er die 10 000 Taler verausgaben und verprassen, oder ob er durch die Anlegung der 10 000 Taler noch reicher werden wollte. Es war genau dieselbe Verlegenheit, die auch der Sklavenhalter in Nordamerika hatte, die Verlegenheit, ob er das, was er dem Sklaven ausgepreßt hatte, verprassen oder ob er noch reicher werden wollte, indem er neue Skaven ankaufte und auch diese für sich arbeiten ließ, — eine Verlegenheit, von welcher die Sklavenhalter dort befreit worden sind. Bei dieser Lehre von der Entsagung tut man so, als ob die heutigen Kapitalisten dies dadurch geworden wären, daß sie oder ihre Vorfahren früher Arbeiter waren, die sehr sparsam gewesen, die ihre Gelder zurückgelegt, während andere leichtsinnige Arbeiter ihre Gelder verpraßt hätten. So steht aber die Sache in Wirklichkeit nicht.

Die Entstehung des Kapitals in der Weltgeschichte beruht selbst auf Ausbeutung und Rechtswidrigkeit, es ist eine Ausnahme, daß einmal einer durch seine Arbeitsersparnisse in die Höhe gekommen ist; in der Regel ist das Kapital im großen entstanden durch die mittelalterliche Ausbeutung, und als die mittelalterliche Ausbeutung das Kapital hingestellt hatte, da konnte man die unmittelbaren Knechtschafts- und Herrschaftsverhältnisse aufheben, konnte man durch den unmittelbaren sozialen Zwang wirken, konnte dem Arbeiter sagen, du bist jetzt frei, weil man sehr gut wußte, daß bei entwickelter Produktion, wo Produktionsmittel nötig sind, der Arbeiter nicht selbständig produzieren konnte, sondern seine Arbeitskraft verkaufen mußte. Man wußte sehr gut, daß der Hunger jetzt dasselbe bewirken würde, was früher ausdrückliche Gesetze, Leibeigenschaftszwang usw. bewirkt hatten. Aber, meine Herren, nehmen wir selbst an, alles Kapital sei durch Entsagung, durch Ersparnis von Arbeitslohn entstanden, so würde das gar nichts beweisen, denn wenn einer Vermögensstücke hat, so ist an und für sich dies nur ein Grund, daß man ihn nicht behindert, diese Vermögensstücke ruhig zu seinem Gebrauch oder zum Gebrauch der Seinigen, kurz beliebig zu benutzen; es ist also kein Grund, die gesellschaftlichen Einrichtungen so zu treffen, daß diese Vermögensobjekte nunmehr die Grundlagen der Ausbeutung der Arbeitskraft anderer werden. Der Mißstand in der heutigen Gesellschaft ist nicht in erster Linie dieser, daß die Vermögen so ungleich sind, das wäre an sich kein so großes Unglück, der eigentliche Mißstand liegt darin, daß derjenige, der Kapital hat, bloß auf diesen Grund hin die Arbeitskraft anderer ausbeuten kann, sei es direkt, wenn er als Unternehmer auftritt, sei es indirekt durch den Zins, welcher von dem Unternehmer gezahlt wird und weiter nichts ist, als ein Teil des Tauschwertes, der unbezahlt den Arbeitern ausgepreßt ist.

Der Satz, daß die Arbeit wirklich die einzige Quelle des Tauschwertes bildet, ist ziemlich anerkannt. Ich will Sie natürlich in dieser Beziehung nicht mit Zitaten ermüden, aber ein Zitat von drei Zeilen möchte ich Ihnen doch gern vorlesen, weil es beweist, daß auch derjenige, den man in Deutschland, wenigstens in praktischer Beziehung, als den Hauptvertreter der herrschenden Richtung betrachtet, Herr Schulze (Delitzsch), gleichfalls vollkommen der Ansicht ist, daß die Arbeit und die Arbeit ganz allein die Quelle des Tauschwertes ist. Er sagt

nämlich in seinem Arbeiter-Katechismus wörtlich wie folgt: „Die Arbeit allein stellt dem Menschen alle nützlichen und notwendigen Dinge in der Welt zur Verfügung; sie allein schafft alle Werte und so kommen wir wieder auf die Arbeit selbst zurück als Urquell alles Vermögens."

Ich hatte ursprünglich vor, aber ich will dies unterlassen, Ihnen auch ein Zitat aus Adam Smith zu verlesen; ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß Adam Smith, der doch der Begründer der ganzen herrschenden Richtung ist, in seinem Werk „Wealth of Nation" deutlich und bestimmt erklärt, daß aller Kapitalzins, alle Bodenrente, aller Kapitalgewinn lediglich dadurch möglich wird, daß dem Arbeiter ein Teil seines natürlichen Arbeitsertrages direkt entzogen wird. Diejenigen, die sich für das Zitat interessieren, können es bei mir später einsehen. (Heiterkeit.) Meine Herren, Sie lachen, ich glaube aber, Sie haben allen Grund, sich für dieses Zitat zu interessieren. Adam Smith ist derjenige, dessen Schüler Sie alle direkt oder indirekt sind: soweit Sie überhaupt nationalökonomische Kenntnisse haben, haben Sie sie durch Adam Smith oder dessen Schüler. Wenn Sie heute noch in ein Werk der Nationalökonomie sehen und Sätze aufgestellt finden, die Adam Smith aufgestellt hat, und Sätze, die heute aufgestellt werden, so werden Sie sehr wenig Sätze finden, die neu sind, er hat alle Fundamentalsätze der heutigen Wissenschaft bereits aufgestellt. Nur über eins könnten Sie sich wundern, nämlich darüber, wie der Mann den Mut hatte, das so offen und so bestimmt auszusprechen. Meine Herren, es haben viele Staatsmänner des vorigen Jahrhunderts das offen und bestimmt ausgesprochen, heute tun sie es nicht mehr; damals war die Frage eine rein theoretische. Es ist schwer, den Zusammenhang der komplizierten heutigen Gesellschaft zu durchdringen; das niedere Volk, die arbeitende Klasse hatte damals noch nicht angefangen, sich um den Zusammenhang dieser Gesellschaft zu kümmern; man konnte ruhig und offen die Wahrheit sagen, sie blieb in den Kreisen, wo sie nicht gefährlich werden konnte. Heute, meine Herren, das ist nicht zu verkennen, ist diese Wahrheit eine gefährliche, darum wird sie heute nicht mehr gesagt, wenigstens nicht mehr von denen, die früher sie sagten.

Ich komme also zu der Zusammenfassung der Grundlagen, die ich notwendig habe, um diejenigen Vorschläge zu begründen, die wir an die Gewerbeordnung anfügen.

Wenn feststeht, daß wirklich aller Tauschwert durch die Arbeit geschaffen wird, wenn ferner feststeht, daß die Gründe, auf welche hin die besitzenden Klassen einen Teil dieses von den besitzlosen Klassen geschaffenen Tauschwertes an sich ziehen, nichtig sind, so muß man sich nicht scheuen, die Wahrheit bestimmt und in den richtigen Ausdrücken auszusprechen, und diese Wahrheit liegt darin, daß die heutige Gesellschaft besteht aus Ausbeutern und Ausgebeuteten. Gerade so wie die Sklaverei nichts ist als ein gesetzlicher Diebstahl an dem Sklaven und seiner Arbeitskraft, gerade so, nur in anderer Form ist heute die ganze Produktionsbewegung weiter nichts, als ein beständiger gesetzlicher Diebstahl der Besitzenden an den Nichtbesitzenden. (Oho!) Meine Herren! Widerlegen Sie mich, wenn Sie können! Man hat das Wort Proudhons: Eigentum ist Diebstahl, vielfach ins Lächerliche gekehrt, aber wenn Proudhon so sagte, so meinte er nicht das Eigentum, welches beruht auf der eigenen Arbeit, er meinte gerade das heutige Eigentum, welches beruht auf der Ausbeutung anderer; dieses Eigentum hat er gemeint, und ich bleibe dabei, mit demselben Rechte, wie man bei der Sklaverei sagen kann: es liegt von dem Standpunkte des natürlichen Rechts ein gesetzlicher Diebstahl vor, mit demselben Recht ist es auch bei der Lohnarbeit der Fall.

Nun, meine Herren, wenn wir also von dieser Ansicht ausgehen, so werden Sie finden, daß wir das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit als einen Kriegszustand ansehen müssen, und daß wir gewillt sind, den Krieg mit allem Ernst zu führen. Wir sind gewillt, diesen Krieg auf gesetzlichem Boden zu führen in ruhiger und allmählicher Entwicklung. Man muß hier zwei Fragen unterscheiden. Wenn Sie an mich die Frage richten, ob ich es für wahrscheinlich halte, daß dieser Krieg fortwährend auch auf gesetzlichem und ruhigem Boden bleibt, so antworte ich, daß ich dies in Anbetracht des hartnäckigen Widerstandes der besitzenden Klassen nicht für wahrscheinlich halte; aber, meine Herren, wir, die wir als Partei im Staate existieren wollen, wir haben die Pflicht, uns zu überlegen, welche gesetzlichen Mittel zur ruhigen Entwicklung wir vorschlagen können, wir müssen uns ernsthaft vornehmen, den Krieg auf gesetzlichem Boden zu führen, und das tun wir.

Bei dieser Gewerbeordnung, die uns vorliegt, bedarf es kaum der Bemerkung, daß wir in allen Fragen, zunächst in

den gewöhnlichen Fragen, die ventiliert werden, mit der linken Seite des Hauses stimmen werden; denn unter allen Umständen vertritt jene linke Seite die Fortentwicklung der ökonomischen Verhältnisse, und diese Fortentwicklung kommt in irgend einer Weise auch uns zu gut; wir haben aber noch spezielle Anliegen, und diese sind es gerade, die ich hier entwickeln will.

Wenn wir einen Krieg zwischen der Arbeitskraft und dem Kapital organisieren wollen, so müssen wir vorzugsweise darauf sehen, daß die Widerstandskraft der Arbeiterbevölkerung erhalten und daß diese Widerstandskraft erhöht, ja so erhöht werde, daß sie später in den Angriff übergehen kann.

Es verbleibt mir nun zu sagen, welche Mittel wir für geeignet halten, um in nächster Zukunft und in Anknüpfung an diese Gewerbeordnung dieses Resultat zu erreichen. Ich spreche absichtlich nicht von den letzten Zielen des Sozialismus, weil, meine Herren, mir sonst der Vorwurf gemacht werden könnte, daß ich etwas hineinziehe, was nicht unbedingt zur Sache gehört. Allein eine Bemerkung muß ich notgedrungen machen. Nämlich der ganze heutige Zustand liegt daran, daß tatsächlich die besitzende Klasse einmal im Besitz der Produktionsmittel ist; diese Produktionsmittel schaffen keinen neuen Wert, sie sind aber allerdings nötig zur Produktion; man kann nicht produzieren ohne sie — was, beiläufig gesagt, gar nichts beweist — indem, meine Herren, diese sämtlichen Produktionsmittel auch nur Ergebnisse früherer ausgebeuteter Arbeit sind und nichts anderes (Sehr richtig!), mit Ausnahme des Grund und Bodens, auf den auch niemand von Gottes Gnaden her irgend ein Recht hat. Also der Mißstand liegt darin, daß, wie früher durch unmittelbares Knechtschaftsverhältnis, durch Gesetze, so jetzt durch die Macht der sozialen Verhältnisse — dadurch, daß eine kleine Klasse weniger die Produktionsmittel in der Hand hat — die große Masse des Volkes gezwungen wird, von ihrem eigenen Arbeitsertrage nur einen geringen Teil zu bekommen und den ganzen Ueberrest abzugeben an die Klasse der Besitzenden. Dies kann sich nur ändern, wenn die Produktionsmittel selbst in der Hand der Gesamtheit sind. Es ist irrig, wenn man glaubt, der Sozialismus wolle das Eigentum aufheben: nach wie vor unter der Herrschaft des Sozialismus wird jeder seine unmittelbaren Bedürfnisgegenstände zu vollem Eigentum haben, aber die Produktionsmittel sollen im gemeinsamen Eigentum stehen, und dadurch wird sich die

Verteilung, die heutzutage eine ungerechte ist, in gerechter Weise regeln lassen.

Meine Herren! Die Vorlage der Gewerbeordnung bringt uns zunächst — und ich begrüße das mit Freuden — die Koalitionsfreiheit, d. h. das Recht der Arbeiter, beliebig zusammenzutreten und ihre Forderung in Lohnsachen und sonstiger Beziehung zu erheben. Es geschieht damit weiter nichts, als daß man auf Grundlage des herrschenden Systems konsequent ist. Allein ich vermisse hier etwas. Sie wissen, daß in der letzten Zeit Gewerkschaften, Trade Unions oder Arbeiterschaften in Deutschland begründet worden sind, mit dem speziellen Zwecke, die Arbeitseinstellungen, soweit sie nötig sind, zu organisieren. Ich spreche hier nicht von denjenigen Gewerkschaften, die von Herrn Franz Duncker ausgegangen sind und die meines Erachtens nur den Zweck haben, den Kampf und Krieg zwischen Kapital und Arbeit zu vertuschen; ich spreche von denjenigen Gewerkschaften, die von sozialdemokratischer Seite ausgegangen sind und die den organisierten Krieg darstellen sollen. Es versteht sich von selbst, daß ich die Bestimmung, die ich für unsere Gewerkschaften wünsche, auch für die anderen wünsche. Wenn ich von dem Kriegszustande sprach, so meinte ich nur, unsere Gewerkschaften gerade sind auf den Krieg, und zwar kräftig auf den Krieg angelegt. Nun, meine Herren, ist es notwendig, daß diesen Gewerkschaften dem Staate gegenüber ein ausreichender gesetzlicher Schutz gegeben werde. Wir haben so viele unangenehme Polizeiverhältnisse in Deutschland, eine so beständige Einmischung der Behörden, daß es durchaus nötig ist, die Arbeitergewerkschaften, so lange sie sich auf gesetzlichem Boden erhalten, so lange sie friedlich, nicht gewalttätig, gegen das Kapital kämpfen, absolut unbehindert in ihrer Bewegung zu lassen. Es ist dies durchaus notwendig, selbst darum, weil man entgegengesetztenfalls nur unnötigerweise reizt. Man muß die Entwicklung dieser Dinge vollständig sich selbst überlassen. Es kann ein Kampf sehr ernsthaft, sehr eindringlich von diesen Gewerkschaften geführt werden, ohne daß der Boden der gesetzlichen Entwicklung verlassen wird. Was speziell Preußen betrifft, so kann man sich im Augenblick allerdings nicht über die Praxis beschweren; insbesondere das Berliner Polizeipräsidium, auf welches es in dieser Beziehung in erster Linie ankam, weil die meisten Gewerkschaften hier ihren Wohn-

sitz haben, hat eine sehr vernünftige Praxis eintreten lassen, und die Provinzialbehörden sind dem größtenteils gefolgt. Indessen, meine Herren, das ist eben doch nur Gnadensache; es ist durchaus nötig, daß ein fester, gesetzlicher Rechtsboden für alle Gewerkschaften geschaffen werde, und in dieser Beziehung werden wir Ihnen unsere Vorschläge machen.

Dies war der erste Punkt. Der zweite Punkt betrifft die Fabrikgesetzgebung.

Die Fabrikgesetzgebung ist ein naturgemäßes Erzeugnis aus den modernen Produktionsverhältnissen erwachsen, wie man das in England gesehen hat; es ist die Manier der englischen Gesetzgebung, immer nur dann einzugreifen, wenn sich das Bedürfnis dazu absolut herausgestellt hat, und so ist man von Schritt zu Schritt dazu gekommen, daß man im Gegensatze zu der früheren Theorie, alles laufen zu lassen, wie es läuft, den Staat einmischt, und es ist dort eine ausgebildete Industriegesetzgebung entstanden.

Ich habe gesehen, daß man in der Gewerbeordnung in betreff der Kinder und jungen Personen allerlei Bestimmungen getroffen hat, und sicherlich wird man denselben mit Freuden beistimmen; indessen mir macht es den Eindruck, als ob es mit diesen Bestimmungen nicht recht ernst sei; die Strafen, die dabei in Betracht kommen, sind bei weitem nicht streng genug; z. B. bloße Geldstrafen von 5 Talern bewirken weiter nichts als ein Rechenexempel für den großen Fabrikanten, ob er gescheiter tut, die Strafe zu riskieren, oder ob er gescheiter tut, das Gesetz zu übertreten, um mehr Werte aus der Arbeitskraft herauszuzwacken. Es müßte Gefängnisstrafe, und zwar ernstliche Gefängnisstrafe, auf jede Uebertretung dieser Bestimmungen gesetzt werden. Ebenso verhält es sich mit der Sonntagsarbeit. Die Sonntagsarbeit zu verbieten ohne kräftige Strafbestimmungen zu treffen, ist gänzlich überflüssig; es muß vielmehr auch hier kräftig, ernstlich eingegriffen werden. Aber die Hauptsache ist, daß der Staat eingreifen muß nicht nur zugunsten von jungen Personen und von Kindern, sondern daß er eingreifen muß im Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Wir müssen den Normalarbeitstag bekommen, den Frankreich bereits hat und den England ebenfalls in hohem Maße hat. In England allerdings gilt der Normalarbeitstag nur für die erwachsenen Frauen, nicht auch für die erwachsenen Männer; indessen hat sich doch, da bei den meisten großen

Unternehmungen Frauen notwendig sind, die Sache tatsächlich so gestaltet, daß der Normalarbeitstag, der gesetzlich für die Frauen gilt, tatsächlich für alle maßgebend ist. Frankreich hat direkt den Normalarbeitstag angenommen für alle Arbeiter, und dieses ist jedenfalls der einfachste und zweckmäßigste Weg: es muß einfach bestimmt werden, daß bei allen großen Betriebsunternehmungen, gleichviel welcher Art — ich spreche hier von den großen Betriebsunternehmungen, weil diese maßgebend und bestimmend sind und die kleineren Unternehmungen sich von selbst danach richten — daß, sage ich, bei allen großen Betriebsunternehmungen nur in bestimmten Stunden mit den und den Pausen gearbeitet werden darf, und dieser Normalarbeitstag muß ernstlich durchgeführt werden mit entsprechenden Strafbestimmungen und mit entsprechender Einsetzung von Beamten, die weiter gar nichts zu tun haben, als dies zu überwachen. Es ist das z. B. die Einsetzung von Fabrikinspektoren, wie sie in England bestehen. Diese Einrichtung muß auch bei uns in einer Weise durchgeführt werden, daß man eine feste Garantie hat, daß die Sache ernst genommen werde. Es ist dieses auch dem reaktionären Staatswesen gegenüber nötig, und dementsprechend sind irgendwelche Vorsichtsmaßregeln erforderlich, in der Richtung, daß ein Fabrikinspektor nicht nur von der Staatsgewalt ernannt wird, sondern daß da zur Verhütung reaktionären Mißbrauchs auch irgendwelche Mitwirkung, sei es der Arbeiter unmittelbar, sei es der Volksvertretungskörper, eintritt. Denn die Arbeiter sind einerseits nicht geneigt, wie das bisher so vielfach geschehen ist, der liberalen Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen gegen die reaktionäre Staatsgewalt; aber ebensowenig sind sie gesonnen, von der reaktionären Staatsgewalt gegen die liberale Bourgeoisie sich hetzen zu lassen; sondern die Arbeiter werden feststehen auf ihrem eigenen Boden, nicht nach rechts, nicht nach links blickend, und in diesem Sinne werden wir unsere Anträge stellen.

Sie könnten nun, meine Herren, schließlich fragen, warum denn der Normalarbeitstag überhaupt von uns für so wichtig gehalten wird. Zunächst kann man Bedenken haben, angebliche Freiheitsbedenken, und die Motive der Gewerbeordnung spielen darauf an. Sie machen sich gewissermaßen eine Ehre daraus daß sie die Freiheit des erwachsenen Arbeiters nicht beschränken, aber, meine Herren, es handelt sich hier gar nicht um die

Freiheit des Arbeiters, sondern es handelt sich hier um eine Scheinfreiheit.

Der Arbeiter ist frei, wenn er gezwungen wird, nur so und so lange arbeiten zu dürfen, und dankt für die Freiheit, die ihn zwingt, so und so viel länger zu arbeiten jeden Tag. Das Kapital hat einen maßlosen Heißhunger, die Arbeitszeit zu verlängern. Bevor in England der Normalarbeitstag in die Fabrikgesetzgebung eingeführt war — und die englischen Verhältnisse sind für uns maßgebend, weil das entwickeltere Land uns die Zukunft des minder entwickelten zeigt — hat England regelmäßige tägliche Arbeitszeit gehabt von 15, 16, 17, 18 Stunden, und vereinzelte Arbeitstage sind vorgekommen selbst von 20 Stunden. Hier, meine Herren, ist es ja offenbar keine wirkliche Freiheit, die vorliegt, ja, eine Freiheit weder auf seiten der Arbeiter, noch auf seiten der Fabrikanten. Die Arbeiter sind durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, einzuschlagen und sich der freien Konkurrenz zu unterwerfen; die Fabrikanten sind es auch genötigt. Es kann nicht ein einzelner kürzere Zeit arbeiten lassen wie ein anderer, er riskiert, daß er dadurch zu Schaden kommt; auch er steht unter der Zwangsgewalt der freien Konkurrenz. Es ist also nötig, daß hier ein Faktor eingreife, der mächtiger ist, als selbst die freie Konkurrenz, und dieser Faktor ist allein der Staat. Die Freiheitsbedenken also wiegen nicht schwer, sie erweisen sich als nichtig, die Vorteile aber, die die Arbeiterklasse durch den Normalarbeitstag hat, sind leicht zu begreifen. An sich schon, meine Herren, ist es ja angenehmer, denke ich, 10 Stunden im Tage zu arbeiten wie 12 Stunden. Aber es liegt hier noch ein bedeutendes soziales Moment vor. Nach dem heutigen Wertgesetze und insbesondere Lohnwertgesetze ist der Lohn darum ständig auf so niederer Höhe, weil nach der jetzigen Lage der Arbeiterklasse überhaupt nur die notwendigen Lebensbedürfnisse in den Arbeitern aufkommen können. Wenn es möglich ist, daß höhere Bedürfnisse in den Arbeitern aufkommen, dann wird auch der Lohn steigen müssen. Das erkennt auch die herrschende Schule an, sie selbst hat das Gesetz aufgestellt. Man kann die Frage vielleicht an der Sonntagsarbeit klarmachen. Sonntags geben jetzt die Arbeiter das meiste aus, es ist ihr Erheiterungs-, ihr Zerstreuungs- ihr Erholungstag. Führen Sie die Sonntagsarbeit ein, so, bewirken Sie auf die Länge, daß der Lohn geradezu fallen

muß. Die Extrabedürfnisse, die die Arbeiter noch außer dem gewöhnlichen Lebensunterhalte haben, fallen auch noch weg, und der Lohn kann dann noch weiter herabgedrückt werden. Umgekehrt, ermöglichen Sie es, daß der Arbeiter jeden Tag eine längere Zeit frei hat, dann entstehen neue Bedürfnisse in ihm, er gewöhnt sich an neue Bedürfnisse, und dann findet die Arbeiterklasse in sich auch die nachhaltige Kraft, zu verlangen, daß demgemäß der Lohn erhöht werde. Eine Erhöhung des Lohnes unter sonst gleichen Umständen besagt aber eine Verminderung des Kapitalgewinnes, denn Lohn und Kapitalgewinn sind nur Formen, durch welche die Ergebnisse der Nationalproduktion verteilt werden. Wird der Anteil der einen Klasse größer — unter sonst gleichen Umständen — so wird der Anteil der anderen Klasse kleiner. In demselben Maße also, in welchem die Arbeiterklasse sich besser fühlt, infolge davon auch an dem sozialen und politischen Leben mehr teilnehmen kann, kurz in demselben Maße, in welchem der Einfluß der Arbeiterklasse infolge des Normalarbeitstages steigt, in demselben Maße verhältnismäßig vermindert sich der Einfluß der Kapitalistenklasse, der ja am letzten Ende immer nur auf ihrem Reichtum, auf ihrem Kapitalgewinn beruht, denn auch die Bildung, wenn solche wirklich in so hohem Maße vorhanden sein sollte, ist ja nur ein Ausfluß davon, daß das nötige Geld zur Ausbildung vorhanden ist. Der Normalarbeitstag bewirkt also, daß es der Arbeiterklasse ermöglicht wird, durch die Macht des Staates der Macht des Kapitals insoweit einen Damm entgegenzustellen, daß die Arbeiterklasse ein menschenwürdigeres Dasein führen kann und daß sie auf dieser Grundlage dann einen politischen und sozialen Einfluß gewinnt. Dann werden die Tage kommen, wo der Herr Abgeordnete Lasker sich nicht mehr darüber lustig machen kann, daß es den Arbeitern bisher nur gelungen ist, für ihre speziellen Interessen so wenige Abgeordnete in die Parlamente zu bringen; dann werden die Zeiten kommen, wo die Arbeiter Zeit haben, sich vollständig über ihre Lage aufzuklären, und es bedarf bei dem Arbeiter weiter nichts als der Aufklärung, damit er seinen Interessen entsprechend vorwärts gehe. —

Ich komme, meine Herren, zu dem dritten wesentlichen Punkte, den wir bei Gelegenheit der Gewerbeordnung beantragen werden. Es ist nämlich nötig, daß eine fortlaufende amtliche Statistik über die Arbeiterverhältnisse geführt

werde. In England ist es schon seit vielen Jahrzehnten Brauch, daß beständig auf das Genaueste über die Lage der arbeitenden Klasse die gewissenhaftesten Aufnahmen gemacht werden. Erst wenn dies auch bei uns geschieht, ist man in der Lage, vollständig das Material zu beherrschen. Deswegen halten wir diesen Punkt für einen äußerst wichtigen und hoffen, daß es uns gelingen wird, in dieser Richtung einiges durchzusetzen. Man ist ja bei uns in vielfacher Beziehung gewissermaßen auf Redensarten angewiesen, man hört z. B.: den ländlichen Arbeitern geht es besser wie den städtischen Arbeitern. Ja warum? Man beweise das! Man hat nicht das Material das zu beweisen, und wir haben nicht das Material, das Gegenteil genau zu beweisen. Daß es städtischen Arbeitern schlecht geht, steht fest, und ist leichter herauszubringen. Warum? Sie sind eben in den Städten konzentriert, dort ist die Wissenschaft zu Hause, und man hat mehr Mittel, dies ohne amtliche Statistik festzustellen. Aber gerade wegen der ländlichen Bevölkerung ist es nötig, daß man darüber klar sieht, wie es mit den ländlichen Arbeitern steht. Es ist also nötig, daß in aller und jeder Beziehung die Verhältnisse der Arbeiterklasse fortlaufenden und genauen Untersuchungen unterworfen werden. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, eine feste Grundlage zu gewinnen.

Meine Herren, ich hätte Ihnen nunmehr in den hauptsächlichsten und wesentlichsten Punkten mitgeteilt, in welcher Richtung wir, die sozialdemokratischen Abgeordneten, bei Gelegenheit der Gewerbeordnung tätig sein wollen. Ich habe habe alle Punkte zweiten Ranges, alle unwesentlicheren Punkte weggelassen, um mich auf die Hauptsache beschränken zu können; ich möchte aber zum Schlusse noch einige wenige Worte allgemeiner Art an Sie richten.

Ich muß anerkennen, meine Herren, daß Sie mit einer größeren Ruhe, als ich erwartet hatte (Heiterkeit), meinen Ausführungen gefolgt sind und ich danke Ihnen dafür. Ich danke Ihnen um so mehr, als gerade über den Sozialismus, über unsere Richtung, die haarsträubendsten Unwahrheiten beständig in der ganzen Presse erzählt werden. Ich glaube, daß die Richtung, die wir vertreten, doch einigermaßen wert ist, daß man sie genauer prüfe. Es haben sich doch schon gar viele Denker in den verschiedenen Kulturländern Europas damit beschäftigt. Was ich heute entwickelt habe, war in der

Tat wenig; es waren nur einige Grundbegriffe des Sozialismus. Ich glaube diejenigen, die sich noch weiter in der Sache orientieren wollen, auf die Broschüren Lassalles verweisen zu können und diejenigen, die auf die wissenschaftliche Seite der Sache näher eingehen wollen, auf das Werk von Karl Marx, betitelt: Das Kapital. Aber so viel, meine Herren, werden Sie doch alle zugeben müssen, daß die Frage eine ernstliche Erwägung verdient, wie es denn schließlich zusammenhängt, daß die große Masse der Arbeitenden im wesentlichen immer auf dem alten Standpunkte bleibt, nur gerade den Lebensunterhalt zu verdienen, während eine kleine Klasse beständig in Saus und Braus leben kann und beständig noch reicher wird. Das verdient doch beachtet zu werden und verdient, daß man sich überlege, wie man allmählich und in ruhiger und friedlicher Entwicklung diesem Mißstande entgegensteuere. Ich sage noch einmal: in ruhiger und friedlicher Entwicklung. So wenigstens ist unser Wunsch, und unterschätzen Sie die Sache nicht! Die Lage von Europa läßt sich kurz charakterisieren. Wenn in diesem Augenblicke die Regierungen der Großstaaten sich so sicher fühlen — und sie sind in der Tat mächtig in diesem Augenblick — wenn sie sich, was ihnen vor 30 Jahren nicht eingefallen wäre, wieder unterstehen, Kriege miteinander zu führen, so ist es darum der Fall, weil die politische Revolution in Europa, oder genauer gesagt: die soziale Revolution nach den bisherigen Prinzipien, in Europa abgenutzt und tot ist. Von dieser Seite haben die Regierungen nichts mehr zu fürchten, sie brauchen nicht, wie in den dreißiger Jahren, in Angst dazustehen vor einem europäischen Umsturz; in dieser Weise kommt er nicht mehr. Die soziale Revolution nach den neuen Prinzipien aber, glaube ich, ist noch nicht reif. Wäre sie reif, so würden die Regierungen sich vielleicht anders verhalten und würden wie damals statt ans Kriegführen zu denken, wiederum gemeinsame Sache machen gegen die neue Entwicklung der Zeit — aber genug, sie mag in diesem Augenblick nicht reif sein. Aber, meine Herren, muß man es denn überhaupt ankommen lassen auf Revolutionen, die ohne Zweifel erfolgen werden, wenn man nicht rechtzeitig vorbaut? Glauben Sie doch nur: der Augenblick, wo auf den Tuilerien von Paris die rote Fahne weht, wird in Europa weiter zünden, wie die Revolutionen der französischen Bourgeoisie europäisch gezündet haben! Lassen Sie es nicht auf solche Eventualitäten ankommen! Gehen wir

diesmal der gewaltsamen Entwicklung der Dinge voraus, bauen wir ihr vor! Möglich ist es ja, daß diese große soziale Frage allmählich und friedlich zur Entwicklung gelange. Die Arbeiterklasse wird nicht so einfältig, wird nicht so frevelhaft sein, daß sie, wenn ihr die Mittel und Wege zur ruhigen und friedlichen Entwicklung geboten werden, den Weg der Gewalt beschreiten möchte. Nimmermehr! Ermöglichen Sie diesen ruhigen und friedlichen Weg! Wir wollen ihn! Kommen Sie uns entgegen!

Anmerkungen.

Bereits vor der Generalversammlung in Barmen-Elberfeld hatte sich Schweitzer an der Generaldebatte der neuen Gewerbeordnung beteiligt, mit einer großen Rede, worin er einige Grundbegriffe des Kapitalismus an der Hand des Kapitals von Marx entwickelte. Er begründete damit seine Anträge auf gesetzlichen Schutz der Gewerkvereine, auf Normalarbeitstag und Fabrikinspektoren, sowie auf eine fortlaufende Statistik über die Arbeiterzustände.

Schweitzer tat damit, was Engels im Demokratischen Wochenblatt vom 28. März 1868 verlangt hatte, indem er schrieb: „Der nächste norddeutsche Reichstag wird auch eine Gewerbeordnung zu beraten haben und damit die Regelung der Fabrikarbeit. Wir erwarten, daß keiner der Abgeordneten, die von deutschen Arbeitern durchgesetzt worden sind, an die Beratung dieses Gesetzes geht, ohne sich vorher mit dem Buche von Marx vertraut gemacht zu haben. Es ist da vieles durchzusetzen ... Vier oder fünf Vertreter des Parlaments sind unter diesen Umständen schon eine Macht, wenn sie ihre Stellung zu benutzen wissen, wenn sie vor allen Dingen wissen, um was es sich handelt, was die Bürger nicht wissen. Und dazu gibt ihnen das Buch alles Material fertig an die Hand." Was Engels verlangte, hatte Schweitzer buchstäblich in geschicktester Weise erfüllt; es bedarf keines besonderen Nachweises, daß seine Rede ganz und gar auf Marx fußt; der flüchtigste Blick auf sie genügt, um diesen Zusammenhang zu erkennen.

Gleichwohl mußte sich Schweitzer, trotz der geschlossenen Uebereinkunft, auf diese Rede hin, von Liebknecht wegen „Parlamentelns" koramieren lassen, das ein Ausfluß von „Kurzsichtigkeit oder Verrat" sein sollte. Allerdings richtete sich die Polemik Liebknechts nicht nur gegen Schweitzer, sondern auch gegen Bebel, der bei der Beratung der Gewerbeordnung sich ebenfalls aufs „Parlamenteln" eingelassen hatte. Aber das trat öffentlich nicht

hervor; vielmehr mußten die Ausfälle Liebknechts gegen den „nationalliberalen Sozialismus“, dessen Widersinn schon daraus hervorgehe, daß er politisch an dem Strange der nationalliberalen Bourgeoisie ziehe, deren soziale Herrschaft er brechen wolle, sowie gegen die „große Rede“ Schweitzers, von der jedes Wort die vormärzliche Zensur passiert haben würde, die ganze Attacke als gegen Schweitzer gerichtet erscheinen lassen.

Wenn Bebel hier in gleicher Verdammnis mit Schweitzer war, so geriet doch auch er mit diesem auf einem anderen Gebiete in Konflikt, und zwar ebenfalls auf einem Gebiete, auf dem Schweitzer die Anschauungen der heutigen Partei vertrat. Bebel unternahm eine Agitationsreise in Thüringen, wo er in einer Reihe von Orten, Gera, Pößneck, Apolda, Jena, Weimar, Gotha und Erfurt sprach, und auch bei Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lebhaften Anklang mit der Forderung fand, daß sich alle sozialdemokratischen Fraktionen unter sich und dann auch mit der bürgerlichen Demokratie, insbesondere bei den Wahlen, einigen sollten. Namentlich Nippoldt aus Gotha, der dem Verein Schweitzers angehörte, begleitete Bebel zum Teil auf dieser Reise und sprach besonders lebhaft für ein Kompromiß mit der bürgerlichen Demokratie. Von Berlin her zur Rede gestellt, erklärte Nippoldt kurzweg, es sei lediglich Sache der thüringischen Mitglieder, ein Kompromiß mit der bürgerlichen Demokratie abzuschließen; ein solches Kompromiß sei nach den politischen Verhältnissen Thüringens notwendig, worüber das Präsidium in Berlin kein Urteil fällen könne. Das war offenbarer Disziplinbruch, den sich Schweitzer nach den ihm nun einmal übertragenen Befugnissen so wenig gefallen lassen konnte, wie sich heute der Parteivorstand gefallen lassen würde, wenn irgendeine lokale oder provinziale Organisation auf eigene Faust ein Bündnis mit einer bürgerlichen Partei abschließen wollte!

Es wäre selbst dann unstatthaft gewesen, wenn Schweitzer nicht auch ebenso strenge wie die heutige Partei auf den proletarischen Klassenkampf gehalten hätte. Sogar der heutige Freisinn ist noch eine Macht gegenüber der damaligen „Volkspartei“, die schon ein Vierteljahr später der Sozialdemokratie aufs schmählichste in den Rücken fiel, und ein halbes Jahr später von dem schwer enttäuschten Liebknecht treffend mit den Worten gekennzeichnet wurde: „Sie ist eine durch den Zufall entstandene Gelegenheitspartei; völlig machtlos, kann sie nimmermehr den Nordbund zerstören. Sie kann poltern, nichts weiter. In Norddeutschland, das ökonomisch entwickelter ist als Süddeutschland, besteht sie bloß aus ein paar Namen. Nur in Süddeutschland und auch hier nur in Schwaben hat sie Massen hinter sich, aber dort ist sie ein Mischmasch der verschiedensten durch die Kämpfe gegen die ‚Verpreußung‘

zusammengehaltenen Elemente.“ Daß Schweitzer zwar keineswegs ein Handinhandgehen, aber allerdings ein Kompromiß mit dieser Partei verwarf, kann ihm nicht zum ernsten Vorwurf gemacht werden, und so sah er in Bebels Vorgehen einen Vertragsbruch, zumal da sein Einspruch dagegen in Leipzig als eine „Lächerlichkeit“ zurückgewiesen wurde.

Während der kaum geschlossene Waffenstillstand mit den Nürnberger Vereinen sich somit wieder löste, zeigte sich, daß die Diktatur Schweitzers zwar bei einer Minderheit vorgeschrittener Mitglieder, aber keineswegs bei ihrer Masse als überlebt galt. Die Delegierten, die sich in Barmen-Elberfeld bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Stimme enthalten hatten, wurden fast überall von ihren Wählern verleugnet, und die Abänderungen der Statuten, die Schweitzers Alleinherrschaft einigermaßen einschränkten, stießen auf eine große Gleichgültigkeit in den Massen, wenn nicht gar auf einen energischen Protest, den namentlich große Gemeinden des Rheinbundes dagegen erhoben. Dazu kam, daß die von Schweitzer eingeleitete Gewerkschaftsbewegung einen kräftigen Aufschwung zu nehmen schien, namentlich durch große und geschickt geleitete Streiks der Berliner Bauarbeiter; auf der ersten Jahresversammlung des Verbandes, die am 22. Mai in Kassel zusammentrat, herrschte eine kampffreudige und siegessichere Stimmung, und es machte sich kaum noch etwas von der Mißstimmung geltend, die in Barmen-Elberfeld geherrscht hatte; Schweitzer erhielt ein fast einstimmig erteiltes Vertrauensvotum.

So glaubte er denn zu einem großen Schlage ausholen zu können. Am 18. Juni machte er seinen Staatsstreich; durch Verschmelzung mit der Sekte der Gräfin Hatzfeldt wollte er die „Einigung“ aller sozialdemokratischen Elemente herstellen, und zwar auf Grundlage des alten Organisationsstatuts, wie es von Lassalle entworfen worden war, das heißt also, mit Beseitigung der Aenderungen, die in Barmen-Elberfeld beschlossen worden waren. In der Tat gelang ihm sein Plan auch; nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Mitgliedern splitterte ab und schloß sich mit den Nürnberger Vereinen in Eisenach zu einer neuen sozialdemokratischen Partei zusammen.

Gleichwohl war dieser Staatsstreich der Sündenfall Schweitzers, mit dem als Politiker es nun unaufhaltsam bergab ging. Ein Mann von seinem klaren und scharfen Blick konnte sich unmöglich darüber täuschen, daß die Sekte der Gräfin Hatzfeldt im Absterben begriffen war, und einen Schein von Leben nur noch durch die krampfhaften Zuckungen erhielt, womit sie sich der Gründung von Gewerkschaften widersetzte. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß, wie die Gräfin Hatzfeldt später behauptete, Schweitzer sich bei seiner Einigung mit ihr ausdrücklich verpflichtet habe, seine Gewerkschaften

nach und nach im Hintergrunde verschwinden zu lassen und organisierte Arbeitseinstellungen möglichst zu hindern. Aber tatsächlich ordnete jetzt Schweitzer doch die Klassenbewegung einer Sektenbewegung unter. Entweder mußte die Gewerkschaftsbewegung einschlafen oder der Krakeel in der eben geeinigten Partei war wieder da. In Wirklichkeit trat sogar beides ein. In fast alle Gewerkschaften — mit Ausnahme der Maurer und Zimmerer, die geschlossen zu Schweitzer hielten — drang der politische Hader ein, zersplitterte nutzlos die schon gewonnenen Kräfte und schreckte die noch nicht gewonnenen Massen um so mehr ab, als er den Verlust manches Streiks verschuldete. Die Sekte der Gräfin Hatzfeldt aber fiel nach dem peinlichsten Hader schon nach wenigen Monaten wieder von Schweitzer ab.

Politisch hat er noch manche Erfolge errungen, so namentlich die Eroberung Berlins, wie sich denn an seiner politischen Haltung gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien auch jetzt nichts aussetzen ließ. Ein unbefangener Beobachter, wie F. A. Lange, schrieb darüber im Anfang des Jahres 1870, also zur Zeit, wo die Trennung zwischen Eisenachern und Lassalleanern längst vollzogen war: „Was man auch von dem aristokratischen Luxusleben und feudalen Beziehungen einzelner Führer der Lassalleaner sagen möge, diese Partei ist keine reaktionäre oder konservative Partei und kann es ihrer Natur nach nicht sein; auch ihre tatsächliche Haltung spricht im großen und ganzen gegen jeden Verdacht solcher Richtung; sie ist eine revolutionäre Partei durch und durch, und als solche ohne alle Frage die entschiedenste, welche gegenwärtig vorhanden ist. Auch ist es eitel Trug und Täuschung, wenn man sich daran hält, daß sie faktisch dem Feudalismus in die Hände arbeite, denn die Hinübertreibung liberalisierender, aber im Grunde prinziploser und einzig am materiellen Wohlsein klebender Fragmente der Bourgeoisie in das Lager der Reaktion ist weder eine Stärkung der letzteren, noch eine Schwächung der Sozialdemokratie." Was Lange als die Schwäche der Lassalleaner verwarf, war die Diktatur Schweitzers, die um die Jahreswende von 1869 auf 1870 zum Abfall der bayerischen Mitgliedschaften vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein führte, so daß Schweitzers „Einigung der Partei" binnen eines halben Jahres zu vierfacher Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung führte.

Belehren ließ er sich aber dadurch nicht, sondern versteifte sich immer mehr in seiner falschen Taktik. Als die Eisenacher auf ihrem Stuttgarter Kongreß im Juni 1870 beschlossen hatten, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit keiner anderen Partei Kompromisse einzugehen, aber, wo sie keine eigenen Kandidaten aufstellten, in erster Reihe von anderen Parteien aufgestellten wirklichen Arbeiterkandidaten ihre Stimme zuzuwenden, ließ Schweitzer

einen Monat darauf den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beschließen, bei engerer Wahl für den fortgeschrittensten liberalen Kandidaten, niemals jedoch für einen Reaktionär oder einen Eisenacher zu stimmen; für Stichwahlen zwischen Reaktionären und Eisenachern wurde Stimmenthaltung, für Stichwahlen zwischen Eisenachern und Liberalen Abstimmung für den Liberalen angeordnet. Es war das Schlimmste, was Schweitzer getan hat und noch dazu das Schlimmste, was er tun konnte.

Nicht die Rechtfertigung und nicht einmal die Entschuldigung seiner Handlungsweise, aber die psychologische Erklärung der Frage, wie Schweitzer sich soweit verirren konnte, ergibt sich aus dem Wesen seiner Diktatur. Eine solche Diktatur über eine Arbeiterbewegung, zu der die demokratische Verfassung gehört wie der Handschuh zur Hand, ist allemal, auch wo sie sich als vorübergehende Notwendigkeit erweist, eine sehr heikle und zweischneidige Sache. Sie verdirbt vor allem den Diktator selbst, wie denn Schweitzer in seinen Erlassen und Verfügungen mehr und mehr einen Ton selbstgefälliger Ueberhebung annahm. Aber auch sonst beeinflußte sie seine Lebensführung. Bernstein hat darüber beachtenswerte Ausführungen gemacht. Er weist die Annahme zurück, daß Schweitzer von der Regierung abhängig gewesen sei, rechnet ihm aber seine „Lebensgewohnheiten" zur „politischen Schuld" oder gar zum „politischen Verbrechen" an. Nicht als ob Bernstein den zweifelhaften Geschmack besäße, die ollen Kamellen Hofstettens und der Bourgeoispresse über Schweitzers angebliche Champagnergelage oder seine angeblichen Orgien mit zweifelhaften Weibern aufzuwärmen; soweit an diesem niemals bewiesenen, vielmehr durch politisch unbefangene Freunde Schweitzers bestrittenen Klatsch etwa ein Körnchen Wahrheit sein mag, sagt Bernstein ganz richtig, es handle sich bei der Frage nach Schweitzers Lebensführung nicht etwa um „kleine Unregelmäßigkeiten, die nur Pharisäer dem bedeutenden Manne nachtragen könnten, nicht um zeitweiliges Vergessen seiner Arbeitslust in irgendwelchem Genußrausch". Worauf Bernstein abzielt, sagt er in folgenden Sätzen: „Der Arbeiterführer, der Schulden machte, um — im damaligen Berlin! — sich eigene Equipage zu halten, der in Städten, wo er sprach, im offenen Zweispänner Einzug hielt, um sich auf der Straße von seinen Anhängern bejubeln zu lassen, verriet damit einen Mangel, der mehr bedeutete als bloße momentane Geschmacksverirrung. Er appellierte damit ebenso oder noch mehr an Niedrigkeiten der Menschenseele, wie der Führer, der vor den Augen der Masse den Sansculotten spielt. Er zeigte, daß in seinem Inneren eine stärkere Saite für die Konservativen vibrierte als nur die Uebereinstimmung in der Gegnerschaft gegen die pflichtenlose Jagd nach dem Profit. Schweitzers Lebensstil suchte nicht die geistige

Unabhängigkeit von den Launen und Vorurteilen der Masse, die jeder Führer erstreben und bewahren soll, sondern das Bedürfnis nach einer sozialen Distanzierung, wie sie nur dort demonstrativ gepflegt werden kann, wo keine wahre Solidarität des sozialen Empfindens mit den Geführten besteht." Soweit Bernstein.

In seinen Ausführungen liegt unzweifelhaft etwas Wahres, aber er verwechselt Ursache und Wirkung. Was er als ursprünglichen Mangel in Schweitzers Charakter ansieht, war tatsächlich eine Folgeerscheinung der Diktatur, die Schweitzers Charakter verdarb. Die „demonstrative Pflege" der „sozialen Distanzierung" ging zunächst von den Arbeitern aus, die die feierlichen Einzüge im offenen Zweispänner veranlaßten und sie mit ihrem Jubel begleiteten. Sie haben es vor Schweitzer ebenso mit Lassalle gehalten, wie nach ihm mit Hasenclever. Unzweifelhaft hat dann Schweitzer an diesem Diktatorspielen größeres Gefallen gefunden, als sich schickte, aber von einem „politischen Verbrechen" kann deshalb doch noch nicht gesprochen werden. Namentlich die Mietsequipage Schweitzers, deren Schimmel nachgerade die Berühmtheit des Schimmels von Bronzell gewinnen, erwies sich als eine sehr flüchtige Episode in Schweitzers Leben; sie begann, als Schweitzer durch den Tod seines Vaters zu einigen Mitteln gelangt war, aber der Exekutor machte diesem zweifellos unschicklichen Vergnügen ein ebenso gründliches wie schnelles Ende.

Schwerer fällt ins Gewicht, daß, wenn es schon schwierig ist, zu bestimmen, wann in den Anfängen einer Arbeiterbewegung eine Diktatur von Nutzen sein mag, noch weit schwieriger ist, zu erkennen, wann sie aufhört, von Nutzen zu sein. Die vorgeschrittensten Mitglieder können sie schon als Fessel empfinden, während sie den weniger entwickelten Massen noch als Wohltat erscheint. So lag der Fall Schweitzers auch wirklich. Aber für ihn kam noch eine Schwierigkeit hinzu. Es ist das menschlich Ergreifende in seinem Schicksal, daß es ihm nicht vergönnt gewesen ist, aus freiem und unbeirrtem Entschluß zu zeigen, in wie großem oder kleinem Sinne er seine Arbeit für die Arbeiterklasse verstanden hat. Sein Biograph streift das Richtige, wenn er einmal sagt, Schweitzer hätte vielleicht als erfolgreicher und sieggekrönter Führer auf seine Diktatur verzichtet, aber als halbbesiegter Diktator hätte er nicht verzichten wollen. Mit anderen Worten: Die ewigen, nicht minder unklugen als ungerechten Angriffe auf seine Integrität machten es ihm unmöglich, rechtzeitig zurückzutreten, falls er nicht den Schein auf sich laden wollte, daß er in der Tat Schmutz am Stecken habe. Möglich, daß sich ein erhabener Charakter darüber hinweggesetzt haben würde, aber ein erhabener Charakter war Schweitzer gewiß nicht und beanspruchte auch gar nicht, es zu sein, und, wie menschliches Fleisch und Blut nun

einmal ist, war es für ihn eine harte Zumutung, von einem Posten zu weichen unter der Anklage, ihn durch infame Mittel erschlichen zu haben.

Allein auch das war noch nicht das Schlimmste. Gerade die Begründung der gegen seine Integrität gerichteten Angriffe mußten in ihm die Ueberzeugung wachrufen oder doch bestärken, daß seine Diktatur noch immer eine Notwendigkeit sei. Wenn er ein Werkzeug Bismarcks gescholten wurde, weil er die parlamentarische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie einleitete, wie sie noch heute von der ganzen Partei geübt wird, weil er in völliger Uebereinstimmung mit Marx und Engels und den Kongressen der Internationale die gesetzliche Einführung von Fabrikinspektoren im Reichstage forderte, weil er, wiederum in Uebereinstimmung mit Marx, die Beustsche Herrlichkeit in Wien mit sehr kritischen Blicken betrachtete, so hatte er einigen Anlaß zu der Annahme, daß der Rücktritt aus seiner führenden Stellung noch nicht möglich sei, ohne die prinzipielle Klarheit der deutschen Arbeiterbewegung zu schädigen.

Mit alledem soll, um es noch einmal zu wiederholen, der Staatsstreich Schweitzers und was darauf folgte, nicht einmal beschönigt, geschweige denn gerechtfertigt werden. Auf der abschüssigen Bahn, die Schweitzer damit betrat, war seine politische Niederlage nicht mehr abzuwenden, und es war eine Wohltat für ihn, daß der Deutsch-Französische Krieg seine langsame Agonie abkürzte. Seine politische Haltung in diesem Kriege war übrigens wieder korrekt; er hat gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestiert und als Reichstagsabgeordneter die Mittel für die Fortsetzung des Krieges nach Sedan verweigert. Wenn er für die erste Kriegsanleihe bei Ausbruch des Krieges stimmte — im Gegensatz zu Bebel und Liebknecht, die sich der Abstimmung enthielten —, so hatte die Sache eben sehr ihre zwei Seiten. Schweitzer hatte bei dieser Abstimmung nicht nur sämtliche Lassalleaner, sondern auch einen großen Teil der Eisenacher, namentlich deren Vorstand, für sich, und auch der Generalrat der Internationalen vertrat bis zur Schlacht von Sedan in seinen Kundgebungen die Auffassung, daß der Krieg auf deutscher Seite ein Verteidigungskrieg sei.

Nach dem Kriege aber erklärte Schweitzer seine Absicht, sich von der sozialdemokratischen Agitation zurückzuziehen. Man hat seinen Entschluß darauf zurückführen wollen, daß Bismarck ihn nun nicht mehr gebraucht und somit auf die Straße geworfen habe. Nun spielte die Geldfrage allerdings bei Schweitzers Rücktritt mit, aber doch in einem ganzen anderen Zusammenhange. Von seiner Diktatur untrennbar war seine finanzielle Unabhängigkeit vom Verein. Es kennzeichnet die Sachlage, daß im

Zusammenhange mit den Bestrebungen, seine Diktatur einzuschränken, ihm von einer in Barmen-Elberfeld eingesetzten Kommission ein Gehalt von monatlich 45 Talern für seine präsidiale Tätigkeit aufgedrängt wurde, und daß Schweitzer sich dagegen sträubte, die Summe auf 25 Taler herabsetzte und sie zunächst, vielleicht sogar überhaupt nicht erhob. Das Vereinsorgan aber gab Schweitzer auf eigene Rechnung und Gefahr heraus; das ständige Defizit des Blattes wurde anfangs durch Hofstetten, dann durch Schweitzer, und erst als dessen Mittel völlig versagten, durch die Vereinskasse gedeckt, in übrigens sehr bescheidenem Umfange; sie hat kaum mehr aufgebracht, als die Geldstrafen und Gerichtskosten des Blattes verschlungen haben. Es mag dabei erwähnt werden, daß die Plünderungen der Vereinskasse durch Schweitzer ebenfalls ins Reich der Fabeln gehören. Soweit diese Beschuldigungen überhaupt nicht nur aus leerem Gerede bestanden, beschränkten sie sich darauf, daß Bracke, der bis zu Schweitzers Staatsstreich Kassierer war und sich mit Recht darauf berufen konnte, daß er keine Unregelmäßigkeiten geduldet haben würde, den Vorwurf gegen Schweitzer erhob, über etwa 234, ihm für Vereinszwecke übergebene Taler keine Rechnung abgelegt zu haben. Das muß Schweitzer aber nachträglich getan haben, denn die Generalversammlung des Vereins von 1870 erteilte ihm gerade in Finanzsachen nach genauester Prüfung vollkommene Entlastung. Im übrigen richtet sich die Annahme von selbst, daß ein Mann wie Schweitzer sieben Jahre eine Unsumme von Arbeit an den Verein gesetzt haben soll, um die Vereinskasse um ein paar hundert Taler zu begaunern.

Nun waren aber Schweitzers finanzielle Verhältnisse im Frühjahr 1871 auf der einen Seite so völlig zerrüttet — der Drucker des Vereinsorgans war beiläufig derjenige seiner Gläubiger, der ihn am ärgsten mit Wucherzinsen zwackte — und auf der anderen Seite führte der Krieg zu einer so reißenden Abnahme von Abonnenten, daß der bisherige Zustand sich nicht mehr aufrechterhalten ließ, und Schweitzer sogar schon am 26. April, noch vor dem Zusammentritt der Generalversammlung, das Blatt eingehen lassen mußte. Damit verlor er die stärkste Stütze seiner Diktatur, denn selbst wenn die Generalversammlung das Blatt wiederherstellte, so war es fortan nicht mehr sein Eigentum, sondern Eigentum des Vereins. Es kam hinzu, daß Schweitzer bei den Reichstagswahlen vom 3. März nicht wiedergewählt worden war, was seiner überragenden Stellung ebenfalls den Boden unter den Füßen wegzog. Sein Rücktritt erklärt sich also vollkommen, auch wenn man zu seinen Ungunsten annimmt, daß ihm noch immer nicht die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit seiner Taktik aufgegangen war.

Indem er sich aus dem politischen Leben zurückzog, widmete er sich der Theaterschriftstellerei, die ihm nach manchen Fehlschlägen auch manche Erfolge einbrachte, ohne daß er in den wenigen Jahren, die ihm noch beschieden waren, auf einen grünen Zweig gekommen wäre. Die üble Nachrede verfolgte ihn auch jetzt noch, indem ihm nachgesagt wurde, er habe in einer seiner Possen die sozialdemokratische Agitation blutig verspottet. Diese Legende hat Bernstein inzwischen abgetan; Schweitzer hat nur eine Figur, die einen ängstlichen Philister verhöhnen wollte, als Zerrbild eines sozialdemokratischen Agitators auftreten lassen. Das ist denn doch etwas ganz anderes.

Die persönlichen Freunde Schweitzers aus dieser Zeit bezeugen, daß er auch im vertraulichen Gespräch sich eine starke Zurückhaltung in politischen Debatten auferlegt und, wenn er sich daran beteiligte, eine große Duldsamkeit bekundet habe. Das stimmt zu seiner objektiven Art, die Dinge anzusehen, und es wird auch wahrscheinlich durch sein letztes Wort in politischen Dingen, zu dem er wider seinen Willen und Wunsch herausgefordert wurde.

Fünfzehntes Kapitel.

Schweitzers letztes Wort.

An meine persönlichen Freunde im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

Schon seit der letzten Generalversammlung des Vereins erhalte ich ab und zu Briefe mit Anfragen und Aufforderungen; ich habe dieselben immer mit dem Bemerken beantwortet, daß ich mich in sozialdemokratische Angelegenheiten nicht mehr einmischen wolle. Ebenso habe ich einige Aufforderungen zu persönlichem Erscheinen abgelehnt.

Seitdem nun aber vor kurzem durch einen Zufall (Abdruck eines in Theater-Angelegenheiten an die Elberfelder Zeitung von mir gerichteten Briefes im Neuen Sozialdemokraten) meine Adresse bekannt geworden ist, kommen Briefe der gedachten Art, insbesondere in betreff der Einigung der Partei, so zahlreich an mich, daß mir eine Beantwortung im einzelnen unmöglich wird. Da ich aber auch nicht gegen diejenigen, welche mir trotz der von allen Seiten wider mich gerichteten Verleumdungen ihr Vertrauen bewahrt haben, eine Unhöflichkeit begehen möchte, so diene diese öffentliche Ansprache ein für allemal als Antwort.

Soweit die erwähnten Briefe darauf hinauslaufen, mich zum Wiedereintritt in die praktische Agitation aufzufordern, muß ich dieselben vollständig und entschieden zurückweisen; denn so sehr auch fortwährend die soziale Frage mein wissenschaftlich theoretisches Interesse erregt, so würde ich doch nach den gemachten Erfahrungen lieber Holz hacken und Steine klopfen, als noch einmal sozialdemokratische Parteiangelegenheiten betreiben.

Allein insoweit meine persönlichen Freunde — und dies ist der Inhalt der meisten Briefe — in der jetzigen Krisis der

sozialdemokratischen Partei nur meinen Rat hören wollen, so kann ich, da ich längst jedem Parteigetriebe fern stehe, denselben allerdings mit voller Unabhängigkeit, ohne Rücksicht nach irgend einer Seite hin, geben, und ich habe mich im Hinblick auf das mir bewiesene Vertrauen entschlossen, es zu tun, obwohl ich weiß, daß manche meiner Freunde im ersten Augenblicke mit dem Inhalte dieses Rates nicht einverstanden sein werden.

Mögen sie aber bedenken, daß, wer Rat begehrt, vernünftigerweise nur eine aufrichtige, in voller Unabhängigkeit gegebene Meinungsäußerung erwarten sollte.

Die Frage, um die es sich derzeit innerhalb der Partei handelt, ist diese: Sollen sich die beiden großen Fraktionen derselben (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein und Eisenacher) vereinigen?

Ich sage, die beiden Fraktionen der einen Partei, und dies bedarf einer kurzen Erläuterung, damit es nicht den Anschein gewinnt, als stehe ich mit mir selbst in Widerspruch.

Als die Eisenacher Fraktion in der Bildung begriffen war, bezeichnete ich sie als einen Ableger der Bourgeoisie, und das war nach meiner Ueberzeugung damals auch der Fall.

Allein die beharrliche Taktik einiger Führer, in Verbindung mit dem Uebertritt zahlreicher rühriger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hat allmählig jene Partei in eine sozialdemokratische umgewandelt. Heute der vom Eisenacher Programm ausgegangenen Partei die Eigenschaft einer sozialdemokratischen abstreiten zu wollen, ist einfach albern.

Ich gehe zu einer notwendigen persönlichen Bemerkung über.

Der Volksstaat und der Neue Sozialdemokrat wetteifern in Verdächtigungen meiner Person. Derlei habe ich von jeher mit Schweigen entgegengenommen und ich werde auch in Zukunft darüber schweigen. Mein Gewissen sagt mir, daß ich mir während meiner langjährigen Parteileitung zwar manche Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ, wie dies bei so umfassender Tätigkeit wohl jedem mehr oder minder begegnen wird, daß ich aber im großen und ganzen mit voller Kraft, mit redlichem Willen, unter vielfachen Opfern und nicht ohne Erfolg tätig war. Möge man also sagen und schreiben was man wolle — im Bewußtsein meines guten Gewissens bin ich zu stolz zur Entgegnung.

Allein diejenigen meiner Freunde, welche in betreff der letzten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-

vereins Anfragen an mich gerichtet haben, muß ich auf einen in seiner Art einzigen Widerspruch aufmerksam machen.

Nachdem die vorletzte Generalversammlung bei Gelegenheit meines Rücktritts vom Präsidium mir ausdrücklich Dank und Anerkennung für meine Leistungen votiert hatte, geschah das Unerhörte, daß die vorige Generalversammlung ohne alle Beweise eine schwere Schuld an mir entdeckt zu haben glaubte. Man faßte den ebenso nutzlosen als gehässigen Beschluß, ich sollte, falls ich wieder Mitglied werden wolle, nicht mehr aufgenommen werden. Ich weiß sehr gut, daß dies nicht im Sinne der Arbeiter war; aber die Generalversammlung hat es einmal getan und nur zwei Fälle sind möglich:

Erster Fall: Ich bin schuldlos.

Dann hat die Generalversammlung an mir ein schändliches Unrecht begangen.

Zweiter Fall: Ich bin schuldig.

Dann tat die Generalversammlung ein schändliches Unrecht am Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, indem sie diejenigen Personen im Amte der Parteileitung ließ, die jahrelang in meiner nächsten Umgebung waren, jeden meiner Schritte beobachten konnten, bei jeder meiner Amtshandlungen die ausführenden Werkzeuge waren, und somit als meine Mitschuldigen dastanden.

Durch den unheilbaren Widerspruch, in welchen die Generalversammlung sich verwickelte, indem sie entweder einen Schuldlosen öffentlich falsch anklagte, oder, falls die Anklage richtig, den zweifellosen Mitschuldigen die Vereinsleitung in Händen ließ, hat sie ihren bösen Willen, oder, was wahrscheinlicher, ihre unglaubliche Unfähigkeit an den Tag gelegt. — Das Urteil solcher Leute ist mehr als gleichgültig.

Doch nun zur Sache!

Wie die Dinge jetzt liegen, stehen zwei große sozialdemokratische Fraktionen in bitterster Feindschaft einander gegenüber. Hieraus ergibt sich eine Reihe von Nachteilen, von denen die hauptsächlichsten folgende sein dürften.

1. Die Kräfte und Mittel, welche naturgemäß zur Bekämpfung der Parteifeinde bestimmt sind, reiben sich im Kampf gegeneinander auf.
2. Das beständige gegenseitige Schimpfen, Verdächtigen und In-den-Kot-ziehen diskreditiert die Gesamtpartei in den Augen aller anständigen Leute.

3. Statt der Neigung zu ernster, würdiger Diskussion wird der Hang zur Roheit und Gewalttätigkeit in den Volksversammlungen befördert.
4. Gewissermaßen durch die Konkurrenz getrieben, glaubt jede Fraktion die andere an äußerlich radikalem Auftreten überbieten zu müssen: Die innere Schwäche soll durch äußere Reklame ersetzt werden. Daher unnötige Konflikte mit der Staatsgewalt. Wäre die Partei einiger, also stärker, so könnte sie bei äußerstem Radikalismus der Staatsgewalt gegenüber vorsichtiger und doch erfolgreicher auftreten. Mancher sitzt im Gefängnis, der nicht nötig gehabt hätte, unvorsichtig zu sein, wenn die Partei einig gewesen wäre.
5. Verschiedene Einrichtungen bestehen jetzt doppelt und verursachen also doppelte Kosten. Welche Ersparnis würde eintreten, wenn solche Einrichtungen bei der Einheit der Partei nur einmal nötig wären!
6. In der praktischen Gewerkschafts- und Streikbewegung trägt der jetzige Zustand die absolute Unmöglichkeit des Vorwärtskommens in sich. Die Berufsgenossen können nicht einheitlich handeln, weil die politische Parteistellung sie trennt, ja gegeneinander hetzt.
7. Aehnliches gilt von der Wahlbewegung.

Erwägt man all dies, so wird man sich sagen müssen, daß derzeit alle Bestrebungen, selbst der Kampf gegen Parteigegner, zurücktreten müssen gegen das Bestreben, die Einheit der Partei herzustellen. Denn jedem Kampf müssen vorhergehen die volle Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft.

Und da der Zwiespalt, je länger er dauert, wegen der fortwährend steigenden gegenseitigen Verbitterung der Gemüter desto schwerer beseitigt werden kann, so ist die Sache ebenso dringlich wie wichtig.

Man kann geradezu sagen, daß, wenn die Arbeiter dem jetzigen Parteizustande nicht baldigst ein Ende machen, sie mit Recht dem Spott und Gelächter ihrer Gegner verfallen.

So viel vom Ziel! Nunmehr vom Wege zum Ziel.

Von vornherein ist klar; daß die Einigung nur auf einem gemeinsamen Kongresse erreicht werden kann. Auf beiden Seiten bietet die bestehende Organisation Mittel, auf statutengemäße Weise in beschleunigtem Verfahren den Zusammentritt eines

solchen Kongresses herbeizuführen. Man braucht nur den redlichen Willen dazu.

Auf diesem Kongreß müßte vor allem ein Strich durch die Vergangenheit gemacht werden, um nicht durch alte Zänkereien und Beschwerden neue Erbitterung zu erzeugen. Nicht mit der Vergangenheit, sondern mit der Gegenwart und der Zukunft befasse sich der Kongreß.

Was wäre demselben in dieser Beziehung vorzuschlagen?

Ich halte es für falsch, beide Organisationen, locker geeinigt, nebeneinander bestehen zu lassen. Eifersucht und Reibereien würden sich fortwährend neu erzeugen.

Ich glaube, eine derartige bloß äußerliche Vereinigung sollte höchstens als Notbehelf, für den Fall des Scheiterns weitergehender Versuche, in Aussicht genommen werden, während zunächst zu erstreben wäre, unter formeller Aufhebung beider vorhandener Organisationen eine neue gemeinsame Organisation zu schaffen.

Zu diesem Zweck wäre der Kongreß von vornherein beiderseitig förmlich mit konstituierender Gewalt zu bekleiden.

Aber hier entsteht für die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Frage, ob sie die mit Recht hochgehaltene Lassallesche Organisation nicht nur formell, sondern auch materiell preisgeben dürfen.

Antwort: nein!

Aber worin besteht im wesentlichen diese Organisation? In der Zentralisation!

Nicht wesentlich aber ist dieser Organisation das bei der jetzigen Entwicklung der Partei unhaltbar gewordene persönliche Regiment.

Der Schlachtruf muß also sein: Beibehaltung der Zentralisation unter Aufhebung des persönlichen Regiments; überhaupt Aufrechterhaltung der wesentlichen Elemente der Lassalleschen Organisation, unter Beseitigung veralteter, oder durch die jetzige Handhabung verderblich gewordener Einrichtungen. Auf dieser Grundlage wird man sich verständigen können.

Hat die vorige Generalversammlung, was sehr zu beachten ist, eine andere Einrichtung des Vorstandes eingeführt, warum sollte nicht ebenso gut eine zeitgemäße Aenderung der Zentralleitung überhaupt beschlossen werden können?

Die Lassallesche Organisation ist in ihrem innersten Kern verletzt worden durch die Gründung eines lokalen Sonderbundes

(des Berliner Arbeiterbundes); nicht aber würde sie verletzt werden durch die Beseitigung eines persönlichen Präsidiums, das zu einem der Absicht Lassalles geradezu entgegengesetzten Zerrbilde ausgeartet ist. Tatsächlich herrscht jetzt im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine bestimmte Anzahl in Berlin befindlicher Personen unter bloß äußerlicher Vorschiebung des Präsidenten, wodurch auch allein die Gründung eines Berliner Sonderbundes erklärlich wird, zu welcher ein wirklicher Vereinspräsident, der sich im Lassalleschen Geiste als Ausdruck und Führer der Gesamtheit fühlte, nie sich hergegeben hätte.

Der heutige Zustand trägt in sich alle Nachteile einer persönlichen Diktatur ohne deren Vorteile für die Gesamtheit. Wenn man diese Präsidentur abschafft, beseitigt man nicht eine lebenskräftige und heilbringende, sondern eine verrottete und zum Stützpunkte von Mißbräuchen gewordene Einrichtung.

Es entsteht noch eine anscheinende Prinzipienfrage: ob national, ob international? Diese anscheinende Prinzipienfrage führt sich nach der tatsächlichen Entwicklung, welche beide Fraktionen genommen haben, auf eine Zweckmäßigkeitsfrage zurück. Die internationalen Eisenacher haben durch ihre zunächst nationale Organisation tatsächlich bewiesen, daß sie sich in einem gewissen Sinne vom Boden der nationalen Verhältnisse nicht loslösen wollen (was übrigens die Internationale bei ihrer Konstituierung als berechtigt vorgesehen hat). Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seinerseits, obwohl auf lediglich nationaler Organisation stehend, versichert, daß eine nationale Arbeiterbewegung schließlich immer in eine internationale zu münden habe. Auf beiden Seiten wird also internationales und nationales Element in gewissem Sinne als berechtigt anerkannt. Ueber das mehr oder weniger hätte der Kongreß durch Mehrheit zu entscheiden, und wie auch der Entscheid ausfiele, die Minderheit könnte sich beruhigt fügen, da, wie die beiderseitigen Anschauungen jetzt tatsächlich sich herausgebildet haben, nicht mehr eine Prinzipienfrage, sondern nur eine Frage der Zweckmäßigkeit und der taktischen Klugheit vorliegt.

Meinen Freunden, die sich an mich gewandt haben, gebe ich also den Rat, mit aller Tatkraft in dem von mir entwickelten Sinne tätig zu sein.

Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie untätig bleiben, trotz ihnen, wenn sie widerstreben.

Einheit um jeden Preis!

Ich verbinde mit dieser Auseinandersetzung das dringende Ersuchen, dieselbe als abgeschlossene Arbeit hinnehmen und mich daher nicht mit weiteren Anfragen beehren zu wollen.

Ich habe einer Pflicht genügt, aber ich wünsche, daß diese — wie ich hoffe in meiner sozialdemokratischen Laufbahn letzte — Pflichterfüllung nicht mit weiteren Mühen für mich verbunden sein möge. Insbesondere müßte ich jeden Versuch, mich irgendwie zu praktischem Eingreifen in diese Angelegenheit zu veranlassen, als eine Tollheit zurückweisen.

Hingegen wird es mir große Freude machen, wenn ich durch diese rein sachliche Ausführung zur Beseitigung geradezu ekelerregender Verhältnisse und zur Herbeiführung eines würdigen Zustandes innerhalb einer Partei, in der ich solange hervorragend tätig war, einiges beitragen sollte.

So glaube ich am besten denen meinen Dank zu beweisen, die mich fortwährend in gutem Andenken behalten haben und denen ich hierfür im innersten Herzen dankbar bin.

Berlin, im November 1872.

Schweitzer.

Anmerkungen.

Die oft wiederholte Versicherung des Demokratischen Wochenblattes, daß die Person Schweitzers das einzige Hindernis sei, das der Einigung der deutschen Arbeiter entgegenstände, erwies sich sofort nach dem Rücktritt Schweitzers als Illusion. Das war auch nicht anders zu erwarten, denn die Uneinigkeit hatte viel tiefere Wurzeln, als den bösen Willen einzelner Personen.

Aber es trat nicht einmal in dem beschränkten Sinn, worin persönliche Beziehungen den Gang der Dinge beeinflussen können, eine Besserung ein. Da der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein im wesentlichen an seiner Organisation festhielt, die auf eine diktatorische Leitung zugespitzt war, der nunmehrige Präsident Hasenclever aber weder im Guten noch im Schlimmen das Zeug zu einem Diktator hatte, so entstand ein oligarchisches Regiment, das von einer demokratischen Verwaltung noch weiter entfernt war, als die Diktatur.

Namentlich die beiden Mitglieder, die mit Schweitzer am nächsten verknüpft gewesen waren, Hasselmann als Redakteur des

Vereinsorgans und Tölcke als Sekretär oder auch Vizepräsident des Vereins, rangen um die Herrschaft miteinander und gerieten sich dabei arg in die Haare. Als Fanatiker der Organisation wollte Tölcke einen Antrag an die Generalversammlung bringen, der allen Gewerkschaften das Lebenslicht ausblasen sollte, aber der immerhin klügere Hasselmann weigerte sich, diesen Antrag im Vereinsorgan zu veröffentlichen, und auf eine Beschwerde Tölckes billigte die Preßkommission die Weigerung Hasselmanns. So brach denn Tölcke in einer Sitzung des Vorstandes, die am 2. März 1872 in Hannover tagte, mit der Beschuldigung los, Hasselmann stecke unter einer Decke mit Schweitzer, der im Dienste der preußischen Regierung die Gewerkschaftsbewegung eingeleitet habe, in der Absicht, die Arbeiterbewegung zu zersplittern. Um die Beziehungen Schweitzers zu Bismarck zu beweisen, erzählte Tölcke allerlei Räubergeschichten, die man noch allzu höflich und milde beurteilt, wenn man sie mit Bernstein „lächerlich nichtssagend" nennt. Sie sind hinlänglich dadurch gezeichnet, daß, wenn auch nur ein Wort an ihnen wahr gewesen wäre, Tölcke als rechte Hand Schweitzers sich noch viel erbärmlicher benommen haben würde, als Schweitzer selbst.

In logischer Konsequenz dieser unabweisbaren Folgerung wurde denn auch auf der Generalversammlung, die im Mai zu Berlin tagte, ein Antrag auf Ausstoßung Tölckes aus dem Verein gestellt. Aber auch Tölcke hielt seine Anklage gegen Hasselmann aufrecht, und so wurde die Prüfung der gegenseitigen Beschuldigungen einer Kommission überwiesen. Sie kam zu einem Vertrauensvotum für Hasselmann sowohl wie Tölcke; jener hätte sich von jedem Verdacht zu reinigen gewußt und dieser habe aus Mangel an Beweisen nicht rechtzeitig gegen Schweitzer auftreten können. Beide hätten sich nunmehr verständigt, womit der Antrag auf Ausstoßung Tölckes erledigt sei. Dagegen erklärte die Kommission, daß gegen Schweitzer große gewichtige, aber durch ganz bestimmte Tatsachen nicht erweisbare Gründe zum Mißtrauen vorlägen. Die Generalversammlung übertrumpfte diesen Beschluß der Kommission noch, indem sie beschloß, daß Schweitzer nicht wieder in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aufgenommen werden könne; vorher war er schon aus dem Zuschauerraum des Saales gewiesen worden.

Dieser Beschluß bildet einen häßlichen Fleck auf dem Andenken des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Selbst wenn die Generalversammlung an die Räubergeschichten Tölckes glaubte, so mußte sie mindestens Schweitzer hören, ehe sie ihn öffentlich brandmarkte. Was ihn besonders erbittern mußte, war die Tatsache, daß er seinen ehemaligen Gehilfen geopfert wurde, die, wenn er schuldig sein sollte, mindestens ebenso schuldig, ja in mancher

Beziehung noch viel schuldiger waren; den Streit mit den Eisenachern hatten Hasselmann wie Tölcke weit mehr vergiftet, als Schweitzer selbst. Im ersten Augenblick seiner sehr berechtigten Empörung ließ sich Schweitzer nun zu dem an sich gewiß häßlichen Schritt hinreißen, bürgerlichen Blättern eine Erklärung zuzusenden, worin er sagte, daß solche Erscheinungen „des Undanks und des Blödsinns“ nicht verwundern könnten „bei Leuten, von denen nur ein sehr kleiner Teil durch die Begeisterung für eine neue Idee bewegt werde, während die weitaus meisten nur durch den Neid gegen die höheren Gesellschaftsklassen oder durch andere unschöne Motive angetrieben würden“, wozu dann noch ihr beschränkter Horizont komme.

Erfreulicherweise erhob sich aber auch im Schoße des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine Opposition gegen die moralische Lynchjustiz, die an Schweitzer verübt worden war, und zwar gerade in der „sozialistischen Hauptstadt“, wie Hamburg damals genannt zu werden pflegte und auch mit Recht genannt werden konnte. Die dortigen Arbeiter beschlossen: „Die hiesige Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erklärt den früheren Präsidenten J. B. v. Schweitzer trotz aller Anfeindungen, bevor nicht treffendere Gründe beigebracht werden, für ehrenhaft und nicht fähig, ein Verräter an der Arbeitersache gewesen zu sein. Sie stützt diese ihre Erklärung auf eine siebenjährige Erfahrung, da noch nie seit Begründung des Sozialdemokraten stets vorgebrachte Verdächtigungen begründet worden sind. Die hiesige Mitgliedschaft stimmt mit der früheren Generalversammlung überein, daß die Vereinsleitung des Herrn J. B. v. Schweitzer eine mustergültige gewesen und bedauert, daß Schweitzer zur Zeit der letzten Generalversammlung kein Mitglied gewesen, um ihm gegenwärtig die Kandidatur zur Präsidentschaft anzutragen.“ Diese Erklärung wurde dem Vereinsorgan zur Veröffentlichung eingesandt, doch weigerte sich Hasselmann im Verein mit Hasenclever, sie zu veröffentlichen. Beide appellierten an die Disziplin der Hamburger und verwiesen ihren Einspruch an die nächste Generalversammlung, die allein befugt sei, die Beschlüsse einer früheren Generalversammlung zu revidieren. Dieser formell zutreffende Einwand schlug denn auch durch, obgleich erst nach heftigen Debatten, zumal da Hasselmann im Vereinsorgan erklärte, der Vorwurf, ein falscher Bruder zu sein, sei gegen Schweitzer weder erhoben noch bewiesen worden; Schweitzer habe jahrelang allein die sozialdemokratische Bewegung über Wasser gehalten und sich ein Verdienst erworben, daß Bebel und Liebknecht ihm nicht die Schuhriemen auflösen könnten; das Verbrechen Schweitzers habe nur darin bestanden, daß er nach seinem Rücktritt von der Agitation dem konservativen Sozialpolitiker Rudolf Meyer für dessen Werk über den Emanzipationskampf des vierten Standes

einiges tatsächliche Material zur Geschichte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins geliefert hatte. Diese Beschuldigung war harmloser, als Tölckes Räubergeschichten, aber an nichtssagender Lächerlichkeit konnte sie sich durchaus mit ihnen messen.

Alles weitere schnitt Schweitzer selbst ab, indem er im November 1872 die Ansprache an seine persönlichen Freunde im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein richtete. Er hat sich hier wiedergefunden, und indem er seine Abwehr gegen das ihm widerfahrene Unrecht auf das unerläßliche Maß beschränkte, beurteilte er die Sachlage in seiner objektiven Weise und gab den streitenden Fraktionen den besten Rat, der ihnen gegeben werden konnte und der sich auch nicht einleuchtender begründen ließ, als Schweitzer ihn begründete. Freilich erntete er damit auf beiden Seiten nur Hohn und Spott, aber er hat es gerade noch erlebt, daß sich beide Fraktionen nach einigen Jahren so einigten, wie er geraten hatte. Und es mag ihm eine letzte Genugtuung gewesen sein, daß die Fraktion, die er so lange Jahre geleitet hatte — trotz seiner Nachfolger, die ihn nicht ersetzen konnten — doch das größere Maß von organisatorischer Kraft in die gemeinsame Ehe brachte.

Wie er all sein Lebtag, nach einem Worte seines Biographen, ein „bekenntniskarger" Mann gewesen ist — die wenigen Briefe, die sich aus seiner Feder erhalten haben, sind fast durchweg kurze Geschäftsschreiben, und nur gegenüber Marx geht er das eine oder andere Mal aus sich heraus — so wissen wir nicht, wie er sein hartes Schicksal getragen hat. Er hat die Mitwelt nicht damit beschwert und so braucht die Nachwelt nicht darüber nachzusinnen. Ihr darf genügen festzustellen, daß Schweitzers Fehler und Schwächen die Arbeiterbewegung doch nur vorübergehend geschädigt haben, während vieles von dem, worum er in heißen Kämpfen gerungen hat, heute noch in ihr lebt. Und H. Laufenberg darf sicher sein, von dem endgültigen Urteil der Geschichte nicht verleugnet zu werden, wenn er von Schweitzer sagt: Unter ihren Denkern und Führern darf ihn die deutsche Arbeiterklasse mit Auszeichnung und Ehren nennen.

Inhaltsverzeichnis.

Sechstes Kapitel

Siebentes Kapitel

Achtes Kapitel

Neuntes Kapitel

Zehntes Kapitel

Seite

Elftes Kapitel

Zwölftes Kapitel

Dreizehntes Kapitel

Vierzehntes Kapitel

Fünfzehntes Kapitel

▿ Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt ▿
Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.







